



# Repertorium

der

## Gesetz- und Verordnungs-Sammlung

für die

Herzoglich Braunschweigischen Lande

vom

1. Januar 1849 bis dahin 1853

mit

erläuternden und ergänzenden Rescripten, Instructionen, Bekanntmachungen u., nebst  
chronologischen Verzeichnissen aller darin vorkommenden Rescripte, Instructionen u.  
und einem vollständigen Sachregister.

Begonnen

von

**Carl Bege,**

Herzogl. Braunsch. Lüneburg. pens. Kreisrichter.

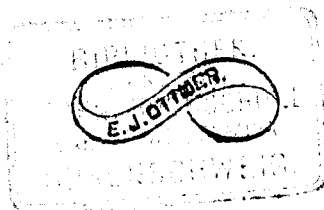
Fortgesetzt

von

**Wilhelm Görz,**

Staatsanwalt zu Wolfenbüttel.

Siebenter Theil.



Mit höchster Genehmigung.

Wolfenbüttel.

Im Verlage der Holle'schen Buch-, Kunst- und Musikalienhandlung.

1854.

## V o r r e d e .

---

Mit Genehmigung des Herzogl. Staatsministerii übergebe ich hiemit eine Fortsetzung des vom verstorbenen Kreisrichter Bege begonnenen Repertoriums der Verordnungs-Sammlung für die Herzogl. Braunschweigischen Lande, umfassend die Jahre vom 1. Januar 1849 bis dahin 1853, dem Drucke.

Die Nützlichkeit dieses Repertoriums in seiner bisherigen Form ist allgemein anerkannt, deshalb Plan und Anordnung im Wesentlichen auch in dieser Fortsetzung beibehalten. Den größten Werth habe ich auf eine übersichtliche Zusammenstellung der in Beziehung auf ein bestimmtes Rechtsinstitut ergangenen gesetzlichen Bestimmungen, unter Hinzufügung der Rescripte, welche zeigen, in welchem Sinne dieselben aufgefaßt und angewendet werden, legen zu müssen geglaubt. Aus diesem Grunde ist da, wo die Wissenschaft die einzelnen Institute trennt und nebeneinander stellt, auch eine Trennung des vom Kreisrichter Bege Zusammengefaßten vorgenommen.

Wenn, aller angewandten Bemühungen und Sorgfalt ungeachtet, eine solche Arbeit nicht ohne Mängel und Lücken bleibt, darf ich doch hoffen, daß die äußern Schwierigkeiten, welche der Erlangung größerer Vollständigkeit entgegenstanden, bei der Beurtheilung nicht unberücksichtigt bleiben.

In die Periode vom 1. Januar 1849 bis dahin 1853 fallen große Veränderungen der Gerichtsverfassung und des gerichtlichen Verfahrens sowohl als der Verwaltung; es ist deshalb ein sehr reichhaltiger Stoff zu bearbeiten gewesen und der Wunsch nach einer baldigen Fortsetzung dieses Repertoriums sehr laut und drängend geworden. Mehr Muße werde ich finden bei der spätern Fortsetzung des Werks und dann im Stande sein, noch manche Lücke auszufüllen.

Wolfenbüttel, den 12. April 1854.

**W. Görz.**

## Ablösungen.

**Gesetz**, die Ablösung der den Berechtigten im Bezirke des Herzoglichen Amtsgerichts Seesen in den vormaligen Communion-Harzforsten zustehenden Holzberechtigungen betreffend. (S. 115.) [No. 29.] 3./21. Juli 1851.

- I. Ablösung der Berechtigungen auf den Brennholzbedarf. A. Feststellung des Sollhabens §§. 1 u. 2. B. Abfindung für das Sollhaben §§. 3—13. (S. 117—123.)
- II. Ablösung der Berechtigungen auf den Nutzholzbedarf. §§. 14 u. 15. (S. 123.)
- III. Ablösung der Berechtigungen auf den Bauholzbedarf. § 16.
- IV. Fortbestehen der Lesehholzberechtigung. §. 17.
- V. Gemeinschaftliche Bestimmungen §§. 18—20. (S. 124.)
- VI. Transitorische Bestimmungen §§. 21. u. 22. (S. 124. u. 125.) Aufhebung früherer Bestimmungen §. 23.

Anlage I. Verkaufstaxe für die Abgabe der Brennholzrenten an die Holzberechtigten im Amtsgerichtsbezirke Seesen.

## R e s c r i p t e.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 15. Februar 1850, an Herzogl. Landes-Deconomie-Commission.

Auf den Bericht vom 24. v. Mts. die Vorstellung Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden, wegen der geforderten Mittheilung der Berechnungen in Holzablösungssachen betreffend, erwiedern Wir Folgendes:

Nach den Bestimmungen im § 12. des Gesetzes vom 20. Decbr. 1834, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission betreffend, soll die von Herzogl. Landes-Deconomie-Commission bei solchen Ablösungs-Verträgen, welche ohne ihre Mitwirkung nur durch Privat-Vereinbarung unter den Interessenten zu Stande gekommen sind, anzustellende Prüfung auf den materiellen Inhalt des Vertrags regelmäßig nicht, sondern auf die Vollständigkeit, Bestimmtheit und Unzweideutigkeit der Fassung und darauf sich beziehen, dass nichts bedungen werde, was den Gesetzen zuwiderläuft. Nur da wo nach §. 20. der Ablösungs- und nach §. 40. der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung die Autorisation der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission und in der Confirmationsclausel der Zusatz erforderlich ist, dass die Rechte der minderjährig und sonst nicht dispositionsfähig befundenen Personen gehörig gewahrt gefunden seien, wird auch für die Herzogl. Landes-Deconomie-Commission eine genaue Prüfung des materiellen Inhalts des Ablösungs- oder Theilungs-Recesses erforderlich.



Hieraus und aus der gegensätzlichen Stellung, in welcher der §. 12. zu dem §. 11. des Organisationsgesetzes steht, ergibt sich, dass die Frage, ob die contrahirenden Theile bei Bestimmung der Ablösungssumme das richtige, der bisherigen Berechtigung und Verpflichtung entsprechende Maß getroffen haben, von der Landes-Deconomie-Commission nicht in das Bereich ihrer Erwägung zu ziehen ist, dass also die Partheien auch in der Regel nicht für verpflichtet erachtet werden können, dem behuf der Bestätigung überreichten Recesse die specielle Berechnung, aus welcher die bedungene Ablösungssumme hervorgegangen ist, beizufügen, dass sie vielmehr dazu nur in den oben herausgehobenen Fällen der §§. 20. resp. 40. verbunden sind.

Hierdurch ist indessen keineswegs gesagt, dass die Herzogl. Landes-Deconomie-Commission niemals berechtigt sei, die Einsicht derjenigen Verhandlungen, welche behuf Ausmittlung der Ablösungssumme, unter den Betheiligten Statt gehabt haben, zu verlangen. Vielmehr wird dieselbe solches Verlangen aus besondern Gründen, namentlich auch dann geltend zu machen haben, wenn der Inhalt des Vertrages zu der Ansicht hinreichende Veranlassung giebt, dass bei dem Abschlusse desselben ein solcher Irrthum untergelaufen sei, der als ein wesentlicher zu betrachten sein und mithin eine wirkliche Einwilligung ausschließen würde.

Nach diesen Grundsätzen ist künftig auch bei der Bestätigung der Ablösungsrecesse über die Holzberechtigungen zu verfahren und dürfen Wir übrigens voraussetzen, dass Herzogl. Kammer, Direction der Forsten und Jagden sich stets bereit finden lassen werde, die von der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission erhobenen Anstände und Bedenken in jedem einzelnen Falle durch die ihr zu Gebote stehenden Nachweisungen zu erläutern und zu heben.

## Arme. Armenanstalten.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 14. Novbr. 1851, an den Stadtmagistrat zu Holzminden.

Wir eröffnen dem Stadtmagistrate zu Holzminden auf die eingereichte Vorstellung vom 25. August d. J. wegen verweigerter Ueberweisung einer von dem dasigen Herzogl. Kreisgerichte erkannten Geldstrafe an die städtische Armenkasse, dass das allegirte höchste Rescript vom 8. October 1833, wegen Ueberweisung der von den Herzoglichen Aemtern und dem Herzoglichen Stadtgerichte Wolfenbüttel erkannten Geldstrafen an die Amts- resp. städtischen Armenkassen, zwar, die darin erwähnte Ausnahme abgerechnet, auf alle Geldstrafen, gleichviel ob sie wegen eigentlicher Polizeivergehen oder wegen solcher Vergehen, welche, in das Gebiet des Criminalrechts gehörend, ihrer Geringfügigkeit wegen polizeilich bestraft werden sollen, erkannt sind, sich beziehet, jedoch nur Anwendung bei von den Herzogl. Aemtern und dem Herzogl. Stadtgerichte Wolfenbüttel erkannten Geldstrafen findet.

Von den Herzogl. Kreisgerichten erkannte Geldstrafen, mögen sie wegen Polizeivergehen oder wegen Criminalverbrechen erkannt und im letzten Falle Polizei- oder Criminalstrafen sein, sind den Armenkassen nicht überwiesen worden. Diese können mithin einen Anspruch auf solche Strafen durch das höchste Rescript vom 8. Octbr. 1833 nicht begründen, welches als allgemeines, die vorher über den Gegenstand erlassenen Bestimmungen modificirendes Regulativ

# Arme. Armenanstalt. Bankscheine. Papiergeld. Besserungs- u. Arbeitsanstalt. Rescripte. 7

in dieser Beziehung ausschließlich zur Richtschnur dienen muss, wobei Aenderungen der kreisgerichtlichen und amtlichen, jetzt amtsgerichtlichen und stadtgerichtlichen Strafcompetenz nicht in Betracht gezogen werden können.

## Bankscheine. Papiergeld.

**Gesetz**, den Umtausch der Darlehnsbankscheine bei den öffentlichen Cassen betreffend. (S. 5.) [Nro. 2.] 8./20. Febr. 1850.

Die Darlehnsbankscheine sollen nicht nur bei allen öffentlichen Cassen nach ihrem vollen Nennwerthe angenommen, sondern auch auf Anfordern der Inhaber von den Herzogl. Leihhauscassen jederzeit umgesetzt werden.

**Verordnung**, die Publication des Beschlusses des provisorischen Fürstencollegiums. (S. 511.) [Nro. 39.] 12./30. Juli 1850.

Eine Außercurseßung des in den verbündeten Staaten ausgegebenen oder auszugebenden Papiergeldes soll nicht ohne eine vorgängige Einlösungsfrist von mindestens 4 Wochen geschehen und die Einlösungsfrist wenigstens 3 Monate vorher öffentlich bekannt gemacht werden.

**Verordnung**, den Umtausch abgänqig gewordener Bankscheine betreffend. (S. 179.) [Nro. 15.] 14./24. Februar 1852.

1. Beibehaltung der bisherigen Einzelbeträge der Bankscheine.
2. Unterscheidungszeichen der zweiten Auflage.
3. Fortwährende Gültigkeit der nicht zum Umtausch eingelieferten Bankscheine.

## Besserungs- und Arbeitsanstalten.

**Gesetz**, weitere Bestimmungen wegen der Ausführung des §. 8. der Grundrechte des deutschen Volks betreffend (S. 61.) [Nro. 6.] 14./20. Januar 1849.

§. 1. Beschränkung der Competenz der Polizeibehörden bei Anwendung von Besserungsmitteln. §. 2. Strafbestimmung für Bettelei, Vagabondiren, Trunk, Müßiggang und andere Unflittlichkeiten. §. 3. Verfahren beauf Aufnahme in die Besserungsanstalt. §. 4. Verpflichtung der Gerichte zur Ueberweisung qualificirter Inquisiten. §. 5. Befugniß des Herzogl. Staatsministeriums zur Abkürzung der Dauer der Detention. §. 6. Antrag auf Verlängerung der erkannten Detentionszeit. §. 7. Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen der §§. 3. 4. 5. und 7. des Gesetzes vom 29. Juli 1833. §. 8. Strafe der im Herzogthume nicht wohnberechtigten Vagabonden. §. 9. Aufhebung entgegenstehender Bestimmungen. §. 10. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes.

**Gesetz**, die Verwaltung der Strafgefangenen- und Besserungsanstalten betreffend (S. 465.) [Nro. 29.] 19. März/25. April 1850.

§. 1. Einsetzung einer Behörde zur Leitung und oberen Verwaltung der Gefangenen- und Besserungsanstalten. §. 2. Besorgung der laufenden Geschäfte. §. 3. Unmittelbare Verwaltung der Straf- und Gefangenenanstalten zu Braunschweig und Wolfenbüttel.

§. 4. Unmittelbare Verwaltung der Kreis- und Amtsgefängnisse. §. 5. Unmittelbare Verwaltung der Arbeits- und Besserungsanstalt in Bevern. §. 6. Obliegenheit und Befugniß der Staatsanwälte. §. 7. Beaufsichtigung der Straf- und Besserungsanstalten durch die Kreisdirectoren. §. 8. Vorbehalt der Verfügungen der Gerichte über die Untersuchungsgefangenen §. 9. Aufhebung des Gesetzes vom 29. Juli 1833.

### Rescripte.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 25. Juli 1850 an den Oberstaatsanwalt.

Wir erwidern auf Ihren Bericht vom 20. d. Mts. wegen des Verfahrens, das der Ablieferung von Müßiggängern und ähnlichen Individuen in die Besserungs- und Arbeitsanstalten vorhergehen muß, Folgendes:

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Staatsanwälte berechtigt und verpflichtet sind, in gleicher Weise in diesen wie in andern Zuchtpolizeisachen zu verfahren und daß die Untersuchungen von den Polizeibehörden wie bisher zu führen und den Staatsanwälten die Acten zur Betreibung des Weitern zuzusenden sind.

Das fernere Verfahren wird nach der jetzigen Gesetzgebung sich richten müssen und sollte sich zeigen, daß dadurch Inconvenienzen entstehen, so wollen Wir Ihrem weiteren Berichte, eventuell mit Vorlegung eines Gesehentwurfs, entgegen sehen.

Sie haben hiernach die Staatsanwälte mit Instructionen zu versehen, und ist dieses Rescript abschriftlich den Herzogl. Kreisdirectionen — mit Ausnahme der Kreisdirection Braunschweig — der hiesigen Herzogl. Polizeidirection und den Herzogl. Kreisgerichten zur Nachricht und Nachachtung mitgetheilt worden.

Rescript des Oberstaatsanwalts vom 28. Juli 1850 an sämtliche Staatsanwälte.

Herzogl. Staatsministerium hat in Ansehung des Verfahrens, welches der Ablieferung von Müßiggängern und ähnlichen Individuen in die Besserungs- und Arbeitsanstalten vorhergehen muß (Gesetz vom 14. Januar 1849. No. 6. §. 3.) das abschriftlich beigelegte Rescript vom 25. d. M. an mich erlassen und ertheile ich, der mir gegebenen Anweisung gemäß, den Herren Staatsanwälten nachstehende Instruction:

1. Die Voruntersuchung (Gesetz vom 14. Januar 1849 §. 3. No. 1.) ist wie bisher von den Polizeibehörden — in der Stadt Braunschweig von der Polizeidirection, in den übrigen Landestheilen von den Kreisdirectionen — zu führen, so daß der bei den Kreisgerichten angestellte Untersuchungsrichter damit vorerst nicht befaßt wird, und die Staatsanwälte nicht von Amtswegen, sondern auf Antrag der zuständigen Polizeibehörde einschreiten.

2. Nach beendigter Voruntersuchung werden die Acten an den Staatsanwalt, um die weiteren Anträge bei den Kreisgerichten zu machen, abgegeben und der Staatsanwalt ist befugt,

die gerichtliche Verfolgung, wenn er sie gesetzlich nicht für begründet (Gesetz vom 14. Januar 1849. §. 3. Nro. 1. und vom 29. Juli 1833 Nro. 19. §. 2. 3.) oder wenn er eine Vervollständigung der Voruntersuchung für nöthig erachtet, in jenem Falle zu verweigern, in diesem bis dahin abzulehnen, daß die namhaft zu machenden Punkte beschafft worden sind, mit Vorbehalt des Recurses an den Oberstaatsanwalt und in letzter Instanz an den Cassationshof (Str.-Pr.-Ord. §. 23. Abf. 2 u. 3.)

3. Der Staatsanwalt hat seine Anträge bei dem Kreisgerichte schriftlich einzureichen (Str.-Pr.-Ord. §. 82. 83.) und das Kreisgericht, dessen Competenz in diesen Sachen der Zuchtpolizei ungeändert geblieben ist (Gesetz die Gerichtsverfassung betreffend §. 8. u. 13.) wird den Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Januar 1849 §. 3. Nro. 2. und der Str.-Pr.-Ord. §. 84—94. gemäß verfahren und erkennen. Sollte das Kreisgericht weitere Aufklärungen von Thatfachen verlangen und die Sache behuf Beschaffung der Vervollständigung an den Staatsanwalt zurückweisen, (Str.-Pr.-Ord. §. 84. Nro. 3.) so ist dem Ermessen des Staatsanwalts überlassen, sich zu dem Ende entweder an den Untersuchungsrichter (Str.-Pr.-Ord. §. 45. Nro. 3.) oder an die zuständige Polizeibehörde zu wenden.

4. Das öffentliche mündliche Hauptverfahren ist von den Kreisgerichten in Gemäßheit der Bestimmungen der Str.-Pr.-Ord. §. 49. 2c. §. 90. 2c. vorzunehmen.

5. Rechtsmittel gegen das kreisgerichtliche Erkenntniß (Gesetz vom 14. Januar 1849 §. 3. Nro. 3.) können, Nichtigkeitsbeschwerde und Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ausgenommen (Str.-Pr.-Ord. §. 156.) da auch in dieser Hinsicht die jetzige Gesetzgebung entscheiden muß, nicht stattfinden.

6. Die Vollstreckung des Erkenntnisses mittelst Ablieferung des Verurtheilten in die Strafanstalt ist nach den Bestimmungen der Str.-Pr.-Ord. §. 182. 2c. zu bewirken und bedürfen

7. die sonstigen Vorschriften des Gesetzes vom 14. Januar 1849 lediglich der Modification, daß (§. 6.) etwaige Anträge von Seiten der Direction der Anstalt auf Verlängerung der bestimmten Detentionszeit, durch die Staatsanwälte an das Kreisgericht zu bringen sind.

Die Herren Staatsanwälte werden, insofern durch Anwendung der Normen der Str.-Pr.-Ord. in den fraglichen Zuchtpolizeisachen Inconvenienzen entstehen sollten, an mich Bericht und Gutachten erstatten.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 28. Februar 1851 an Herzogl. Kreisdirection Holzminden.

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 15. October v. J., die Voruntersuchung bei Anträgen wegen Aufnahme von Individuen in die Besserungsanstalt betreffend, Folgendes:

Durch §. 3. Nro. 1. des Gesetzes vom 14. Januar 1849 Nro. 6. sind die zuständigen Polizeibehörden zu der Untersuchung verpflichtet: ob diejenigen Thatfachen vorliegen, unter welchen nach §§. 2. u. 3. des Gesetzes vom 29. Juli 1833 die Aufnahme in die Besserungsanstalt zulässig ist. Diese Verpflichtung ist als eine landespolizeiliche, nach dem Aufhören der

Herzogl. Aemter auf die betreffenden Herzogl. Kreisdirectionen übergegangen und es ist um so weniger Veranlassung vorhanden, die gesetzliche Bestimmung einer Aenderung zu unterziehen, als die Herzogl. Kreisdirectionen vermöge ihrer Stellung besonders geeignet erscheinen, das in Sachen dieser Art erforderliche Untersuchungsmaterial durch Vernehmung der Betheiligten zc. herbeizuschaffen. Die gesetzliche Zuständigkeit der Herzogl. Kreisdirectionen findet hiebei der Natur der Sache nach nur da eine Grenze, wo Handlungen in Frage stehen welche — wie z. B. Beeidigung der Auskunftspersonen — eine Erledigung durch die Gerichte bedürfen und daher der pflichtmäßigen Fürsorge des Staatsanwalts zu überlassen sind.

Da zugleich die betreffenden Polizeibehörden nach wie vor die Befugniß und Pflicht haben: die der Aufnahme in die Besserungsanstalt vorangehenden correctionellen Maßregeln (§. 3. des Gesetzes vom 29. Juli 1833 Nro. 19.) — mit Ausnahme der Androhung und der Vollziehung von Gefängnißhaft (§§. 1 u. 2. des Gesetzes vom 14. Januar 1849 Nro. 6.) — anzuordnen, so sind die von Herzogl. Kreisdirection angeregten Zweifel überall nicht begründet.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 7. October 1851 an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg.

Auf den Bericht vom 24. v. Mts. die gegen die jugendlichen Corrigenden zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betr. erwiedern Wir Folgendes:

Darüber, daß die Einsperrung jugendlicher Personen in die Besserungsanstalt, wenn dieselbe gegen den Willen des Vaters oder der Vormünder auf Antrag der polizeilichen Behörden geschehen soll, nur in Folge eines gerichtlichen Erkenntnisses vorgenommen werden dürfe: kann ein erheblicher Zweifel nicht obwalten. Denn durch das Gesetz vom 14. Januar 1849 ist auch die Einsperrung, insofern sie nicht als Strafe, sondern rein als Besserungsmittel zu betrachten ist, der Competenz der Gerichte zugewiesen und zwar ganz allgemein, ohne daß wegen der jugendlichen Personen eine Ausnahme gemacht wäre.

Es bedarf aber eines solchen gerichtlichen Verfahrens nicht, wenn entweder der Vater des Kindes, oder, sofern dem Vater aus einem gesetzlichen Grunde die väterliche Gewalt zur Strafe durch gerichtliches Urtheil aberkannt worden, oder das Kind überhaupt nicht unter väterlicher Gewalt steht, der für dasselbe bestellte Vormund, oder falls dem Vater aus hinlänglichen Ursachen, insonderheit wegen schlechten Betragens, das Erziehungsrecht durch gerichtliche Entscheidung genommen ist, der dem Kinde beizugebende Curator, darin einverstanden sind, daß die Erziehung des Kindes in der Besserungsanstalt bewerkstelligt werde. Vielmehr ist in solchen Fällen, (außer der Einwilligung der der Anstalt vorgesetzten Behörden) nur die Genehmigung der Obervormundschaft oder Obercuratel erforderlich, wenn nämlich der Aufnahmeantrag von dem Vormunde oder Curator gestellt oder unterstützt ist.

Nur dann also, wenn der Vater oder die sonstigen gesetzlichen Vertreter des Kindes der Aufnahme in die Besserungsanstalt widersprechen, ist, ohne Unterschied, ob die Kinder eheliche oder uneheliche sind, die gerichtliche Entscheidung nothwendig.

Daß durch eine solche aber die Aufnahme wesentlich erschwert werde, darüber hat die bisherige Erfahrung noch keine so dringende Beweise geliefert, daß eine Aenderung der Gesetzgebung schon jetzt erforderlich erscheinen könnte.

Die Gerichte haben auch bei Fällen dieser Art lediglich nach ihrer gewissenhaften Uezeugung zu entscheiden, ohne dass die Ausnahmefähigkeit durch den Beweis völliger Verderbtheit der Kinder bedingt wäre. Und da im §. 3. des Gesetzes vom 29. Juli 1833 Ermahnungen zu den polizeilichen Besserungsmitteln gerechnet sind, so steht zu erwarten, dass bei einiger Aufmerksamkeit der Polizeibehörden, auch bei dem jetzigen gerichtlichen Verfahren, die erforderlichen Erkenntnisse zeitig, ohne unangemessene Schwierigkeiten zu erlangen sein werden.

Es wird also besonders darauf ankommen, dass die Herzogl. Kreisdirection die ihr untergeordneten Polizeibehörden anweist, es an der gehörigen Aufmerksamkeit auf verwahrloste Kinder nicht fehlen zu lassen, und dürfen Wir um so mehr erwarten, dass die Herzogl. Kreisdirection sich angelegen sein lasse, namentlich die Gemeindevorsteher mit der erforderlichen Anweisung zu versehen, als es sich erfahrungsmäßig ergeben hat, dass in der Regel bei jugendlichen Corrigenden der Aufenthalt in der Besserungsanstalt die erwünschten Resultate zur Folge gehabt hat.

## Brandversicherung, Brandschäden.

**Gesetz**, über Aenderung verschiedener Bestimmungen des die Landesbrandversicherungsanstalt betreffenden Gesetzes vom 24. Juli 1837. (S. 157.) [Nro. 28.] (9./23. August 1849.)

§. 1. Die Zwangsverbindlichkeit der Versicherung von zu Bauerhöfen gehörenden Gebäuden hört auf. (S. 157.)

§. 2. Beschädigungen von Thorwegen und Befriedigungen, welche nicht versichert sind, wenn solche auf Anordnung der die Löschung leitenden Behörden geschehen, werden erstattet. (S. 158.)

§. 3. Auch massive Umfangsmauern können von der Versicherung ausgenommen bleiben. (S. 158.)

§. 4. Zulässigkeit einer Revision der Lage des Brandschadens. (S. 158.)

§. 5. Bedingung der Verminderung der Beiträge. (S. 159.)

§. 6. Kosten einer Rückversicherung bei einer andern Versicherungsanstalt trägt die Cassé der Landesbrandversicherungsanstalt. (S. 159.)

§. 7. Die entgegenstehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 24. Juli 1837 werden aufgehoben. (S. 159.)

## Bücherverbote. Büchernachdruck.

**Verordnung**, die Publication des mit der französischen Republik zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums geschlossenen Vertrags betr. (S. 419.) [Nro. 37.] 20. September./7. October. 1852.

Art. 1. Gleichstellung des Schutzes der in Frankreich und im Herzogthume Braunschweig erscheinenden Werke des Geistes und der Kunst. Art. 2. Ausdehnung auf die Darstellung von dramatischen und musikalischen Werken. Art. 3. Beschränkung des Schutzes auf Originalwerke. Art. 4. Verbot des Nachdrucks. Art. 5. Entscheidung

der Gerichte über die Frage, was als Nachdruck oder unbefugte Nachbildung anzusehen. Art. 6. Vorbehalt des Verkaufs oder der Veröffentlichung bereits vorhandener Nachdrücke oder Nachbildungen. Art. 7. Gegenseitige Mittheilung künftiger bezüglich der geistlichen Bestimmungen. Art. 8. Vorbehalt der Ueberwachung des Verkehrs mit schriftstellerischen und künstlichen Erzeugnissen und der Maßregeln gegen Verbreitung schädlicher Werke der bezeichneten Art. Art. 9. Dauer der Uebereinkunft. Art. 10. Ratification der Uebereinkunft.

**Verordnung**, durch welche der mit der französischen Republik zum Schutze des literarischen und artistischen Eigenthums unterm 8. August 1852 abgeschlossene Vertrag für in Kraft erklärt wird. (S. 455.) [Nro. 47.] 23. November./6. December 1852.

Decret des Präsidenten der französischen Republik vom 28. März 1852. Art. 1. Der Nachdruck der bezüglichen im Auslande erschienenen Werke ist ein Vergehen. Art. 2. Ebenso Absatz, Ausführung und Vertrieb der nachgedruckten Werke. Art. 3. Strafbestimmung. Art. 4. Bedingung der gerichtlichen Verfolgbarkeit. (S. 457.) Die Artikel 425, 427 und, soweit als hierher gehörig, 429 und 463 des französischen Strafgesetzbuchs. Art. 425 Begriff des Nachdrucks und Bezeichnung des Nachdrucks als Vergehen. Art. 427. Strafbestimmungen. Art. 429. Verfügung über confiscirte Gegenstände. Art. 463. Strafzumessung. Aus dem Gesetze vom 19. Juli 1793, 5. Februar 1810 und 1. Germinal des Jahrs 13. Autorenrecht. Dessen Dauer. Dessen Cession und Vererbung. Bedingung der Ausübung desselben.

## Civilproceß.

**Circularrescript** des Herzoglichen Oberlandesgerichts an die Herzoglichen Kreisgerichte, Stadtgerichte und Aemter die Aufrufsgebühren der Unterbedienten in den im Laufe eines Concurres vorkommenden allgemeinen Terminen, namentlich in Terminen zur Publication des Prioritätserkenntnisses betreffend. (S. 79.) [Nro. 12.] 27. März resp. 7. April 1849.

(Ist durch Bestimmung der Civilproceßordnung außer Gültigkeit gekommen.)

**Civilproceßordnung.** (S. 65.) [Nro. 14.] 19. März./15. April. 1850.

Erster Theil. Allgemeine Bestimmungen.

**Titel 1.** Leitende Grundsätze. §. 1—3.

**Titel 2.** Parteien. Anwälte. Sachführer. §§. 4—11.

**Titel 3.** Thätigkeit des Staatsanwalts. §§. 12—18.

**Titel 4.** Zuständigkeit der Gerichte. §§. 19—45.

**Titel 5.** Von Ablehnung der Gerichtspersonen. §§. 46—56.

**Titel 6.** Von dem Verfahren. §§. 57—148.

## Zweiter Theil. Verfahren vor den Stadt- und Amtsgerichten.

Titel 1. Ordentliches Verfahren. §§. 149—164.

Titel 2. Verfahren bei Streitigkeiten über Besitzstörungen. §§. 165—168.

Titel 3. Von der Aufnahme der Verhandlung. §. 169.

## Dritter Theil. Verfahren vor den Kreisgerichten.

Titel 1. Ordentliches Verfahren in erster Instanz. §§. 170—197.

Titel 2. Abgekürztes Verfahren §§. 198—208.

Titel 3. Verfahren in erster Instanz bei Anordnung von Curatelen über Großjährige. §§. 209—219.

Titel 4. Verfahren in zweiter Instanz. §§. 220—228.

Titel 5. Allgemeine Bestimmungen. §§. 229—231.

## Vierter Theil. Gemeinschaftliche Bestimmungen über außerordentliche Arten des Verfahrens vor den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.

Titel 1. Arrestproceß. §§. 232—242.

Titel 2. Executivproceß. §§. 243—252.

Titel 3. Wechselproceß. §§. 253—267.

Titel 4. Provocationsproceß. §§. 268—273.

Titel 5. Edictalproceß. §§. 274—282.

Titel 6. Herausgabe von Urkunden. §§. 283—287.

Titel 7. Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß. §§. 288—298.

Titel 8. Manifestationseid. §§. 299—303.

Titel 9. Concursverfahren. §§. 304—330.

## Fünfter Theil. Verfahren vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe.

Titel 1. Allgemeine Bestimmungen. §. 331.

Titel 2. Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte §§. 332—341.

Titel 3. Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse des Obergerichts. §§. 342—344.

Titel 4. Verfahren vor dem Cassationshofe. §§. 345—349.

## Sechster Theil. Wiederaufnahme des Verfahrens. §§. 350—359.

## Siebenter Theil. Vollstreckungs-Verfahren.

Titel 1. Allgemeine Vorschriften. §§. 360—378.

Titel 2. Einzelne Arten der Vollstreckung.

1. Herausgabe von Sachen.

a. Herausgabe beweglicher Sachen. §. 379.

b. Herausgabe unbeweglicher Sachen. §§. 380 u. 381.

2. Leistung oder Unterlassung einer Handlung. §. 382.

3. Beitreibung von Geldforderungen. §. 383.

a. Auspändung von Mobilien. §§. 384—387.

b. Beschlagnahme von Gehalten, Ruhegehalten etc. §. 388.

c. Beschlagnahme von Forderungen des Schuldners. §. 389.

d. Vollstreckung in unbewegliche Güter. §§. 390—397.

Aufhebung der Vollstreckung. §§. 398—400.



**Achter Theil. Gebühren der Gerichte, Anwälte und Sachführer.**

1. Gerichtsgebühren §. 491.

2. Gebühren der Anwälte und Sachführer §§. 402—407.

Anlage A. Vollmachtsformulare.

Anlage 1. Sportel- und Gebührentaxe in Civilproceßen. (S. 185—189.)

1. Sporteltaxe. 2. Gerichtsnebengebühren. (S. 189—191.) 3. Diäten und Reisekosten, welche den betreffenden Beamten überwiesen werden. 4. Gebühren der Auskunftspersonen bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten. 5. Baare Auslagen des Gerichts. 6. Sporteln bei Erledigung von Requisitionen nicht braunschweigischer Gerichte. (S. 193 u. 194.)

Anlage 2. Gebührentaxe für die Anwälte und Sachführer.

Erster Abschnitt. Gebühren. Erste Abtheilung. Tage in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten. (S. 197.)

Zweite Abtheilung. Tage in Civilproceßen bei den höhern Gerichten. A. Anwaltsgebühren. (S. 202.) B. Advokatengebühren. (S. 209.)

Dritte Abtheilung. Tage in Conkurs, insolventen Nachlasssachen und andern gerichtlichen Vermögensverwaltungen. (S. 210.)

Zweiter Abschnitt. Auslagen.

Anhang. Tage in nicht processualischen Sachen. (S. 216.)

**Gesetz, die Abschaffung des Stempelpapiers zu den Gerichtssporteln betreffend.** (S. 321) [Nr. 30] 12/21 Mai 1852.)

§. 1. Abschaffung des Stempelpapiers für die taxirten Sporteln.

§. 2. Beibehaltung der Vorschriften über Taxirung, Verrechnung und Einziehung der Gerichtssporteln.

§. 3. Aufhebung entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen.

## Rescripte.

**Rescript Herzoglichen Staatsministerii vom 27. September 1850.**

Zwischen der hiesigen Herzoglichen und Großherzoglich badenschen Landesregierung ist eine Uebereinkunft getroffen worden, durch welche der Grundsatz der Gegenseitigkeit in Bezug auf die Rechtshülfe in bürgerlichen Streitsachen anerkannt wird, und weisen Wir in Folge derselben, sämtliche Gerichte des Landes hiemit an, die rechtskräftigen Erkenntnisse Großherzoglich badischer Gerichte in bürgerlichen Streitsachen in jedem Falle zu vollziehen, wo die Zuständigkeit der Gerichte nach dieseitigen Gesetzen beurtheilt, außer Zweifel ist.

**Rescript Herzogl. Obergerichts vom 14. October 1850.**

Da zu den Berufungen von den Entscheidungen der Gerichte an die höhere Instanz die Anwälte von den Parteien ordnungsmäßig bevollmächtigt sein müssen, ohne diese Bevollmächtigung

aber, wozu, daß die Parteien die Eingaben oder Protokolle mit unterschreiben nicht genügt, seither hin und wieder die Acten von den Gerichten an das höhere Gericht eingesandt, oder an den Staatsanwalt abgegeben wurden, so werden die sämmtlichen Gerichte an die strenge Beobachtung jener gesetzlichen Vorschrift erinnert, und werden beim Mangel solcher Bevollmächtigung die Acten ohne Verfügung auf die Berufung zurückgesandt werden.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 16. April 1851. an Herzogl.

Kreisdirection Blankenburg.

Über den Bericht vom 6. d. Mts., die Frage über die Verbindlichkeit zur Edition von Amtsacten betreffend, haben Wir uns veranlaßt gefunden, den unterm 12. d. Mts. erstatteten Bericht des Oberstaatsanwalts einzuziehen und lassen der Herzogl. Kreisdirection Abschrift desselben mit dem Bemerkn hiebei zugehen, daß Wir mit den darin vorgetragenen Ansichten einverstanden sind.

Bericht des Oberstaatsanwalts vom 12. April 1851, die Verbindlichkeit der Staatsbeamten zur Edition von Amtsacten und zur Zeugnissab-  
legung betreffend.

Es ist zwar, meiner Ansicht nach keineswegs in das Belieben der Staatsbeamten und der Administrativ-Behörden insonderheit gestellt, ob sie die in ihrem amtlichen Besitze befindlichen Urkunden ediren wollen oder nicht (Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 19. April 1842. Bege, Repert. V. S. 131. Entscheidung der Ministerial-Commission vom 16. Mai 1848. Bege, Repert. VI. S. 114. Hannoversche bürgerliche Proceßordnung von 1848 §. 136.) wie denn schon das römische Recht Bestimmungen über die Edition der Gerichtsacten

L. 2 Cod. de edendo. 2. 1.

und der Rechnungsbücher des Fiscus

L. 45. §. 6. 7. 8. ff. de jure fisci. 49. 14.

L. 6. Cod. de edendo. 2. 1.

L. 4. Cod. de fide instrum. 4. 21.

enthält, jedoch wird vorausgesetzt, daß der Editionskläger das Eigenthum oder Miteigenthum der Urkunde oder einen sonstigen in den Rechten anerkannten Verpflichtungsgrund aufzuweisen vermöge.

Civilproceßordnung. §. 283. 285.

In Ansehung der Verbindlichkeit der Staatsbeamten zur Ablegung von gerichtlichen Zeugnissen kommen aber die Vorschriften des Staatsdienstgesetzes §. 24 in Betracht, so daß also der Staatsbeamte falls das Zeugniß im amtlichen Wirkungskreise gemachte Wahrnehmungen betrifft, welche vermöge der Pflicht zur Amtsverschwiegenheit geheim zu halten sind, dasselbe zu verweigern allerdings befugt und verpflichtet ist. Hierüber sind auch die Rechtslehrer einverstanden, namentlich wird von

Zachariä, Staatsrecht Th. II. §. 116. S. 39.

Weiß, Staatsr. §. 366. S. 802

auf ein Königl. preuß. Gesetz vom 18. Decbr. 1835 und auf die angeführte Vorschrift unsers Staatsdienstgesetzes Bezug genommen und in der

Königl. hannöverschen bürgerl. Proc.-Ordn. von 1848 §. 116 Nro. 2, sowie in der Königl. hannöv. Str.-Pr.-Ord. vom 8. Novr. 1850 §. 88. littr. B.

sind die nämlichen Grundsätze sanctionirt, nur daß die den Beamten vorgesetzte Dienstbehörde zu entscheiden hat, ob der Fall von der Beschaffenheit ist, daß die Ablegung des Zeugnisses der amtlichen Verschwiegenheit zuwiderlaufen würde. Diesen Andeutungen gemäß wird, da Eingriffe in den Lauf der Justiz nicht stattfinden können, Herzogl. Kreisdirection Blankenburg, sofern von ihr die Edition der Anzeige der Gebrüder G. zu H. vom 26. Septbr. resp. 1. Octbr. v. J. oder ein gerichtliches Zeugniß über den Inhalt verlangt werden sollte, sich zu benehmen haben, und verfehle ich nicht, die mir mitgetheilten Acten gehorsamst zurückzureichen.

### Rescript des Oberstaatsanwalts vom 10. Juli 1851 an den Staatsanwalt zu Gandersheim.

Auf den Bericht vom 8. 10. d. Mts. erwiedere ich bei Remission der Anlagen, daß die den Staatsanwälten durch §. 16. Nro. 1. der Civil-Proc.-Ord. zur Pflicht gemachte Vertretung eines Abwesenden in den daselbst bemerkten Fällen, auf die Vertretung des Abwesenden nicht bloß zum Zwecke der Rechtsverfolgung, sondern auch zum Zwecke der Rechtsverteidigung zu beziehen und hiernach von Ihnen zu verfahren ist.

### Schreiben des Oberstaatsanwalts vom 17. Febr. 1852 an Herzogl. Finanzcollegium.

In Erwiederung auf das gefällige Schreiben vom 9./17. d. Mts. die Verfolgung der Entschädigungsansprüche der Brandversicherungsanstalt wegen Brandstiftungen betreffend (Gesetz vom 24. Juli 1837 Nro. 35 §. 24) benachrichtige ich Herzogl. Finanzcollegium, daß die öffentlichen Ankläger zur Geltendmachung von Civilansprüchen im Strafverfahren und also zur Wahrnehmung des desfalligen Interesse weder berechtigt noch verpflichtet sind, vielmehr solche Civilansprüche zu verfolgen und wahrzunehmen lediglich dem Beschädigten überlassen bleiben muß. (Str.-Proc.-Ord. §. 10. 79. 86. 103.)

### Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 6. April 1852 an Herzogl. Polizeidirection zu Braunschweig.

Auf den Bericht vom 20. v. Mts. in Betreff der Erstattung der durch die Vollziehung erkannter Wechselarreste entstehenden Verpflegungskosten lassen Wir Herzogl. Polizeidirection den hierüber vom Oberstaatsanwalte eingezogenen gutachtlichen Bericht vom 1. d. Mts. abschriftlich hierbei zugehen, und wie Wir mit den darin dargelegten Ansichten einverstanden sind, so finden Wir eine Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen nicht erforderlich.

Bericht des Oberstaatsanwalts vom 1. April 1852 an Herzogl.  
Staatsministerium.

Im §. 14 des Gesetzes vom 11. Januar 1849 den Wechselproceß betreffend und damit wörtlich übereinstimmend im §. 265 der Civ.-Proc.-Ord. vom 19. März 1850 ist vorgeschrieben, daß der auf Vollziehung des Personalarrestes antragende Wechselgläubiger die Abzugskosten mit 6 Ggr. für den Tag in der näher bezeichneten Weise einzuzahlen und im Voraus zu entrichten habe.

Außerdem waren nach der Sportelordnung von 1814 S. 156, auch von 1835 S. 521 und sind zuletzt nach der der Civil-Proc.-Ord. angehängten Sportelordnung Pro. 35 für die Aufsicht während der Dauer des Personalarrestes täglich 6 Ggr. und zwar zunächst von dem Extrahenten (Civ.-Proc.-Ord. §. 401 Abs. 3.) zu erheben und zu berichtigen.

Unter Abzugskosten sind aber, gleichwie unter Alimentationskosten, nicht bloß die Kosten der Speisung zu verstehen, sondern die Kosten des Unterhalts und der Verpflegung überhaupt, folglich darin die Kosten der Heizung, der Beleuchtung des Haftlocals, die Kosten des zu gewährenden Lagers mit begriffen, weßhalb das Abzugsrecht, die Abzugsgerechtigkeit (im Latein des Mittelalters *jus Albergariae*, von *Alberga*, Herberge) das Recht, Speisung und Beherbergung zu fordern in sich schließt, und in Oberdeutschland das Geld, welches der Schwängerer der Geschwängerten zur Verpflegung, Alimentation (Abzug) des Kindes geben muß, noch heutigen Tages Abgeld genannt wird.

Die Bemerkung zur Sportelordnung von 1825 S. 529., daß die durch Heizung des Gefängnisses, Licht und Lagerstroh veranlaßten Kosten unter den Abzugskosten aufzunehmen und zu berechnen seien, wird auf der nämlichen Ansicht beruhen.

Eine Rechtsverbindlichkeit der Staatskasse, diejenigen Kosten theilweise zu übernehmen, welche durch das Interesse des Gläubigers bezielende Inhaftirung des Wechselschuldners verursacht worden, glaube ich nicht statuiren zu können; und werden also von dem vom Gläubiger mit 6 Ggr. für den Tag zu entrichtenden Abzugsgeldern die Heizungs-, Beleuchtungs- und Lagerkosten zum Voraus abzuziehen sein, so daß nur der übrigbleibende Rest behuf der eigentlichen Speisung des verhafteten Wechselschuldners zu verwenden ist, welcher letzte, demnach auf schmale Gefangenenkost beschränkt, ein Mehreres an Speisen und Getränken aus eigenen Mitteln sich anzuschaffen hat, übrigens unter Beobachtung der Vorschriften der Hausordnung. §§. 20 und 63. (Bege. Repert. Th. V. S. 28/35.)

Sollte mit dieser Strenge wider die Wechselschuldner zu verfahren bedenklich oder unangemessen erscheinen, so wird, dafern nicht die Staatskasse zur Mitleidenschaft heranzuziehen; der festgestellte Satz von täglich 6 Ggr. auf den entsprechenden Betrag mit Aenderung des §. 265 der Civ.-Proc.-Ord. zu erhöhen sein. Denn daß die Meinung gewesen, es sei der etwaige Ausfall an Verpflegungskosten von denjenigen 6 Ggr. zu decken, welche, neben den Abzugskosten täglich für die Beaufsichtigung zu entrichten sind, halte ich nach Lage der Sache nicht für wahrscheinlich, wogegen allerdings für Aufwartung, als unter der Aufsicht mit begriffen, nichts in Anrechnung gebracht werden kann.

Bege's Repert. VII. Th.

Bei Vollziehung des Arrestes im Gefängnisse sind die Beaufsichtigungskosten mit täglich 6 Ggr. genügend vergütet, während die Bewachung des Arrestanten in seiner eigenen oder in einer andern Privatwohnung sicherlich einen größern Aufwand erfordert, welcher, weil das Gesetz nur die Regel, Vollziehung des Arrestes in der Gefangenenanstalt, betrifft, eintretenden Falls von dem Wechselgläubiger besonders zu erstatten sein wird.

## Civilstaatsdienst.

**Gesetz**, verschiedene Änderungen der Bestimmungen über die Ruhegehälter der Staatsdiener betreffend. (S. 231.) [No. 34.] (31. August./8. September 1849.)

§. 1 Aufhebung des Gnadengehalts. §. 2. Auch die Mitglieder des Staatsministeriums sollen keinen Anspruch auf den Gnadenruhegehalt haben. §. 3. Feststellung des Ruhegehalts. §. 4. Wenn einem Beamten mehrere Aemter übertragen sind. §. 5. Nähere Bestimmungen des Ruhegehalts für die Beamten, denen mehrere Aemter übertragen sind. §. 6. Feststellung der Pensionsansprüche der Beamten, welche das 50. Dienstjahr oder das 70. Altersjahr vor der Erlassung dieses Gesetzes erreicht haben.

**Gesetz**, die Diäten der Verwaltungsbeamten betreffend. (S. 15.) [No. 4.] (16./26. Februar 1850.)

§. 2. Feststellung des Diätensatzes für stimmführende Mitglieder des Herzogl. Staatsministeriums und der unmittelbar demselben untergeordneten Behörden, so wie der Secrétaire oder anderer Hülfssbeamten dieser Behörden. § 2. Beibehaltung anderer durch den Normaletat bisher festgestellter Diätensätze. §. 3. In anderen Fällen soll der Diätensatz durch Herzogl. Staatsministerium festgestellt werden. (S. 16.)

**Gesetz**, die Normalgehälter der Gerichts-, Hülfss- und Unterbeamten betreffend. §. 1. Gehälter der Unterbeamten des Obergerichts. §. 2. Gehälter der übrigen Gerichtsunterbeamten. §. 3. Unterhaltung eines Pferdes für die Gerichtsvoigte. §. 4. Pensionsbestimmung der Gerichtsvoigte und Gerichtsuntervoigte.

## Rescripte.

Rescript des Oberstaatsanwalts vom 20. August 1851 an sämtliche Staatsanwälte.

Es ist vorgekommen, daß einem durch richterliches Erkenntniß des Dienstes entsetzten Staatsdiener in Ermangelung einer Benachrichtigung von dem gegen ihn abgegebenen, den Verlust seines Dienstes einschließenden Straferkenntniß, der Gehalt noch einige Monate nach seiner Dienstentsetzung ausgezahlt ist. Um solchen Uebelstände für die Zukunft abzuwehren, werden Sie hierdurch angewiesen, von allen gegen Staatsdiener abgegebenen Straferkenntnissen, worin der Verlust des bezogenen Gehalts oder einer Pension ausdrücklich erkannt oder worin Absetzung oder Entlassung oder der Verlust aller Dienstrechte ausgesprochen oder in welchem endlich gegen einen Staatsdiener eine Straftat erkannt ist, welche nach §. 17 des Crim.-Ges.-Bs. den Verlust

der Dienstrechte nach sich zieht, sofort das Herzogl. Finanzcollegium von dem Inhalte des erfolgten rechtskräftigen Erkenntnisses zu benachrichtigen.

Auch werden Sie bei dieser Gelegenheit auf die Befolgung des Circularrescripts Herzogl. Staatsministerii vom 20. Februar 1836 (Nro. 7. der Verordnungsammlung de 1836.) aufmerksam gemacht.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 3. Januar 1852.

Wir halten auf den Bericht vom 15. v. Mts. die einmalige Ableistung des in der landesherrlichen Verordnung vom 20. Decr. 1832 vorgeschriebenen Dienstweides für genügend, zugleich aber für erforderlich, daß bei Versetzungen und Beförderungen ausdrücklich auf den bereits geleisteten Dienstweid verwiesen werde.

## Criminaljustiz.

**Gesetz**, die Ausführung des §. 8 und §. 10 der Grundrechte für das deutsche Volk und der §§. III Nro. 5 und VII des Einführungsgesetzes für die Grundrechte des deutschen Volks betreffend. (S. 53) [Nro. 5.] (14./20. Januar 1849.)

§. 1. Ergreifung und Verfolgung auf frischer That im Sinne der §§. 8 und 10 der Grundrechte des deutschen Volks. §. 2. Zur Verhaftung auf frischer That bevollmächtigte Beamte. §. 3. Zur Haussuchung berechnigte Beamte. §. 4. Behörden und Beamte, denen das Gesetz ausnahmsweise ohne richterlichen Befehl eine Haussuchung gestattet. Aufhebung aller entgegenstehenden Gesetze. §. 6. Eintritt der Gesetzeskraft.

**Gesetz**, die Bestrafung der Vergehen gegen die Telegraphenanstalten betreffend. (S. 349 [Nro. 41] 30. Octbr. 1849.)

§. 1. Bestrafung der Verhinderung oder Störung der Benutzung der Telegraphenanstalt mit Absicht. §. 2. Bestrafung der Verhinderung oder Störung der Benutzung der Telegraphenanstalt aus Fahrlässigkeit. §. 3. Zusammentreffen solcher Gesetzübertretungen mit andern Verbrechen. §. 4 u. 5. Bestrafung einer Verhinderung oder Störung der Telegraphenanstalten durch Nachlässigkeit der dabei angestellten Officianten.

**Gesetz**, über das Fortbestehen des Gesetzes vom 24. April 1848 die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei Aufläufen entstandenen Schadens betreffend. (S. 407.) [Nro 52] (18./21. Decr. 1849.)

Die §§. 1—5 des Gesetzes vom 24. April 1849 sollen bis 1. Juli 1850 in Kraft bleiben.

**Gesetz**, die gerichtliche Polizei und die mit deren Ausübung beauftragten Beamten betreffend. (S. 221—241.) [Nro. 15.] (19. März / 15. April 1850.)

§. 1. Aufgabe der gerichtlichen Polizei. §§. 2. u. 3. Beamte der gerichtlichen Polizei. §. 4. Verpflichtungen der Beamten. §. 5. Befugniß der Beamten. §§. 6 u. 7. Aufrechthaltung der Befugnisse der Zoll-, Steuer-, Forst- und Polizeibeamten zu

Verhaftungen und Hausdurchsuchungen in den gesetzlich bestimmten Fällen. §. 8. Erforderniß eines richterlichen Befehls zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen. §§. 9 u. 10. Vorläufige Maßregeln gegen Verbrecher. §. 11. Die Rechte und Pflichten der Beamten der gerichtlichen Polizei in Bezug auf das Gefängnißwesen sollen besonders festgestellt werden. §. 12. Öffentliche Ankläger bei den Stadt- und Amtsgerichten. §. 13. Ernennung derselben und Vertretung in Behinderungsfällen. §. 14. Verpflichtung der Ortspolizeibehörde zu dem Amte der öffentlichen Ankläger. §. 15. Vergehen gegen die ortspolizeilichen Gesetze, Statuten und Reglements. §§. 16 u. 17. Aushilfe und Unterstützung der gerichtlichen Polizei und Bestimmung einer Strafe bei Verweigerung der angesprochenen Unterstützung. §. 18. Aufsichtsbehörde über die Beamten der gerichtlichen Polizei. §. 19. Disciplinarverfahren. §§. 20 u. 21. Dienstvergehen der Beamten der gerichtlichen Polizei. §. 22. Befugnisse des Cassationshofes in Beziehung auf Dienstvergehen der Beamten der gerichtlichen Polizei. §. 23. Aufhebung früherer Gesetze.

Anlage A. Extract aus der Zollordnung, dem Zollstrafgesetze, dem Zollgesetze, der Verordnung vom 5. Mai 1815, der Verordnung vom 7. Febr. 1827, der Verordnung vom 2. August 1828, der Verordnung vom 22. September 1846, der Verordnung vom 7. Februar 1831, aus dem Zollcartel, aus dem Gesetze wegen Erhebung und Controlirung der Branntweinsteuer, aus dem Gesetze wegen der Besteuerung des Braumalzes, aus dem unterm 20. Novbr. 1845 publicirten hannoverschen Steuergesetze, aus dem Criminalgesetzbuche, aus der Feuerordnung für die Landgemeinden vom 1. Octbr. 1832 und der Verordnung vom 5. Febr. 1816.

**Gesetz**, die Verwandlung der Geldstrafen in verhältnißmäßige Freiheitsstrafen betreffend. (S. 243 u. 244) [Nro. 16] (18. März/15. April 1850.)

§. 1. Verwandlung von Geldstrafe in Gefängnißstrafe. §. 2. Verwandlung von Geldstrafe in Zwangsarbeitsstrafe. §. 3. Aufhebung früherer gesetzlicher Vorschriften.

**Gesetz**, Abänderung des §. 8 des Gesetzes vom 10. Juli 1840 über die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betreffend. (S. 87.) [Nro. 25.] (3./12. Juli 1851.)

§. 1. Zuständigkeit der Gerichte. §. 2. Im Falle Kinder Mitschuldige von Erwachsenen sind. §. 3. Aufhebung der widerstreitenden Bestimmungen des §. 8 vom 10. Juli 1840.

**Gesetz**, Ergänzungen der §§. 89 und 108 des Criminalgesetzbuches betreffend. (S. 11.) [Nro. 3.] (11/15. Januar 1852.)

§. 1. Strafbestimmung für Aufforderung des Militärs zur Widerseßlichkeit. §. 2. Nähere Bestimmung des Vergehens. §. 3. Strafbestimmung für Aufreizung gegen die Kirche. §. 4. Feststellung der Competenz der Gerichte.

**Circularrescript**, an das Herzogl. Obergericht und sämtliche Herzogl. Kreis-, Amts- und Stadtgerichte, den Oberstaatsanwalt und sämtliche Staatsanwälte sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen und die Herzogl. Polizeidirection

zu Braunschweig, in Betreff der gegen Kinder, wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifender Maßregeln. (C. 10.) [Nro. 16] 27 Jan./5. Februar 1852.

### Rescripte.

#### Rescript des Oberstaatsanwalts vom 11. März 1851 an sämtliche Staatsanwälte.

Infolge Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 3. d. Mts. sollen die Criminaltabellen in der bisherigen Form künftig wegfallen und statt derselben monatliche Verzeichnisse über die Vollziehung der in Untersuchungssachen von den Kreisgerichten und den Schwurgerichtshöfen abgegebenen Straferkenntnisse geführt und an mich eingesandt werden. In dieser Hinsicht hat Herzogl. Staatsministerium nachstehende Bestimmung getroffen:

I. Die Kreisgerichtsdirectoren werden und zwar vom 1. Januar d. J. an monatlich, bis zum 4. jeden Monats ein Verzeichniß derjenigen Untersuchungssachen, in welchen während des vorbergehenden Monats, sowol von den Kreisgerichten als von den Schwurgerichtshöfen des Kreises Strafen erkannt worden sind, dem Staatsanwalte mittheilen.

Diese Verzeichnisse müssen in verschiedenen Columnen, außer der fortlaufenden Nummer, enthalten:

1. Vornamen, Namen, Stand oder Gewerbe, Alter und Wohnort des Angeeschuldigten;
2. den Gegenstand der Untersuchung;
3. den Tag des abgegebenen Strafurtheils und
4. die erkannten Strafen.

II. Der Staatsanwalt hat die Nummer seines Delictenregisters hinzuzufügen, in besondern Columnen über die geschehene Strafvollziehung oder die Gründe weshalb diese nicht hat bewirkt werden können, Nachweisung zu geben und das so vervollständigte Verzeichniß bis zum 7. jeden Monats an mich einzusenden.

III. Sollte, wie meistens der Fall sein wird, zur Zeit der Einsendung des Verzeichnisses anher, die Strafvollziehung noch nicht in allen während des vorigen Monats abgeurtheilten Sachen erfolgt sein, so hat der Staatsanwalt unter dem Verzeichnisse zu bemerken, hinsichtlich welcher Sachen die Strafvollziehung nachzuweisen bleibt und dieserwegen bei Einsendung des nächsten Verzeichnisses das Geeignete anzuzeigen.

#### Rescript des Oberstaatsanwalts vom 3. April 1851 an den Staatsanwalt zu Blankenburg.

Auf die berichtliche Anfrage vom 2. d. Mts. erwiedere ich bei Rücksendung der Berichtsanlagen, daß Vormünder und Curatoren zu den §. 248. Nro. 5 des Crim.-Ges.-Bs. aufgeführten Beamten und Personen nicht gehören, wie sich aus §. 221. B. und C. und §. 236. des Crim.-Ges.-Bs., sowie daraus, daß es für sie an einer Disciplinarbehörde im Sinne des §. 255. des Crim.-Ges.-Bs. und des Staatsdienstgesetzes §. 42. fehlt, deutlich ergibt.



Etwaige Veruntrennungen 2c. der Curatoren und Vormünder können daher nach §§. 260 und 261 des Crim.=Gef.=Bch. nicht beurtheilt werden, weshalb gedachten Personen eintretenden Falls die Bestimmungen im §. 243. des Crim.=Gef.=Bch. allerdings zu statten kommen müssen.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 26. April 1851 an Herzogl. Obergericht.

Über den Sinn und Bereich des Gesetzes vom 10. Juli 1840, die gegen Kinder wegen verbrecherischer Handlungen zu ergreifenden polizeilichen Maßregeln betreffend, sind Zweifel entstanden und werden Wir hierdurch veranlaßt, sämmtlichen Herzoglichen Kreisgerichten Folgendes zu eröffnen:

Die Bestimmung des §. 30. des Crim.=Gef.=Bch., daß Kinder unter 14 Jahren wegen gesetzwidriger Handlungen nicht bestraft werden können, diese Straßlosigkeit aber die erforderlichen und zulässigen polizeilichen Maßregeln gegen Kinder nicht ausschließe, hat Veranlassung zur Erlassung des oben erwähnten Gesetzes gegeben, wie solches schon der Eingang desselben ersehen läßt. Das Gesetz hat also an die Stelle der in dem Crim.=Gef.=Bch. bestimmten Strafen, welche auf Kinder unter 14 Jahren keine Anwendung finden sollen, andere Maßregeln gesetzt und zugleich das Verfahren in solchen Fällen vorgeschrieben. Nach diesem Zwecke des Gesetzes ist dasselbe nicht auf polizeiliche Contraventionen, welche nicht nach den Vorschriften des Crim.=Gef.=Bch., sondern nach daneben, dem §. III des Publicationspatents vom 10. Juli 1840 zufolge, in Kraft gebliebenen Gesetzen beurtheilt werden müssen, zu beziehen, und zwar um so weniger, als auf das Verfahren, welches bei von Kindern begangenen Verbrechen beobachtet werden soll, für solche Uebertretungen sich nicht eignen würde.

Wir weisen die Herzogl. Kreisgerichte hiemit an, den betreffenden Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten den Inhalt dieses Rescripts zu eröffnen.

Rescr. des Oberstaatsanwalts vom 2. Octbr. 1851 an den Staatsanwalt zu Wolfenbüttel.

In der Untersuchungssache wider den Tagelöhner C. M. zu B., wegen Diebstahls, eröffne ich Ihnen, daß die Bestimmung des Crim.=Gef.=Bch. §. 216. 2. B. (eben so wie die §. 222. 1. a. G.) nur eine besondere Art von Rückfallstrafen enthält, so daß also, wenn seit Verbüßung der polizeilichen wegen Diebstahls (oder Unterschlagung) erkannten Strafen die Verjährung abgelaufen ist, in Gemäßheit der allgemeinen Grundsätze (Crim.=Gef.=Bch. §. 71. a. G.) eine besondere Rückfallstrafe nicht zur Anwendung gebracht werden kann.

Rescr. des Oberstaatsanwalts vom 25. Febr. 1852 an den Staatsanwalt zu Blankenburg.

Auf den Bericht vom 22. d. Mts. eröffne ich Ihnen unter Rücksendung der Untersuchungsacten wider den Chirurgus U. zu B. wegen medicinischer Puscherei Folgendes:

Medicinische Pfscherei ist kein materielles, sondern ein formelles (medicinalpolizeiliches) Delict, bei welchem es darauf, dass ein bestimmter Erfolg eingetreten ist, nicht ankommt, so dass mithin als Ort des Verbrechens derjenige zu betrachten ist, wo die (polizei-) gesetzwidrige Handlung vorgenommen wurde.

So richtig daher ist, dass Landeseinwohner wegen im Auslande begangener polizeilicher Uebertretungen im hiesigen Staatsgebiete zur Untersuchung und Strafe nicht gezogen werden können (Landschäftsord. von 1832 §. 205) so trifft doch dieser für die Incompetenz der hiesigen Gerichte angeführte Grund im vorliegenden Falle nicht zu, da U., namentlich durch die eidlichen Aussagen des Nagelschmidts E. zu B. zum Protokolle vom 28. v. Mts., beschuldigt wird, auch in seinem Wohnorte J. medicinische Verordnungen gemacht, insonderheit Recepte behuf innerlichen Gebrauchs verschrieben und ausgehändigt zu haben, durch solche von ihm in den hiesigen Landen verübten Handlungen aber die bestehenden medicinalpolizeilichen Vorschriften übertreten worden sind, und gleichgültig erscheint, dass jene Verordnungen und Recepte für die im Auslande zu B. wohnhafte Ch. B. bestimmt waren.

Die Competenz der hiesigen Gerichte zur Untersuchung und Bestrafung der im Auslande von U. begangenen medicinischen Pfscherei kann nicht in Frage gestellt werden, und weise ich Sie, mit Beseitigung Ihres Beschlusses vom 19. v. M. hierdurch an, auf den Grund der Bekanntmachungen Herzogl. Obersanitätscollegiums vom 20. Jan. 1794, vom 21. Sept. 1803 und 27. Jan. 1830.

(Fredericksdorf Prompt. Theil 8, S. 17. Ausgabe von Steinacker Th. 1. S. 171.

Bege, Repert. Th. 2. S. 212.

zum Zwecke strafrechtlicher Behandlung der oben erwähnten medicinischen Pfscherei das Erforderliche zu besorgen und bei Herzogl. Kreisgerichte zu beantragen.

Resc. des Oberstaatsanw. vom 7. Mai 1852 an den Staatsanwalt zu Wolfenbüttel.

Die in Ihrem Berichte vom 3./7. d. M. entwickelten Ansichten über die Auslegung des Crim.-Ges.-Bs. §. 215. 4. G. halte ich für vollkommen richtig, indem die Worte: „die ihnen anvertrauten Sachen“ ausschließlich auf die unmittelbar vorher genannten „Wächter und Hüter“ (welche ihnen zur Bewachung oder Hut anvertraute Gegenstände in diebischer Absicht sich zueignen) zu beziehen, auf Wirthe, deren Dienstboten und Gäste nicht mit zu erstrecken sind (vergl. Crim.-Ges.-B. §. 215. 4 und 221. 1. B.) und demgemäß vom vormaligen Oberappellationsgerichte, namentlich in der beim Herzogl. Kreisgerichte Braunschweig geführten Untersuchungssache wider K. wegen Diebstahl sam 18. Jan. 1848, erkannt worden ist; wobei ich bemerke dass das in meiner Ausgabe des Crim.-Ges.-Bs. hinter dem Worte „Hüter“ befindliche Komma ein Druckfehler ist, wie die amtliche Ausgabe des Crim.-Ges.-Bs. in der Gesetzsammlung von 1840 darlegt.

Gleichwohl trage ich Bedenken, was den gegenwärtigen Fall anlangt, wider das Erkenntniss Herzogl. Kreisger. vom 27. v. M. die Nichtigkeitsbeschwerde im öffentlichen Interesse zu verfolgen, weil besagtes Erkenntniss eine die nämliche Strafe bedingende Auszeichnung

(§. 215. 4. H.) als vorhanden angenommen hat, folglich die (allerdings gesetzwidrig zurückgewiesene) Auszeichnung §. 215. 4. G. nach der Vorschrift im §. 57 des Crim.-Ges.-Bs. nur als Erschwerungsgrund bei Zumessung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen von Bedeutung sein kann, dessen Nichtbeachtung keine Nichtigkeit bewirkt. (Str.-Proc.-Ord. §. 158. 3.)

Rescript des Oberstaatsanwalts vom 27. Juli 1852 an den Staatsanwalt zu Holzminden.

Auf den Bericht vom 23./26 d. M. die Anklagesache wider die Wittve B. zu B., wegen Anerbietens zum Meineide betreffend, erwiedere ich, dass die Verfügung Herzogl. Kreisgerichts Holzminden vom 21. d. M., wodurch die Anklage zurückgewiesen worden, für sach- und rechtgemäss zu erachten ist.

Abgesehen von der Frage: ob die zum Protokolle des Untersuchungsrichters vom 25. Febr. d. J. niedergeschriebene Erklärung der als Auskunftsperson abgehörten Wittve B. „sie sei jederzeit bereit, ihre Aussage zu beschwören“ dem Anerbieten zum Eide im Sinne des Crim.-Ges.-Bs. §. 136 gleich zu beurtheilen sei? ist das Erbieten zu einem falschen Eide nach den ausdrücklichen Worten des Gesetzes nur alsdann mit Strafe bedroht, wenn in Folge solchen Erbietens der Eid für den Betheiligten als abgeleistet angenommen worden war, — weil lediglich unter letztgedachter Voraussetzung der mit dem Erbieten zum Eide gemachten Erklärung die Wirkung der geschehenen Eidesleistung beigelegt werden kann.

Obige Gesetzesvorschrift, von welcher allerdings nicht bloß Partheien, sondern ebenso wohl Zeugen und Sachverständige getroffen werden, bezieht sich zunächst auf bürgerliche Rechtsstreitigkeiten und ist auch im Strafverfahren nicht anders anwendbar, als wenn hier eine Erlassung des Eides (vergl. jedoch Str.-Proc.-Ord. §§. 90. 134) vorgekommen sein sollte z. B. in den §. 77 Abs. 2 der Str.-Proc.-Ord. berührten Fällen.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 16. Aug. 1852 an den Staatsanwalt zu Helmstedt.

Auf den Bericht vom 11./15 d. M. bin ich einverstanden, dass in der allerdings zur freisgerichtlichen Competenz (Ges. v. 30. Oct. 1851 Pro. 45. §. 2 Pro. 3.) gehörenden Untersuchungssache wider den Handelsmann B. in B. das weitere Verfahren eingestellt wird.

Benannter B. ist angeschuldigt, im März 1848 zwei verschiedene Betrugsverbrechen, welche als Fortsetzung (Crim.-Ges.-B. §. 56) keineswegs anzusehen, jedes im Werthbetrage von 20 Thlr. verübt zu haben. Zur Zeit des Beginnes der Untersuchung (Mai 1852) war jedoch, weil Auszeichnungen nicht vorhanden, die gerichtliche Verfolgung der einzelnen Verbrechen wegen Ablaufs der Verjährung (Crim.-Ges.-B. §. 226. 2. vergl. mit §. 71. 1. I. E.) nicht mehr zulässig und in dieser Beziehung kann die Vorschrift des Crim.-Ges.-Bs. §. 55 Abs. 2., dass der Betrag mehrerer gegen fremdes Eigenthum gerichteten gleichen und gleichartigen Verbrechen zusammenzurechnen und eventuell die Strafe nach dem Gesamtbetrage zu bestimmen sei, so dass im vorliegenden Falle (Crim.-Ges.-Bch. §. 225. 2.) die Verjährung nach §. 71 1. I. D. des Crim.-Ges.-Bs. zu bemessen wäre, auf die Verjährungsfrist nicht einwirken, weil die Anwendung der Vorschrift §. 55 Abs. 3 des Crim.-Ges.-Bs. voraussetzt, dass die mehreren Verbrechen nach

„zu bestrafen“ sind, also dass deren Strafbarkeit, hier durch Verjährung, nicht bereits getilgt und somit die Möglichkeit der Zusammenrechnung nicht gesetzlich aufgehoben worden ist.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 17. Aug. 1852 an den Staatsanwalt zu Braunschweig.

Die mit dem Berichte vom 13./15. d. M. eingesandten Untersuchungsacten wider den Tagelöhner Ch. K. zu B., wegen Diebstahls, empfangen Sie anbei zurück.

K. ist der Verübung zweier verschiedener, Fortsetzung desselben Verbrechens (Crim.-G.-B. §. 56) nicht enthaltender Diebstähle angeschuldigt, von denen der dem Bahnwärter L. zugefügte 4 Thlr. 6 Ggr., der dem Leinweber R. zugefügte 2 Thlr. 18 Ggr. zum Werthbetrage hat. Beide Diebstähle sind durch nächtliches Eindringen in Wohnungen ausgezeichnet und daneben befindet sich Angeschuldigter im Rückfalle.

Es ist folglich auf die schwerste Strafe zu erkennen, welche sich ergibt, je nachdem

1. der Betrag beider Diebstähle zusammengerechnet und die allein nach diesem Betrage, also ohne Berücksichtigung der Auszeichnung zu ermittelnde Strafe, oder je nachdem
2. die durch jeden einzelnen Diebstahl verschuldete Strafe angewendet wird. (Crim.-Gef.-B. §. 55. Abs. 3.)

In Gemäßheit des Grundsatzes zu 1. würde nach dem Gesamtwertb von 7 Thlr. die Strafe beider Diebstähle in Zwangsarbeit bis von einem Jahre (Crim.-Gef.-B. §. 216. 3.) und des Rückfalls wegen in Zwangsarbeit bis von 5 Jahren (Crim.-Gef.-B. §. 56. Abs. 1.) bestehen,

während der Grundsatz zu 2. für jeden Diebstahl (Crim.-Gef.-B. §. 216. 1. verglichen mit §. 215. 3. F.) Zwangsarbeit bis von einem Jahre und in Betracht des Rückfalls (Crim.-Gef.-B. §. 58. Abs. 1.) bis von 5 Jahren, also für beide Diebstähle Zwangsarbeit bis von 10 Jahren bedingt, so dass mithin dieses zweite Princip bei Feststellung der Strafe angenommen werden muss.

Da gleichwohl keiner der verschiedenen Diebstähle, für sich betrachtet, die Competenz des Schwurgerichts begründet und auf eine härtere Strafe als Zwangsarbeit nicht zu erkennen ist, (Gesetz vom 30. Oct. 1851. Nro. 45. §. 2. Nro. 3.) insonderheit auch der Rückfall, weil dieser für jeden einzelnen Diebstahl keine höhere Strafe als 5jährige Zwangsarbeit bewirken kann, die freisgerichtliche Zuständigkeit nicht ausschließt (das bemerkte Gesetz §. 2. Nro. 1. a u. b.) so haben Sie die Sache bei dem Herzogl. Kreisger. Braunschweig, als zu dessen Competenz gehörig, strafrechtlich zu verfolgen.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 24. Novbr. 1852 an den Staatsanwalt zu Braunschweig.

Auf den Bericht vom 22./23. d. M., die Anklagesache wider R., wegen Diebstahlsbegünstigung, betreffend, erwiedere ich unter Remission der Acten Folgendes:

Bei Ermittlung der gesetzlichen Strafe des Begünstigers können demselben diejenigen Momente, welche die Strafbarkeit (nicht des Hauptverbrechens [Crim.-Gef.-B. §. 54.] sondern) des Hauptverbrechens bestimmen, der Werthbetrug und die Auszeichnungen nur in soweit, als sie ihm

bekannt gewesen sind (Crim.-Ges.-B. §. 23 Abs. 2.) angerechnet werden und ist das Strafmaß unter Berücksichtigung des Werthes der Gegenstände, welche der (Diebstahls-) Begünstiger an sich gebracht oder abgesetzt 2c. hat, festzustellen (Crim.-Ges.-B. §. 63. Abs. 1. §. 65. Nro. 1 u. 3.)

Es coastirt überall nicht, dass R., indem er sich der Diebstahlsbegünstigung schuldig machte, von jenen die Strafbarkeit der Hauptverbrechen bedingenden Momenten Kenntniß gehabt, und erscheint demnach eine Nichtigkeitsbeschwerde wider das kreisgerichtliche Erkenntniß vom 11. d. M. nicht begründet, zumal die Nichtigkeitsbeschwerde, auch die im öffentlichen Interesse, nicht gegen die Entscheidungsgründe, sondern nur gegen die Entscheidung selbst gerichtet werden kann.

## Dingliche Rechte an Grundstücken.

**Gesetz, die gänzliche Aufhebung des Lehnverbandes betr. (S. 399.) [Nro. 51.] (13./21. Decr. 1849.)**

§. 1. Aufhebung des Lehnverbandes. §. 2. Verbot der Errichtung neuer Lehen. §. 3. Bestimmung der Entschädigung des Lehnsherrn. §. 4. Bestimmung der Entschädigung des Lehnsherrn bei Afterlehen. §. 5. Ablösung besonderer Abgaben und Leistungen, welche auf dem Lehen haften. §. 6. Anwendbarkeit des Verfahrens für Ablösung von Reallasten auch auf dies Lehnauhebungsverfahren. §. 7. Verzinsung des Ablösungscapitals. §. 8. Eintritt der Befreiung vom Lehnverbande. §. 9. Bestimmung wegen der auf dem Lehen ruhenden Ansprüche auf Alimente, Ausstattung, Lehncompetenzen, Leibgedinge, Wittthümer und Leibzuchten. §. 10. Bestimmung wegen der Lehnzinsen und Lehnstämme. §. 11. Ansprüche der Eventualbelehnten und Exprivirtin. §. 12. Ansprüche der Lehnnachfolger. §. 13. Sicherheit des Ablösungscapitals. §. 14. Erlöschen der dem Lehnsherrn wegen des Ablösungscapitals und dem Lehnnachfolger wegen der Entschädigung für die entzogene Folge zustehende stillschweigenden Hypothek. §. 15. Provisorische Caution behuf Sicherung der Ansprüche des Lehnsherrn und Lehnnachfolgers. §. 16. Aufhebung des Gesetzes vom 18. März 1837 Nro. 18, die Aufhebung der Feudalrechte und die Errichtung von Familienstammgütern betreffend.

**Gesetz, die Aufhebung der Familienfideicommissse betreffend. (S. 51.) [Nro. 12.] (19./28. März 1850.)**

§. 1. Die Familienfideicommissse werden aufgehoben. §. 2. Der zeitige Fideicommissinhaber erhält freie Disposition unter Lebenden und auf den Todesfall. §. 3. Entschädigung des Fideicommissnachfolgers. §. 4. Entschädigung der Abfindungs- oder Competenz-Berechtigten. §. 5. Aufhebung der Fideicommissstämme und Ablösung der Fideicommissrenten. §. 6. Die Herzogl. Landes-Economiecommission ist Auseinanderseßungsbehörde. §. 7. Verfahren bei der Auseinanderseßung. Eintragung der ermittelten Entschädigung in die Hypothekenbücher. §. 8. Abzahlung der Entschädigungscapitale schon bei Lebzeiten des jetzigen Fideicommissinhabers. §. 9. Zahlungszeit der Entschädigung nach dem Tode des jetzigen Fideicommissinhabers. §. 10. Rechtsverhältnisse der nicht fideicommissarisch vererblichen auf den Familienfideicommissgütern bereits haftenden Abfindungen, Competenzen und Wittthümern. §. 11. Abzufehende Forderungen bei Schätzung

des Fideicommissgutes vom taxirten Werthe. §. 12. Ausnahmen von den Bestimmungen des Gesetzes.

**Gesetz**, die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken und die Aufhebung der Nothwendigkeit der Confirmation der Verträge über Bauergüter betreffend. (S. 276) [Nro. 12.] (19. März/15. April 1850.)

Siehe Artikel „Freiwillige Gerichtsbarkeit.“

### Rescripte.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 31. Dec. 1852 an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Nachdem die mit dem Rescripte vom 9. Mai c. geforderten Berichte über die Theilung der Anbauerhäuser nunmehr sämmtlich erstattet sind, eröffnen Wir den Herzogl. Kreisdirectionen Folgendes:

Der Grundsatz der Untheilbarkeit der Bauergüter, welcher bereits in der Polizeiordnung von 1589 ausgesprochen ist, ist ein allgemein landespolizeilicher und daher auch, insoweit nicht durch das Gesetz selbst Ausnahmen gestattet sind, auf alle Bauergüter anzuwenden. Wo daher ein wirklich integrierender Theil eines Bauerguts abgetrennt werden soll, da tritt das gesetzliche Verbot entgegen. Es ist kein genügender Grund vorhanden, die erst seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts entstandenen Anbauerhäuser von dieser gesetzlichen Regel auszunehmen und eben so wenig bedarf es eines weitem Beweises darüber, daß wenn es sich um Zerlegung eines solchen Hauses in zwei künftig selbstständige Theile handelt, dann eine solche Abtrennung vorliegt, welche einen bisher integrierenden Theil des Ganzen treffen soll. Eine solche Disposition wird daher ohne höchste landespolizeiliche Genehmigung der Abweichung von der gesetzlichen Regel nicht gültig sein.

Außerdem aber wird durch eine Sonderung, welche aus einem Anbauerwesen zwei dergleichen schaffen soll, ein neues Anbauerwesen begründet und die Bedingungen der Existenz des bisher bestehenden einer neuen Feststellung unterzogen. Dazu ist aber den bestehenden gesetzlichen Vorschriften zufolge jedenfalls die landespolizeiliche Genehmigung erforderlich, ohne welche ein solcher Vertrag ungültig und daher in Gemäßheit des §. 2 des Gesetzes Nro. 22 vom 19. März 1850 nicht geeignet ist, dingliche Rechte zu begründen.

Herzogl. Kreisdirectionen werden daher in dergleichen Fällen jedenfalls die höchste Genehmigung resp. Dispensation einzuholen haben, und halten Wir nicht für erforderlich, eine besondere gesetzliche Bestimmung dieserhalb zu erlassen. Wir haben jedoch das Herzogl. Obergericht veranlaßt, die Herzogl. Amtsgerichte anzuweisen, Contracte, durch welche Anbauerhäuser getheilt und aus einer zwei Anbauerstellen gemacht werden sollen, vor erfolgter höchster Genehmigung resp. Dispensation keine Folge zu geben.

### Deutschland, Deutscher Bund.

**Gesetz**, das Verhältniß der Reichsgesetzgebung zur Landesgesetzgebung betr. (S. 95.) [Nro. 17.] (4./18. Mai 1849)

§. 1. Der §. 12. des Landesgrundgesetzes ist durch die Reichsgesetzgebung aufgehoben und findet keine Anwendung mehr. §. 2. Die gehörig publicirten Reichsgesetze und Verordnungen treten ohne Weiteres in Wirksamkeit. §. 3. Dasselbe gilt von den Verordnungen der künftigen Centralgewalt.

**Verordnung**, die Installation des Bundesschiedsgerichts und die Bestimmungen über das Verfahren vor demselben betr. (S. 325.) [Nro. 38.] (8. Oct. 1849.)  
Die Herzogl. Braunschweigische Regierung tritt dem von den Königlichen Regierungen Preußen, Sachsen und Hannover am 26. Mai 1849 zu Berlin geschlossenen Bündnisse über die Errichtung eines provisorischen Bundesschiedsgerichts bei.

**Gesetz**, die Wahl der Abgeordneten zum Volkshause betr. (S. 361.) [Nro. 46.] (30. November 1849.)

Da ein Volkshaus des deutschen Bundesstaates nicht mehr existirt, bedarf dies Gesetz keines Auszuges.

**Verordnung**, die zufolge des Gesetzes Nro. 46. vom 27. Novbr. 1849 zu bildenden Wahlbezirke betr. (S. 369.) [Nro. 47.] (6. Decr. 1849.)

**Wahlausschreiben**, die Wahlen zum Volkshause des deutschen Bundesstaates betr. (S. 393.) [Nro. 48.] (6. Decbr. 1849.)

**Verordnung**, die Ergänzung der Verordnung vom 30. Novbr. 1849, Nro. 47, die Bildung der Wahlbezirke behuf der Reichstagswahlen betr. (S. 397.) [Nro. 50.] (17. Decbr. 1849.)

**Verordnung**, die Einberufung des Landtags betr. (S. 7.) [Nro. 3.] (23. Febr. 1850.)  
Anlage. Decret des Verwaltungsrathes der auf Grund des Vertrags vom 26. Mai 1849 verbündeten deutschen Regierungen. (S. 8—13.)

**Verordnung**, die Publication des Beschlusses des provisorischen Fürstencollegiums. (S. 511.) [Nro. 39.] (12./30. Juli 1850.)

(Siehe Artikel „Bankheine“ S. 7.)

**Gesetz**, das Reichsgesetz vom 27. Decbr. 1848 betr. (S. 93.) [Nro. 27.] (6./12. Juli 1851.)  
§. 1. Die Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 27. Decbr. 1848, werden außer Kraft gesetzt. §. 2. Vorbehalt der Gültigkeit einzelner Bestimmungen. §. 3. Vorbehalt der in die Landesgesetzgebung bereits übergegangenen Bestimmungen.

**Verordnung**, die Publication des mit den Regierungen von Preußen, Bayern, Sachsen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha, Sachsen-Altenburg, Anhalt-Deßau, Cothen und Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt und Sondershausen, Reuß-Plauen ältere und jüngere Linie, Waldeck und Lippe abgeschlossenen Vertrages über Uebernahme Auszuweisender betr. (S. 389.) [Nro. 55.] (17./23. Decbr. 1851.)

(Siehe Artikel „Polizei und Verwaltung.“)

**Verordnung**, die Publication des Bundesbeschlusses vom 24. Juni 1852 über den militairischen Gerichtsstand in Strassachen bei Bundesstruppen, welche in Friedenszeiten zu Bundeszwecken zusammengezogen werden betr. (S. 415) [Nro. 36] (22. Aug./3. Sept. 1852.)

1. Gerichtsstand dieser Militairpersonen. §. 2. Anzeige der strafbaren Handlungen der Militairpersonen. §§. 3—5. Aushülfliches Einschreiten der bürgerlichen Gerichte und Polizeibehörden. §. 6. Auslieferung der Straffälligen an bürgerliche Gerichte. §. 7. Einschränkung dieser Bestimmungen auf Friedenszeiten.

## Eisenbahnen.

### Rescripte.

#### Anweisung der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection über das Verhalten des Fahrpersonals im Dienste v. 7. Juli 1852.

Da bemerkt ist, dass von einzelnen Beamten des Fahrpersonals im Dienste nicht immer ein anständiges und würdiges Benehmen beobachtet wird, so wird über das von diesem Personale zu beobachtende Verhalten folgende Anweisung erlassen:

1. Das Fahrpersonal soll immer ein anständiges und ernsthaftes Benehmen gegen das Publicum beobachten. Hierzu gehört, dass jenes Personal am Zuge sich stets ruhig verhalte, weder unter sich, noch mit dem Publicum laute Reden oder Wortwechsel führe, keine unpassende Späße treibe, sich überhaupt nur um seinen Dienst kümmern.

2. Dasselbe soll gegen das Publicum, wo es der Dienst gebietet, mit Nachdruck, aber mit Besonnenheit, Würde und Höflichkeit auftreten.

Demnach sind alle Handlungen des Publicums, welche gegebenen Bestimmungen zuwiderlaufen, mit Strenge zu verhindern; die Aufforderungen an das Publicum müssen aber in gemäßigttem Tone geschehen, in keinem Falle dürfen beleidigende oder gar Schimpfworte ausgestoßen werden, auch sind alle für die Gesamtheit der Reisenden unangenehmen Auftritte so kurz als möglich und so viel als möglich in der Stille abzumachen.

3. Das Fahrpersonal soll sich, soweit es mit seinem Dienste verträglich ist, gegen das Publicum zuvorkommend und gefällig beweisen.

Demnach sind die Anfragen des Publicums mit Bereitwilligkeit und Höflichkeit, jedoch ohne Weitläufigkeit zu beantworten, die an das Publicum zu richtenden Aufforderungen, z. B. Vorzeigung der Billets, sind mit Bescheidenheit auszusprechen, insbesondere ist diese Pflicht der Höflichkeit gegen die untern Klassen des Publicums nicht zu vernachlässigen, wie es öfters der Fall ist.

4. Damen ist eine besondere Aufmerksamkeit zu beweisen.

5. Dem Fahrpersonal ist untersagt, mit dem Publicum zu zechen, auch wenn Solches angeboten wird.

6. Auch der übermäßige Genuß geistiger Getränke auf eigene Kosten ist streng verboten. Trunkenheit im Dienste wird unfehlbar mit Entlassung bestraft.

7. Dem Fahrpersonale ist untersagt, auf den Zwischenstationen die Bahnhofrestaurationen zu betreten, sich überhaupt vom Zuge zu entfernen. Auf den Endstationen, wo der Dienst auf längere Zeit unterbrochen wird, ist nur dann ein Verweilen in den Bahnhofrestaurationen gestattet, wenn dies zur Erholung ein wirkliches Bedürfniss ist.



8. Das Fahrpersonal darf bei Ausübung seines Dienstes nicht rauchen.

9. Das Fahrpersonal soll sich nicht vom Publicum zu allerhand Botendiensten gebrauchen lassen. Die Privatbeförderung von Sachen für das Publicum ist ohnehin nach einer anderen Instruction ein mit strenger Strafe bedrohtes Vergehen.

10. Für etwaige erlaubte kleine Gefälligkeiten soll das Fahrpersonal keine Trinkgelder fordern.

11. Die Vorgesetzten des Fahrpersonals werden bei besonderer Strafe angewiesen, darauf zu halten, daß die vorstehenden Bestimmungen von ihren Untergebenen gehörigermassen befolgt werden.

12. Die Übertretungen werden je nach den Umständen mit Geldstrafen bis 5 Thlr., mit Gefängnißstrafe und mit Entlassung geahndet werden.

## Finanzen und Finanzverwaltung.

**Gesetz**, die Gültigkeit der von öffentlichen Cassen zu ertheilenden Quittungen betr. (S. 81.) [Nro. 13.] (2./7. April 1849.)

§. 1. Gültige Quittungen über Zahlungen an öffentliche Cassen müssen mit der Unterschrift des Rendanten und Controleur versehen sein.

§. 2. Die Cassen bei denen ein Controleur angestellt ist, und die Namen der Beamten, von deren Unterschrift die Gültigkeit der Quittung abhängt, sollen bekannt gemacht werden.

**Finanzgesetz** für das Jahr 1849 (S. 147.) [Nro. 26.] (11./15. August 1849.)

Staatshaushaltsetat für das Jahr 1849. (S. 150 u. 151.)

**Finanzgesetz** für das Jahr 1850 (S. 31.) [Nro. 9.] (15./26. März 1850.)

Staatshaushaltsetat für das Jahr 1850 (S. 33 — 35.)

**Gesetz** über die Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung. (S. 37.) [Nro. 10.] (19./27. März 1850.)

§. 1. Die Herzogl. Leihhauscommission, die Herzogl. Lehn- und Grenzcommission und das Herzogl. Cammerdirectorium werden aufgehoben. §. 2. Die Herzogl. Eisenbahncommission und Herzogl. Postdirection werden zu einer Behörde vereinigt. §. 3. Bestimmung der Finanzverwaltung und für Angelegenheiten des öffentlichen Verkehrs. §. 4. Bestimmung des Geschäftskreises der Direction der Domainen insbesondere Ueberweisung der Grenzsachen an dieselbe. §. 5. Wirkungskreis der Direction der Forsten und Jagden. §. 6. Wirksamkeit der Direction der Bergwerke. §. 7. Wirkungskreis des Herzogl. Finanzcollegiums. §. 8. Ueberweisung der Geschäfte der bisherigen Leihhauscommission an Herzogl. Finanzcollegium. §. 9. Nähere Bestimmung der Geschäftsführung in Leihhausfachen. §. 10. Besondere Verpflichtungen des Herzogl. Finanzcollegiums. §. 13. Wirkungskreis der Herzogl. Baudirection. §. 14. Wirkungskreis der Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection im Allgemeinen. §. 15. Insbesondere in Beziehung auf Postverwaltung. §. 16. Insbesondere in Beziehung auf Eisenbahnverwaltung. §. 17. In Beziehung auf Erhaltung der Bahnen und der dazu gehörenden Gebäude. §. 18. Aufrechterhaltung der Bahnpolizei. §. 19. Beauf-

sichtigung der Eisenbahnhauptkasse. §. 20. Disciplinarbehörde für die Finanzverwaltungsbeamten. §§. 21 u. 22. Vertheilung der Directorialgeschäfte. §. 23. Dienstangelegenheiten der Hülfss- und Unterbeamten. §. 24. Geschäftsinstruction für die Verwaltungsbehörden. §. 25. Verbindung zwischen den Finanzverwaltungsbehörden und dem Herzogl. Staatsministerio. §. 26. Zeitpunkt des Eintritts der Bestimmungen dieses Gesetzes. (S. 45.)

**Finanzgesetz**, für das Jahr 1851. (S. 547) [Nro. 49] (20./31. Decbr. 1850.)

Staatshaushaltsetat auf das Finanzjahr 1851.

**Finanzgesetz** für die Finanzperiode 1852/4. (S. 223) [Nro. 20] (6./17. April 1852.)

Staatshaushaltsetat für die Finanzperiode 1852/4. (S. 225—227.)

Etat der Kloster-Reinertragskasse auf die Finanzperiode 1852/4. (S. 229—231.)

## Forst- und Jagdwesen.

**Gesetz**, die Ausübung des Jagdschuzes betr. (S. 161.) [Nro. 29.] (16./23. Aug. 1849.)

- §. 1. Die Verordnung vom 22. März 1825, die Jagdfrevel und Wildddieberei und deren Bestrafung betreffend, wird aufgehoben.
- §. 2. Bezeichnung der zur Ausübung des Jagdschuzes berechtigten Beamten und Beauftragten.
- §. 3. Verfahren bei Bestellung von Jagdauffsehern.
- §. 4. Verfahren bei Verfolgung der Jagdfrevel.
- §. 5. Waffengebrauch gegen Jagdfrevler und Wildddiebe ist nur im Stande der Nothwehr erlaubt.
- §. 6. Dienstkleidung oder Abzeichen der Jagdauffseher.

**Jagdstrafgesetz**. (S. 165.) [Nro. 30.] (20./27. Aug. 1849.)

- §. 1. Gegenstand des Gesetzes.
- §. 2. Analogische Anwendung desselben.
- §. 3. Zulässige Strafen.
- §. 4. Nähere Bestimmung der Geldstrafen.
- §. 5. Nähere Bestimmung der Strafarbeit.
- §. 6. Nähere Bestimmung der Gefängnißstrafe.
- §. 7. Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Berechnung der Leibesstrafen nach Geld.
- §. 8. Urheber, Theilnehmer, Begünstiger u. s. w.
- §. 9. Allgemeine Strafbestimmungen. Allgemeiner Grundsatz.
- §. 10. Bei Nacht, an Sonn- und Festtagen verübte Frevel.
- §. 11. Frevler, die sich unkenntlich machen.
- §. 12. Falsche Angaben und Entziehung der Pfändung.
- §. 13. Widerspenstige Fortsetzung des Frevels.
- §. 14. Verkauf gefrevelter Jagd- oder Fischereiproducte.
- §. 15. Vergehen gegen die Jagdbeamten.
- §. 16. Rückfall.

- §. 17. Schätzung des Wertbes.
- §. 18. Priorität der von den Frevlern zu leistenden Zahlungen.
- §. 19. Versuch.
- §. 20. Wirkliches Jagen.
- §. 21. Mit Wilddiebsflinten.
- §. 22. Durch Hehen mit Hunden.
- §§. 23 u. 24. Versuch, Wild zu fangen oder zu erlegen.
- §. 25. Strafe für gefangenes oder erlegtes Wild.
- §. 26. Aneignung jungen Wildes und von Nestern.
- §. 27. Aneignung erlegten Wildes.
- §. 28. Dohnenstellen.
- §. 29. Vogelheerde und Krähen- oder Meisenhöhlen.
- §. 30. Wachtelfang und Lerchenstreichen.
- §§. 31 u. 32. Ausnehmen der Vogelnester.
- §. 33. Jagd- und Polizeivergehen der Grundeigenthümer.
- §. 34. Jagdpolizeivergehen während der Hegezeit.
- §. 35. Jagdpolizeivergehen bei der Wildfolge.
- §. 36. Jagdpolizeivergehen für jagende Hunde.
- §. 37. Jagdpolizeivergehen für zerrissenes Wild.
- §. 38. Aneignung von Geweihen.
- §. 39. Trüffelsuchen.
- §. 40. Diebstahl aus Fisklasten wird nach der Bestimmung des Crim.-Ges.-Bs. bestraft.
- §. 41 Allgemeine Strafbestimmung der Fischdieberei.
- §. 42. Fischen während der Laichzeit.
- §. 43. Fischen mit Ablassung des Wassers oder Körnung.
- §§. 44 u. 45. Anwendung betäubender Mittel und Fischen mit Licht.
- §. 46. Flachsrotten und schädliche Flüssigkeiten.
- §. 47. Enten- und Gänsehalten.
- §. 48. Abdammen oder Abschlagen der Fischwasser.
- §. 49. Vorschriften für Müller.
- §. 50. Vorschriften beim Wässern der Wiesen.
- §. 51. Fischen während der Hegezeit.
- §. 52. Aufhebung früherer Gesetze.

**Gesetz**, die provisorische Feststellung der Brennholzabgaben an die Berechtigten des Herzogl. Amts Seesen betr. (S. 47.) [Pro. 11.] (19./28. März 1850.)

- §. 1. Die Berechtigten sollen im Jahre 1851 theils durch Naturalabgabe, theils durch Geldentschädigung abgefunden werden. Betrag der Naturalabgabe. §. 2. Betrag der Geldentschädigung. §. 3. Nähere Bestimmungen wegen Abgabe der Naturalabgabe. §. 4. Feststellung der Geldentschädigung. §. 5. Statt der Naturalabgabe kann der Berechtigte auch Geldentschädigung wählen. §. 6. Zahlungszeit und Ort der Geldentschädigung.

**Bekanntmachung**, die Ausübung des Jagdschusses betr. (S. 503) [Nro. 38] (8/24. Juli 1850.)

Herzogl. Cammer macht die Übersicht der Jagdreviere, in denen die Gehülfen der Forst- und Jagdbeamten den Jagdschuss auszuüben berechtigt sind, bekannt.

**Gesetz** über den Schutz der Wildgatter. (S. 239) [Nro. 39] (12/24 Sept. 1851.)

§. 1. Strafe für Nichtverschließen geöffneter Thüren im Wildgatter. §. 2. Strafe für Übersteigen des Wildgatters oder Durchkriechen durch dasselbe. §. 3. Strafe der Beschädigung eines Wildgatters.

**Gesetz**, die Vollziehung von Gefängnißstrafen wegen Forstvergehen betreffend. (S. 280) [Nro. 43] (25. Sept./9. Octbr. 1851.)

§. 1. Anwendung der Vorschriften des §. 12 des Crim.=Ges.=Bs. §. 2. Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmung des §. 4 Nro. 2 des Patents vom 10. Juli 1840.

**Gesetz** über die Ausübung des Jagdrechts. (S. 237) [Nro. 23] (16./29. April 1852.)

§. 1. Berechtigung der Grundbesitzer zur selbstständigen Ausübung der Jagd auf eigenem Grund und Boden. §. 2. Ausübung des Jagdrechts durch Verpachtung oder Administration. §. 3. Jagdbenutzung auf Grundstücken, welche die Größe eines selbstständigen Jagdbezirks nicht erreichen. §. 4. Allgemeine Beschränkungen für Jagdverpachtungen. §. 5. Gültigkeit eines Beschlusses einer zur Jagd berechtigten Interessenschaft über die Jagdbenutzung. §. 7. Vorschrift der Lösung von Jagdscheinen. §. 8. Ausstellung und Gebrauch der Jagdscheine. §. 9. Verbot der Ausübung der Jagd an Sonn- und Festtagen. §. 10. Ausübung des Jagdschusses durch Herzogl. Forst- und Jagdbeamte. §. 11. Hegezeit. §. 12. Art und Verwandlung der angedrohten Geldstrafen. §. 13. Ausnahme von der Vorschrift der Lösung der Jagdscheine. §. 14. Transitorische Bestimmungen. §. 15. Aufhebung der §§. 18—20 des Gesetzes Nro. 39. vom 8. Septbr. 1848.

### Rescripte.

Refer. Herzogl. Staatsministerii vom 4. Octbr. 1851 an Herzogl.

Amtsgericht Calvörde.

Über die in dem Berichte vom 18. v. Mts. aufgeworfene Frage, in Betreff der Austlieferung des Müllergefellen M. zu G. an die Königl. preuß. Behörden, behuf Ableistung einer, wegen Jagdfrevels erkannten Arbeitsstrafe, haben Wir uns veranlaßt gefunden, den Bericht des Oberstaatsanwalts einzuziehen und lassen Abschrift dieses unterm 1. d. Mts. erstatteten Berichts Herzogl. Amtsgerichte mit der Eröffnung zugehen, daß Wir mit dem Inhalte einverstanden sind.

**Bericht des Oberstaatsanwalts an Herzogl. Staatsministerium vom**  
1. Octbr. 1851.

Wegen einer großen Anzahl von Jagdfreveln, welche der Müllergefell M. zu G. im Königl. preuß. Staatsgebiete und zwar in der Jagdberechtigung des Königl. preuß. Fiscus

unterworfenen Forsten verübt hat, ist durch rechtskräftiges Erkenntniß des Herzogl. Amtsgerichts Calvörde vom 31. Octbr. 1850 benannter M.

1. zur Geldstrafe von 632 Thln. und
2. zum Werthersatz von 204 Thln.

verurtheilt, für den Fall des (unzweifelhaft vorhandenen) Unvermögens aber die Geldstrafe in einjähriges Gefängniß (Jagdstrafgesetz von 1840. §§. 5 u. 6.) der dem Jagdberechtigten (Jagdstrafgesetz §. 25) gebührende Werthersatz in 816 Handarbeitstage (Verordnung vom 5. Mai 1815 Nro. 10 §. 22 Abs. 3. vom 20. April 1826 Nro. 6 §. 1.)

verwandelt worden.

Die Strafe einjähriges Gefängnisses wird seit dem 29. Novbr. v. J. in der Landesstrafanstalt zu Braunschweig (Convention vom 25. Febr. 1839 Art. V.) an M. vollzogen, die dem Beschädigten, Königl. preuß. Fiskus, anstatt des Werthersatzes abzuleistenden Handarbeitstage, welche demnach nicht als Strafe oder als Theil der Strafe zu beurtheilen, sind rückständig und Herzogl. Amtsgericht Calvörde hat im Berichte vom 18. v. M. angefragt:

ob behuf Ableistung letzterwähnter Arbeitstage der Verurtheilte der Königl. preuß. Behörden ausgeliefert werden könne?

Ich halte solche Auslieferung nicht für zulässig.

Bezüglich der in Rede stehenden Arbeitstage ist der Königl. preussische Fiskus weil der Fiskus etwaige Vorrechte nicht in einem fremden, vielmehr nur im eigenen Lande geltend machen kann. (Strube rechtliche Bedenken V. 96. Ausg. von Spangenberg Th. I. S. 142.)

v. Wächter Archiv für civilist. Praxis (Th. XXV. S. 181.)

als Privatgläubiger, der Verurtheilte als Privatschuldner anzusehen, und die Auslieferung des Schuldners an den Gläubiger würde einer unstatthafter Übergabe zu Hand und Falscher (Eichhorn deutsches Privatrecht §. 125. Heffter System des Civilproc. §. 512.) gleich kommen.

In den zwischen Braunschweig und Preußen hinsichtlich der Bestrafung der Forst- und Jagdfrevel abgeschlossenen Conventionen vom 7. Febr. 1827, 25. Febr. 1839, und 8. März 1848 ist die Frage wegen Ableistung der an die Stelle des Werth- und Schadenersatzes tretenden Arbeitstage nicht berührt, sie kann also nur nach allgemeinen Grundsätzen entschieden und die Ableistung der Arbeitstage bloß in dem Maße zugestanden werden, wie die Verordnung vom 4. Decbr. 1822 Nro. 14 und vom 20. April 1826 Nro. 6. namentlich in Ansehung der durch den Frevel beschädigten Privaten bestimmt haben; und wenn im Art. V. der Convention vom 25. Febr. 1839 festgesetzt ist, daß neben Werth- und Schadenersatz auch die Geldstrafe dem beschädigten Waldeigenthümer oder Jagdberechtigten zufallen, die gegen unvermögende Freveler statt der Geldstrafe zu verhängenden Strafarbeiten, jedoch auf Kosten und zum Nutzen des Staates, dessen Unterthan der Verurtheilte ist, vollstreckt werden sollen, so läßt sich hierdurch der Schluss begründen: daß auf gleiche Weise die von unvermögenden Frevelern behuf der Entschädigung abzuleistenden Arbeitstage zum Nutzen des einheimischen Staates im vorliegenden Falle, mithin zum Nutzen des Herzogl. braunschw. Fiskus, zu vollstrecken seien und hiergegen

würde mindestens unter der Voraussetzung kein Einwand von dem Verurtheilten erhoben werden können, daß der Königl. preussische Fiskus sich damit einverstanden erklärt.

Daß übrigens an die Stelle der behuf der Entschädigung zu entrichtenden Arbeitstage niemals Gefängnißstrafe treten kann, da eine solche Strafe keine Entschädigung für den Verletzten bewirkt, folgt aus der Natur der Sache und ist bereits im Circularrescripte Herzogl. Oberlandesgerichts vom 17. Mai 1838. (Bege Repert. Th. IV. §§. 67. u. 68.) den Gerichten zur Nachachtung eröffnet.

Ich gebe gehorsamst anheim Herzogl. Amtsgericht Calvörde dem Obigen gemäß zu bescheiden und verfehle nicht, die mir mitgetheilten Acten zurückzureichen.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 15. Octbr. 1852 an sämtliche  
Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte.

Von Seiten des Herzogl. Brigadecommandos ist vorgestellt worden, daß die Sistrung von Soldaten im activen Dienste zur Ableistung ihnen zuerkannter Forststrafarbeit, auf Requisition der betreffenden Gerichte mit Unzuträglichkeiten für den Dienst verbunden sei, und darauf angetragen, zu verfügen, daß die Vollziehung solcher Strafen bis dahin, daß die Verurtheilten auf großen Urlaub entlassen werden, auszusetzen sei. Da Wir diesen Antrag für begründet erkennen müssen, so wollen Wir denselben hiemit genehmigen, und benachrichtigen sämtliche Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte davon hierdurch mit der Anweisung, sich demgemäß in Zukunft zu achten.

Rescr. Herzogl. Direction der Forsten und Jagden vom 18. Decbr.  
1849, an die Oberforstbeamten.

Wir erwiedern auf Ihren Bericht vom 4. d. M., daß der §. 2. des Jagdschutzgesetzes vom 16. August d. J. Nro. 29. weder dem Wortlaute noch den bezüglichen Verhandlungen in der Versammlung der Abgeordneten des hiesigen Landes nach, einen anderen Sinn habe, als daß die herrschaftlichen Forst- und Jagdbeamten nur in den herrschaftlichen Jagdrevieren Jagdfrevel auf die vorschriftsmäßige Weise und mit öffentlichen Glauben zur Anzeige zu bringen berechtigt und verpflichtet sind. Dagegen sind dieselben befugt

1. Wildddiebe über die Grenzen der herrschaftlichen Jagdreviere hinaus zu verfolgen.
2. Die in Privatjagden bemerkten Jagdfrevel den Eigenthümern dieser Jagden anzuzeigen und demselben alsdann die weitere gerichtliche Untersuchung zu überlassen. In diesem Falle hat indessen eventuell die Aussage der herrschaftlichen Beamten keine weitere Beweiskraft als die Aussage anderer Zeugen.

Der in Ihrem Berichte erwähnte Fall gehört unter diese zweite Kategorie und hätte der Revierjäger H., nachdem er auf W. J. Gemeindeanger den Wilddieb bemerkt hatte, den Eigenthümer dieser Jagd davon Anzeige machen müssen. Der §. 2. des vorgedachten Gesetzes könnte sogar noch eine engere Befugniß der herrschaftlichen Beamten begründen, wenn

durch den Ausdruck „ihrer Jagdreviere“ die Denunciationsbefugnisse derselben auf dasjenige Revier beschränkt sein sollten, auf welchem dieselben stationiren.

Wir können diese Auslegung aber nicht für die richtige halten, da anzunehmen steht, dass durch den Ausdruck „ihre“ nur der Gegensatz zwischen herrschaftlichen und den den Jagdaufsichtern zur Ueberwachung übertragenen Privatjagdrevieren bezeichnet werden soll.

Vorkommenden Falls wollen Sie dahin zu wirken suchen, dass die betreffenden Gerichte den §. 2. jenes Gesetzes in diesem Sinne auslegen.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 17. Jan. 1851 an N. N. zu  
Deensen.

Wir eröffnen Ihnen auf die Vorstellung vom 24. Octbr. v. J. wegen der von Herzogl. Cammer, Direction der Forsten, unterm 1. Octbr. v. J. verweigerten Abgabe von Bauhölzern, nachdem wir darüber den Bericht der genannten Behörde eingezogen haben, dass da das Berechtigungsholz, älteren und neueren gesetzlichen Bestimmungen gemäß, nur zu dem Zwecke, behuf dessen es angefordert worden, verwendet werden darf und deshalb jedesmal vor Beginn des Baues anzufordern ist, eine nachträgliche Vergütung des zu einem Gebäude, dessen Eigenthümer zu freiem Bauholze berechtigt ist, verwendeten Holzes aber desshalb nicht stattfinden kann, weil das Holz zu dem Zwecke nicht mehr zu verwenden und eine Geldentschädigung überall nicht begründet ist, Ihre Forderung daher in den Rechten keine Unterstützung findet und wenn auch vielleicht für billig gehalten werden könnte, Ihnen diejenigen Bauhölzer zu ersetzen, deren Verwendung desshalb nöthig geworden ist, weil erst hinterher sich herausgestellt hat, dass von den alten Hölzern weniger als vorausgesetzt wurde zu gebrauchen war, doch auf solchen Erfass nicht einzugehen steht, weil die Anforderung nicht zeitig erhoben und nicht zu beurtheilen ist, ob die Unbrauchbarkeit der alten Hölzer mit der Vergrößerung des Baues über den ursprünglichen Plan hinaus nicht zusammenhängt, überhaupt aber genügende Gründe nicht vorhanden sind, um im vorliegenden Falle eine Ausnahme von der Regel eintreten zu lassen, dem Antrage nicht stattgegeben werden kann.

## Freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit wird von den Stadt- und Amtsgerichten verwaltet.  
Gesetz vom 21. Aug. 1849 die Gerichtsverfassung betr. §. 20.

Gesetz, die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken und die Aufhebung der Nothwendigkeit der Confirmation der Verträge über Bauergüter betr.  
(S. 276) [Pro. 22] (19. März/15. April 1850.)

§. 1. Gültigkeitsbedingung der Aufnahme von Verträgen über dingliche Rechte an Grundstücken oder Grundgerechtsamen. §. 2. Verweigerung der Aufnahme von Verträgen, welche verbotenden Gesetzen widersprechen. §. 3. Eintragung der durch den Vertrag erworbenen Rechte. §. 4. Übergabe des Besitzes. §. 5. Bedingungen der Eintragung der erworbenen Rechte in das Hypothekenbuch. §. 6. Einsendung

des Vertrags an das Gericht der belegenden Sache. §. 7. Eintragung einer Bemerkung. §. 8. Eintragung des Rechts in das Hypothekenbuch. §. 9. Berichtigung des Besitztitels. §. 10. Bescheinigung über das Zustandekommen der Contracte. §. 11 Die amtliche Bestätigung der Verträge über bauerliche und resp. über städtische Grundstücke wird aufgehoben. §. 12. Nähere Begrenzung der im §. 11 vorgeschriebenen Aufhebung. §. 13. Aufhebung früherer entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen. §. 14. Beibehaltung der gesetzlichen Bestimmungen und Einrichtungen über die gerichtliche Auflassung in der Stadt Braunschweig. Aufhebung der in andern Städten des Herzogthums bestehenden statutarischen Bestimmungen über gerichtliche Auflassung. §. 15. Bestimmung der Sportelsätze für den Verlass und den Hypothekenschein. §§. 16—19 Transitorische Bestimmungen. §. 20. Eintritt der Gesetzeskraft.

**Gesetz, die Sportel- und Gebührentaxe für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betr. (S. 95) [Nro. 28] (4./18. Juli 1851.)**

§. 1. Verpflichtung der Gerichte und Notare zur Erhebung der in der angehängten Sporteltaxe festgestellten Sportel- und Gebührensätze. §. 2. Beibehaltung der bisherigen Stempelabgabe. §. 3. Bestimmung wegen der Abgaben an die Armen- und Begebefferungscassen. §. 4. Fortführung der Amtshandelsbücher. §. 5. Den Notaren, Anwälten und Advocaten ist die Einsicht in die Hypothekenbücher 2c. ohne Weiteres gestattet. §. 6. Verzeichnung des Betrages der erhobenen Sportelgebühren und Auslagen. §. 7. Beibehaltung der Vorschriften über Verwendung des Sportelpapiers bei den Gerichten und der Sportelfreiheit gewisser Personen und Rechtsacte. §. 8. Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes und Aufhebung früherer Bestimmungen.

#### Sportel- und Gebührentaxe.

##### A. Sporteln und Gebühren.

1. Gemeinschaftliche Tage für Gerichte und Notare.
2. Besondere Tage für die Gerichte.
3. Besondere Gebühren für die Notare.

##### B. Vergütungen und Auslagen.

1. Gemeinschaftliche für Gerichte und Notare.
2. Besondere für die Notare.

##### C. Gebühren der Auskunftspersonen.

**Circularrescript, des Herzogl. Obergerichts an sämtliche Gerichte des Landes, die Aufnahme von Contracten, welche der Dispensation bedürfen, betr. (S. 411.) [Nro. 35] (7./16. Juli 1852.)**

Die Gerichte sollen dergleichen Verträge aufnehmen und dann die Concepte br. m. an die Herzogl. Kreisdirectionen behuf der Erwirkung der Dispensationen einsenden. Durch §. 3 des Gesetzes vom 12. Mai 1852, die Abschaffung des Stempelpapiers zu den Gerichtsporteln betreffend, ist der §. 7 des Gesetzes vom 4. Juli 1851, die Sportel- und Gebührentaxe für Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit betreffend, soweit solcher der Bestimmung, daß zu den taxirten Sporteln gestempeltes Papier nicht mehr gebraucht werden soll, entgegensteht, aufgehoben.



## Rescripte.

Resc. Herzogl. Obergerichts vom 27. Jan. 1851 an sämtliche  
Herzogl. Kreisgerichte.

Es sind seit der mit dem 1. Juli v. J. eingetretenen Trennung der Justiz von der Administration auch in den untern Instanzen Zweifel darüber entstanden: ob die Herzogl. Amtsgerichte competent und verpflichtet seien, auf Antrag der obern Administrationsbehörden z. B. der Herzogl. Forst-, Bau- und Postdirection, deren unteren Beamten, z. B. Forstauffsehern, Mess-taxatoren, Chausseegelderhebern, Eisenbahnwärtern u. s. w. bei deren Anstellung den Diensteid abzunehmen. Einige der Amtsgerichte haben sich dieser Verpflichtung unter dem Vorwande zu entziehen gesucht, daß dergleichen Beeidigungen Acte der Administration seien, zu deren Vornahme sie in ihrer Eigenschaft als Justizbehörde sich nicht verstehen könnten.

Da es keinen Zweifel leidet und auch von allen Seiten anerkannt wird, daß es zweckmäßig, ja nothwendig sei, die Beeidigung von Angestellten u. s. w. der fraglichen Art den Amts- und Stadtgerichten zu übertragen, indem es nur dort mit dem nöthigen Grade von Feierlichkeit geschehen kann, wenn nicht die in der Regel unbemittelten Personen der erwähnten Art oft beschwerliche Reisen nach dem entlegenen Sitze ihrer vorgesetzten Oberbehörde zu machen genöthigt werden sollen, so herrschen nur darüber verschiedene Ansichten: ob die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte schon jetzt zu dergleichen Eidesabnahmen competent und verpflichtet sind, oder ob zuvörderst zu dem Ende gesetzliche Vorschriften erlassen werden müssen.

Bei Beantwortung dieser Frage kann darüber kein Zweifel gehegt werden, daß, bei der erfolgten gänzlichen Trennung der Justiz von der Verwaltung, den Verwaltungsbehörden die Befugniß nicht zustehe, die Gerichte mit solchen Beeidigungen zu beauftragen. Dagegen kann es ebensowenig in Zweifel gezogen werden, daß die Verwaltungsbehörden den Gerichtsbehörden gegenüber sich in keiner minder berechtigten Stellung befinden können, als Privatpersonen. Hieraus folgt, daß insofern Beeidigungen als rechtlich zulässige Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit erscheinen, die Amts- und Stadtgerichte eben so berechtigt als verpflichtet sind, solche auf gehörigen Antrag der Verwaltungsbehörden vorzunehmen.

Die Entscheidung der zweifelhaft gewordenen Frage hängt also davon ab: ob solche Beeidigungen als Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit zulässig seien.

Diese Frage muß aber unbedingt bejaht werden.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit hat die Aufgabe, Rechtsgeschäfte zu beurkunden, muß dieselben daher auch unter ihrer Aufsicht und Leitung vor sich geschehen lassen, und kann ihre amtliche Thätigkeit bei, dem Gesetze nicht widerstreitenden, Rechtsgeschäften nicht versagen, wie das in der Rotariatsordnung §. 3 ausdrücklich durch die Landesgesetze anerkannt ist.

Es kann auch dabei keinen Unterschied machen, ob ein solches Rechtsgeschäft seinen Ursprung in dem öffentlichen oder Privatrechte habe, und ob dasselbe auch außergerichtlich mit rechtlicher Wirksamkeit vollzogen werden könne. Hiernach sind Diensteide und ähnliche Beeidigungen als Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht unzulässig, sondern in den meisten Fällen angemessen, um der Handlung größere Feierlichkeit zu verleihen und in allen Fällen, wo

auf den Dienstleid gemachten Anzeigen besonderer Glaube beigemessen werden soll, sowie um über die Beeidigungen eine beweisende Urkunde zu erlangen.

Wenn also nur die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte nicht durch Befehle der Verwaltungsbehörden, welche diese jenen seit Trennung der Justiz von der Administration nicht mehr ertheilen können, sondern durch förmliche gerichtliche Anträge zur Vornahme derartiger Beeidigungen und Ausfertigung einer geeigneten glaubhaften Urkunde darüber, veranlaßt werden, so können sich die Amts- und Stadtgerichte als Behörden der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der Erledigung solcher Geschäfte nicht entziehen, sondern sind dazu berechtigt und verpflichtet.

Wir weisen daher, zufolge eines Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 18. Decbr. 1850, die Herzogl. Kreisgerichte hierdurch an, die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte ihres Kreises nach dem Inhalte dieses Rescripts mit Anweisung zu versehen, und über deren Befolgung eintretenden Falls zu halten.

Rescr. Herzogl. Obergerichts vom 19. März 1851 an sämtliche Herzogl. Amtsgerichte und das Stadtgericht Wolfenbüttel.

Bei einigen Amtsgerichten sollen darüber Zweifel entstanden sein, ob die durch die Verordnung vom 2. Decbr. 1744 eingeführten sogenannten Amtshandelsbücher noch ferner, nachdem die erwähnte Verordnung durch den §. 13. des Gesetzes vom 19. März v. Js. Nro. 22. aufgehoben ist, fortzuführen seien oder nicht.

Die Verordnung vom 2. Decbr. 1744 enthält überall keine Vorschriften über die Form, den Inhalt und die Wirksamkeit der Verträge, sondern bezweckt nur die Einführung einer geschäftlichen, eine bessere Uebersicht, Ordnung und Erhaltung der Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gewährenden Einrichtung und es ist in dem mit höchster Genehmigung erlassenen Circularrescripte des vormaligen Herzogl. Oberlandesgerichts vom 3. März 1842, — Gesetz- und Verordnungsammlung von 1842 S. 341. ff. — erkannt, daß die Führung der Amtshandelsbücher, um das Hypothekenwesen in gehörigen Stand zu setzen und zu erhalten, nützlich und erforderlich sei. Das Gesetz vom 19. März 1850 hebt die Nothwendigkeit der Bestätigung der Verträge über Bauergüter auf und schreibt die Bedingungen und Formen vor, unter welchen Verträge über dingliche Rechte an Grundstücken oder Grundgerechtsamen unter den Contrahenten selbst und in Bezug auf dritte Personen gültig und wirksam sein sollen. Die Verordnung vom 2. Decbr. 1744 und das Gesetz vom 19. März v. Js. stehen daher im Allgemeinen ihrem Inhalte, Grunde und Zwecke nach nicht im Widerspruche mit einander und nur einzelne Bestimmungen der Verordnung vom 2. Decbr. 1744 sind als durch das Gesetz vom 19. März v. Js. abgeändert und daher diesem entgegen stehend, nach dem §. 13. des Gesetzes als aufgehoben zu betrachten. Hierher gehört die in der Verordnung vom 2. Decbr. 1744 den Contrahenten bei Strafe auferlegte Verpflichtung zur Production der von ihnen abgeschlossenen Contracte behuf Eintragung in die Amtshandelsbücher, weil und in so weit das Gesetz vom 19. März v. Js. in dieser Beziehung andere Bestimmungen enthält und endlich versteht es sich von selbst, daß nur solche Verträge über dingliche Rechte an Grundstücken oder Grundgerechtsamen in die

Amts handelsbücher aufzunehmen sind, welche die zu ihrer Gültigkeit in dem Gesetze vom 19. März v. Js. vorgeschriebene Form haben.

Die gegen die Fortsetzung der Amtshandelsbücher erhobenen Bedenken erscheinen daher unbegründet und wir sind durch das Rescript des Herzogl. Staatsministeriums vom 7. d. M. autorisirt, die Herzogl. Amtsgerichte und das hiesige Herzogl. Stadtgericht anzuweisen, die Amtshandelsbücher wie bisher, jedoch unter den hervorgehobenen Modificationen, fortzuführen.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 10. Mai 1851 an Herzogl.  
Obergericht.

Der Bericht vom 16. v. M. über das Gesuch des H. C. R. zu St., um Genehmigung seiner Verheirathung und die dabei in Anregung gekommenen Rechtsfragen, ist Uns zugegangen und wie Wir mit den darin geäußerten mit den Ansichten des Oberstaatsanwalts in dessen Berichte vom 22. Febr. d. Js. übereinstimmenden Ansichten einverstanden sind, so beauftragen Wir Herzogl. Obergericht hierdurch, dem Amtsgerichte Greene durch das ihm vorgesetzte Kreisgericht eröffnen zu lassen, resp. zu veranlassen, daß dem Notar St. durch die richterliche Disciplinarbehörde eröffnet werde, daß sowohl die Aufnahme des fraglichen Hofabtretungscontracts, als dessen Eintragung, weil derselbe theils den Bestimmungen im §. 57. des Kriegsdienstgesetzes zuwiderlaufe, theils hinsichtlich der von dem Hofannehmer seiner künftigen Ehefrau übertragenen Rechte die obervormundschaftliche Genehmigung erforderlich mache, nicht habe geschehen dürfen, und erwartet werde, daß künftig dergleichen Verstöße gegen den §. 3. der Notariatsordnung und gegen die §§. 2 u. 5. des Gesetzes vom 19. März 1850, die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken betreffend, vermieden würden.

Bericht des Oberstaatsanwalts vom 22. Febr. 1851 an Herzogliches  
Staatsministerium.

Zufolge Notariatscontracts vom 29. Juli 1850 hat der Großkötter C. R. in St. den ihm zugehörigen Großkothhof No. ass. 5. daselbst, mit Zubehör und Inventarien, gegen Vorbehalt eines Altentheils und unter Ausbedingung von Abfindungen für die übrigen Kinder, seinem 22jährigen militairpflichtigen Sohne H. R. zum Eigenthume auch zur sofortigen Übernahme der Wirthschaft abgetreten; H. R. hat in dem nämlichen Contracte den Hof seiner Verlobten, Johanne Sch., welche ihm Geld- und Naturalaussteuer zuzubringen versprochen, für den Fall der Heirath zum lebenslänglichen Mitgebrauche und Mitgenusse zugesichert; Herzogl. Amtsgericht Greene den Contract auf Ansuchen der Paciscenten unterm 5. Decbr. 1850 in das Hypothekenbuch inscribirt; und ist gegenwärtig die Rechtsgültigkeit des Geschäfts, insonderheit was die Handlungsfähigkeit des H. R. anlangt, zu prüfen.

1. Den Militairpflichtigen ist zwar der Erwerb von Grundeigenthum unverwehrt, sie sollen aber ohne vorgängige Nachweisung, daß sie ihrer Militairpflicht im stehenden Truppen-corps Genüge geleistet haben, zum Antritte der Bewirthschaftung eines eigenen Grundstücks

nicht zugelassen werden, (Gesetz vom 22. Febr. 1837 Nro. 10 den Kriegsdienst betr. §. 57.) und wenn gleich es seine Schwierigkeiten hat, nachdem der Erwerb einmal stattgefunden, den Antritt der Bewirthschaffung zu hindern, so kann doch nicht bezweifelt werden, dass Contracte, wodurch den Militairpflichtigen neben dem Eigenthume auch die Bewirthschaffung des Grundstücks übertragen wird, in letzter Hinsicht zu den verbotenen gehören, (L. 5. Cod. de legibus 1. 14 L. q. pr. §. 1. L. 13 pr. Dig. de re militari 49. 16. L. 31. 35. Cod. de locato et cond. 4. 65.) deren Aufnahme also zu verweigern, Gerichte und Notare gleichmäßig verpflichtet sind (Ges. vom 19. März 1850 die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken betr. Nro. 22 §. 2. Not.-Ord. §. 3) und scheint mir, dafern der Vermuthung Raum zu geben, dass Fälle der vorliegenden Art öfter vorkommen, um Befreiung vom Militairdienste oder die Zurückstellung zu erschleichen, gerathen und unbedenklich (Edkts.-Ord. von 1832 §. 101) dass Amtsgerichte und Notare auf die bestehenden Vorschriften und die wegen der Ausführung zu befolgenden Grundsätze durch Circularrescripte aufmerksam gemacht werden; denn offenbar ist vorzuziehen, dem Antritte der Bewirthschaffung entgegen zu wirken, als die angetretene rückgängig zu machen und die Vollstreckung eines die Aufhebung der Bewirthschaffung aussprechenden Erkenntnisses, sollte dieses auf Einschreiten der Staatsanwaltschaft in Folge der Bestimmungen der Civ.-Proc.-Ord. erlangt werden können, würde nicht ganz leicht zu realisiren sein.

2. Der Vertrag ist abgeschlossen zwischen dem Vater und dem in väterlicher Gewalt stehendem Sohne. Ob die Grundsätze des römischen Rechts über die Personeneinheit zwischen Vater und Sohn, vermöge deren dieselben keinen gültigen Contract mit einander eingehen können, noch im vollen Umfange für practisch zu erachten, ist bestritten, soviel aber als gewiss anzunehmen, dass jene Personeneinheit auf die Gültigkeit eines zwischen dem Vater und dem Sohne abgeschlossenen Güterabtretungsvertrages keinen Einfluss hat, weil in solchem Falle der Contract selbst die Begründung eines eigenen Hauswesens des Sohnes und somit dessen Entlassung aus der väterlichen Gewalt mit sich führt, wobei sogar auf die Bestimmungen des römischen Rechts über die obligatio liberti qui patrono operas se daturum promiserit (L. 7. pr. §. 2 Dig. de oper. libert. 38. 1. L. 44 pr. Dig. de liberali causa 40. 12. L. 77 pr. Dig. de solutionibus 46. 3.) Bezug genommen werden kann.

Gleichwol ist im vorliegenden Falle zu erwägen, dass gerade diejenige Contractsclausel, welche die Begründung eines selbstständigen Hauswesens für H. R. zur Folge gehabt hat, Abtretung der Hofwirthschaft verbieternden Gesetzen zuwiderläuft und dass desshalb, insonderheit wenn die Aufhebung der väterlichen Gewalt wegen Ungesetzlichkeit des Aufhebungsgrundes nicht eingetreten sein sollte, die Gültigkeit des ganzen Vertrages, und also auch der Eigenthums-erwerb der Grundstücke an Seiten des H. R. in Frage gestellt werden kann.

Diese Bedenken hätten das Herzogl. Amtsgericht Greene veranlassen dürfen, die Eintragung des durch den Vertrag erworbenen Eigenthumsrechts in das Hypothekenbuch zu verweigern, (Ges. die Erwerbung dinglicher Rechte an Grundstücken betreffend vom 19. März 1850 Nro. 22 §. 5) indeß muss ich wiederholen, dass die Sachen mancherlei Zweifeln unterliegt und hinzuzufügen, dass lediglich der Erwerb des Eigenthums, nicht der Erwerb des hiemit in der Regel verbundenen eigenen Bewirthschaffungsrechtes, zur Eintragung in das Hypothekenbuch geeignet war und darin eingetragen worden ist.

3. *H. R.* ist erst 22 Jahr alt und die Verordnung vom 12. April 1828 Nro. 11 schreibt vor, daß vom Anfange des 22. bis zum Ablaufe des 25. Lebensjahrs nur eine unvollkommene Volljährigkeit dergestalt eintrete, daß der übrigen Volljährige bei Verfügungen über die Substanz seines unbeweglichen und Capitalvermögens an die Genehmigung der vormundschafilichen Behörde und die Bestimmungen der Verordnung vom 3. Febr. 1814 §. 50 gebunden sei.

In dieser Beziehung kommt in Betracht:

a. daß *H. R.* die väterlichen Grundstücke mit der Verpflichtung, Altentheil und Abfindungen davon zu entrichten, übernommen hat. Allein aus diesem Grunde kann die Rechtsgültigkeit des Geschäfts nicht beanstandet werden, weil lediglich die Belastung des frei erworbenen, nicht der Erwerb eines belasteten Eigenthums den Minderjährigen ohne Genehmigung der Obervormundschaft untersagt worden ist, so daß also Realrechte, welche ein die Sache auf den Minderjährigen übertragen der Contrahent vorbehält, als gegen verbotene Veräußerung anstoßend nicht zu beurtheilen sind.

L. 1. §. 4 Dig. de reb. eorum qui sub. tut. 27. 9. L. 2. 3. pr. Dig. eod. 27. 9. Die hier eintretenden Rechtsprincipien, beruhend auf dem allgemeinen Sage,

*alienationes interdictæ sunt duntaxat voluntariæ, non quæ vetustiore causam et originem juris habent necessariam.* (L. 13. Dig. famil. exiscund 10. 2.)

sind entwickelt im Berichte Herzogl. Oberlandesgerichts vom 4. Mai 1835, die Annahme eines Rothhofes zu L. von Seiten des *J. S. S.* betreffend, und genehmigt durch Ministerialrescript vom 12. Mai 1835 (Bege's Repert. Th. VI. S. 99) welches Rescript das Herzogl. Amtsgericht Greene bei seiner Eintragungsverfügung vom 5. Decbr. 1850 unverkennbar vor Augen gehabt hat. (Der *M.*'sche Fall betrifft die Veräußerungsbefugniß des Vaters hinsichtlich der Adventition des Muttergutes seiner Kinder, und darauf geht das Ministerialrescript vom 5. März 1839. Bege's Repert. Th. IV. S. 138.)

Anders verhält es sich dagegen

2. mit der Erklärung des *H. R.*, „daß er seiner Verlobten, *J. Sch.*, seinen ihm soeben übertragenen Großkothhof zuheirathen werde und ihr solchen nebst allem Zubehör schon jetzt für den Fall der Heirath zum lebenslänglichen Mitgebrauch und Mitgenusse zusichern wolle.“ Die Zusicherung ist freilich für den Fall der Ehe gemacht und deren Wirksamkeit durch das Zustandekommen der Ehe bedingt, (L. 4 §. 2 Dig. de pact. 2. 14. L. 10 §. 4 L. 21. L. 68. Dig. de jure dot. 23. 3. L. 15 Cod. de donat. ante nupt. 5. 3.) auch zur Verheirathung des *H. R.* die §. 58 des Gesetzes vom 23. Febr. 1837 Nro. 10 vorgeschriebene vormundschafiliche Genehmigung erforderlich. Letzterwähnte Genehmigung beruht indess auf andern die Ableistung der Militairpflicht betreffenden Rücksichten, und soweit demnach der *J. Sch.*, falls die Ehe wirklich erfolgt, dingliche Rechte an dem Hofe (Mithenutzungsbefugnisse, Ansprüche auf Altentheil und Constituirung einer Interimswirthschaft) verschrieben worden sind, bedurfte es zur rechtsgültigen Verschreibung unstreitig der obervormundschafilichen Genehmigung. Die ohne vormundschafiliche Genehmigung der Zuschreibung vom Herzogl. Amtsgerichte Greene geschehene Eintragung des Gegenvermächnisses in das Hypothekenbuch kann folglich als gerechtfertigt nicht erachtet werden. (Ges. vom 19. März 1850 Nro. 22 §. 5 Nro. 2 u. 3.)

Meiner Ansicht nach würde Herzogl. Staatsministerium sich in der Lage befinden, sowohl dem Notar *St. zu G.* als dem Herzogl. Amtsgerichte Greene die geeignete Bedeutung erteilen zu

fassen und muß ich zum höhern Ermessen vorstellen, ob nach der besondern Beschaffenheit des vorliegenden Falles dem H. R. die Eingehung der Ehe gebetener Maßen verstattet werden könne.

## Forderungsrecht.

**Gesetz**, die Aufhebung der Einrede der Vorausklagung des Hypothekschuldners und des anastasianischen Gesetzes betr. (S. 413.) [Nro. 55.] (29. Decbr. 1849.)

§. 1. Aufhebung der Einrede der Vorausklagung des Hauptschuldners.

§. 2. Aufhebung der lex anastasiana.

## Gemeinheitstheilungen.

**Gesetz**, die Abänderung der §§. 30 und 32. der Gemeinheitstheilungsordnung und des §. 76. des Gesetzes über die Organisation und den Geschäftskreis der Landes-Deconomie-Commission betr. (S. 17.) [Nro. 5.] 18./28. Febr. 1850.)

§. 1. Erfordernisse des zum Antrage auf Specialseparation in Betreff eines Grundstücks nothwendigen Gemeinheitsbeschlusses.

§. 2. Vorläufige Realisirung einer Separation.

§. 3. Aufhebung der §§. 30 und 32. der Gemeinheitstheilung und des §. 76 des Gesetzes die Organisation und den Geschäftskreis der Landes-Deconomie-Commission betreffend.

## Gemeindeangelegenheiten.

**Revidirte Städteordnung für das Herzogthum Braunschweig.** (S. 285—384)  
[23] 19. März/25. April 1850.

**Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.**

§. 1. Rechte der Städte. §. 2. Statuten. §. 3. Sonstige Befugnisse. §. 4. Umfang des Gemeindeverbandes.

**Zweiter Abschnitt. Von dem Stadtbezirke.**

§. 5. Begriff. §. 6. Feststellung zweifelhafter Stadtbezirke. §§. 7 u. 8. Veränderung der Stadtbezirke. §. 9. Eintheilung des Stadtbezirks.

**Dritter Abschnitt. Von den Gemeindegemeinschaften.**

§§. 10 u. 11. Allgemeine Bestimmung. §. 12. Markgenossen und Fremde. §. 13. Bürger. §. 14. Bürgerrecht. §. 15. Erwerb des Bürgerrechts. §§. 16 u. 17. Verlust des Bürgerrechts. §. 18. Ruhendes Bürgerrecht. §. 19. Ehrenbürgerrecht. §. 20. Rollen der Gemeindegemeinschaften. §. 21. Gebühren.

**Vierter Abschnitt. Von der Verwaltung der städtischen Angelegenheiten und den Gemeindegemeinschaften.**

**Allgemeine Bestimmungen.**

§. 22. Vertretung der Stadtgemeinden. §. 23. Verpflichtung zur Uebernahme der

Gemeindeämter. §. 24. Gründe der Ablehnung eines Gemeindeamts. §. 25. Erlaubniß zur Uebernahme eines Gemeindeamtes. §. 26. Niederlegung eines Gemeindeamts. §. 27. Unberechtigte Ablehnung oder Niederlegung eines Gemeindeamts. §. 28. Mitwirkung anderer Gemeindegossen.

## II. Von den Stadtverordneten. 1. Wahl und Zusammensetzung.

§. 29. Anzahl. §. 30. Wählbarkeit. §§. 31 u. 32. Vorbereitung der Wahlhandlung, Wahlverfahren. §. 33. Leitung der Wahl. §. 34. Wahltermin. §§. 35—38. Wahlhandlung. §. 39. Anfechtung der Wahl. §. 40. Aufhebung der Wahl. §. 41. Zeit der Wahlen. §. 42. Dauer des Amtes. §. 43. Ausschluss wegen Unwürdigkeit. §. 44. Auflösung der Versammlung der Stadtverordneten.

## 2. Rechte und Pflichten der Stadtverordneten.

§. 45. Allgemeine Bestimmung. Geschäftskreis. §. 46. Zustimmung. §. 47. Entscheidung. §. 48. Gutachten. §§. 49—51. Controle. §. 52. Recht des Antrages. §. 53. Recht der Beschwerde. §. 54. Beschränkung der Stadtverordneten bei Ausübung ihrer Rechte.

## 3. Geschäftsordnung.

§. 55. Vorsitzender und Protocollführer. §. 56. Berufung der Versammlungen. §. 57. Pflicht zu erscheinen und zu stimmen. §. 58. Ordnung der Versammlung. §§. 59 u. 60. Beschaffenheit der Versammlungen. §. 61. Theilnahme des Stadtmagistrats an den Versammlungen. §. 62. Commissionen. §. 63. Erforderliche Zahl zu Beschlüssen. §. 64. Protocoll. §. 65. Abfassung der Beschlüsse. §. 66. Beschwerden.

## III. Von dem Stadtmagistrate. 1. Wahl und Zusammensetzung.

§. 67. Anzahl der Mitglieder. §. 68. Wahlart. §. 69. Wählbarkeit. §. 70. Wahlverfahren. §. 71. Landesfürstliche Bestätigung.

## 2. Dienstverhältnisse.

§. 72. Befoldung. §. 73. Arrest auf Gehalte und Pensionen. §. 74. Amtsantritt. §. 75. Amtsdauer. §. 76. Uebernahme anderer Geschäfte. §. 77. Allgemeine Dienstpflichten. §. 78. Urlaub. §. 79. Ordnungsstrafen. Disciplinargewalt. §§. 80. u. 81. Suspension. Auflösung des Dienstverbandes. §. 82. Pensionsberechtigung. §. 83. Verabschiedung. Versetzung in den Ruhestand. §. 84. Recht des Beamten sie zu verlangen. §§. 85—87. Pensionirung wider Willen des Beamten. §. 88. Folgen der Versetzung in den Ruhestand. §. 89. Verlust der Pension. §. 90. Entlassung. §. 91. Folgen der Entlassung. §. 92. Absetzung. §. 93. Folgen der Absetzung.

## 3. Geschäftskreis.

§§. 94—97. Allgemeine Bestimmungen. §§. 98—100. Ortspolizei. §. 101. Landespolizei. §. 102. Beschwerden über polizeiliche Verfügungen. §. 103. Zwangsmittel. §§. 104 u. 105. Verhältniß zu den Stadtverordneten. §. 106. Ausfertigung der Urkunden.

## 4. Geschäftsführung.

§§. 107. u. 108. Collegialische Behandlung der Geschäfte. §. 109. Geschäfte des Vorsitzenden. §§. 110—112. Deputation. §. 113. Beschwerden.

#### IV. Von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten.

##### 1. Bedeutung.

§§. 114—116. Allgemeine Bestimmung. §. 117. Recht der Bitte und Beschwerde.

##### 2. Geschäftsordnung.

§§. 118—120 Berufung der Versammlungen.

#### V. Von den Hilfsbeamten und Gemeindedienern.

§. 121. Anzahl. §. 122. Bestallung. §§. 123 u. 124. Dienstverhältniß. §. 125. Verbot der Erhebung von Gebühren. §. 126. Disciplinargewalt. §. 127. Arrest auf Gehalte und Pensionen.

#### VI. Von dem Rechnungswesen.

§. 128. Rechnungsführung. §§. 129—131. Verpflichtungen des Rechnungsführers. §. 132. Haftverbindlichkeit der Stadt. §§. 133—135. Voranschlag. §§. 136—141. Stadtcassenrechnung. §. 142. Eintreibung rückständiger Gemeindelaften und Sicherstellung der Stadtcasse.

#### Fünfter Abschnitt. Von dem Vermögen der Stadt und den städtischen Lasten.

§. 143. Stadtvermögen. §. 144. Lagerbuch. §. 145. Benutzung des Stadtvermögens §§. 146 u. 147. Verpflichtung zu Beiträgen. §. 148. Persönliche Leistungen. §. 149. Einquartierungslast. §. 150. Anfang und Ende der Verpflichtung.

##### Gesetzliche Befreiungen.

§. 151a. Dingliche. §. 152b. Persönliche. §. 153. Aufhebung der übrigen Befreiungen. §§. 154—157. Communalsteuer.

#### Sechster Abschnitt. Von der Armenpflege.

§. 158. Allgemeine Bestimmungen. §. 159. Armendeputation. §§. 160 u. 161. Verwaltungsbefugniß. §. 162. Einnahmen der Armenkasse. §. 163. Voranschlag. §. 164. Rechnungsführung. §. 165. Verbindlichkeit zur Erstattung der geleisteten Unterstützungen.

#### Siebenter Abschnitt. Von den Schulanlagen.

§. 166. Allgemeine Bestimmung. §. 167. Vertretung der Stadt.

#### Achter Abschnitt. Von der Verpflichtung der Gemeinden zum Erfasse des bei Ausläufen entstandenen Schadens.

§. 168. Allgemeiner Grundsatz. §. 169. Aufbringung und Repartition des Schadens. §§. 170 u. 172. Ausnahme. §. 171. Verfahren. §. 173. Unterstützung aus Staatsmitteln.

#### Neunter Abschnitt. Von Gemeinheiten, Stiftungen und Corporationen.

##### Von Gemeinheiten.

§. 174. Allgemeine Bestimmung. §. 175. Beschreibung. §. 176. Kosten. §. 177. Verwaltung. §. 178. Beschlüsse. §. 179. Veräußerungen. §. 180. Prozesse.

##### 2. Von den Stiftungen und Corporationen.

§. 181. Allgemeine Bestimmung. §. 182. Rechte der Stadt Braunschweig.

#### Zehnter Abschnitt. Von den Verhältnissen zu den Staatsbehörden.

§. 183. Allgemeine Bestimmungen. §. 184. Befugnisse und Verpflichtungen derselben. §. 185. Einspruch gegen Verfügungen des Magistrats. §. 186. Einwirkung der



Staatsbehörde auf die Ortspolizei. §. 187. Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums. §. 188. Verfügung in Landesangelegenheiten. §. 189. Übertragung der Localpolizeiverwaltung an einen Staatsbeamten.

#### **Elfter Abschnitt. Vorübergehende Bestimmungen.**

§. 190. Eintritt des Gesetzes. §§. 193 u. 194. Erneuerung der Stadtverordneten-Versammlung. §. 195. Veranlagung der Communalsteuer. §. 196. Abnahme der Gemeinde- und Ortsarmencassen-Rechnung. §. 197. Ermäßigung der Gebühr für Ertheilung des Bürgerrechts. §. 198. Aufhebung entgegenstehender Vorschriften.

#### **Landgemeindeordnung für das Herzogthum Braunschweig. (S. 349 — 411)** [Pro. 24] (19. März/25. April 1850.)

#### **Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.**

§. 1. Umfang des Gesetzes. §. 2. Neue Gemeinden. §§. 3—5. Rechte der Gemeinden. §. 6. Umfang des Gemeindeverbandes.

#### **Zweiter Abschnitt. Von dem Gemeindebezirke.**

§§. 7 u. 8. Bezirkseinteilung. §. 9. Feststellung der Bezirke. §. 10. Veränderung der Bezirke. §. 11. Veränderungen im Gemeindebezirke in Folge von Gemeinheitstheilungen.

#### **Dritter Abschnitt. Von den Gemeindegossen.**

§. 12. Allgemeine Bestimmung. §. 13. Markgenossen und Fremde. §. 14. Rollen der Gemeindegossen, Markgenossen und Fremde. §§. 15 u. 16. Wahlberechtigung. §. 17. Wählbarkeit.

#### **Vierter Abschnitt. Von der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten und der Gemeindeämter.**

§. 18. Allgemeine Bestimmung. I. Von dem Gemeinderathe.

##### **1. Wahl und Zusammensetzung.**

§. 19. Anzahl der Mitglieder. §§. 20 u. 21. Nähere Bestimmung der Wahlberechtigung. §. 22. Stellvertretung. §. 23. Listen der Wahlberechtigten. §. 24. Wahlverfahren. §. 25. Ordnung. §. 26. Vornahme der Wahl. §. 27. Vornahme mehrerer Wahlen. §. 28. Absolute Stimmenmehrheit. §. 29. Protocoll. §. 30. Anfechtung der Wahl. §. 31. Aufhebung der Wahl. §. 32. Zeit der regelmäßigen Wahlen.

##### **2. Amtliche Verhältnisse.**

§. 33. Dauer des Amtes. §. 34. Ehrenamt. §. 35. Gründe der Ablehnung. §. 36. Erlaubniß. §. 37. Strafen. §. 38. Freiwillige und gezwungene Niederlegung des Amtes. §. 39. Auflösung des Gemeinderaths.

##### **3. Geschäftsordnung.**

§. 40. Vorsitzender und Protocollführer. §. 41. Ordnung. §. 42. Berufung der Versammlungen. §. 43. Pflicht zu erscheinen und zu stimmen. §. 44. Sonderinteresse. §. 45. Erforderliche Zahl zu Beschlüssen. §. 46. Stimmengleichheit. §. 47. Protocoll. §. 48. Commissionen. §§. 49 u. 50. Öffentlichkeit der Sitzungen. §. 51. Geschäftskreis. §. 52. Recht der Beschwerde. §. 53. Mitwirkung anderer Gemeindegossen.

**II. Vom Gemeindevorsteher. 1. Allgemeine Bestimmungen.**

§. 54. Wahlverfahren. §. 55. Anfechtung und Aufhebung der Wahl. §. 56. Gemeindevorstehergehilfe.

**2. Dienstverhältnisse.**

§. 57. Verpflichtung zur Annahme. §. 58. Gründe der Ablehnung. §. 59. Bestätigung. §. 60. Dauer des Amts. §. 61. Vereidigung. §. 62. Ordnungsstrafen. §. 63. Disciplinargewalt. §. 64. Freiwillige und gezwungene Niederlegung des Amts.

**3. Geschäftsführung.**

§. 65. Verwaltung der Geschäfte. §. 66. Privatinteresse. §. 67. Beschwerden. §. 68. Verbot der Erhebung von Gebühren.

**4. Geschäftskreis.**

§. 69. Allgemeine Bestimmung. §§. 70—72. Besondere Bestimmungen. §§. 73 und 74. Polizei. §. 75. Ausfertigung der Urkunden.

**III. Von den Hülfsheamten und Gemeinbedienern.**

§. 76. Gemeindecinnehmer. §. 77. Pflichten der Gemeinde für die öffentlichen Gelder. §. 78. Von den Gemeinbedienern.

**IV. Voranschlag und Gemeinberechnung.**

§. 79. Voranschlag. §§. 80—83. Gemeinberechnung.

**Fünfter Abschnitt. Von dem Gemeindevermögen.**

§. 84. Gemeindevermögen. §. 85. Lagerbuch. §. 86. Benutzung des Gemeindevermögens. §. 87. Ausgaben der Gemeindecasse. §. 88. Verpflichtung zu Beiträgen. §. 89. Gemeindefschulden. §. 90. Anfang und Ende der Verpflichtung. §. 91. Persönliche Leistungen. §. 92. Einquartierungslast.

**Gesetzliche Befreiungen.**

§. 93. a. dingliche, §. 94. b. persönliche. §. 95. Aufhebung der übrigen Befreiungen. §. 96. Vertheilung der Gemeindeflasten. §§. 97 u. 98. Vertheilung nach dem Grundbesitz. §. 99. Anwendung der Landesgrundsteuer-Cataster. §. 100. Beurtheilung nach dem Einkommen. §. 101. Steuerlisten. §. 102. Vertreibung rückständiger Gemeindeflasten und Sicherstellung der Gemeindecasse.

**Sechster Abschnitt. Von der Armenpflege.**

§. 103. Allgemeine Bestimmungen. §. 104. Armendeputation. §§. 105 u. 106. Verwaltungsbefugniß. §. 107. Einnahmen der Armenecasse. §. 108. Voranschlag. §. 109. Rechnungsabnahme. §. 110. Verbindlichkeit zur Erstattung der geleisteten Unterstützungen.

**Siebenter Abschnitt. Von den Schulangelegenheiten.**

§. 111. Allgemeine Bestimmung. §. 112. Vertretung der Gemeinde.

**Achter Abschnitt. Von den Verpflichtungen der Gemeinden zur Erstattung des bei Ausfällen entstandenen Schadens.**

§. 113. Allgemeiner Grundsatz. §. 114. Ausbringung und Repartition des Schadens. §§. 115 u. 116. Ausnahmen. §. 117. Verfahren. §. 118. Unterstützung aus Staatsmitteln.

**Neunter Abschnitt. Von Gemeinheiten, Corporationen und milden Stiftungen.**

## 1. Von Gemeinheiten.

§. 119. Allgemeine Bestimmung. §. 120. Kosten. §. 121. Verwaltung der Gemeindegüter. §. 122. Beschlüsse. §. 123. Veräußerung. §. 124. Proceffe.

## 2. §. 125. Von Corporationen und milden Stiftungen.

**Neunter Abschnitt. Von den abgesonderten Gemarkungen.**

§. 126. Bestallung der Localpolizeibeamten §. 127. Verwaltung. §. 128. Verwaltungskosten.

**Efter Abschnitt. Von den Amtsrätthen.**

## 1. Zusammenfegung und Wahl.

§. 129. Zahl der Mitglieder des Amtsrathes. §. 130. Wahlberechtigung. §. 131. Wählbarkeit. §. 132. Wahlverfahren. §. 133. Beschlussfähige Anzahl. §. 134. Protocoll. §. 135. Zeit der Wahlen.

## 2. Amtliche Verhältnisse.

§§. 136 u. 137. Dauer des Amtes. §. 138. Unentgeltliche Verwaltung. §. 139. Auflösung des Amtsrathes.

## 3. Geschäftsordnung.

§. 140. Regelmäßige Versammlungen. §. 141. Berufung der Versammlungen. §. 142. Legitimationsverfahren. §. 143. Vorsitzender, Stellvertreter und Protocollführer. §. 144. Anträge einzelner Mitglieder. §. 145. Tagesordnung. §. 146. Commissionen. §. 147. Öffentliche Sitzungen. §. 148. Betheiligung der Staatsbehörde.

## 4. Bedeutung und Geschäftskreis.

a. Bei Angelegenheiten des ganzen Amtes. §. 149. Allgemeine Bestimmungen. §§. 150 u. 151. Besondere Bestimmungen. b. Bei Angelegenheiten einzelner Gemeinden. §. 152. Allgemeine Bestimmung. §. 153. Bestätigung. §. 154. Entscheidung. §. 155. Begutachtung. §. 156. Disciplinargewalt. §. 157. Amtssarmencasse. §. 158. Mitwirkung bei der Verwaltung der Landespolizei. §. 159. Vorbehalt wegen Erweiterung des Wirkungskreises des Amtsrathes. §. 160. Wirksamkeit der Verfügungen des Amtsrathes.

**Zwölfter Abschnitt. Von dem Verhältnisse zu den Aufsichtsbehörden.**

§. 161. Zuständige Behörden. §. 162. Allgemeine Befugnisse und Verpflichtungen derselben. §. 163. Einspruch gegen die Beschlüsse der Amtsrätthe. §. 164. Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums. §. 165. Sonstige Verfügungen. §. 166. Entscheidung der Staatsbehörde.

**Dreizehnter Abschnitt. Vorübergehende Bestimmungen.**

§§. 167—170. Eintritt des Gesetzes. §. 171. Gemeinde- und Ortsarmencassen-Rechnungen. §. 172. Aufhebung entgegenstehender Vorschriften. §. 173. Verhältniß der kleineren Gemeinden bis zu erfolgter gesetzlicher Bestimmung ihrer Organisation.

**Gesetz** über den Waffendienst behuf des Gemeindefchuges. (S. 413—442) [Pro. 25] (19 März/25. April 1850.)

I. Allgemeine Bestimmungen. §§. 1—6. II. Berechtigung und Verpflichtung zum

Dienste §§. 7—10. III. Bildung und Eintheilung der Bürgerwehren §§. 11—16. IV. Bewaffnung §§. 17—23. V. Beamten §§. 24—27. VI. Wahlen §§. 28—33. VII. Dienstleistungen §§. 34—45. VIII. Strafen §§. 46—49. IX. Thätigkeit der Ausschüsse. 1. Allgemeine Bestimmungen §§. 50—54. 2. Verwaltung §§. 55—59. 3. Strafverfahren §§. 60—71. X. Schlussbestimmung und vorübergehende Vorschriften §§. 72—74.

**Verordnung**, die Verlegung der bisher mit dem Gemeindebezirke Heimbürg vereinigt gewesenen sogenannten Brackenstedter Mühle an den Gemeindebezirk Börneke betr. (S. 548) [Nro. 48] (30. Novbr./18. Decbr. 1850.)

**Verordnung**, die Vereinigung der am Stammberge erbauten herrschaftlichen Gatterwärtermwohnung mit dem Stadtbezirke Hasselfelde betr. (S. 37) [Nro. 7] (18. Febr./5. März 1851.)

**Gesetz**, die Vereinigung des sogenannten Bodenwerderschen Stadtfeldes mit dem Gemeindebezirke Mühle betr. (S. 227) [Nro. 35] (13./27 Aug. 1851.)

### Rescripte.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 28. Aug. 1850 an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel.

Wir halten für angemessen, daß die Namen der Ortsvorsteher in den Landgemeinden zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden und weisen deßhalb die Herzogl. Kreisdirection an, nach Beendigung der Wahlen für jeden Amtsbezirk eine Bekanntmachung in die hiesigen Anzeigen einrücken zu lassen.

Ebenso sind demnächst die Namen der in die Amtsräthe gewählten Personen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 15. Novbr. 1850 an Herzogl. Kreisdirection Gandersheim.

Wir erwiedern der Herzogl. Kreisdirection auf den Bericht vom 13. August d. Js. das administrative Verfahren bei Processen der Gemeinheiten betr., Folgendes:

Die Bestimmungen der landesfürstlichen Verordnung vom 7. Febr. 1791, der landesfürstlichen Declaration vom 6. Jan. 1792 und der landesfürstlichen Verordnung vom 22. Juni 1792, die Gemeindeproceß betreffend, sind mit den Vorschriften der Landgemeindeordnung unvereinbar und daher als durch den §. 172 derselben außer Kraft gesetzt anzusehen. In Beziehung auf die Gemeinde in ihrer Gesamtheit unterliegt dies keinem Zweifel. In Beziehung auf die Gemeinheit der Reibewohnerschaft oder auf eine andere Fraction der Gemeinde sind folgende Gründe entscheidend:

1. Der Begriff der Gemeinde fällt in den fraglichen Bestimmungen mit der Reibewohnerschaft zusammen (wie sich z. B. aus der vorgeschriebenen Einsammlung der Proceßkosten

„nach den Höfen“ ergiebt), die Reihewohnerschaft ist der damalige factische Inhalt des Rechtsbegriffes „Gemeinde“ und es ist also rein zufällig, daß durch die für die Gemeinde gegebenen Bestimmungen nur die Reihewohnerschaft getroffen wird. Da nun durch die Landgemeindeordnung der „Gemeinde“ ein anderer erweiterter Inhalt gegeben und für diese erweiterte Gemeinde hinsichtlich der Proceßführung das bestehende Recht geändert worden ist, so würde es unzulässig sein, die nur für die Gemeinde berechneten und nunmehr abgeschafften Bestimmungen der Reihewohnerschaft (einer Gemeinheit in der Gemeinde) gegenüber in Geltung zu erhalten. Dies könnte vielmehr nur durch einen besondern Act der Gesetzgebung bewirkt werden.

2. In der Schlussbestimmung der landesfürstlichen Verordnung vom 22. Juni 1792, wonach die für Gemeindeproceße festgesetzte Kostenbeitragspflicht auch auf Proceße einzelner Classen der Gemeinden ausgedehnt worden ist, hat die Praxis — ohne weitem gesetzlichen Anhaltspunkt — Veranlassung gefunden, die gesammten administrativen Cautelen bei Proceßen der Gemeinden auf die Proceße einzelner Classen derselben zu übertragen. Eine solche Folgerung, wenn dieselbe überall als positiv berechtigt gelten soll, steht und fällt mit der gedachten Schlussbestimmung wegen der Proceßkosten. Diese Bestimmung ist aber durch den §. 120 der Landgemeindeordnung beseitigt und es können daher die fraglichen Vorschriften wegen der Gemeindeproceße auch auf die Proceße einzelner Classen der Gemeinde ferner nicht angewandt werden.

Die solchergestalt aufgehobene Mitwirkung der administrativen Staatsbehörden bei processualischen Angelegenheiten der Gemeinde oder einzelnen Gliederungen derselben wird nach den Vorschriften der Landgemeindeordnung für die Gemeinde durch die Beschlüsse des Gemeinderathes und für Gemeinheiten durch die von diesen nach §. 122 der Landgemeindeordnung gefaßten Beschlüsse ersezt.

Die Gemeinheit erscheint daher bei Proceßen als eine Streitgenossenschaft für deren Entschlüsse von dem Gesetze (§. 122 der Landgemeindeordnung) bestimmte Formen vorgezeichnet sind. Die Beobachtung dieser Formen, also die gesetzliche Gültigkeit der Beschlüsse, muß der richterlichen Behörde glaubhaft documentirt werden und es bleibt der Gemeinheit überlassen, die im Staate vorhandenen Organe der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu diesem Zwecke in Bewegung zu setzen.

Die Herzogl. Kreisdirection hat sonach bei Proceßen der Gemeinden oder der Gemeinheiten keinerlei gesetzliche Thätigkeit mehr zu entfalten und demgemäß auch in den Angelegenheiten, welche den vorliegenden Bericht veranlaßt haben den betreffenden Gerichtsbehörden die erforderliche Erwidernng zu gehen zu lassen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 29. Novbr. 1851 an sämmtliche  
Herzogl. Kreisdirectionen.

Da die früher fast ausnahmslos durch die Herzogl. Ämter besorgten Verpachtungen von Grundstücken und Gerechtsamen jetzt häufig von den Gemeindebehörden ohne Vermittelung eines Beamten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angenommen werden, so weisen Wir die Herzogl. Kreisdirectionen an, die sämmtlichen Gemeindebehörden darauf aufmerksam zu

machen dass zu dergleichen Contracten die gesetzlichen Stempel zu verwenden seien, auch haben Herzogl. Kreisdirectionen auf die geeignete Weise darauf achten zu lassen, dass solche Verwendung geschehe.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 9. Febr. 1852 an N. N. zu D.

Auf Befehl Sr. Hoheit des Herzogs haben Wir Ihnen auf die Eingabe vom 20. v. M., die Landgemeindeordnung betreffend, das Nachfolgende zu eröffnen:

Der Antrag Ihrer Eingabe geht dahin, dass eine gesetzliche Bestimmung erlassen werden möge, welche die gänzliche Trennung zunächst der Rittergüter von den Gemeinden möglich mache.

Da jedes Grundstück im Lande einem bestimmten Gemeindebezirke angehören muss, so würde eine solche Trennung überhaupt nur da zulässig erscheinen, wo das Rittergut nebst Zubehörungen seiner örtlichen Lage und den übrigen Verhältnissen nach, einen gesonderten Gemeindebezirk für sich bilden könnte. Wir können Uns aber gewiss des Nachweises überheben, dass bei vielen im Herzogthum belegenen Rittergütern eine derartige Absonderung zu den thatsächlichen Unmöglichkeiten gehört. Und schon desshalb würde eine gesetzliche Bestimmung in der von Ihnen beantragten Allgemeinheit nicht thunlich sein. Für die Fälle dagegen, wo eine solche Absonderung thunlich ist, bedarf es zu deren Realisirung einer Abänderung der Landgemeindeordnung nicht; denn die Bildung neuer Gemeinden ist durch die Gesetzgebung nicht ausgeschlossen, sondern gestattet, und es ist gerade in der Landgemeindeordnung ausdrücklich vorbehalten, dass, wenn auf einzelne Gemeinden die gesetzliche Vorschrift ohne Unzuträglichkeiten nicht vollständige Anwendung litten, dann deren Organisation anderweit im gesetzlichen Wege geordnet werden solle. Es wird also darauf ankommen, in jedem einzelnen Falle die Thunlichkeit und die Zweckmäßigkeit einer Absonderung und anderweitigen Organisation, sowie die Art und Weise der Ausführung derselben anzugeben und nachzuweisen und eine gesetzliche Ordnung des Verhältnisses zu beantragen. Ein solcher Antrag wird jedoch zunächst nicht hierher, sondern zuvörderst an die betreffenden Herzogl. Kreisdirectionen zu richten und von diesen zu prüfen, auch würden von diesen Behörden die in Folge davon weiter nöthig werdenden Verhandlungen zu leiten und die gesetzlichen Bestimmungen vorzubereiten sein. Wenn Wir übrigens nicht verkennen, dass die neue Ordnung der Verhältnisse der Landgemeinden namentlich hinsichtlich der persönlichen Beziehungen zu den Gemeinderäthen manches Unangenehme für die Besitzer der größeren Güter haben mag, so können Wir doch die Befürchtungen nicht theilen, welche in Ihrer Eingabe ausgesprochen sind. Zwar ist es richtig, dass der größere Gutsbesitzer in dem Gemeinderathe nur mit einer Stimme theilhaftig ist; allein es ist auch zu berücksichtigen, dass der Gemeinderath nur über Angelegenheiten der Gemeinde, nicht über Berechtigungen der Einzelnen zu beschließen hat, dass das Interesse aller bestehenden Gemeindeglieder, welche in den Gemeinderäthen die Mehrzahl bilden, wesentlich dasselbe, dass ferner die Art der Veranlagung für die Beiträge zu den Ausgaben der Gemeindecasse gesetzlich regulirt und der Willkür entzogen ist und dass endlich der Staatsbehörde die Befugniß zusteht und die Verpflichtung obliegt, Beschlüsse der Gemeindebehörden, welche gesetzlichen Vorschriften oder sonstigen Normen des öffentlichen Rechts zuwiderlaufen, aufzuheben. Wir können desshalb das materielle Interesse der Rittergutsbesitzer durch die neue Organisation

nicht für gefährdet halten und die oben angedeutete Unannehmlichkeit wird sich dadurch mindestens ausgleichen, daß die größere Intelligenz im Laufe der Zeit nothwendig Anerkennung finden, das noch hin und wieder herrschende Mißtrauen gegen die frühern Gutsherrn verschwinden und deren Einfluß auf die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten bedeutender und gewichtiger werden muß. In Ihrer Eingabe wird angeführt, daß bisher sich die Übelstände der neuen Einrichtungen noch nicht in dem Maße, wie solches zu befürchten gewesen sei, gezeigt hätten. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß die Verhältnisse künftig für die Rittergutsbesitzer sich nachtheiliger und schlimmer gestalten und eine Änderung der bestehenden Einrichtung im wohlverstandenen Interesse der größeren Gutseigenthümer nothwendig oder wünschenswerth erscheinen lassen müßten. Sollte aber dennoch fernerhin der Wunsch oder das Bedürfniß nach einer solchen Absonderung in einzelnen Fällen sich herausstellen, so ist eben der Weg angegeben, auf welchem die Sonderung, wenn die erforderlichen Voraussetzungen vorhanden sind, erreicht werden kann und werden daher die darauf hinzzielenden Anträge an die Herzogl. Kreisdirectionen, welche von dem Inhalte dieser Verfügung in Kenntniß gesetzt sind, zu richten sein.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 26. Novbr. 1852, an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Da es erforderlich ist, daß in jeder Gemeinde ein urkundlicher Nachweis der daselbst vorgenommenen Auseinandersetzung des Gemeinde- und des Gemeinheitsvermögens aufbewahrt werde, so haben die Herzogl. Kreisdirectionen, wenn eine solche Auseinandersetzung stattgefunden und die erforderliche Genehmigung erlangt hat, entweder eine Ausfertigung des die Auseinandersetzung vollständig enthaltenden Protocolls, oder wenn die Verhandlungen in mehreren Actenstücken zerstreuet sind, eine von Amtswegen zu machende, in glaubhafter Form auszufertigende Zusammenstellung der schließlichen Resultate dieser Verhandlungen der Gemeindebehörde zur Aufbewahrung in der Gemeindelade zu behändigen.

## Gewerbe und Gilden.

Gesetz über den gildemäßigen Gewerbebetrieb. (S. 105) [Nro. 11] (24. Januar. 12. Februar. 1852.)

Erster Abschnitt. Allgemeine Bestimmungen.

- §. 1. Gildebezirke. §. 2. Befugniß und Verpflichtung zum Eintritt in die Gilde.  
 §. 3. Vereinigung mehrerer Gilden. §. 4. Bildung neuer Gilden. §. 5. Aufhören einer Gilde. §. 6. Unbeschränktheit der Zahl der Gildemitglieder. §. 7. Bedingung der Aufnahme von Ausländern. §. 8. Dispensationsbefugniß der Herzogl. Landesregierung. §. 9. Gildestatuten. §. 10. Feststellung des Umfangs der einzelnen Gewerbe.  
 §. 11. Allgemeine Erlaubniß zur unentgeltlichen Verfertiigung von Gewerbsarbeiten.  
 §. 12. Unbeschränkte Beziehung der Arbeiten eines gildemäßigen Gewerbes. §. 13. Unbeschränktheit des Handels mit Gewerbswaaren. §. 14. Beschränkte Zulassung von Gewerbetreibenden auf dem Lande. §. 15. Bedingungen der Uebersiedelung eines Gildemitgliedes an einen andern Ort. §. 16. Erlaubniß zur Anfertigung von Frauenputz

und Frauenkleider. §. 17. Competenzbestimmung über Geltendmachung der im Gildesgesetz angedrohten Strafen.

### Zweiter Abschnitt. Verwaltung und Leitung der Gildeangelegenheiten.

§§. 18 u. 19. Bestimmung der Aufsichtsbehörden. §. 20. Bestellung eines obrigkeitlichen Gildedeputirten. §. 21. Bedingung der Zulässigkeit zu solchem Amte. §. 22. Befugnisse und Obliegenheiten des obrigkeitlichen Gildedeputirten. §. 23. Bestellung von Gildevorstehern. §. 24. Wahl derselben. §. 25. Verpflichtung derselben zum Dienste. §. 26. Allgemeine Obliegenheiten der Gildevorsteher. §. 27. Achtung und Schutz derselben bei Verrichtung ihres Amts. §§. 28 u. 29. Nähere Feststellung der Amtsverrichtungen der Gildevorsteher. §. 30. Unentgeltliche Verrichtung des Gildevorsteheramts. §. 31. Gildediener oder Boten. §. 32. Gildeversammlungen und deren Beschlußfähigkeit. §. 33. Benachrichtigung des obrigkeitlichen Deputirten von den Gildeversammlungen und dessen Theilnahme daran. §. 34. Gegenstände der Verhandlung. §. 35. Verzeichniß der Gildemitglieder. §. 36. Strafe der Widersetzlichkeit gegen Gildesbeamte oder wegen Beleidigung derselben. §. 37. Verlust des Stimmrechts in der Gilde wegen Verbrechen oder Vergehen. §. 38. Verpflichtung zur Theilnahme an den Gildeversammlungen. §. 39. Verbot von Speise- und Trinkgelagen bei Gildeversammlungen. §. 40. Erforderliche Genehmigung des Herzogl. Staatsministerii oder der Gildebehörde bei bestimmten Verträgen. §. 41. Zwangsmittel gegen Gildevorsteher im Falle der Dienstvernachlässigung oder des Ungehorsams. §. 42. Verbot des eigenmächtigen Verfahrens der Gildegenossen. §. 43. Bestätigung der Uebereinkünfte der Gilden unter einander durch Herzogl. Staatsministerium. §. 44. Verbot der Annahme nicht vorgeschriebener Gebühren oder von Geschenken. §. 45. Gildecasse und Rechnung darüber. §. 46. Formulare zu Arbeitsbüchern, Wanderbüchern und Meisterbriefen. §. 47. Fortbestehen der Todten- und Sterbecassen.

### Dritter Abschnitt. Rechtsverhältnisse der zu den Gilden gehörigen Personen.

A. Lehrlinge. §. 48. Allgemeine Bestimmungen wegen Aufnahme der Lehrlinge. §. 49. Unentgeltliches Ein- und Ausschreiben der Armen. §. 50. Betrag des Lehrgeldes. §. 51. Dauer der Lehrzeit. §. 52. Bestimmung einer Probezeit und Form des Lehrcontracts. §. 53. Eintragung des Lehrlings in die Gildeliste. §. 54. Prüfung des Lehrlings. §. 55. Gewerbe- und Sonntagschulen. §. 56. Eintragungsgebühr. §. 57. Ausbildung, Unterhaltung und Erziehung des Lehrlings. §. 58. Züchtigungsrecht des Meisters. §. 59. Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Lehrmeister und Lehrlingen. §. 60. Zurückführung des Lehrlings zu dem verlassenen Meister. §. 61. Aufhebung des Lehrvertrags vor Ablauf der Lehrzeit. §. 62. Verlust des Rechts Lehrlinge zu halten. §. 63. Verbot eigenmächtiger Abtretung des Lehrlings an einen andern Meister und Bedingungen unter denen Meisterwitwen Lehrlinge halten dürfen. §. 64. Kosten der Krankheit eines Lehrlings. §. 65. Austreten der Lehrlinge ohne genügenden Grund. §. 66. Entlassung des Lehrlings vor beendetem Lehrcontracte. §. 67. Gesellenprobestück. §. 68. Form der Entscheidungen des obrigkeitlichen Deputirten und der Gildevorsteher über Differenzen zwischen Lehrmeistern und Lehrlingen.



und Vollstreckbarkeit solcher Entscheidungen, auch Recurs dagegen. §. 69. Lehrbrief. §. 70. Arbeitsbuch. §. 71. Gebühren.

B. Gesellen. §. 72. Deren Legitimation. §. 73. Ausübung der Gesellenrechte. §. 74. Verbot der Verheirathung der Gesellen. §. 75. Allgemeine Bedingungen zur Erwerbung des Meisterrechts. §. 76. Wanderschaft und Wanderbüchel. §. 77. Gebühr für das Wanderbuch. §. 78. Strafe für Ertheilung unrichtiger Zeugnisse. §. 79. Pflichten des Gildevorstandes im Falle des Todes eines eingewanderten Gesellen. §. 80. Verbot der Annahme fremder Gesellen ohne Legitimationsausweis. §. 81. Verpflichtung des Gildevorstandes im Falle des Fortreisens eines Gesellen ohne Wanderbuch. §. 82. Verfahren wenn der einwandernde Gesell keine Arbeit findet. §. 83. Befugnisse des Meisters hinsichtlich der Annahme von Gesellen und deren Beschäftigung. §. 84. Ordnung wegen der einwandernden Gesellen. §. 85. Arbeitsverträge zwischen Meistern und Gesellen. §. 86. Allgemeine Voraussetzung des Abschlusses des Gesellenvertrages. §. 87. Probezeit. §. 88. Schlichtung von Differenzen über die Vertragsbedingungen durch den Gildevorstand. §. 89. Geselliges Vorzugsrecht des Gesellenlohns. §. 90. Allgemeine Verpflichtungen des Meisters gegen die Gesellen. §. 91. Verpflichtungen der Gesellen gegen den Meister. §. 92. Dauer der Arbeitszeit und Kündigungsfrist. §. 93. Beschwerden der Gesellen gegen den Meister. §. 94. Entlassung des Gesellen wegen gröblicher Pflichtverletzung. §. 95. Unverschuldete Entlassung. §. 96. Verbot des Abspenstigmachens von Gesellen. §. 97. Zeugnisertheilung an abreisende Gesellen. §. 98. Herbergen. §. 99. Gesellenkrankencasse. §. 100. Wandercasse. §. 101. Gemeinschaftliche Kranken- und Wandercasse für mehrere Gilden. §. 102. Beiträge zu der Gesellenkrankencasse und Wandercasse und deren Verwaltung. §. 103. Unterdrückung der Handwerksmißbräuche. §. 104. Verbot der Feier des blauen Montags. §. 105. Verpflichtung der Gildevorsteher behuf Abstellung der Mißbräuche. §. 106. Beschwerden der Gesellen.

C. Meister. §. 107. Bedingungen zur Erlangung des Meisterrechts. §. 108. Antrag auf Genehmigung der Zulassung und Verfahren darüber. §. 109. Nachweisung der Geschicklichkeit. §. 110. Eintritt in die Gilde, Leistung des Erbhuldigungseides. §. 111. Vorschriften für Nachweisung der Geschicklichkeit. §. 112. Theoretische Prüfung der angehenden Meister. §. 113. Eintragung des aufgenommenen Meisters in das Meisterbuch. §. 114. Ausfertigung des Meisterbriefs. §. 115. Gebühren für Erlangung des Meisterrechts. §. 116. Verbot der Mitgliedschaft zweier Gilden. §. 117. Verlust der Gildegerechtfame und der Befugniss zum selbstständigen Betriebe eines gildemäßigen Gewerbes zur Strafe. §. 118. Verlust der Gildegerechtfame durch Abwesenheit und Nichtbezahlung der Beiträge. §. 119. Gestattung der Übernahme von Gesellenarbeit. §. 120. Waarenausstellung. §. 121. Verbot des Ausbietens unverkauft gebliebener Mess- oder Marktwaaren an fremden Orten. §. 122. Übernahme von andern Meistern nicht vollendeter Arbeiten. §. 123. Verbot des Abspenstigmachens von Kunden. §. 124. Gewähr für die Tüchtigkeit der Arbeiten und Nichtentwendung anvertrauter Gewerbsgegenstände. §. 125. Befugnisse der Wittwen und bösslich verlassenen Ehefrauen der Meister.

**Vierter Abschnitt. Gewerberath.**

§. 126. Zweck und Zusammensetzung des Gewerberaths. §. 127. Unentgeltliche Verwaltung des Amts. Ablehnung, Niederlegung und Dauer des Amts. §. 128. Verfahren des Gewerberaths. §. 129. Pflichten desselben. §. 130. Befugnisse desselben. Schlussbestimmungen. §. 131. Sportelfreiheit der Gildesachen. §. 132. Aufschaffung dieses Gesetzes für jede Gilde. §. 133. Aufhebung früherer gesetzlicher Bestimmungen. Anhang enthält die in Geltung gebliebenen §§. 1, 5, 13—16, 20 u. 22 der Verordnung vom 29. Octbr. 1821.

**Rescripte.**

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 20. Aug. 1849 an Herzogl.  
Kreisdirection Holzminden.

Wir lassen der Herzogl. Kreisdirection einen Bericht des Herzogl. Amts Holzminden vom 12. Febr. d. J., die unbefugte Abhaltung von Auctionen betreffend, hieneben mit der Anweisung zugehen, genanntes Herzogl. Amt zu bescheiden, dass es zwar einem Jeden — mit Ausnahme der Bewohner der Städte Braunschweig, Wolfenbüttel und Blankenburg — unbenommen sei, eigene, sowie seiner Verwaltung anvertraute fremde Sachen zu versteigern, oder durch einen Dritten ohne Entgelt versteigern zu lassen, dass jedoch in der remunerirten Versteigerung fremder Sachen ein, nach Analogie des Mäklerverbotes, strafbarer Gewerbebetrieb gefunden werden müsse, gegen welchen auf Grund des Gewerbesteuergesetzes vom 4. April 1837 gerichtlicher Schutz in Anspruch zu nehmen sei.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 2. Novbr. 1851.

Wir eröffnen den Hauschlächtern L. sen. und jun. und M. in B. auf die Eingabe vom 29. Septbr. d. J., dass die Hauschlächtereie einen Theil des Fleischgewerbes bildet und die Concessionirung besonderer zur Ausübung des Fleischgewerbes nicht weiter berechtigten Hauschlächter keinen Grund abgeben kann, den Fleischern und Hoken die ihnen vermöge ihres Hauptgewerbes zustehende Befugniß zum Betriebe der Hauschlächtereie zu entziehen.

**Justizverfassung.**

**Bekanntmachung** Herzoglichen Obergerichts, die zur Notariats- und advocatorischen Praxis berechtigten Personen betr. (S. 97—104.) [No. 18.] (26. April/12. Mai 1849.)

**Gesetz**, die Gerichtsverfassung betr. (S. 225.) [No. 35.] (21. Aug./12. Septbr. 1849.)  
§. 1. Bestimmung des Obergerichts und der Untergerichte. §. 2. Sitz des Obergerichts. §. 3. Eintheilung des Obergerichts in drei Senate. §. 4. Substitution in Fällen der Verhinderung. §. 5. Feststellung der Gehalte. §§. 6. 7 u. 8. Geschäfts-

vertheilung unter den drei Senaten und Bestimmung der Competenz des Obergerichts in Straffachen. §. 9. Anordnung eines Cassationshofes. §. 10. Gerichte erster Instanz. §. 11. Besetzung der Kreisgerichte. §. 12. Gehaltsbestimmungen der Kreisgerichtsbeamten. §. 13. Bestimmung der Competenz der Kreisgerichte und Anordnung eines oder mehrer Untersuchungsrichter bei jedem Kreisgerichte. §. 14. Nähere Bestimmung der kreisgerichtlichen Competenz in Civilsachen. §. 15. Trennung der Amts- und Stadtgerichte von der Landesverwaltung. §. 16. Besetzung der Stadt- und Amtsgerichte und Vertretung der Richter in Verhinderungsfällen. §. 17. Gehalte der Richter und Secrétaires bei den Stadt- und Amtsgerichten. §. 18. Bestimmung der Competenz der Stadt- und Amtsgerichte in Straffachen. §. 19. Bestimmung der Competenz der Stadt- und Amtsgerichte in Civilsachen. §. 20. Zuweisung der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Hypotheken- und Vormundschafsfachen an die Stadt- und Amtsgerichte. §. 21. Besetzung der Vorsitzenden und Richter bei den Kreisgerichten und Stadt- und Amtsgerichten. §. 22. Verhältniß der Unterordnung der Gerichte. §. 23. Bestimmung der Disciplinarbehörde. §. 24. Anordnung einer Staatsanwaltschaft. §. 25. Feststellung der Gehalte der Staatsanwälte. §. 26. Dienststellung der Staatsanwälte und deren Vertretung. §. 27. Verhältniß der Unterordnung. §. 28. Amtspflicht der Staatsanwälte. §. 29. Verbot von Nebeneinkünften und besondern Zulagen. §. 30. Beibehaltung des bisherigen Verfahrens in Militärstraffachen und Proceffen. §. 31. Vorbehalt besonderer Gesetze über die Advocatur und das Notariat. §. 32. Vorbehalt besonderer gesetzlicher Bestimmungen über die Einführung dieser Gerichtsverfassung.

**Gesetz,** die Errichtung einer Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte, der Advocatur, des Notariats und des Richteramtes und die von diesen zu bestehenden Prüfungen betr. (S. 25.) [Nro. 8.] (5./10. März 1850.) §. 1. Zusammensetzung der Prüfungscommission. §. 2. Eintritt der Wirksamkeit und Sitz derselben. §. 3. Instruction derselben. §. 4. Bedingung der Zulassung zur juristischen Laufbahn. §. 5. Prüfung der Rechtscandidaten. §. 6. Weitere Ausbildung der Rechtscandidaten. §. 7. Zweite Prüfung. §. 8. Aufnahme unter die Zahl der Advocaten. §. 9. Dritte Prüfung. §. 10. Folgen einer nicht bestandenen Prüfung. §. 11. Feststellung der Prüfungsgebühren. §§. 12—16. Transitorische Bestimmungen. §. 17. Aufhebung der Verordnung vom 1. Mai 1826, des Gesetzes vom 21. Decbr. 1837 und der Verordnung vom 24. Janr. 1838, die Errichtung einer Examinationscommission zur Prüfung der Candidaten der Rechte betr.

**Gesetz,** die Einführung der Gerichtsverfassung vom 21. Aug. 1849 betr. (S. 57) [Nro. 13] (19. März/15. April 1850.)

§. 1. Zeitpunkt des Eintrittes der Wirksamkeit der durch das Gesetz vom 21. Aug. 1849 festgestellten Gerichtsverfassung. §§. 2—6. Übergangsbestimmungen in Bezugnahme auf die Gerichtsverfassung. §§. 7—11. Übergangsbestimmungen im Strafverfahren. §§. 12—20. Übergangsbestimmungen im Civilproceßverfahren. §. 21. Übergangsbestimmungen für Gerichtsadvocaten- und Anwaltsgebühren. §. 22. Bestimmung der Zuständigkeit der Kreisgerichte in Vormundschafsfachen.

**Advocatenordnung** für das Herzogthum Braunschweig. (S. 246—258) [Nro. 17] (19. März/15. April 1850.)

§§. 1—3. Von dem Amte der Advocaten und Anwälte. §. 4. Erfordernisse zum Amte eines Advocaten und Anwalts und Ernennung zu demselben. §§. 5—17. Rechte und Pflichten derselben. §§. 13—26. Advocatencammer. §§. 27—31. Transitorische Bestimmungen.

**Notariatsordnung** für das Herzogthum Braunschweig. (S. 259—268) [Nro. 18.] (19. März/15. April 1850.)

§§. 1—4. Von den Notaren und ihrem Amte. §§. 5—8. Erfordernisse zum Notariatsamte. §§. 9—18. Von den Notariatsurkunden. §§. 16—21. Von den Registern und Verzeichnissen. §§. 22 u. 23. Controle des Stempelpapiers. §. 24. Von den Gebühren der Notare. §. 24. Von der Entlassung oder Suspension der Notare. §. 26. Von der Disciplinargewalt. §§. 27—31. Transitorische Bestimmungen.

**Gesetz**, die Verlegung des Amtes Ihedinghausen in den Kreis Braunschweig betr. (S. 273 u. 274) [Nro. 21] (19. März/15. April 1850.)

§. 1. Das Amt Ihedinghausen wird in Beziehung auf Rechtspflege und Verwaltung dem Kreise Braunschweig beigelegt. §. 2. Eintritt der Zuständigkeit des Kreisgerichts und der Kreisdirection Braunschweig. §. 3. Aufhebung früherer gesetzlicher Bestimmungen.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Obergerichts, die zur Notariats- und advocatorischen Praxis berechtigten Personen betr. (S. 469) [Nro. 30] (8./25 April 1850.)

**Verordnung**, die Amtstracht der Richter, der Gerichtssecrétaires und Advocaten betr. (S. 479) [Nro. 33] (10./15. Juni 1850.)

§. 1. Bestimmung der Amtstracht der Präsidenten und Richter des Obergerichts §. 2. Bestimmung der Amtstracht der Directoren und Richter der Kreisgerichte. §. 3. Bestimmung der Amtstracht der Secrétaires. §. 4. Bestimmung der Amtstracht des Oberstaatsanwalts und der Staatsanwälte §. 5. Bestimmung der Amtstracht der Obergerichts-Advocaten und Advocaten. §. 6. Vorschrift, wann die Amtstracht zu tragen. §. 7. Bestimmung hinsichtlich der Stadt- und Amtsgerichte.

**Gesetz**, Verlegung der Gemeinde Ölsburg von dem Bezirke des Herzogl. Amtes Salder an den Bezirk des Herzogl. Amtes Bechelde. (S. 485) [Nro. 34] (27. Mai/24. Juni 1850.)

Vom 1. Juli 1850 ab wird die Gemeinde Ölsburg in Beziehung auf Gerichtsbarkeit und Verwaltung dem Amtsbezirke Bechelde beigelegt.

**Gesetz**, die Declaration resp. Erweiterung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 21. August 1849, über die Gerichtsverfassung betr. (S. 513) [Nro. 40] (7/15. Aug. 1850.)

§. 1. Feststellung eines collegialischen Verfahrens in dem Herzogl. Stadtgerichte Braunschweig ausnahmsweise übertragenen eigentlich zur kreisgerichtlichen Competenz gehörenden Straf- und Civilprocesssachen. §. 2. Nähere Bestimmung des Verfahrens in dem §. 1. gedachten Strafsachen. §. 3. Befugniß des Oberstaatsanwalts zur Über-

tragung einzelner in den Kreis seiner Amtspflichten gehörender Geschäfte an die Staatsanwälte.

**Gesetz**, die Vereinigung des zum Herzogl. braunschweigischen Staatsgebiete erworbenen Communiongebiettheils Saline Juliuszelle mit der Gemeinde Neustadt-Harzburg betr. (S. 520) [Nr. 42] (25. Septbr./5. Octbr. 1850.)

Der neu erworbene Antheil der Saline Juliuszelle wird in Beziehung auf Gerichtsbarkeit dem Amtsgerichte Harzburg beigelegt.

**Verordnung**, die Instruction für die Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte, der Advocatur, des Notariats und des Richteramts betr. (S. 529) [Nr. 47] (27 Novr./12. Decbr. 1850.)

§. 1. Anweisung der Commission bei den Prüfungen nach beigefügter Instruction zu verfahren. §. 2. Anweisung der Gerichte der Prüfungscommission zum Zweck der Prüfung Acten mitzutheilen und sonstigen Requisitionen derselben zu genügen.

**Instruction** für die Herzogl. Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte, der Advocatur, des Notariats und des Richteramts.

Allgemeine Bestimmungen.

§. 1. Geschäftskreis. §. 2. Geschäftsführung. §. 3. Verschiedenartigkeit der Prüfung.

I. Prüfung Derjenigen, welche in die Zahl der Candidaten aufgenommen werden wollen.

§. 4. Zeit der Anmeldung. §. 5. Vorschriften für das Anmeldegesuch. §§. 6 u. 7. Verfügung der Commission auf das Gesuch. §. 8. Richterscheinen im Prüfungstermine. §§. 9 u. 10. Verfahren im ersten Prüfungstermine. §§. 11 u. 12. Verfahren der Commission bei Prüfung der schriftlichen Arbeiten der Candidaten. §. 13. Mündliche Prüfung der Candidaten. §§. 14 u. 15. Zeugnisse über den Ausfall der Prüfung.

II. Prüfung der Candidaten der Advocatur, des Notariats, der Staatsanwaltschaft und des Richteramts.

§. 16. Zeit der Anmeldung. §. 17. Bestimmung schriftlicher Arbeiten. §. 18. Vorschriften für die Ausarbeitungen. §§. 19 u. 20. Verfahren der Commission über die eingegangenen Arbeiten. §§. 21, 22 u. 23. Weiteres Prüfungsverfahren nach Billigung der Arbeiten. §. 24. Protocoll und Zeugniß über die Prüfung.

III. Prüfung Derer, welche in höhere juristische Ämter, als Mitglieder des Obergerichts, als Kreisgerichtsdirectoren, als Oberstaatsanwalt, dessen Substitut oder als Obergerichtsadvocat eintreten wollen.

§. 25. Zeit der Meldung. §. 26. Bestimmung der Prüfungsarbeiten. §. 27. Verfahren der Prüfungscommission. §. 28. Transitorische Bestimmungen.

**Gesetz**, die Errichtung eines Handelsgerichts betr. (S. 7.) [Nr. 3.] (28. Decbr. 1850. 20. Jan. 1851.)

Abschnitt I. Verfassung des Handelsgerichts.

§. 1. Sitz desselben. §. 2. Zusammensetzung. §. 3. Erklärung des Amtes eines kaufmännischen Mitgliedes zum Ehrenamte. §. 4. Ernennung der rechtsgelehrten Mitglieder und deren Ersetzung in Behinderungsfällen. §. 5. Vorsitz. §. 6. Bestimmung der

kaufmännischen Mitglieder sowie deren Stellvertreter durch Wahl. §. 7. Wahlberechtigte §. 8. Wählbare. §. 9. Dauer des Amts. §. 10. Reihenfolge der Stellvertreter §. 11. Ernennung des Wahlvorstehers, Aufstellung und Bekanntmachung der Wählerliste. §. 12. Wahlverfahren. §. 13. Verpflichtung der Gewählten zur Annahme des Amts. §. 14. Bekanntmachung der Mitglieder des Handelsgerichts. §. 15. Beeidigung der kaufmännischen Mitglieder. §. 16. Unzulässige Verwandtschaftsgrade der Mitglieder des Handelsgerichts untereinander. §. 17. Ausscheiden aus dem Gerichte wegen Verlustes einer zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaft. §. 18. Nichtvertretung der Staatsanwaltschaft. §. 19. Übertragung der Geschäfte des Secretariats der Schreiber und Boten auf das Personal des Herzogl. Kreisgerichts Braunschweig.

#### Abchnitt II. Wirkungskreis des Handelsgerichts.

§. 20. Feststellung der Competenz. §§. 21 u. 22. Bedingungen der Erweiterung der Zuständigkeit über den Kreis Braunschweig hinaus. §. 23. Begriffsbestimmung von Handelsfachen §§. 26—28. Weitere Feststellung der Zuständigkeit für einzelne bestimmte Fälle. §. 28. Bestimmung im Falle der Erhebung von Interventionsansprüchen. §. 29. Bestimmung im Falle selbstständiger Widerklage. §. 30. Unzulässigkeit von Provocationen. §. 31. Abweisung unzuständiger Klagen von Amtswegen. §. 32. Verfahren bei Streitigkeiten über die Competenz. §. 33. Zuständigkeit in Debit- und Nachlassfachen. §. 34. Führung eines Handelsregisters.

#### Abchnitt III. Verfahren in Handelsgerichtsfachen.

§. 35. Entscheidungsnormen. §. 36. Processverfahren im Allgemeinen. §. 37. Summarische Behandlung der Handelsgerichtsfachen. §. 38. Anwesenheit sämtlicher Mitglieder des Handelsgerichts in den Gerichtssitzungen. §. 39. Erscheinen der Parteien und Zulässigkeit der Vertreter derselben. §. 40. Nothwendigkeit der Einlassung auf erhobene Einwendungen gegen die Competenz. §. 41. Befugniß der Entscheidung aus eigener kaufmännischer Sachkunde des Gerichts. §. 42. Befugniß zur Entscheidung über das Dasein handelsrechtlicher Gewohnheit aus eigener Wissenschaft des Gerichts. §. 43. Zulässigkeit von Rechtsmitteln gegen die Entscheidungen des Handelsgerichts.

#### Abchnitt IV. Gehührentage.

§. 44. Die Gebühren sollen nach der der Civilprocessordnung beigelegten Gehührentage berechnet und erhoben werden.

#### Besondere Bestimmungen.

Eintritt der Wirksamkeit des Handelsgerichts. Aufhebung des Kaufgerichts und des Appellationskaufgerichts.

**Verordnung**, die provisorische Festsetzung der Zahl der Anwälte in den einzelnen Kreisen des Herzogthums betr. (S. 59) [Nro. 16] (19. April/2. Mai 1851.)

**Verordnung**, die Festsetzung der Zahl der Notare betr. (S. 61) [Nro. 17] (19. April/2. Mai 1851.)

**Gesetz**, die Errichtung eines Gerichtshofes zur Entscheidung von Competenzstreitigkeiten betr. (S. 65) [Nro. 19] (19./28. Mai 1851.)

## 1. Zusammenfassung des Gerichtshofes.

§. 1. Sitz des Gerichts. §§. 2. u. 3. Zusammensetzung desselben. §. 4. Ernennung der Mitglieder durch die Landesregierung. §. 5. Unentgeltliche Besorgung der Geschäfte. §. 6. Übertragung der Secretariats-, Registratur- und Kanzleigeschäfte auf das beim Herzogl. Obergerichte angestellte Personal.

## 2. Verfahren bei demselben.

§. 7. Bestimmung der Verwaltungsbehörden, welche zum Einspruch gegen gerichtliche Verfügungen wegen Incompetenz befugt sind. §. 8. Verpflichtung der Unterbehörden zur Anzeige bezüglich der Verfügungen. §. 9. Art der gerichtlichen Verfügungen, welche Gegenstand des Einspruchs der Verwaltungsbehörden sein können. §. 10. Form des Einspruchs. §. 11. Verfahren des Gerichtshofes auf erfolgten Einspruch. §. 12. Bestimmung einer Entscheidungsfrist. §. 13. Nähere Feststellung des gerichtlichen Verfahrens behuf der Entscheidung. §. 14. Inhalt und Form der Entscheidung. §. 15. Eröffnung der Entscheidung. §. 16. Ausschließung des Recurses und der Rechtsmittel. §. 17. Eintritt der Wirksamkeit des Gerichtshofes. §. 18. Aufhebung der entgegenstehenden Bestimmungen.

**Gesetz**, eine Ergänzung der Advocatenordnung betr. (S. 73) [Nro. 21] (21./27. Juni 1851.)  
Anordnung der Wahl der Stellvertreter für die Mitglieder der Advocatenammer.

**Gesetz**, die Einführung allgemeiner Gerichtsferien betr. (S. 85) [Nro. 24] (4/8. Juli 1851.)  
§. 1. Feststellung der Gerichtsferienzeit. §§. 2—4. Geschäfte, welche auch in der Ferienzeit zu besorgen. §. 5. Unterbrechung des Laufs der Fristen durch den Eintritt der Ferien. §. 6. Maßnahme zur Besorgung der dringlichen Sachen. §. 7. Vertretung der Staatsanwaltschaft. §. 8. Ersetzung behinderter Mitglieder und Urlaubsbewilligung während der Ferienzeit. §. 9. Nichtanwendung der Bestimmungen des Gesetzes auf Strassachen und Meßhandelsachen. §. 10. Fortgang der Verhandlungen in Vormundschafts-, Curatel-, Hypotheken-, Depositen- und sonstigen Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. §. 11. Transitorische Bestimmungen.

**Gesetz**, die Abänderung des §. 9. des Gesetzes vom 21. Aug. 1849 über die Gerichtsverfassung betr. (S. 291) [Nro. 46] (31. Octbr./7. Novbr. 1851.)  
Abänderung der Bestimmungen über Zusammensetzung des Cassationshofes.

**Verordnung**, die Amtstracht der bei den Stadt- und Amtsgerichten angestellten Richter und Secretaire betr. (S. 71) [Nro. 5] (8./20. Jan. 1852.)  
Die Vorschrift wegen der Amtstracht der Richter und Secretaire der Kreisgerichte wird auch auf die Richter und Secretaire bei den Stadt- und Amtsgerichten ausgedehnt.

## Rescripte.

Rescr. des Herzogl. Staatsministerii vom 28. Juni 1850 an Herzogl.  
Intelligenzdirectorium.

Der Bericht vom 11. d. M. über das Datum der Publication der Gesetze und der Bekanntmachung von deren erfolgter Versendung ist Uns zugegangen, und halten Wir es für

das Zweckmäßigste, daß die Bekanntmachung der geschehenen Versendung an demselben Tage den Anzeigen inserirt werde, welcher das Datum der Publication des Gesetzes ist, unter Beobachtung des zur Beseitigung der daraus für die Zeitungsexpedition entspringenden Schwierigkeiten vorgeschlagenen Verfahrens.

Das Herzogl. Waisenhausdirectorium ist hiernach mit der erforderlichen Anweisung unterm heutigen Datum versehen worden.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 20. Juli 1850.

Nach dem §. 16 des Gesetzes vom 21. Aug. v. J. die Gerichtsverfassung betreffend, können nur diejenigen Stadt- und Amtsgerichts-Secretaire, welche sich über ihre Qualification zum Richteramte ausgewiesen haben, mit richterlichen Geschäften beauftragt werden. Nach dieser ganz allgemeinen Bestimmung leidet es keinen Zweifel, daß auch bei Handlungen der freiwilligen Gerichtbarkeit und in Vormundschafts- und Hypothekensachen und in den letztern, soweit es sich nicht bloß um die Eintragung in das Hypothekenbuch handelt der Stadt- und Amtsrichter durch einen zum Richteramte nicht qualificirten Secretair nicht vertreten werden könne. Auf Veranlassung einer an Uns gerichteten Anfrage weisen Wir sämtliche Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte hiemit an, diesem gemäß zu verfahren.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 27. Aug. 1850 an den Oberstaatsanwalt.

Ihr Bericht vom 23. d. M. über den Antrag der Herzogl. Polizeidirection hieselbst in Beziehung auf den bei dem hiesigen Stadtgerichte bestellten öffentlichen Ankläger ist Uns zugegangen und wie Wir den darin entwickelten Ansichten beipflichten, so wollen Wir die drei Polizeicommissaire hieselbst zu öffentlichen Anklägern bei dem gedachten Gerichte mit der Befugniß, einander gegenseitig zu substituiren, hierdurch bestimmen.

Wir sind auch damit einverstanden, daß es zwar der Polizeidirection überlassen bleiben könne, eine Vertheilung der Geschäfte auch der gerichtlichen Polizei nach Bezirken unter den Polizeicommissairen vorzunehmen und danach regelmäßig zu verfahren, daß jedoch eine solche Einrichtung nicht dazu dienen dürfe, den Behörden und dem Publicum gegenüber besondere Kompetenzverhältnisse zu begründen, sämtliche Polizeicommissaire vielmehr wenn ihre Thätigkeit als öffentliche Ankläger in Anspruch genommen wird, sich den Geschäften, ohne Rücksicht auf die örtliche Begränzung, gleichmäßig zu unterziehen haben.

Wir beauftragen Sie, diesem entsprechend der hiesigen Polizeidirection auf der Rückanlage das Erforderliche zu eröffnen und die betreffenden Beamten mit Anweisung zu versehen.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 2. Sept. 1850 an den Oberstaatsanwalt.

Wir erwiedern Ihnen auf den Bericht vom 26. v. M., die Vorstellung des Herzogl. Amtsgerichts Eschershausen wegen der Antheile der öffentlichen Ankläger an den erkannten Gewer-



besteuer- und andern Strafen betreffend, wie es sich, Unserer Ansicht nach, von selbst versteht, dass in den Fällen, wo die zu öffentlichen Anklägern bestellten Beamten als Urkundspersonen auftreten wollen dieselben als öffentliche Ankläger nicht zugleich fungiren können. Da indeß dergleichen Collisionenfälle, in welchen der betreffende Beamte die öffentliche Anklage einem Andern zu übertragen haben würde, noch nicht wirklich vorgekommen sind, so halten Wir eine allgemeine Anweisung in dieser Beziehung für überflüssig und haben demgemäß das Herzogl. Amtsgericht Eschershausen beschieden.

Ausschreiben des Königl. hannoverschen Justizministeriums vom 5. Aug.  
1850 an alle Gerichte des Königreichs.

Nach einer Mittheilung des Herzogl. braunschw. lüneb. Staatsministeriums soll nach dem §. 75 der mit dem 1. v. M. für das dortige Herzogthum in Kraft getretenen Strafproceßordnung vom 22. Aug. v. J. die Vorladung eines Angeschuldigten namentlich auch die Bezeichnung des Vergehens und die demselben gesetzlich angedrohte Strafe enthalten und es kann auch den Requisitionen ausländischer Gerichte wegen Sistirung braunschw. Unterthanen in Strassachen nicht genügt werden, wenn in den Ladungen jene Erfordernisse nicht beobachtet sind.

Die Königl. Gerichte werden daher angewiesen, in allen Fällen, in denen die Vorladung eines braunschw. Unterthanen als Angeschuldigten in einer Strassache erforderlich ist, möge solche durch Unsere Vermittelung oder durch unmittelbare Requisition des betr. braunschw. Gerichts erfolgen, dem Berichte, beziehungsweise Requisitionsschreiben, eine den oben bezeichneten Erfordernissen entsprechende förmliche Vorladung beizufügen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 4. Novbr. 1850 an Herzogl.  
Amtsgericht Gandersheim.

Auf den Bericht vom 1. d. M. wollen Wir zu der Abhaltung von Gerichtstagen zu Bodenburg von Seiten des Herzogl. Amtsgerichts in der bisherigen Weise die Genehmigung hiemit ertheilen, wonach daher Herzogl. Amtsgericht die Gemeinde Bodenburg auf die Rückanlage zu bescheiden und sich zu achten hat.

Höchstes Rescript vom 13. Decbr. 1850 an Herzogl. Obergericht und  
sämmliche Herzogl. Kreisgerichte.

Wilhelm, Herzog pp. Es ist zu Unserer Kenntniß gekommen, dass verschiedene Ansichten darüber bestehen, welche Titel die Gerichtsbeamten zu führen haben, indem einige derselben noch immer die ihnen nach der frühern Gerichtsverfassung gebührenden Titel beibehalten und zu erwarten scheinen, dass ihnen neue Patente ausgefertigt werden. Der Inhalt Unserer Verordnung vom 18. März d. J. lässt aber darüber keinen Zweifel, dass es nicht Unsere Absicht gewesen ist, denjenigen Gerichtsbeamten, welche in ihren Functionen geblieben und nicht befördert sind, bei welchen daher durch Einführung der jetzigen Gerichtsverfassung die Übertragung eines andern

als des bisherigen Amtes nicht stattgefunden hat, die Ausfertigung eines andern Patents daher nicht erforderlich, sondern nur die Beilegung des jetzt entsprechenden Titels erforderlich war, diese Titel durch die Verordnung selbst beizulegen.

ad. 1. Es haben daher die Präsidenten, Räte und Secretaire des Obergerichts, gleichviel: ob sie früher bei dem Oberappellationsgerichte oder bei dem Oberlandesgerichte angestellt waren, den Titel „Obergerichts-Präsidenten, Räte und Secretaire“ zu führen.

ad. 2. Es haben daher die bei den Kreisgerichten angestellten Richter und Secretaire den Titel von „Kreisrichtern“ und „Kreisgerichtssecretairen“ und die bei den Stadt- und Amtsgerichten Angestellten den Titel von „Stadt- und Amtsrichtern“ oder „Stadt- und Amtsgerichtssecretairen“ zu führen, gleichviel, ob sie früher bei einem Kreisgerichte oder Herzogl. Amte angestellt, Kreisrichter, Justizbeamte, Kreisgerichts- oder Amtsassessoren waren.

Die Herzogl. Kreisgerichte haben hiernach auch die Stadt- und Amtsgerichte ihres Sprengels anzuweisen.

#### Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 13. Decbr. 1850 an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.

Mit dem 1. Januar 1851 wird die Bestimmung des §. 12 des Gesetzes vom 21. Aug. 1849 über die Classengehalte der Gerichtsbeamten zur Ausführung kommen. Um etwaigen Zweifeln über die Grundsätze, welche bei der jetzigen Vertheilung der Beamten in die verschiedenen Classen befolgt sind, zuvorzukommen, eröffnen Wir den Herzogl. Kreisgerichten Folgendes:

Nach der frühern Gerichtsverfassung standen die Kreisrichter und Justizbeamten sowol in der Diensthierarchie als in den Gehaltsbeträgen über den Kreisgerichts-, Amts- und Stadtgerichtsassessoren. Eine nothwendige rechtliche Folge dieser gesetzlich bestehenden Verhältnisse ist die, dass bei der jetzigen Formirung der Gehaltsclassen das Dienstalter nicht hat berechnet werden können, bei den einzelnen Beamten von dem Tage an, an welchem sie zuerst zu Richtern ernannt sind, sondern dass die Kreisrichter und Justizbeamten den Assessoren unbedingt haben vorangestellt werden müssen, unter sich dagegen nach dem Datum der Patente ihrer Ernennung zu Kreisrichtern und Justizbeamten rangirt sind. Auf dieselben folgen sodann die Assessoren nach dem Datum ihrer Patente.

Bei den verschiedenen Kreisgerichts-, Stadt- und Amtsgerichtssecretairen entscheidet lediglich das Datum der Patente. Zugleich bemerken Wir, dass der bisher befolgte, durch die Stats- und Rechnungsordnung bedingte Grundsatz, dass im Laufe des Jahrs Zulagen nicht ertheilt werden, auch für die Zukunft wird aufrecht erhalten werden, so dass daher das Aufrücken in eine höhere Gehaltsklasse stets erst mit dem Anfange des folgenden Jahrs eintreten wird.

Die Herzogl. Kreisgerichte haben den Inhalt dieses Rescripts den Untergerichten ihres Sprengels mitzutheilen.

#### Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 31. Jan. 1851 an N. N. zu L.

Wir ertheilen Ihnen auf Ihr Gesuch de præs. den 9. Aug. v. J. um Zulassung zur advocatorischen Praxis in den hiesigen Landen, nachdem Wir darüber den Bericht der Advoc-

tenkammer des Herzogthums eingezogen haben, die Resolution: daß auf diesen Antrag nicht eingegangen werden könne, daß Ihnen dagegen gestattet werde, für hannöversche Unterthanen wie bisher, so lange von den hannöverschen Gerichten das Reciprocum beobachtet wird und im einzelnen Falle kein Nachtheil zu besorgen ist, vor den hiesigen Gerichten aufzutreten.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 29. Octbr. 1851 an den Staatsanwalt zu Braunschweig.

Ihr Bericht vom 26. d. M., die Untersuchung wider die Schneidergesellen S. aus S. und B. aus G., wegen Vorbereitung zum Hochverrathe, insbesondere die Auslieferung derselben an die Großherzogl. hessischen Gerichte zu Mainz betreffend, ist Uns zugegangen, und da der §. 206 des Landesgrundgesetzes im Absatz 3 nur die Bedingungen ausspricht, unter denen die Auslieferung von Fremden an auswärtige Regierungen nicht versagt werden werde, insofern das Reciprocum beobachtet würde, also zwar die Fälle feststellt, wo die Auslieferung erfolgen solle, keineswegs aber den vorhergehenden allgemeinen Satz in der Weise beschränkt, daß Fremde in andern Fällen nicht auszuliefern seien, vielmehr dieses dem Ermessen der Landesregierung überläßt, außerdem auf Grund des Bundesbeschlusses vom 18. Aug. 1836 die beantragte Auslieferung nicht würde verweigert werden können, so halten Wir die an sich durch die Verhältnisse gebotene Auslieferung der gedachten Inculpaten für unbedenklich und wollen dieselbe hiemit genehmigen.

Sie haben daher hiernach weiter zu verfügen und erfolgen die Anlagen Ihres Berichts hiebei zurück.

Schreiben des Herzogl. Staatsministerii vom 8. Decbr. 1851 an Königl. hannöversches Ministerium.

Sofort nach Eingang des geehrten Schreibens vom 25. v. M., wegen der zu Gandersheim erfolgten Verhaftung des Dragoners K. und des Kürassiers D. aus H., haben Wir den Bericht des Staatsanwalts zu Gandersheim und des Oberstaatsanwalts über das Sachverhältniß eingefordert und nachdem diese Berichte erstattet wurden, versehen Wir nicht, indem Wir eine Abschrift des von dem Staatsanwalte zu Gandersheim erstatteten Berichts ergebenst anschließen, dem Königl. hannöverschen hochlöbl. Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten Folgendes ganz ergebenst zu erwiedern:

Da das Recht jedes Staates, Diejenigen, welche innerhalb seiner Grenzen Verbrechen begehen, zu verhaften, unzweifelhaft feststeht, so würden Wir das Verfahren des Staatsanwalts zu Gandersheim nur dann für nicht gerechtfertigt erachten können, wenn entweder das Anerbieten des Königl. hannöverschen Generalkriegsgerichts in der fraglichen Untersuchungssache zu erkennen, angenommen worden, oder eine Citation der Verhafteten als Auskunftspersonen vorhergegangen wäre und sie auf diese Citation von den Königl. Gerichten gestellt wären. Beides ist aber nicht der Fall; denn in letzter Beziehung würde die zu einem bestimmten Zwecke erfolgte Sistirung der Citirten sich auch auf diesen Zweck beschränken müssen, nachdem zuvor die Auslieferung verweigert

war. In erster Beziehung ist aber in der zwischen dem Königl. hannöverschen hochlöbl. Ministerio der auswärtigen Angelegenheiten und Uns Statt gehaltenen Correspondenz ein Anerbieten, die Angeeschuldigten dort zur Bestrafung zu ziehen, überall nicht vorgekommen. Auf das von dem Königl. hannöverschen Generalkriegsgerichte unterm 4. v. M. hierher ergangene Schreiben und das in demselben enthaltene Anerbieten, welches nach hiesiger Ansicht mit rechtlicher Wirkung nur von dem Königl. Gouvernement ausgehen konnte, befand sich das unterzeichnete Staatsministerium nicht in der Lage, eine Erwiderung ergehen zu lassen, sondern hat dasselbe den zuständigen Behörden, um deren Anträge zu erwarten, welche aber nicht erfolgt sind, zum pflichtmäßigen Gebrauche mitgetheilt.

Sowol der Staatsanwalt zu Gandersheim als auch der Oberstaatsanwalt sind daher der Ansicht, dass die Verhaftung der hier Betroffenen vollkommen gerechtfertigt sei und Wir können nicht umhin, diese Ansicht zu theilen. Wenn dies aber auch nicht der Fall wäre, so würde doch von Seiten der hiesigen Landesregierung in der gegenwärtigen Lage der Sache nicht unmittelbar eingeschritten werden können, da über die Fortdauer der Untersuchungshaft, nach der hiesigen Gesetzgebung (Str.-Proc.-Ord. vom 22. Aug. 1849 §. 9.) allein das Gericht zu entscheiden hat, und wenn Wir daher auch dem Staatsanwälte zu Gandersheim die Anweisung ertheilen wollten, aus den von dem Königl. hochlöbl. Ministerio angeführten Gründen die Freilassung der Verhafteten bei dem Herzogl. Kreisgerichte zu Gandersheim zu beantragen, so ist doch vorauszusehen, dass letzteres auf diesen Antrag nicht eingehen werde.

Es erscheint hiernach zu Unserm Bedauern unthunlich, dem Antrage des Königl. hochlöbl. Ministeriums, bezüglich der sofortigen Freilassung der Verhafteten, zu entsprechen.

Dagegen verkennen Wir nicht, dass es zu Unzuträglichkeiten führe, wenn nach der Königl. hannöverschen Gesetzgebung unter Militairjurisdiction stehende Personen den Civilgerichten überantwortet und von diesen gerichtet werden; und um dem Königl. hochlöbl. Ministerio einen besondern Beweis Unserer Willfährigkeit, den Wünschen desselben entgegen zu kommen, zu geben, sind Wir bereit, die Verhafteten, falls eine Strafe gegen sie erkannt werden sollte, — der Termin zur Aburtheilung der Sache steht auf den 15. d. M. bevor — zur Vollziehung, event. Verwandlung der erkannten Strafe in militairische, dem Königl. hannöverschen Generalkriegsgerichte ausliefern zu lassen, falls das Königl. hannöversche Gouvernement, worüber Wir einer gefälligen Erklärung entgegen sehen, zur Vollziehung derselben in dieser Weise sich bereit erklären würde.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 23. Decbr. 1851 an den Staatsanwalt zu Blankenburg.

Ihr Bericht vom 28. v. M., in Betreff der von dem Oberstaatsanwälte abgelehnten Verfolgung der Nichtigkeitsbeschwerde in Untersuchungssachen wider W. in B., ist Uns zugegangen, und eröffnen Wir Ihnen, nachdem Wir den Bericht des Oberstaatsanwalts eingezogen haben, darauf Folgendes:

1. Sie haben formell darin gefehlt, dass Sie sich direct hierher gewandt haben, da es Ihnen den bestehenden Vorschriften zufolge obgelegen hätte, zuvörderst Vorstellung bei dem Ihnen vorgesetzten Oberstaatsanwälte zu machen;

Bege's Repert. VII. Th.

2. Ein eigentlicher Recurs steht Ihnen nicht zu, sondern nur eine Anzeige, insofern der Oberstaatsanwalt seine Pflicht versäumt. Sie hätten daher dessen Anordnungen befolgen und die Vollziehung des Erkenntnisses nicht aufhalten müssen;

3. Die von Ihnen dem §. 161 der Str.=Proc.=Ord. gegebene Auslegung, wonach der Oberstaatsanwalt verpflichtet sein soll, jede Richtigkeitsbeschwerde, welche von dem Staatsanwalte eingelegt sei, zu verfolgen, ist unrichtig.

Nach §. 4 der Str.=Proc.=Ord. haben die Staatsanwälte die Weisungen des Oberstaatsanwalts zu befolgen; derselbe kann deren Thätigkeit, die Sache an sich ziehend, jederzeit einstellen (§. 77 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung) und der Oberstaatsanwalt ist daher nicht verpflichtet, von den öffentlichen Anklägern ihm angezeigte Richtigkeitsbeschwerden zu verfolgen, wenn die Verfolgung mit seiner rechtlichen Überzeugung nicht vereinbar ist;

4. In der Sache selbst ist die von Ihnen angezeigte Richtigkeitsbeschwerde nicht zu begründen. Sie haben dieselbe darauf gestützt:

a. Dass im Protocolle vom 14. Novr. d. J. als Wohnort des Angeklagten H. statt B. bezeichnet und dass ein von Ihnen gestellter Antrag, den Angeklagten auch wegen Beleidigung des Stationscommandanten St. zu bestrafen, nicht mit aufgenommen sei. Das Erstere beruht ohne Zweifel auf einem Irrthume oder Schreibfehler des protocollirenden Secretairs, wodurch die Identität des Angeklagten und des Verurtheilten nicht ungewiss, also eine Richtigkeit des Hauptverfahrens nicht begründet werden kann. (Str.=Proc.=Ord. §. 158. 2.) Das Letztere erscheint nach Maßgabe der Anklage unwesentlich, da das Protocoll den Antrag auf Verurtheilung des Angeklagten zu zweimonatiger Gefängnißstrafe enthält, durch den vom Gerichte abgegebenen Wahrspruch der Angeklagte sowol der thätlichen Widerseßlichkeit gegen den Ortsvorsteher B., als auch der Beleidigung des Stationscommandanten St. schuldig erachtet ist, und das Enderkenntniß wider den Angeklagten ausdrücklich die einschlagenden Bestimmungen des Crim.=Ges.=Bs. in Anwendung gebracht hat. In Betreff der Legalität des Verfahrens entscheidet ausschließlich das Sitzungsprotocoll, weshalb die Beurkundung von Erklärungen, welche für richtig gehalten werden und von Wichtigkeit sind, besonders beantragt werden muss. (§. 158 der Str.=Proc.=Ord.) Nur wenn nachzuweisen wäre, dass nachdem ein solcher bereits gestellter Antrag nicht vermerkt worden — wozu die Behauptung des Staatsanwalts nicht genügt — würde ausnahmsweise die Richtigkeitsbeschwerde zu versuchen sein, während von selbst einleuchtet, dass nicht wegen geringfügiger Umstände eine spätere Ermittlung und Beweisführung hinsichtlich Dessen, was in der Hauptverhandlung vorgekommen oder nicht, angestellt werden kann.

b. Dass der Angeklagte, statt mit achttägiger, nicht mindestens mit vierwöchiger Gefängniß bestraft worden sei.

Die unrichtige Ausmessung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Grenzen bewirkt, nach dem §. 158 Nro. 3 der Str.=Proc.=Ord. keine Richtigkeit des Erkenntnisses und dem öffentlichen Ankläger ist die Richtigkeitsbeschwerde selbst dann versagt, wenn der Angeklagte mit Verletzung des Strafgesetzes frei gesprochen wird, (Str.=Proc.=Ord. §. 159) in welchem Falle nur dem Oberstaatsanwalt die Richtigkeitsbeschwerde im öffentlichen Interesse, so dass die abgegebene Entscheidung nicht davon berührt wird, zusteht. (§. 70. oet.)

Ob im vorliegenden Falle die Handlungen des Angeklagten als Fortsetzung des Verbrechens, und, wenn man will, als mehrere durch dieselbe Handlung begangene Übertretungen angesehen werden oder nicht, ist gleichgültig, da das Kreisgericht Blankenburg die geschehene Herabsetzung der Strafe auf §. 62 des Crim.-Ges.-Bs. gestützt, die dort vorgeschriebenen Grenzen aber inne gehalten hat. Es mag dahin gestellt bleiben, ob dieser §. richtig angewendet worden, allein dadurch ist eine Nichtigkeit des Erkenntnisses nicht zu begründen.

Die Anwendbarkeit des §. 62 des Crim.-Ges.-Bs. gehört zur Entscheidung des das Straferkenntnis abgebenden Gerichts (§. 140 der Str.-Proc.-Ord. am G.) und ob die factischen Voraussetzungen dazu — worauf also der Wahrspruch über die Thatfrage sich nicht zu erstrecken hat (§. 92 cit. Abs. 2) — vorhanden oder nicht, ist lediglich nach dem in der Hauptverhandlung Vorgekommenen zu bemessen, in welcher Hinsicht das Sitzungsprotocoll (§. 81 cit.) das Material weder enthält noch enthalten kann. Es ist mithin unerheblich, dass das abgegebene Straferkenntnis eigentlich nur eines oder zweier Milderungsgründe gedenkt, indem dessenungeachtet davon mehrere in der Hauptverhandlung zu Tage gekommen und wegen mangelhafter Redaction des Erkenntnisses unerwähnt geblieben sein können.

Überhaupt ist die Nichtigkeitsbeschwerde schwer zu begründen, wenn es auf die Unterstellung thatsächlicher Verhältnisse unter gegebenen Regeln, auf einen Act der richterlichen Reflexion ankommt, und namentlich vermag, sofern Thatfachen für bedeutend gehalten werden, welche eigentlich als unbedeutend betrachtet werden sollen, oder umgekehrt bedeutende Thatfachen nicht genügend berücksichtigt worden sind, dieses zwar Berufungen, aber keine Cassation zu begründen.

Aus den vorstehend angeführten Gründen liegt zu Ihrem Antrage nicht der mindeste Grund vor.

#### Resc. des Oberstaatsanwalts vom 20. Jan. 1852 an sämtliche Staatsanwälte.

In Folge Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 14/20 d. M. eröffne ich den Herren Staatsanwälten, dass die Beschäftigung der den Herzogl. Kreisgerichten zugetheilten Referendaren als ständige Untersuchungs-Hülfsrichter bei den Herzogl. Kreisgerichten, wegen der den Untersuchungsrichtern gesetzlich angewiesenen Stellung (Str.-Proc.-Ord. §. 36) nicht für zulässig und mit den Vorschriften im §. 11 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung nicht für vereinbar zu halten ist.

#### Resc. Herzogl. Obergerichts vom 25. Mai 1852 an sämtliche Herzogl. Amts- und Stadtgerichte.

Nachdem die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte aufgehört haben, Administrativbehörden zu sein, leidet es zwar bei den ausdrücklichen Vorschriften des §. 28 des Gesetzes vom 12. Octbr. 1832, den Civilstaatsdienst betreffend, keinen Zweifel, dass die Directoren der Herzogl. Kreisgerichte diejenigen Beamten sind, welche den Amts- und Stadtrichtern, den Secretairen und den subalternen Officianten der gedachten Behörden in vorkommenden Fällen Urlaub bis zu 14

zogen zu ertheilen haben und bei denen auch die Gesuche an Herzogl. Staatsministerium um einen längern Urlaub zum Berichte einzureichen sind.

Da indess dem Vernehmen nach diesen Vorschriften insonderheit nicht immer gleichmäßig nachgekommen ist, dass dieses nun aber geschehe um so erforderlicher erscheint, als im entgegen-  
gesetzten Falle den Kreisgerichtsdirectoren die nöthige Geschäftsübersicht in ihrem Gerichtskreise abgehen würde, so sind wir mittelst Rescripts des Herzogl. Staatsministeriums vom 22. d. M. angewiesen, die dem Gesetze entsprechende Verfügung an die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte zu erlassen.

Demgemäß weisen wir die Herzogl. Amts- und Stadtrichter an, soviel sie selbst betrifft, ihre Gesuche um Verleihung von Urlaub, resp. zur Berichterstattung den betreffenden Kreisgerichtsdirectoren vorzulegen und folchergestalt den gesetzlichen Bestimmungen zu genügen.

So viel jedoch die Secrétaire und das Unterpersonal der Herzogl. Amts- und Stadtgerichte anlangt, so sind die Amts- und Stadtrichter, der nächste Vorstand dieser Behörden, für den ordnungsmäßigen Fortgang der Geschäfte in ihrem Gerichtsbezirke verantwortlich und können nur sie mit Sicherheit darüber urtheilen, ob und unter welchen nähern Bestimmungen dergleichen Gesuche sowohl der Secrétaire als des Unterpersonals zu deferiren steht.

Die Urlaubsgesuche dieser Personen sind daher von selbigen zunächst dem ihnen vorgesetzten Amts- und Stadtrichter zu überreichen und von diesem dem betreffenden Kreisgerichtsdirector mit Bericht zu übersenden.

Dem obengedachten Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums zufolge soll dieses Verfahren auch in den Fällen Anwendung finden, in welchem nach Anleitung des §. 47 des Civilstaatsdienstgesetzes von Beamten dieser Gerichtsbehörden um Bestätigung im Amte nach-  
gesucht wird.

Indem wir den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten nun dieses eröffnen, weisen wir dieselben an, demgemäß nicht allein selbst zu verfahren, sondern auch die Secrétaire und das Unterpersonal ihres Gerichtsbezirkles von dem Inhalte dieses Rescripts in Kenntniss zu setzen und darauf zu halten, dass demselben nachgekommen werde.

Höchstes Resc. vom 1. Mai 1852 an das Präsidium des Herzogl. Obergerichts.

Wilhelm, Herzog zc. Der Bericht vom 26. v. M., die Vertretung der gerichtlichen Disciplinarbehörde in Behinderungsfällen betreffend, ist Uns zugegangen, und wollen Wir an-  
getragenermaßen, hiemit bestimmen, dass die behinderten Mitglieder der gedachten Behörde durch die ersten braunschw. Mitglieder der Senate des Obergerichts, deren Präsidenten behindert sind, vertreten werden. Es ist daher hiernach in vorkommenden Fällen zu verfahren.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 29. Juni 1850 an Herzogl.  
Oberlandesgericht

Nach einem Uns von dem Commandeur des zum Polizeidienste bestimmten Militair-  
detachements, Rittmeister K. hierselbst, erstatteten Berichte sind von verschiedenen Gerichtsbehörden

Anträge gestellt worden, dass das Polizeimilitair vom 1. künft. Ms. an zur Besorgung von Insnuationen, namentlich in Strassachen, mit verwendet und zu solchem Ende auf diese Dienstleistungen mit beeidigt werde.

Wir haben diese Maßregel genehmigt und setzen davon das Herzogl. Oberlandesgericht zur Nachricht und mit der Anweisung in Kenntniss, die sämtlichen Kreisgerichte, Stadtgerichte und Ämter davon zu benachrichtigen und die Herzogl. Kreisgerichte zu beauftragen, jedes, die in seinem Bezirke stationirten Unterofficiere und Mannschaften vom Polizeimilitair auf die Besorgung der ihnen von den genannten Gerichten zu übertragenden Insnuationen zu beeidigen und werden denselben die Mannschaften zu den desshalb anzusetzenden Terminen auf Requisition gestellt werden.

Resc. Herzogl. Staatsministeriums vom 22. Jan. 1851 an Herzogl. Obergericht.

Nach einem Berichte des Commandeurs des zum Polizeidienste bestimmten Militairdetachements, Rittmeisters K. hieselbst, wird, in Folge des Rescripts vom 29. Juni v. J. von mehreren Gerichten, namentlich von den Gerichten in hiesiger Stadt das Polizeimilitair ausschließlich zu den gerichtlichen Insnuationen verwandt und dadurch seine hauptsächliche Bestimmung beeinträchtigt. Wir finden Uns hierdurch veranlaßt, das Herzogl. Obergericht zu beauftragen, sämtliche Gerichte und insbesondere die Gerichte in hiesiger Stadt darauf hinzuweisen, dass es bei der Verfügung vom 29. Juni v. J., wie deren Inhalt besagt, keineswegs die Absicht gewesen sei, die ganze Last des Geschäftes der gerichtlichen Insnuationen auf das Polizeimilitair zu wälzen und so dasselbe seiner eigentlichen Bestimmung zu entziehen, dass vielmehr das Polizeimilitair nur zur Aushülfe dienen solle, diesengemäß also die Gerichte zu verfahren und darauf Rücksicht zu nehmen haben, dass das Polizeimilitair die gerichtlichen Insnuationen hauptsächlich nur in Verbindung mit den demselben als solchen obliegenden dienstlichen Geschäften besorgen könne, nicht aber principaliter zu den Insnuationen benutzt und so seinen eigentlichen Functionen entzogen werden dürfe.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 27. Sept. 1850 an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Da in Frage gekommen ist, ob und wie weit nach den in der Gerichtsverfassung und Landesverwaltung eingetretenen Veränderungen die Herzogl. Kreisdirectionen bei den Baulichkeiten an den Gerichtslocalen mit zu wirken haben, so wollen Wir darüber Nachfolgendes bestimmen:

Die Beaufsichtigung der den Herzogl. Gerichten des Landes zum Geschäftsbetriebe überwiesenen Gebäude und Localitäten geht von den gerichtlichen Behörden selbst aus, und ihre Handhabung ist zunächst Sache der Gerichtsvorstände.

Die Gerichtsvorstände treten wegen aller vorkommenden Baubedürfnisse allein mit dem betreffenden Kreisbaumeister in Communication.



Die Kreisbaumeister sind anzuweisen, die vorkommenden geringfügigen Reparaturen immer sofort zu beschaffen und die Kosten von den ihnen zur Verfügung gestellten Reparaturfonds zu decken. Zu größeren Reparaturen haben dieselben die Genehmigung der Herzogl. Baudirection einzuholen; die Frage, welche bauliche Gegenstände zu den geringfügigen oder größeren Reparaturen zu rechnen sind, entscheidet sich nach dem Umfange und der Zulänglichkeit des zur Verfügung gestellten Reparaturfonds. Wenn Neubauten oder bauliche Veränderungen von größerem Umfange vorzunehmen sind, so haben die Kreisbaumeister vor der Berichterstattung an Herzogl. Baudirection mit der betreffenden Herzogl. Kreisdirection über die Sache zu communiciren und deren gutachtliche Meinung der Herzogl. Baudirection mitzutheilen.

Bei wichtigern Angelegenheiten oder bei Verschiedenheit der Meinungen wird Herzogl. Baudirection die Sache zu einer gemeinschaftlichen Berathung des Gerichtsvorstandes, des Kreisdirectors und des Referenten der Herzogl. Baudirection vorstellen, danach auch nachmalen unsere Entscheidung einholen.

Die Kosten der baulichen Unterhaltung der Gerichtsgebäude werden bis auf Weiteres auf den Etat der von den Herzogl. Kreisdirectionen resortirenden Bauten fortgeführt.

## Kirchen- und Schulangelegenheiten.

**Regulativ**, das bei Revision und Abnahme der Kirchen- und Pfarrwitwenhausrechnungen künftig zu beobachtende Verfahren betr. (Aus Schreiben des Herzogl. Consistoriums.) (S. 499) [Nro. 37] (25. Juni/18. Juli 1850.)

§. 1. Aufstellung und Einlieferung der Rechnungen der Kirchen-, Capellen-, Legaten- und Pfarrwitwenhauscassen. §. 2. Prüfung der Rechnung durch den Superintendenten. §. 3. Revision der Rechnungen bei Herzogl. Consistorio. §. 4. Moniturgebühren. §. 5. Androhung von Ordnungsstrafen für Versäumung rechtzeitiger Einsendung der Rechnungen. §. 6. Aufstellung und Einsendung von Übersichten über die Lage des Rechnungswesens durch die Superintendenten. §. 7. Eintritt der Wirksamkeit dieser Anordnungen.

**Gesetz** über die Gemeindeschulen. (S. 359) [Nro. 53] (8/22 Decbr. 1851.)

Einleitung. §. 1. Gegenstand des Gesetzes.

Abschnitt I. Rechte und Pflichten der Gemeinden rücksichtlich der Errichtung, Erhaltung und Benutzung der evangelisch-lutherischen Gemeindeschulen. §§. 2—7.

Abschnitt II. Zuständige Behörden. §§. 8—22

Abschnitt III. Prüfung, Anstellung, Besoldung und sonstige Rechtsverhältnisse der Lehrer.

A. Prüfung der Lehrer §§. 23 u. 24. B. Anstellung der Lehrer §§. 25—28. C. Besoldung der Lehrer §§. 29—35. D. Sonstige Rechtsverhältnisse der Lehrer §§. 36—42. Pensionirung. Allgemeine Bestimmungen §§. 43 u. 44. a. In den Stadtgemeinden §. 45. b. In den Landgemeinden §§. 46—50. Schlusssatz — Transitorische Bestimmung.

**Gesetz**, die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden betr. (S. 385) [Nro. 52] (30. Novbr./22. Decbr. 1851.)

Erster Abschnitt. Bildung der Kirchenvorstände §§. 1—20.

Zweiter Abschnitt. Wirkungskreis der Kirchenvorstände §§. 21—41

Dritter Abschnitt. Geschäftsordnung der Kirchenvorstände §§. 42—46.

**Ausschreiben** an die Kirchenvisitatoren, desgleichen an die Kirchenvorstände in den evangelisch-lutherischen Gemeinden des Landes betr. das Verfahren bei Vocation der Prediger. (S. 435) [Nro. 40] (25. Septbr./25. Octbr. 1852.)

1. Erforderniß und Inhalt der Vocation. 2. Aufstellungspredigt behuf Erlangung der Vocation.
3. Nähere Bestimmungen über die Aufstellungspredigt. 4. Mitwirkung des Superintendenten.
5. Beschlußfassung über die Vocation. 6. Beurkundung der Vocation. 7. Verfahren im Falle der Verweigerung der Vocation. 8. Erst nach erfolgter Vocation Ordination des Predigers. 9. Feststellung der Diäten der Kirchenvisitatoren.

### Rescripte.

Höchstes Resc. vom 12. Jan. 1850.

Wilhelm, Herzog zc. Der Bericht vom 21. v. M., wegen Wiederbesetzung der Pfarrstellen zu Dölben und Reinstorf ist Uns zugegangen. Wir sind mit den von Unserm Herzogl. Consistorium in diesem Berichte entwickelten Grundsätzen im Allgemeinen einverstanden, da der Art. 28 des Landtagsabschiedes vom 9. Juli 1823 den Prälaten nur das Recht einräumt, aus drei für die zu besetzende Stelle vorzuschlagenden Subjecten eins auszuwählen und die Garantie dafür, daß auf solche Weise die Pfarrstellen mit wohlqualificirten Subjecten besetzt werden gerade in der Voraussetzung begründet ist, daß Unser Herzogl. Consistorium nur amtsfähige und amts tüchtige Candidaten in Vorschlag bringen werde. Eine directe Einwirkung auf die zu machenden Vorschläge ist den Prälaten nicht gestattet.

Resc. Herzogl. Consistorii vom 16. Febr. 1850.

Da häufig Zweifel darüber entstanden sind, inwieweit die Rugnießer oder Miether von Wohnungen in Schulgebäuden zur Übernahme der kleinen Reparaturen verbunden sind, so haben Wir dem Herzogl. Staatsministerium in dieser Beziehung Vortrag gemacht und ist darauf durch das Rescript vom 15. Jan. d. J. die Bestimmung erfolgt, daß die in dem, an die Staatsbehörden erlassenen Circularrescripte vom 13. Febr. 1835 und dessen Anlage enthaltenen Vorschriften auch auf die gedachten Rugnießer und Miether Anwendung finden sollen, jedoch in den Fällen, wo nach dem Inhalte eines Rescripts eine vollständige Verpflichtung erst mit eintretender Veränderung in den Personen der Rugnießer und Miether begründet sein wird, von den jetzigen Inhabern solcher Dienst- oder Miethwohnungen sogleich eine Übernahme der Kosten der vorkommenden gewöhnlichen Weißbinderarbeiten, der Instandhaltung der Öfen und Feuerherde und der Herstellung der durch eigene oder der Ihrigen Verschuldung zerbrochenen Fensterscheiben in Anspruch genommen werde.

Wir lassen nun dem pp.

hieneben eine Ausfertigung des dem vorangeführten Circularrescripte Herzogl. Staatsministeri

vom 13. Febr. 1835 als Anlage beigefügten Regulativs zufertigen und genau danach und nach den übrigen, in diesem Rescripte erwähnten Bestimmungen bei denjenigen Schulgebäuden, welche aus einer Staats- oder einer Schulkasse unterhalten werden müssen, verfahren zu lassen.

### Regulativ

über die Verpflichtung der Nutznießer und Miether herrschaftl. Gebäude, zur Übernahme der Kosten der geringfügigen Reparaturen, des Reinigens der Schornsteine und des Straßenpflasters.

Die Miether und Nutznießer herrschaftl. Gebäude haben

1. das Reinigen der Schornsteine und des Straßenpflasters aus eigenen Mitteln zu übernehmen.
2. die sämmtlichen Weißbinderarbeiten auf eigene Kosten besorgen zu lassen, nicht weniger die Kosten des Reinigens, Anschwärzens und Vermalens der Öfen, Feuer- und Kesselheerde, so wie der Anschaffung der dazu erforderlichen Materialien zu übernehmen. Dieselben sind
3. verpflichtet, die vorkommenden Reparaturen an Thüren, Fenstern und an allen Arten von Schlosser- und Schmiedearbeiten, auf ihre alleinigen Kosten besorgen zu lassen, insofern eine jede dieser Reparaturen an jedem einzelnen Gegenstande sich nicht über einen Thlr. beläuft. Werden jedoch größere Reparaturen oder Erneuerungen erweislich durch die Fahrlässigkeit oder die Schuld der Bewohner, oder deren Familien und Dienstboten herbeigeführt, oder desshalb nothwendig, weil frühere an den betreffenden Gegenständen zu beschaffende kleinere Reparaturen durch die Miether resp. Nutznießer nicht bewerkstelligt sind, so hat der Miether resp. Nutznießer auch die späteren größeren Reparaturen und Erneuerungen zu tragen, wogegen demselben die durch Windstürme, Hagelschlag pp. verursachten Beschädigungen nicht zur Last fallen.

Resc. Herzogl. Staatsministerium vom 20. April 1851.

Auf die Vorstellung vom 10. Febr. d. J. wegen der stattfindenden Befreiung der Kinder der Prediger und Schullehrer vom Schulgelde erwidern Wir Folgendes:

Die bestehende Befreiung ist als eine auf einem allgemeinen Herkommen beruhende zu betrachten und es kommt hierbei allein auf das factische Vorhandensein dieses Herkommens und nicht auf die Art des Ursprungs desselben an, weshalb solches denn auch nur durch eine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung würde aufgehoben werden können. Eine solche Bestimmung ist aber bislang nicht getroffen. Das Gesetz vom 12. Mai 1840 disponirt nur über die Schulpflichtigkeit in den Städten und berührt jenes derzeit bereits bestehende Herkommen überall nicht. Ebenso wenig ist der §. 154 der revidirten Städteordnung auf die Verpflichtung zur Bezahlung des Schulgeldes anzuwenden.

Die in dem Gesetze vom 23. April 1840, die Schulgelderhebung in den Landgemeinden betreffend, unter §. 11 getroffenen Bestimmung ergiebt hinreichend, daß da, wo es darauf angekommen, über die Schulgeldpflicht zu bestimmen, die auf der Observanz beruhende Befreiung aufrecht erhalten und ihre fernere Geltung ausdrücklich sanctionirt ist.

## Ausschreiben des Herzogl. Consistorii vom 21. Aug. 1851 an sämtliche Kirchen- und Pfarrwittwenthums-Rechnungsführer.

Es hat sich bei Revision der Kirchen- und Pfarrwittwenthums-Rechnungen herausgestellt, daß von einzelnen Rechnungsführern nicht selten die in Bezug auf das Rechnungswesen bestehenden Vorschriften unbeachtet gelassen sind, oder doch, daß bei Verwaltung der Cassen nicht mit der Sorgfalt zu Werke gegangen ist, die zur Verhütung von Nachtheil für dieselben und von Verantwortlichkeit für die Rechnungsführer unumgänglich erforderlich ist.

Wenn aber das in der jetzigen Zeit besonders nothwendige allgemeine Vertrauen in Bezug auf die ordnungsmäßige Verwaltung des Vermögens der Kirchen- und Pfarrwittwenthümer erhalten und gestärkt werden soll, so ist es ganz unerlässlich, daß mit Strenge auf die Beobachtung der bestehenden Vorschriften und der nöthigen Sorgfalt bei der Rechnungsführung gehalten werde.

Wir heben hauptsächlich folgende Bestimmungen hervor, gegen welche am häufigsten gefehlt und durch deren Nichtbeachtung das Einreißen von Unordnungen ganz besonders veranlaßt wird:

1. Die Einnahmen müssen alljährlich in den Fälligkeitsterminen prompt eingefordert, und Fristen dürfen nur in außergewöhnlichen Fällen mit Genehmigung der Oberaufsichtsbehörde bewilligt werden. Den Rechnungsführern selbst steht die Befugniß, Fristen auf längere Zeit zu bewilligen, überall nicht zu und sie bleiben mit ihrem Vermögen für jeden, den Cassen durch ihre Sorglosigkeit in dieser Beziehung erwachsenden Nachtheil verantwortlich.

2. Ohne höhere Genehmigung dürfen nur die feststehenden und wiederkehrenden Ausgaben von den Rechnungsführern bestritten werden, zu allen andern, nicht feststehenden, Ausgaben ist die höhere Bewilligung einzuholen und in der Rechnung nachzuweisen, ohne welche sie bei der Revision nicht passiren können. Etwaige Bemerkungen in den Rechnungen, wodurch nicht genehmigte Ausgabeposten gerechtfertigt werden sollen, können im Revisionsverfahren keine Berücksichtigung finden.

Übrigens müssen alle Ausgaben, mit Ausnahme derer, welche an den Rechnungsführer selbst geleistet sind, mit ordnungsmäßigen Quittungen belegt, und wenn die Zahlung für einen gewissen Zeitraum geleistet ist, muß dieser darin angegeben sein.

3. Die Cassenvorräthe dürfen sich nicht höher belaufen, als solches zur Bestreitung der currenten Ausgaben durchaus erforderlich ist. Gewöhnlich wird hierzu der Betrag von 25 Thlrn. hinreichen. Bei kleineren Cassen ist aber ein so hoher Betrag nicht erforderlich, und bei größeren Cassen ist der Betrag nach dem wirklichen Bedürfnisse zu bemessen. Es darf solcher jedoch ohne unsere Zustimmung niemals über 50 Thlr. betragen.

Wenn der größere Vorrath nicht rechtzeitig auf die vorgeschriebene Weise zinsbar angelegt ist, so werden dem Rechnungsführer die der Cassen in der Zwischenzeit entgangenen Zinsen bei der Revision ad restituendum gesetzt werden. Unter dem Abschlusse einer jeden Rechnung ist, falls der Vorrath sich höher beläuft, als vorhin angegeben, ausdrücklich zu bemerken, auf welche Weise derselbe verwandt worden. Von einem Ersatze der Zinsen kann aber nur dann eine

Befreiung eintreten, wenn die Zahlung einer bereits genehmigten größern, speciell zu bezeichnenden Ausgabe ganz nahe bevorsteht.

4. Die zurückgezahlten Capitale dürfen, wenn sie nicht etwa zum Behuf der Bestreitung einer gewissen Ausgabe eingehoben sind, nicht in Cassa behalten, müssen vielmehr immer sofort wieder auf die allgemein vorgeschriebene Weise zinsbar belegt werden, und bedarf es hierzu einer besondern Anweisung für die Rechnungsführer in jedem einzelnen Falle nicht.

5. Die Bestimmungen der Revisionsrescripte oder künftig die auf die beantworteten monita von Uns abgegebenen Entscheidungen müssen stets bei der nächsten Rechnung vollständig und genau befolgt werden. Es bleibt den Rechnungsführern zwar unbenommen, gegen diejenigen bei der Revision erfolgten Bestimmungen und Entscheidungen, durch welche sie beeinträchtigt zu sein glauben, Vorstellung zu machen und eine Abänderung derselben zu beantragen, wenn indess solche Abänderung bis zur Aufstellung der nächsten Rechnung nicht erfolgt ist, so darf die Befolgung auch dieser Bestimmungen und Entscheidungen unter keinerlei Vorwände unterbleiben und müssen namentlich auch die restituenda und bonificanda vollständig vereinnahmt und verausgabt werden. Bei einer etwa später erfolgenden Abänderung einzelner Bestimmungen und Entscheidungen wird alsdann stets die Art und Weise, wie in Folge derselben etwa nöthig werdende Ausgleichungen zu beschaffen sind, vorgeschrieben werden.

6. Wenn gewisse Ausgaben nur für das Mal oder für einen bestimmten Zeitraum bewilligt sind, so dürfen sie niemals über diese Zeit hinaus ausgezahlt und berechnet werden, widrigenfalls die Rechnungsführer die zuviel verausgabten Beträge zu ersetzen haben. Übrigens ist in solchen Fällen in den Rechnungen bei Allegirung des betreffenden Consistorialrescripts immer kurz anzugeben, wie die Bewilligung lautet.

7. Über die Einnahmen und Ausgaben ist ein ordnungsmäßiges Journal zu führen, und zwar für jede Cassa besonders, ferner sind die Cassenvorräthe von dem eigenen Gelde des Rechnungsführers getrennt zu halten, und durch Abschließung des Journals und Vergleichung des Cassenvorrathes von Zeit zu Zeit ist eine etwaige Differenz frühzeitig zu ermitteln und aufzuklären.

Oftmals ergeben sich bei der Revision der Rechnungen sehr bedeutende restituenda in Folge von Rechenfehlern, und es liefert dies den Beweis, dass eine Vergleichung des Vorrathes mit dem Abschlusse des Journals oder mit der Rechnung selbst nicht stattgefunden haben, ja selbst dass der Vorrath in der Kirchen- und Pfarrwittwen- und Waisen-Casse von dem eigenen Gelde der Rechnungsführer gar nicht getrennt gehalten sein kann, indem sonst die Differenz, die sich ohne Zweifel herausgestellt haben würde, den Rechnungsführern nicht hätte unbemerkt bleiben können.

Die Unrechtmäßigkeit eines solchen Verfahrens glauben Wir nicht erst hervorheben zu müssen, indem Wir annehmen können, dass jeder Rechnungsführer mit den hier in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen hinlänglich bekannt ist. Wir erwarten, dass jeder Rechnungsführer sich eine fortwährende Übersicht von der Lage der Cassen durch ordnungsmäßige Führung der Journale erhalten wird, zumal da solche auch bei einer etwa von Uns anzuordnenden Recherche zum Grunde gelegt werden muss.

Eine wenn auch nur einstweilige Verwendung der Vorräthe in eigenen Nutzen würde die im Crim.-Ges.=B. bestimmte Strafe unfehlbar nach sich ziehen.

8. Die Rechnungen sind alljährlich, wie solches in dem Regulativ vom 25. Juni 1850 vorgeschrieben worden, bis zum Schlusse des Monats März in allen Exemplaren bei der Superintendentur, resp. der General-Superintendentur, abzuliefern, wenn nicht in einzelnen Fällen bei dringender Behinderung eine Befristung von Uns bewilligt worden ist.

Wenn sich einzelne Rechnungsführer dennoch hierin säumig finden lassen, so wird nicht nur mit Ordnungsstrafen, sondern auch nöthigenfalls mit strengern Maßregeln gegen dieselben vorgegangen werden, indem eine Verzögerung der Rechnungsablage schlechterdings nicht geduldet werden kann.

Indem Wir nun den sämtlichen Rechnungsführern diese Vorschriften hierdurch in Erinnerung bringen, erwarten Wir zugleich, daß sie denselben auf das Pünktlichste nachkommen. Bei Revision der Rechnungen wird ganz besonders darauf geachtet werden, ob denselben ein Genüge geleistet worden.

Wir vertrauen übrigens zu den Predigern, welche zugleich Rechnungsführer sind, daß sie auch diesem Zweige ihres Amtes die nöthige Sorgfalt zuwenden, machen auch dabei auf die Bestimmung aufmerksam, daß den abziehenden Predigern oder den Erben derselben die ihnen zukommenden Pfarrintraden- und Inventariengelder erst nach vollständig beschaffter Abnahme der von ihnen geführten Rechnungen und nachdem die Forderungen der ihnen anvertrauten Cassen, für welche diese Gelder zur Sicherheit dienen, berichtigt worden ausgezahlt werden können und daß bei den übrigen Rechnungsführern zunächst die bestellten Cautionen zur Deckung solcher Forderungen dienen.

Sollte aber dennoch von einzelnen Predigern diese Unsere wohlgemeinte, aber dringende Mahnung unbeachtet bleiben, so würden Wir Uns genöthigt sehen, diesen das Geschäft der Rechnungsführung ganz abzunehmen, und damit eine andere qualifizierte Person unter Vorbehalt der Entschädigung derselben Seitens der zu der Rechnungsführung verpflichteten Prediger, zu beauftragen.

Wir wünschen indess nicht, diese Maßregel in Ausführung bringen zu müssen, indem die Prediger dadurch unvermeidlich in eine größere Abhängigkeit gerathen würden, und ihr Einfluss bei Verwaltung des kirchlichen Vermögens verloren gehen würde.

Andererseits aber ist, bei der zum Theil großen anderweiten Belastung der Gemeinden und zur Beseitigung von Mißtrauen Seitens derselben, die Beobachtung der größten Ordnung und Sparsamkeit bei Verwaltung des kirchlichen Vermögens dringendes Bedürfniss, damit die Gemeinden mit baaren Einzahlungen möglichst verschont bleiben.

Resc. Herzogl. Consistorii vom 26. Novbr. 1851 an sämtliche General- und Stadtsuperintendenten des Landes imgleichen an den Pastor Prim. zu Lunzen.

Von einer Anzahl Geistlicher und Candidaten der Generalinspektionen Holzminden, Gandersheim, Wolfenbüttel und Braunschweig ist Uns mittels Eingabe d. d. Holzminden 6. Sept. 1851, sowie verschiedener gleich oder ähnlich lautender Eingaben, Abschrift eines des Herzogs Hoheit überreichten unterthänigsten Gesuches zugegangen, dessen wesentlicher Inhalt die Bitte ist:

„Des Herzogs Hoheit wolle Höchst Sich in Angelegenheiten unserer evangelisch-lutherischen Landeskirche von Höchstdessen Herzoglichem Consistorio selbstständigen Vortrag

machen lassen, und bei Ausübung der Höchstdemselben persönlich zustehenden Kirchengewalt keinem andern, der Kirche nicht verpflichteten, Organe Concurrenz gestatten;“ eine Bitte, zu welcher die Petenten laut ihrer Erklärung sich veranlaßt gefunden haben theils durch Bedenken in Betreff der Weise, wie bei Berathung und Erlass der Gesetze über Kirchenvorstände und Gemeindeschulen verfahren worden, theils durch die Überzeugung, daß es einer selbstständigeren Stellung des bisher zu sehr in den staatlichen Organismus verflochtenen Kirchenregiments bedürfe, wenn durch dasselbe Lehre, Cultus und Disciplin in der Kirche so kräftig, wie nöthig, überwacht und so der lauen Verweltlichung der Diener der Kirche, als dem verderblichsten Übel unserer kirchlichen Zustände, gewehrt werden solle; und mit welcher sie nichts Ungehöriges zu erbitten sich um so mehr überzeugt gehalten haben, da die für die oberste Kirchenbehörde damit in Anspruch genommene Stellung, wonach dieselbe nicht unter, sondern neben der obersten Regierungsbehörde zu fungiren habe, wie nach dem geschichtlichen Rechtsverhältnisse überhaupt, so nach §. 213 der Landesverfassung von 1832 insbesondere derselben zukomme.

Nachdem Wir über diese Eingabe an des Herzogs Hoheit Unsern Bericht erstattet haben, lassen Wir in Gemäßheit höchsten Auftrages den Petenten darauf Nachfolgendes unverhalten sein.

Als des Herzogs Julius Durchlaucht durch den Erlass der Kirchenordnung von 1569 die Verhältnisse der evangelisch-lutherischen Kirche des Herzogthums zu ordnen sich veranlaßt fand, war allerdings die angelegenste Fürsorge dieses preiswürdigen Fürsten dahin gerichtet, in Betreff der Ausübung der von Höchstdemselben übernommenen kirchlichen Episcopalgewalt (des später sogen. juris in sacra) solche Bestimmungen zu treffen, durch welche der Kirche eine von außerkirchlichen Einflüssen unabhängige Leitung ihrer Angelegenheiten thunlichst gesichert würde. Nicht nur wurden zu dem Zwecke die obersten Staatsbehörden, ja alle Fürstl. Diener und auch die städtischen Obrigkeiten durch Erforderung ihrer Unterschrift unter die Kirchenordnung der Kirche verpflichtet, — welche Verpflichtung jedoch nachweislich nur einmal, unmittelbar nach Erlass der Kirchenordnung stattgefunden hat; — sondern es ward auch die Beaufsichtigung und Leitung des Kirchenthums dem zu diesem Behuf eigens errichteten „Kirchenrath“ oder „Consistorium“ übertragen, und stand diese oberste Kirchenbehörde dem Landesherrn so nahe, daß Herzog Julius deren Sitzungen öfter in Höchster Person präsidirt hat, und dieselbe auch nachmals in den wichtigern kirchlichen Angelegenheiten, in welchen sie selbstständig zu verfügen nicht ermächtigt war, in der Regel dem Landesherrn unmittelbar ihren berichtlichen Vortrag machte, und die Höchsten Verfügungen darauf ebenso unmittelbar von Höchstdemselben oder auf Höchstdessen Specialbefehl empfing.

Wie indeß die gedachte Kirchenordnung schon nach damaliger Landesverfassung die Kraft eines Landesgesetzes nicht erlangen konnte ohne Zustimmung der Stände des Landes, und dieselbe daher auch erst nach erklärtem Einverständniß der damaligen Landschaft erlassen ist: so konnte es auch schon deßhalb, weil es in dem protestantischen Deutschland stets anerkannter Grundsatz des Staats- und Kirchenrechts gewesen ist, daß der Landesregierung die Oberaufsicht auf alle Acte des Kirchenregiments gebühre, und die äußern, in das Rechtsgebiet fallenden Angelegenheiten der Kirche nur durch dieselbe, resp. mit Genehmigung derselben, geordnet werden können, in hiesiger Landeskirche nie eine Zeit geben, wo der Landesherr bei Berathung der Acte der Höchstdemselben zustehenden Kirchengewalt die Concurrenz der höchsten Landesregierungsbehörde (der Fürstl.

Canzlei, später des Fürstlichen Geheimerathscollegii und Herzogl. Staatsministerii) ausgeschlossen hätte, und bestimmt daher auch schon die mehrgedachte Kirchenordnung Herzogs Julii pag. 240 ausdrücklich, daß, „wenn politische (d. h. äußere in's Rechtsgebiet fallende) Sachen der Kirchen anhängig fürfallen würden, dieselben auch vor den Fürstl. politischen Canzleiräthen berathen werden sollten.“

Daß nun, wenn gleich in Bezug auf die innern geistlichen Angelegenheiten der Kirche, welche das von der Staatsgewalt nicht zu berührende Gebiet der Kirchengewalt bilden das Fürstl. Consistorium stets im Verhältnisse der Unterordnung unter die oberste Landesregierungsbehörde gestanden hat, folgt aus der Natur der Stellung, welche die Kirche, als äußere Gesellschaft, nach protestantischen Begriffen nicht über noch neben dem Staate, sondern in demselben einnimmt. Wie aber die Sache schon zur Zeit des Erlasses der erneuerten Kirchenordnung von 1709 angesehen sei, ergiebt sich aus der von Herzog Anton Ulrich nach dessen Uebertritt zur katholischen Kirche erlassenen Verordnung d. d. 11. April 1710, worin es Art. IV., nachdem im Vorhergehenden die Wahrnehmung der Landesfürstlichen Episcopatrechte dem Fürstl. Geheimerathscollegio und Consistorio überhaupt anbefohlen worden, heißt: „Das Consistorium aber bleibt bei der Expedition der hithero darinnen tractirten negotiorum, und hat sich nach der jüngst publicirten Kirchenordnung und andern aus Unserm Geheimenrathscollegio Ihm zukommenden Verfassungen zu richten.“

Wenn etwa von eben dieser Zeit an die Zahl der, früher seltenern, Fälle sich gemehrt hat in welchem vom Fürstl. Consistorio in Kirchen- und Schulsachen von mehr äußerlicher, namentlich staatspolizeilicher und finanzieller, Art nicht an die Höchste Person des Landesherrn unmittelbar, sondern an Höchstdessen Geheimerathscollegium berichtet ward und von eben demselben die Verfügungen ergingen: so hat dies seinen Grund nicht nur in Rücksichten der Zweckmäßigkeit, die der durch die Verhältnisse der neuern Zeit unvermeidlich herbeigeführte vermehrte Geschäftsbetrieb nicht aus den Augen zu setzen gebot; sondern hauptsächlich darin, daß das für die Zwecke der Kirche und Schule unentbehrliche Klostergut, über dessen Verwaltung nach pag. 243 der Kirchenordnung Herzogs Julius und noch nach Bestimmung der Klosterordnung Herzogs August vom 12. März 1655 dem Fürstl. Consistorio die Oberaufsicht übertragen war, immer mehr, zuletzt aber in Folge des Reichsdeputations-Hauptschlusses vom 25. Febr. 1803 ausschließlich, unter staatliche Verwaltung kam, und die Verwendung der Mittel desselben von Verwilligung der obersten Landesregierungsbehörde auf Grund der mit den Ständen des Landes vereinbarten Etats abhängig ward. Was aber hiernach in Bezug auf die externa des Kirchen- thums schon geraume Zeit vor der Periode der westphälischen Fremdherrschaft Geschäftsbrauch geworden war, das erhielt seine Bestätigung und eine, allerdings nicht unbedenkliche, weitere Ausdehnung durch §§. 1 u. 2. der Höchsten Verordnung vom 14. April 1814, die Verwaltung der kirchlichen und Schulangelegenheiten betr., wonach die allgemeine Aufsicht über das evangelisch-lutherische Kirchen- und Schulwesen des Landes Fürstl. Consistorio unmittelbar unter Serenissimo „und Höchstdessen Geheimerathscollegio,“ und zwar dergestalt übertragen ist, daß das Fürstl. Geheimerathscollegium ganz allgemein, und ohne Unterscheidung geistlicher Angelegenheiten von solchen, die nicht geistlicher Art sind, als die Behörde bezeichnet wird, bei welcher die dem Fürstl. Consistorio untergeordneten Kirchen- und Schulbehörden und Beamten ihre



etwaigen Gegengründe gegen die Verfügungen der vorgesetzten obersten geistlichen Behörde vorzutragen haben würden.

Wenn diese Höchste Bestimmung, nach welcher die territorialistische Anschauung neuerer Zeit von der Kirche, als einer bloßen Abtheilung des staatlichen Organismus, und von dem Herzogl. Consistorio, als einer der unter Herzogl. Geheimrathscollegio den verschiedenen Zweigen der Landesverwaltung vorgesetzten Staatsbehörden, sich gewissermaßen für berechtigt halten konnte, zur Zeit ihres Erlasses nicht die Bedenken erregte, welche sie jetzt erregen mag: so ist dieses wol hauptsächlich daraus zu erklären, daß, nach damaligem Zustande der Landesverfassung, einerseits dem ständischen Institut, wie allen staatlichen Institutionen, noch die Idee der ausschließlich christlichen Landesregierung entschieden zu Grunde lag, andererseits aber in Bezug auf die Regierungshandlungen zwischen dem Durchlauchtigsten Landesherren und Landesbischof und Höchstdessen Geheimrathscollegio, als einer nur Höchstdemselben verantwortlichen Behörde, durchaus nicht zu unterscheiden war.

Anders gestaltete sich nun freilich die Sache, seit mit der neuen Landschaftsordnung vom 12. Octbr. 1832 das zwiefache neue Princip, eines Theils der Zulässigkeit einer Vertretung des Landes auch durch nicht christliche Abgeordnete (§. 71 der neuen Landschaftsordnung vergl. mit §. 8 der erneuerten Landschaftsordnung vom 25. April 1820), andern Theils eines auch nach Seite dieser Abgeordneten-Versammlung hin verantwortlichen Herzogl. Staatsministerium (neue Landschaftsordnung §. 156) in die Landesverfassung Aufnahme fand. Sollte unter diesen Umständen nicht die kirchliche Episcopalgewalt als beseitigt erscheinen, und die evangelisch-lutherische Kirche des Landes in einem, nach seiner nunmehrigen Verfassung möglicher Weise auch von andern als christlichen Principien beherrschten, Staate aufgehen: so bedurfte es einer bestimmten Unterscheidung Dessen, was lediglich Sache der Kirchengewalt, von Dem, was zugleich Sache der Staatsgewalt ist, und dem entsprechender Bestimmungen über die Stellung des Herzogl. Consistorii als oberster Kirchenbehörde, zu dem Durchlauchtigsten Landesherren, als Inhaber der Kirchengewalt einerseits, und zu Herzogl. Staatsministerium als oberster Landesregierungsbehörde andererseits.

Diesem Bedürfnisse abzuhelpen, hat sich nun auch die neue Landschaftsordnung von 1832 zur Aufgabe gemacht. Ob die hierher gehörigen Bestimmungen derselben dem Interesse der Kirche nach allen Seiten hin vollständig entsprechen, oder ob man gewisse Modificationen derselben zu wünschen Ursache habe, kann hier nicht erörtert werden; es sind aber diese Bestimmungen nicht nur in dem von den Petenten allegirten §. 213, sondern hauptsächlich auch in §. 212 und außerdem in mehren andern §§. der neuen Landschaftsordnung enthalten.

Nach §. 213 steht allerdings die Kirchengewalt in der evangelisch-lutherischen Kirche dem Landesherren zu, welcher dieselbe in Höchster Person, und zwar, ohne daß in dieser Beziehung einer vermittelnden höhern Behörde erwähnt würde, unter Beirath und Mitwirkung Herzogl. Consistorii ausübt. Nach §. 212 aber sind es „die rein geistlichen Angelegenheiten, deren Anordnung Sache der Kirchengewalt ist, und steht auch diese Anordnung unter der auf der höchsten Staatsgewalt beruhenden Oberaufsicht der Landesregierung, wie diese auch im Zweifel darüber zu entscheiden hat, ob eine Angelegenheit rein geistlich sei oder nicht. Was die nicht rein geistlichen, die sogenannten gemischten Angelegenheiten betrifft, dergleichen die meisten Gegenstände

sind, auf welche das Kirchenregiment sich bezieht: so gedenkt derselben zwar die neue Landschaftsordnung nicht ausdrücklich; es folgt jedoch aus der Natur der Sache und aus den allgemein anerkannten Grundsätzen des Staats- und Kirchenrechts, dass die Kirchengewalt sie, inwieweit sie geistlicher Natur sind, zu ordnen hat, während rücksichtlich der äußern, in das Gebiet der staatlichen Rechte und Interessen eingreifenden Seite derselben die Verfügung der Landesregierung eintritt. Unter den Gegenständen, die zum Bereich dieser Verfügung theils ausschließlich, theils in Concurrenz mit der Kirchengewalt, gehören, hebt aber die neue Landschaftsordnung ausdrücklich hervor: in §§. 221 und 223 die Verwendung des Reinertrages des Kloster- und Studienstifts; in §. 226 die Bestellung der Kirchen- und Schuldiener; in §. 229 die Suspension derselben; in §. 230 die Erhaltung und Vervollkommen der öffentlichen Unterrichtsanstalten. Dazu kommt, dass, wie nach den §§. 98 ff. zu dem Erlass von Gesetzen und gesetzlichen Bestimmungen, welche in die staatsbürgerlichen Verhältnisse eingreifen und zu deren Aufrechterhaltung nöthigen Falls die staatliche Exekutivgewalt mitwirken soll, die Zustimmung resp. das Gutachten und der Rath der Ständerversammlung erforderlich ist, so auch nach §. 155 die unter Höchster Unterschrift des Landesfürsten erlassenen Verfügungen in Landesangelegenheiten überhaupt, mithin auch in solchen, welche die Kirche betreffen, nur dann unter Mitwirkung von Staatsbeamten vollziehbar sind, wenn sie mit der Contrassignatur eines stimmführenden Mitgliedes des Herzogl. Staatsministeriums versehen worden.

Wenn nun die Unterzeichner der des Herzogs Hoheit überreichten Eingabe in dem ersten Theile ihres Antrags bitten: „Es wolle Höchstderselbe geruhen, Sich in Angelegenheiten der evangelisch-lutherischen Landeskirche von Herzogl. Consistorio selbstständigen Vortrag machen zu lassen“: so haben Wir darauf nur zu bemerken, dass dasselbe seit Erlass der neuen Landschaftsordnung bereits, soweit es thunlich ist, in keiner andern als der gewünschten Stellung zu des Herzogs Hoheit sich befindet; indem demselben nicht nur unbenommen ist, in jeder Angelegenheit, wobei es um Acte der Kirchengewalt sich handelt, Höchsten Orts unmittelbar berichtlichen Vortrag zu machen, sondern dieses auch in allen erheblichen Sachen dem angeordneten Geschäftsgange gemäß wirklich geschieht und darauf Höchste landesherrliche Verfügungen erfolgen.

Wenn aber die Petenten im zweiten Theile ihres Antrags, sowie in der das Gesuch derselben begleitenden Eingabe weiter wünschen, es möge der obersten Kirchenbehörde inskünftige nicht unter sondern neben der höchsten Regierungsbehörde des Landes ihre Stellung angewiesen, bei Ausübung der des Herzogs Hoheit zustehenden Kirchengewalt aber keinem andern, der Kirche nicht verpflichteten Organe Concurrenz gestattet werden: so erhellt nicht nur aus dem im Obigen Bemerkten, wie die Ansicht, als entspreche dieses so allgemein ausgedrückte Verlangen dem „geschichtlichen Rechtsverhältnisse,“ sehr der Berichtigung bedarf; sondern es ist auch eben danach nicht abzusehen, wie des Herzogs Hoheit, so lange das Landesgrundgesetz besteht und insbesondere die bezeichneten Paragraphen desselben in Kraft sind, Sich veranlasst finden könnte, wie beim Erlass von Gesetzen oder Höchsten Verordnungen in Kirchen- und Schulsachen, welche der Gesetzeskraft bedürfen, die Concurrenz der Landesvertretung, so beim Erlass Höchster Administrativverfügungen in eben diesen Angelegenheiten die Concurrenz Herzogl. Staatsministeriums auszuschießen. Es ist vielmehr einleuchtend, dass, wenn gleich nach dem Landesgrundgesetze des Herzogs Hoheit in Seiner Stellung als Inhaber der Kirchengewalt die Angelegenheiten der Kirche

inwieweit sie rein geistlicher Art sind und mit rein geistlichen Mitteln zu ordnen stehen, nur unter Beirath und Mitwirkung Herzogl. Consistorii zu ordnen vollkommen befugt ist, doch Höchstderselbe in Seiner nicht minder in Betracht zu ziehenden Stellung als Landesherr nach demselben Landesgrundgesetze sich zu keiner Verordnung in Kirchensachen wird bewegen finden können, ohne darüber zuvor den Vortrag Herzogl. Staatsministerii wenigstens insoweit entgegenzunehmen zu haben, als es sich um die Frage handelt, ob die in Rede stehende Angelegenheit rein geistlicher Art sei, und dagegen Seitens der Landesregierung in staatlichen Interessen begründete Bedenken nicht obwalten.

Eine Selbstständigkeit des Kirchenregiments, im Sinne des Gesuchs der Petenten, würde nur dadurch, unter Beseitigung der betreffenden Bestimmungen der jetzigen Landesverfassung, zu ermöglichen sein, daß entweder der Staat die nicht zu erwartende Geneigtheit bezeugte, mit Verzichtleistung auf wesentliche Theile seines jus supremæ inspectionis in sich einen erheblich bevorrechteten kirchlichen Staat zu dulden, und demselben mit nicht unbeträchtlichen Mitteln des Klosterfonds auch die staatliche Exekutivgewalt, wo er deren bedürfte, zur Disposition zu stellen; oder daß die Kirche rathsam fände, im Sinne der hierher gehörigen Bestimmungen der s. g. Grundrechte des deutschen Volks, aus ihrer bisherigen Verbindung mit dem Staate und damit nothwendig auch mit dessen Oberhaupt, als solchem in die Stellung einer Privatgesellschaft im Staate überzugehen; eine Stellung deren Bedenklichkeit einleuchten muß, sobald man sich nur fragt, welchen Einfluss auf die kirchlichen Zustände es voraussichtlich haben würde, wenn die Ordnungen der Kirche, z. B. die Feiertagsordnung, aufhörten, als Landesverordnungen zu gelten; wenn das gesammte bisherige Parochialrecht, das lediglich auf der Verbindung zwischen Kirche und Staat beruht, außer Kraft träte; wenn man sich rücksichtlich der so wichtigen und schwierigen Schulfrage zu einer vollständigen Auseinandersetzung mit dem Staate gedrängt sähe; wenn die Kirche überall, wo es um Nöthigung ihrer Mitglieder zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen sich handelt, ohne den Beistand der staatlichen Administrativgewalt, allein auf Anwendung geistlicher und disciplinarischer Mittel beschränkt wäre. Im Vergleich mit Bedenken von solchem Gewicht muß das Bedenken der Petenten, daß in der jetzigen Verbindung zwischen Kirche und Staat das Interesse der erstern durch die unvermeidliche Concurrnz ihr nicht besonders verpflichteter Organe bei Ordnung und Leitung der kirchlichen Angelegenheiten gefährdet werden könne, um so mehr von minderer Bedeutung erscheinen, da einerseits die Höchste Beschlussnahme des Landesherrn und Landesbischofs in Sachen der Gesetzgebung, wie der Verwaltung, durch solche Concurrnz keineswegs gebunden ist; andererseits aber die durch Höchstdessen Vertrauen berufenen obersten Staatsbeamten, wenn auch nicht der Kirche besonders verpflichtet, was deren Stellung nicht zuläßt, doch für die Beobachtung der Landesverfassung überhaupt, mithin auch insbesondere der Bestimmung des §. 213 derselben, wonach die Kirchengewalt nicht anders als unter Mitwirkung und Beirath des Herzogl. Consistorii geübt wird, verantwortlich sind.

Was nun die Art und Weise des Erlasses der Gesetze über Kirchenvorstände und Gemeindeschulen betrifft: so ist dabei diese Mitwirkung und dieser Beirath keineswegs umgangen; vielmehr ist der einen und dem andern in allen Beziehungen, welche die Kirchengewalt, als solche, zu ordnen hat, die der Stellung der Kirchenbehörde entsprechende Beachtung zu Theil geworden. Inwieweit aber der Inhalt dieser Gesetze den Ansichten der Petenten von den Rechten und

Interessen der Kirche entspreche, wird von denselben nicht nach darauf sich beziehenden Anträgen der Abgeordneten-Versammlung, sondern lediglich nach der schließlichen Fassung der Gesetze selbst zu beurtheilen sein.

Wenn aber am Schlusse der das Gesuch begleitenden Eingabe eine dem Staate gegenüber selbstständigere Stellung des Herzogl. Consistorii um desswillen für nöthig erachtet wird, damit dasselbe in den Stand gesetzt werde, „das Kirchenregiment in Beziehung auf Lehre, Cultus und Disciplin energisch zu handhaben,“ und dadurch hauptsächlich auch „der lauen Verweltlichung der Diener der Kirche, als dem verderblichsten Übel unserer kirchlichen Zustände, ein Ziel zu setzen“: so verkennen Wir nicht, daß die Zustände noch Vieles vermissen lassen, und Wir beklagen insonderheit aufs tiefste den bezeichneten ungeistlichen Geist, wo derselbe in Lehre, Amtsführung und Wandel an Dienern der Kirche wirklich hervortritt. Auch bitten Wir nicht nur, im lebhaftesten Einverständniß mit Allen, denen das Kommen des göttlichen Reichs zu dem Geschlecht dieser Zeit am Herzen liegt, den Herrn der Kirche, Er wolle statt des Geistes dieser Welt in die Herzen aller Diener derselben, insonderheit der zum Amt der Lehre Berufenen, Seinen Geist geben, der sie immer tüchtiger mache, zu heilsamer Auferbauung der Kirche sein göttliches Wort lauter und treu zu verkündigen und durch ihren Wandel zu bekräftigen; sondern Wir sind Uns auch der heiligen und wichtigen Aufgabe, die unsere Zeit in dieser Beziehung an das Kirchenregiment stellt, wohl bewußt und von der Nothwendigkeit überzeugt, daß derselben mit allem Ernste entsprochen werde. Wie Wir aber dazu ernstlich entschlossen sind, so glauben Wir auch die Mittel dazu, sofern es solche kirchenregimentliche Anordnungen gilt, bei denen die Staatsgewalt zu concurriren hat, schon bei jegiger Verfassung der Kirche theils in der Uns zugewiesenen Stellung zu des Herzogs Hoheit zu besitzen, theils von Herzogl. Landesregierung, welche die Bedeutung der Kirche für das Heil des Landes wol zu würdigen weiß, im Wege der Verwaltung sowie, inwieweit es derselben bedarf, der Gesetzgebung mit wohlbegründetem Vertrauen erwarten zu dürfen. Sofern es aber um die eigentliche Hauptaufgabe, um den innern geistlichen Aufbau der Kirche sich handelt: so stellen Wir Unsere Zuversicht mehr, als auf zu wünschende erweiterte Vollmachten des kirchlichen Regiments, wie auf den Beistand Dessen, welcher die Herzen lenkt, so auf die Wohlgefinnung der Geistlichen des Landes, die, je lebhafter sie erkannt haben, was der Kirche und ihren Dienern Noth thut, ohne Zweifel desto einmüthiger, Jeder in seinem Wirkungskreise, ihre Bemühungen mit den Unsrigen vereinigen werden, um an diesem Aufbau zu arbeiten, und so von der Geistlichkeit des Herzogthums den von den Petenten erhobenen Vorwurf abzuwenden, als sei sie, ihrer heiligen Aufgabe uneingedenk, lauer Verweltlichung verfallen.

Indem Wir dieses Vertrauen aussprechen, bemerken Wir nur noch, daß, wenn auch wesentliche Veränderungen in der Stellung des Kirchenregiments, die durch das jetzige Verhältniß der Kirche zum Staate bedingt ist, als wirklich wünschenswerth erscheinen sollten, doch derartige Veränderungen jedenfalls nicht bloß die reiflichste Vorerwägung erfordern, sondern auch, nach jetziger Lage der Sachen, nicht wol eher zu beschließen sein würden, als bis die Landeskirche, deren Vertreter sich die Geistlichen nicht allein, noch weniger einzelne derselben, zu betrachten haben, insoweit organisirt sein wird, daß auch die Ansichten und Wünsche der Kirchengemeinden sich in geordneter Weise darüber äußern können; eine Organisation, welche zu begründen, eben der Zweck des zu erlassenden Gesetzes über Kirchenvorstände ist.

Wir beauftragen Sie nun, vorstehende Eröffnung auf das, Eingangs dieses Rescripts erwähnte Gesuch den Unterzeichnern desselben zuzufertigen, zugleich aber an sämtliche Geistliche Ihres amtlichen Kreises zur Kenntnissnahme gelangen zu lassen; zu welchem Behuf die nöthigen Exemplare dieses Rescripts beigelegt sind.

Resc. Herzogl. Consistorii vom 31. Jan. 1851 an die Schulvisitatoren.

Durch Rescript vom 1. Jan. d. J. hat das Herzogl. Staatsministerium verfügt, dass den Kindern der auswärtig stationirten verheiratheten Unterofficiere, Spielleute und Soldaten der freie Besuch der Bürgerschule gestattet werden soll, da den Kindern dieser Militairs in Braunschweig der freie Besuch der dortigen Garnisonsschule gestattet werde. Das Herzogl. Brigade-Commando ist angewiesen, die Anordnung zu treffen, dass die betreffenden Militairs um den Schulgelderlass bei den örtlichen Schulvorständen (Schulcommission oder Schulvisitatoren) nachsuchen.

Die Herren Schulvisitatoren wollen daher vorkommenden Falls dem Vorstehenden gemäß verfahren.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 10. Decbr. 1850.

Wir sind auf den Bericht vom 27. v. M. mit Herzogl. Consistorio darüber einverstanden, dass die Gemeindebegräbnissplätze der kirchlichen Oberaufsicht unterliegen und die betr. Angelegenheiten in der Regel vom Herzogl. Consistorio zu leiten sind. Es kommen dabei aber auch landespolizeiliche und namentlich auch gesundheitspolizeiliche Rücksichten in Betracht, welche die Mitwirkung der Landespolizeibehörden nothwendig erscheinen lassen können, und da gerade dergleichen Rücksichten bei der Anlage eines neuen Begräbnissplatzes zu B. die zunächst hervortretenden gewesen sind, so haben solche auch, wie geschehen, zunächst durch die Herzogl. Kreisdirection aufgenommen werden müssen. Es ist jedoch hierbei von Uns vorausgesetzt, dass Herzogl. Kreisdirection, was auch geschehen ist, dem Herzogl. Consistorio von den getroffenen Maßregeln Kenntniss geben und demselben die weitere Leitung der Sache überlassen werde und haben Wir nunmehr angetragenmaßen verfügt, dass Herzogl. Kreisdirection die fernere Ausführung dieser Angelegenheit dem Herzogl. Consistorio überlasse und den Gemeinderath davon in Kenntniss setze, dass Herzogl. Consistorium nunmehr das Weitere anordnen werde und desshalb die Anträge an Herzogl. Consistorium zu richten seien.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 22. Aug. 1851 an sämtliche Herzogl. Kreisdirectionen.

Da verschiedentlich bemerkt ist, dass die Gemeinderäthe sich mit Angelegenheiten befassen, welche nicht zum Bereiche ihrer Thätigkeit gehören und dass dieselben sich namentlich auch in kirchliche Angelegenheiten einmischen, so haben die Herzogl. Kreisdirectionen streng darauf zu halten, dass die Gemeinderäthe die gesetzlich festgestellte Grenze ihrer Wirksamkeit nicht überschreiten.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 29. Decbr. 1851 an Herzogl. Kreisdirection Gandersheim.

Wir wollen unter den im Berichte vom 24. v. M. vorgetragenen Umständen zu der vereinbarten Auseinandersetzung des Gemeinde- und des Gemeinheitsvermögens in 3. Unsere Genehmigung ertheilen, jedoch mit der beschränkenden Bemerkung, dass die Bestimmung über das Schulhaus nur insoweit gelten kann, als dadurch hat ausgedrückt werden sollen, dass die mit demselben in Verbindung stehende Verpflichtung nicht der Gemeinheit, sondern der Gemeinde obliege, indem ein Eigenthum der Gemeinde an dem Schulhause nicht anerkannt werden kann, solches Eigenthum vielmehr der Schule als solcher zusteht.

Resc. Herzogl. Consistorii vom 29. Novbr. 1851 an sämtliche General- und Stadtsuperintendenten des Landes imgleichen an den Pastor Prim. zu Lunsen.

Es ist in neuester Zeit mehrfach zur Anzeige gebracht worden, dass einzelne Prediger (Schullehrer) der Ausübung der Jagd obgelegen haben. Da indess diese Ausübung mit der dienstlichen Stellung der Prediger (Schullehrer) nicht verträglich ist, so finden Wir Uns veranlasst, sie hierdurch zu untersagen. Sie wollen nun Solches sämtlichen Predigern (Schullehrern) Ihrer Inspection bekannt machen.

Ausschreiben Herzogl. Consistorii vom 30. Juni 1852 an die sämtlichen Kirchenrechnungsführer.

Nach der Bestimmung des §. 56 (Schluss) des Gesetzes vom 30 Novbr. 1851 sollen mit dem Zeitpunkte der Errichtung der Kirchenvorstände die Ämter der bisherigen Provisoren, Repräsentanten, Altaristen und sonstigen Vorstände der Kirchengemeinden außer Wirksamkeit treten und sollen, vorbehältlich etwaiger, in den Rechten begründeter Ansprüche Einzelner derselben auf den Fortbezug eines Dienst Einkommens, die Gehalte derselben aufhören.

Das Amt der Kirchenverordneten soll dagegen als ein kirchliches Ehrenamt unentgeltlich verwaltet und nur etwaige in Dienstgeschäften gemachte Auslagen sollen denselben aus der Kirchencasse vergütet werden. (§. 19 des angeführten Gesetzes.) Ferner sollen die Kirchenverordneten mit Unserer Zustimmung darüber bestimmen, wie die bisher den Kirchenvorstehern oder Altaristen obgelegenen Geschäfte künftig zu besorgen sind. (§. 24 Schluss des angeführten Gesetzes.)

Auf den Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen und nach nunmehr erfolgter Einsetzung der Kirchenvorstände ertheilen Wir den Kirchenrechnungsführern folgende Anweisung:

1. Die Befoldungen, welche die bisherigen Kirchenvorsteher oder Altaristen aus der Kirchencasse bezogen haben, mögen solche in der Nutzung von Kirchengrundstücken oder in baaren Remunerationen bestehen, haben die Kirchenrechnungsführer nur noch für das Jahr 1852 zu gewähren, vom Jahre 1853 an aber die Zahlung der baaren Remunerationen zu sistiren und die Verpachtung der Grundstücke, deren Nutzung Seitens der bisherigen Kirchenvorsteher oder

Altaristen mit der Ernte des Jahrs 1852 aufhört, zu Gunsten der betreffenden Kirchengenossen, bei dem Kirchenvorstande in Antrag zu bringen. Die bisherigen Kirchenvorsteher oder Altaristen sind von dieser Verfügung in Kenntniss zu setzen.

Werden die so zurückgefallenen Grundstücke nicht öffentlich, sondern unter der Hand verpachtet, so ist zu der Abschließung des Pachtcontractes Unsere Genehmigung einzuholen, (cf. §. 26 Nro. 6 des angeführten Gesetzes) sonst ist der auf den Grund einer öffentlichen Licitation abgeschlossene Pachtcontract zum Nachweise der Richtigkeit der Einnahme den Kirchenrechnungen als Belag beizufügen.

2. Wenn an einzelnen Orten von den bisherigen Kirchenvorstehern oder Altaristen etwa unter besondern Verhältnissen Ansprüche auf den Fortbezug eines Dienst Einkommens erhoben werden, so sind solche zunächst von dem Kirchenvorstande zu prüfen und sind demnach derartige, bei den Kirchenrechnungsführern gestellte Anträge an diesen zu verweisen. Der Kirchenvorstand wird sodann unter Vorlegung seines Berathungsprotocolls über die Sache anher berichten und Unsere weitere Entscheidung einholen. Ohne Unsere ausdrückliche Autorisation darf jedoch von dem Kirchenrechnungsführer den bisherigen Kirchenvorstehern oder Altaristen ein Dienst Einkommen irgend einer Art von dem vorstehend sub. 1 bemerkten Zeitpunkte an nicht weiter gewährt werden.

3. Sofern von den bisherigen Kirchenvorstehern oder Altaristen Geschäfte besorgt sind, welche nach dem Gesetze vom 30. Novbr. 1851 nicht von selbst auf den jetzt errichteten Kirchenvorstand übergehen, wird dieser über die künftige Besorgung derselben Beschluss fassen und Unsere Zustimmung zu der zu treffenden Anordnung einholen.

Durch die dem Kirchenvorstande in Gemäßheit des vorangeführten Gesetzes beigelegten Befugnisse und Verpflichtungen erleiden ferner verschiedene bisher bestandene Einrichtungen und Bestimmungen in Bezug auf das Kirchenrechnungswesen und die Verwaltung der Kirchengüter eine Abänderung und werden unter Hinweisung auf die Bestimmungen des §. 26 des mehrerwähnten Gesetzes den Kirchenrechnungsführern in dieser Beziehung fernerweit folgende Vorschriften ertheilt:

4. Nach §. 1 des Regulativs vom 25. Juni 1850 sollen die Kirchenrechnungen nur in zwei gleichlautenden Exemplaren angefertigt, daneben in das Hauptbuch eingetragen und an den Superintendenten eingesandt werden. Da jedoch der Kirchenvorstand die Rechnungen zu prüfen und etwaige Erinnerungen dagegen bei Uns einzureichen hat, so ist es erforderlich, dass auch für den Kirchenvorstand ein Rechnungsexemplar angefertigt und demselben übergeben werde. Es sind demnach wieder wie früher die Rechnungen außer dem Hauptbuche in drei Exemplaren anzufertigen und werden dafür die Copialien passiren.

Die bei Uns gegen die Rechnung aufgestellten Monita sind von dem Rechnungsführer unter Zuziehung des Kirchenvorstandes zu beantworten und erscheint es demnach zweckmäßig, dass die Monita mit dem versammelten Kirchenvorstande oder doch mit einer aus mindestens drei Mitgliedern außer dem Rechnungsführer bestehenden, von dem Kirchenvorstande erwählten Deputation desselben durchgenommen werden, damit der Kirchenvorstand auf diese Weise von der geschehenen ordnungsmäßigen Revision der Rechnungen Kenntniss erhält und damit ihm Gelegenheit gegeben werde, sich über die Erledigung der monitorum, insbesondere wenn seine Ansicht von der Sache von der des Rechnungsführers abweicht, nöthigen Falls in

einer bei Uns einzureichenden besondern Eingabe auszusprechen. Zum Beweise des Einverständnisses des Kirchenvorstandes mit den Beantwortungen des Rechnungsführers sind diese von demselben oder von der Deputation zu unterschreiben und ist demselben oder der Deputation auch demnächst von den erfolgten Entscheidungen Mittheilung zu machen.

Durch dieses Verfahren wird die nochmalige Abschrift der monitorum und des Abnahmeprotocolls für den Kirchenvorstand vermieden und werden den Kirchen die Copialien dafür erspart werden.

Die Beantwortung der monitorum darf übrigens nicht über 4 Wochen nach erfolgter Mittheilung derselben verzögert werden. (cf. §. 3 des Regulativs vom 25. Juni 1850.)

Die Kirchenrechnungsführer werden nochmals dringend aufgefordert, den Anforderungen in Unserm Ausschreiben vom 21. Aug. 1851 in Bezug auf die Kirchenrechnungsführung genau nachzukommen, damit Beschwerden über mangelhafte Besorgung des Geschäfts der Rechnungsführung vermieden werden. Es bleibt übrigens denselben überlassen, in geeigneten Fällen, z. B. bei Einziehung von Kosten, die Mitwirkung des Kirchenvorstandes in Anspruch zu nehmen.

5. Da, wo die Einnahmen zur Deckung der unumgänglich nöthigen Ausgaben nicht ausreichen, haben die Kirchenrechnungsführer den Kirchenvorstand davon in Kenntniss zu setzen und ihn aufzufordern, einen Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben aufzustellen und im Monate October für das nächste Jahr zur Feststellung an Uns einzusenden. Diese Voranschlagung muss alsdann die Mittel nachweisen, durch welche die fehlende Summe, für deren Verbeischaffung Seitens der Gemeinde der Kirchenvorstand zu sorgen hat, gedeckt werden soll und haben die Kirchenrechnungsführer genau nach diesem festgestellten Voranschlage zu verfahren.

6. Hinsichtlich der Unterbringung der Kirchencapitale behält es bis auf Weiteres bei den Bestimmungen Unseres Ausschreibens vom 17. Decbr. 1842 sein Bewenden.

Zu Ausleihung von Capitalen an Privatpersonen ist Unsere Genehmigung nur dann zu beantragen, wenn der Kirchenvorstand sich mit der Ausleihung einverstanden erklärt, worüber bei dem Antrage, wenn solcher von dem Kirchenrechnungsführer und nicht etwa von dem Kirchenvorstande selbst ausgeht, eine Nachweisung zu ertheilen ist. Zur Einhebung von Kirchencapitalen aller Art ist, wie bisher, Unsere specielle Autorisation erforderlich.

7. Nach dem Ablaufe einer Pachtperiode haben die Kirchenrechnungsführer die anderweite Verpachtung der Kirchengrundstücke bei dem Kirchenvorstande zu beantragen, und ist zu einer Verpachtung, welche ausnahmsweise nicht im Wege der öffentlichen Licitation geschieht, Unsere Genehmigung einzuholen.

Die ausgefertigten Pachtcontracte müssen der ersten Kirchenrechnung in einer neuen Pachtperiode als Belag beigelegt werden, damit bei der Revision die Richtigkeit der Einnahme danach geprüft werden kann. Dieselben werden sodann mit den übrigen Belägen an die Rechnungsführer zurückgehen.

Übrigens haben die Kirchenrechnungsführer über den Ausfall der Verpachtungen, auch wenn solche im Wege der öffentlichen Licitation geschehen, anher zu berichten.

Die Abschließung von Verdingcontracten über Instanderhaltung der Kirchendächer, Thurmuhren, Kirchenorgeln, sofern die betreffende Kirchencasse zur Übernahme der dessfalligen Kosten verbunden ist, steht dem Kirchenvorstande zu, jedoch ist, da solches in der Regel,



nicht im Wege der Licitation geschieht, Unsere Genehmigung dazu erforderlich und stets einzuholen.

8. Kleine Reparaturen an den kirchlichen Gebäuden bis zu 10 Thlr., welche entweder im Voranschlage vorgesehen, oder nach Aufstellung desselben beschloffen sind, können auf Anordnung des Kirchenvorstandes in Ausführung gebracht werden, jedoch ist bei Verausgabung der deßfalligen Kosten in der Kirchenrechnung, welche ordnungsmäßig mit Quittungen belegt werden müssen, die Genehmigung des Kirchenvorstandes stets nachzuweisen, auch versteht es sich von selbst, daß nur solche Kosten aus der Kirchencasse gezahlt werden können, zu deren Übernahme dieselbe herkömmlich verbunden ist; also keine Kosten für Fuhrn und Handarbeiten, welche in der Regel von den Gemeinden getragen werden müssen, auch keine Kosten für kleine Reparaturen an den Pfarr- und Schulgebäuden, insofern solche überhaupt von den Kirchen im Stande zu erhalten sind, so weit diese Kosten der bestehenden Vorschrift gemäß von den betreffenden Ruznießern zu tragen sind.

Für Ausgaben der Art bleiben die Kirchenrechnungsführer stets verantwortlich.

Größere Reparaturen oder Neubauten dürfen ohne Unsere specielle Genehmigung von dem Kirchenvorstande nicht in Ausführung gebracht, und dürfen demnach Kosten dafür vor erfolgter Genehmigung nicht aus der Kirchencasse gezahlt werden.

Wir haben es für erforderlich erachtet, den Kirchenrechnungsführern diese Vorschriften, welche zunächst auf die Kirchenrechnungsführung von Einfluss sind, zu ertheilen, damit sie durch eine genaue Befolgung derselben jede weitere Verantwortlichkeit von sich abwenden.

Den Wirkungskreis des Kirchenvorstandes im Allgemeinen und das Verhältniß des Predigers und des Kirchenrechnungsführers zu demselben ist aus dem Gesetze vom 30. Novbr. 1851 zu entnehmen.

Resc. Herzogl. Consistorii vom 14. Juli 1852.

Da zeitther in Ansehung der Proclamationen von Brautleuten gemischter Confession nicht immer in vollkommener Übereinstimmung mit den Vorschriften des landesherrl. Reglements vom 9. April 1768 verfahren, sondern bei Schließungen gemischter Ehen Proclamation auch der katholischen Braut in der katholischen Kirche nicht nur von der katholischen Geistlichkeit beansprucht, sondern auch von den evangelisch-lutherischen Geistlichen zuweilen als erforderlich oder doch als zulässig betrachtet worden ist, so finden Wir Uns veranlaßt, Sie zu beauftragen, daß Sie die Geistlichkeit Ihrer Inspection dahin anweisen, daß sie die Bestimmungen des Reglements unnachlässig in Anwendung bringen, nach welchen die Proclamationen, auch wenn sie die Brautleute wünschen sollten, anders als wenn entweder beide Verlobte der katholischen Religion zugehörig sind oder aber der Bräutigam katholisch und die Braut evangelisch ist, nicht zulässig sind.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 9. Juli 1852 an Herzogl.  
Consistorium.

Wir sind auf den Bericht vom 9. d. M. damit einverstanden, daß den im Auslande angestellten Schullehrern, auf deren Dienststellen der Herzogl. Landesregierung das Patronatrecht

zusteht, die Theilnahme an der hiesigen Beamtenwitwen- und Waisen-Versorgungsanstalt gesetzlich nicht gestattet sei, und dass desshalb in jedem vorkommenden einzelnen Falle zu erwägen sein werde, ob zulängliche Gründe vorhanden sind zu einer solchen Theilnahme oder zu einer Fortsetzung derselben, insofern solche auf einer im Inlande belegenen Schulstelle bereits erworben, die Erlaubniß zu erteilen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 12. Aug. 1852 an Herzogl.  
Consistorium.

Da Wir auf den Bericht vom 31. v. M. nicht dafür halten können, dass der beabsichtigten Verheirathung des C. zu L. mit der Stiefmutter seiner ersten von ihm geschiedenen Ehefrau ein rechtliches Hinderniß entgegenstehe oder eine Dispensation desshalb erforderlich sei, so hat Herzogl. Consistorium danach zu verfügen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 6. Septbr. 1852 an N. N.

Auf den Bericht vom 27. v. M., den beabsichtigten Übertritt der W. B. zu H. zum Judenthum betreffend, eröffnen Wir Ihnen:

Der Übertritt vom Christenthum zum Judenthum ist in den christlichen Staaten von jeher für unstatthaft gehalten und von der ältern kirchlichen und staatlichen Gesetzgebung ausdrücklich für unzulässig und strafbar erklärt. Auch dem Wesen der jüdischen Religion widerstreitet, wie Sie selbst angedeutet haben, ein solcher Wechsel.

Es ist um so weniger anzunehmen, dass in den hiesigen Landen von diesen Grundsätzen abzuweichen und der Übertritt für statthaft zu halten sei, als sonst eine gesetzliche Regelung des dabei zu beobachtenden Verfahrens erst noch nothwendig gewesen wäre und erfolgt sein würde.

Abgesehen hiervon liegen aber ferner, wie sich aus den darüber von der p. B. gegen den Superintendenten St. gemachten Angaben genugsam ergibt, dem beabsichtigten Übertritte durchaus keine Überzeugungsgründe, sondern nur weltliche Rücksichten unter, indem sie durch den Religionswechsel nur ihre Verheirathung mit dem jüdischen Kaufmann M. zu H. möglich machen und auf solche Weise sich und ihre Kinder versorgen, nicht aber ihren innern Glauben verändern will. Unter diesen Umständen würde auch ein außerdem statthafter Übertritt nicht zuzulassen sein.

Wir veranlassen Sie desshalb, die p. B. mit ihrem Antrage zurückzuweisen und sich aller weitern, den beabsichtigten Religionswechsel bezweckenden Handlungen zu enthalten.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 16. Septbr. 1852 an Herzogl.  
Consistorium.

Der Bericht vom 4. d. M. wegen Bewilligung einer Beihilfe aus den Überschüssen reicherer Kirchen zu den Kosten nothwendiger Bauten an den geistlichen Gebäuden zu B. ist Uns zugegangen. Da im §. 26 des Gesetzes vom 30. Novbr. v. J. den Kirchenvorständen bei Bewilligung von Beihilfen, wie solche im vorliegenden Falle beabsichtigt, kein Zustimmungsrecht

eingerräumt und folglich eine solche Verwilligung von dem Widerspruche des betreffenden Kirchenvorstandes nicht abhängig ist, ferner aber Herzogl. Consistorium sich in der Lage befindet, sowohl das Bedürfniss der Kirchen, als auch die Vermögensverhältnisse solcher Kirchen, aus deren Casse derartige Unterstützungen gewährt werden können, zu beurtheilen und zu übersehen, so hätte der Antrag Herzogl. Kreisdirection Blankenburg nicht in der geschehenen Weise zurückgeschoben, sondern — in Ermangelung zulänglicher Gründe für die Verwilligung — entweder abgelehnt oder aber auf Veranlassung desselben die weitere Einleitung vom Herzogl. Consistorio selbst getroffen werden müssen. Es ist daher jetzt diesem gemäß zu verfahren und dabei namentlich zu berücksichtigen, ob und was in B. in frühern ähnlichen Fällen beobachtet worden ist.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 26. Septbr. 1852 an Herzogl. Consistorium.

Auf den fernern Bericht vom 23. Juni d. J. wegen der kirchlichen Verhältnisse der zur Secte der Baptisten übergetretenen Personen erwiedern Wir Folgendes:

Wir sind damit einverstanden, daß die genannte Secte als eine zur Religionsübung berechnete nicht anzuerkennen und vielmehr zu ignoriren, derselben auch nur durch gelegentliche Belehrung für jetzt entgegen zu wirken sei.

Wir treten ferner der Ansicht bei, daß auf die Befolgung der Verordnung vom 3. Mai 1815 streng zu halten sein werde, gleichwie auf die den Schulzwang betreffenden Vorschriften. Es wird sich demnächst zeigen, ob wirklich weiter um sich greifende religiöse Schwärmereien den Absonderungsgelüsten zu Grunde liegt und also weitere Maßregeln gegen die Verweigerung der Kindertaufe zu ergreifen sein werden. Hinsichtlich des in Bezug auf die Confirmation vorgeschlagenen Verfahrens sind Wir einverstanden, und werden also in vorkommenden Fällen Prediger und Schullehrer danach anzuweisen sein.

Die Anweisung an die Herzogl. Kreisdirectionen und an die hiesige Herzogl. Polizeidirection soll erfolgen, wie denn auch bereits früher im Amtsgerichtsbezirke Thedinghausen dem Unwesen methodistischer Prediger auf polizeilichem Wege ein Ziel gesetzt ist.

Was die Proclamationen und Copulationen anbelangt, sowie die Zulassung erklärter Baptisten als Zeugen bei der Taufhandlung und als Theilnehmer bei der Abendmahlsfeier und die bei der Beerdigung solcher Personen zu beobachtenden Feierlichkeiten, so halten Wir für richtiger, daß darüber für jetzt eine allgemeine Bestimmung noch nicht erlassen, sondern in vorkommenden Fällen sachgemäß darüber entschieden werde, und sind Wir übrigens damit einverstanden, daß Herzogl. Consistorium die Copulation von baptistischen Personen gestattet und die Eintragung in's Kirchenbuch verfügt hat.

Darüber, daß dergleichen baptistische Personen sich den Verpflichtungen, welche das bestehende Parochialrecht mit sich bringt, in keiner Weise entziehen dürfen, kann kein begründeter Zweifel obwalten. Herzogl. Consistorium hat diesem gemäß zu verfahren, im Allgemeinen aber den Grundsatz zu befolgen, dergleichen separatistische Bestrebungen thunlichst zu ignoriren, damit dieselben nicht den Schein eines Märtyrertums und damit die Theilnahme des großen Haufens gewinnen. Unbeachtet und unverfolgt werden dieselben, da ihnen eine durch ein wirkliches

Bedürfniss begründete innere Nothwendigkeit fehlt, bald und ohne nachhaltigen Schaden jeden Reiz und fernern Anhalt verlieren und verschwinden.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 30. Novbr. 1852 an Herzogl. Consistorium.

Wir erwidern auf den fernern Bericht vom 22. d. M., dass in denjenigen Fällen die Dispensationen des Durchlauchtigsten Landesherrn zu beantragen sein werden, in welchen es sich um ausnahmsweise Abweichungen von gesetzlichen Bestimmungen handelt, und Herzogl. Consistorium nicht, wie z. B. beim zweimaligen Aufgebote, die Befugniß dazu übertragen ist. Es ist also hiernach zu verfahren.

## Landesculturgesetzgebung.

Gesetz über die Entwässerung der Grundstücke. (S. 13) [No. 4] (19. Decbr. 1851/20. Jan. 1852.)

### Erster Theil. Rechtsverhältnisse.

A. Allgemeine Bestimmungen §§. 1—3.

B. Neue Anlagen zum Besten einzelner Grundstücke.

1. Erforderniß der Autorisation §. 4.

2. Antrag auf Ertheilung der Autorisation §§. 5 u. 6.

3. Legitimation zu dem Antrage §§. 7 u. 8.

4. Unzulässigkeit des Antrags §. 9.

5. Rechte der theilhaftigen Dritten in Bezug auf die beantragte Anlage §. 10.

6. Wirkung der Autorisation.

a. Allgemeine Bestimmung §. 11.

b. Specielle Bestimmungen §§. 12—19.

7. Schätzungsmaßstab §§. 20—25.

8. Abrechnung zugewandter Vortheile §. 26.

9. Entschädigungsmittel §. 27.

10. Entschädigungsberechtigte §. 28.

11. Unrechte Dritter an der Entschädigung §§. 29—32.

12. Zeit der Berechtigung §§. 33 u. 34.

13. Zurückforderung entäußerter Gegenstände §. 35.

14. Kosten der Anlage §. 36.

15. Unterhaltung.

a. Umfang §. 37.

b. Tragung der Kosten §. 38.

c. Insbesondere der Kosten für erneute oder veränderte gemeinnützige Vorrichtungen §§. 39—41.

**C. Anlagen für eine Mehrheit von Grundstücken.****I. Zwang zur Theilnahme.**

1. Erforderniß der Autorisation §. 42.
2. Antrag auf deren Ertheilung §. 43.
3. Legitimation zum Antrage §. 44.
4. Zulässigkeit des Antrags §§. 45 u. 46.
5. Wirkung der Autorisation §. 47.

**II. Rechtsverhältnisse bei einer Mehrheit von Grundstücken.**

1. Dritten gegenüber §§. 48—50.
2. Der Theilnehmer gegen einander §§. 51—57.

**III. Insbesondere von Verbänden.**

1. Bildung derselben §. 58.
2. Rechte des Verbandes.
  - a. Im Allgemeinen §. 59.
  - b. Beiträge §§. 60—62.
  - c. Besondere Rechte der Verbandsgenossen §. 63.
3. Änderung von Verbänden.
  - a. Allgemeine Bestimmung §. 64.
  - b. Durch Neuaufnahme §§. 65 u. 66.
  - c. Durch den Austritt von Verbandsgenossen §§. 67 u. 68.
4. Aufhebung von Verbänden §. 69.
5. Rechte Dritter bei Änderung und Aufhebung von Verbänden §. 70.

**Zweiter Theil. Competenz der Behörden und Verfahren.****Erster Abschnitt. Competente Behörden.**

- A. Den Landesverwaltungsbehörden überwiesene Gegenstände §. 71.
- B. Den gerichtlichen Behörden überwiesene Gegenstände §§. 72 u. 73.
- C. Nähere Bestimmung der Competenz im einzelnen Falle §§. 74—77.
- D. Geschäftskreis der Landesöconomie-Commission bei Entwässerungsanlagen §. 78.

**Zweiter Abschnitt. Verfahren.****A. Behuf der Autorisationsertheilung.****I. Allgemeine Bestimmungen §. 79.****II. Besondere Bestimmungen.****1. Für Zwangsabtretungen.**

- a. Vorladung Einzelner §. 80.
- b. Edictalladung §§. 81—83.
- c. Zurückziehen von Hüfsbeamten §. 84.
- d. Ertheilung der Autorisation.

A. durch die Kreisdirection allein §. 85;

B. durch dieselbe unter Zuziehung des Amtsrathes §§. 86—88;

C. durch Herzogl. Staatsministerium §. 89.

e. Ausfertigung der Autorisation §. 90.

2. Für den Zwang zur Theilnahme.
  - a. Vorladung der Betheiligten §. 91.
  - b. Abstimmung §§. 92 u. 93.
  - c. Gleichzeitige Verhandlungen mit Dritten §. 94.
- B. Behuf Feststellung der Entschädigung.
  - I. Allgemeine Bestimmung §. 95.
  - II. Besondere Bestimmungen
    1. Bei Abtretung von Grundstücken und Bestellung von Servituten §§ 96—100.
    2. Bei Ansprüchen wegen dauernder Beeinträchtigung §§. 101—104.
    3. Wegen vorübergehender Beschädigungen §. 105.
  - III. Wirkung des Verfahrens in Bezug auf die Ausführung der Anlage §§. 106 u. 107.
  - IV. Sicherstellung der Realgläubigen §§. 108—113.
- C. Kosten §§. 114—116
- Dritter Theil. Schlussbestimmungen §§. 117—121.

## Landesöconomie-Commission.

### Rescripte.

Entscheidung Herzogl. Ministerialcommission, Section für die Entscheidung von Competenzstreitigkeiten vom 27. Novbr. 1848.

In der Proceßsache des Halbackermanns H. M. zu Gr. D. wider den Pastor L. dafelbst, wegen Besitzörung, entscheidet die Herzogl. Ministerialcommission, Section für die Entscheidung von Competenzstreitigkeiten, den entstandenen Conflict hiemit dahin:

dass der erhobene Einspruch gegen die Fortsetzung des gerichtlichen Verfahrens für begründet nicht zu achten und dieses fortzusetzen sei.

Gründe. In der Gemeinheit Gr. D. ist seit einigen Jahren die Specialseparation der dortigen Feldmark eingeleitet worden. Im Laufe des Verfahrens hat der Localcommissarius H. am 27. u. 28. Aug. v. J. den Interessenten die von ihm projectirten Separationspläne vorgelegt, worauf jene beschlossen haben, die Pläne, soweit sie damit einverstanden, unter Vorbehalt künftiger Bestätigung durch die Herzogl. Landesöconomie-Commission, vorläufig in Benutzung zu nehmen. Außerdem haben am 28. Aug. der Halbackermann M. und der die dortige Pfarre vertretende Pastor L. die ihnen zugewiesenen Pläne, auf den Vorschlag des Localcommissarius, gegen einander vertauscht, worauf M. sofort einen Theil des ihm auf diese Weise zugefallenen frühern Pfarrplans in Besitz genommen und umgepflügt hat. Am folgenden Tage hat der Pastor L. erklärt, dass er von dem Tausche zurücktreten wolle, auch am 3. Decbr. v. J. den ihm ursprünglich zgedachten Plan an verschiedene Einwohner von Gr. D. in einzelnen Parcellen verpachtet und am 10. desselben M. den Pächtern die einzelnen Pachtstücke zumeffen lassen. Hierdurch ist der p. M., welcher behauptet, durch Umgepflügen eines Theils der Planfläche sich in Besitz der ganzen Fläche gesetzt zu haben, bewogen worden, unterm 11. desselben M. bei dem Herzogl. Ante W. auf Schutz im jüngsten Besitz anzurufen.

Dieses Gericht hat mittelst Erkenntnisses vom 29. desselben M., „da alle bei und in Folge einer Separation vorkommenden, nicht die Feststellung der Existenz und des Maßes der Theilnahmerechte betreffenden Streitigkeiten von der Herzogl. Landesöconomie = Commission zu entscheiden und der gerichtlichen Competenz entgegen seien,“ den Imploranten mit seinem Antrage zurück und an die Herzogl. Landesöconomie = Commission verwiesen, auch zum Kostenersatze verurtheilt, gegen welche Entscheidung derselbe die Appellation an das Herzogl. Kreisgericht B. eingelegt hat. Inzwischen hatte Herzogl. Landesöconomie = Commission, auf erhaltene Anzeige von dem eingeleiteten Proceß, unterm 31. desselben M. die Sistirung des gerichtlichen Verfahrens beantragt, Herzogl. Amt zwar durch das Decret vom 7. Jan. d. J. sich damit einverstanden erklärt, jedoch, da das frühere Erkenntniß der Rechtskraft enthoben worden, sonach das gerichtliche Verfahren noch fortgesetzt werden mußte, dessen provisorische Sistirung bis zur Entscheidung des Kompetenzconflictes durch Herzogl. Ministerialcommission erkannt.

Auch gegen dieses Decret hat der p. M. die Appellation eingelegt und eine Entscheidung des Herzogl. Kreisgerichts vom 16. Febr. d. J. erwirkt, durch welche die Bescheide des Herzogl. Amtes wieder aufgehoben, dieses zur Entscheidung über den erhobenen Besitzstand für competent erklärt und nur wegen des von Seiten der Herzogl. Landesöconomie = Commission erfolgten Einspruches die weitere Verfügung nunmehr der Herzogl. Ministerialcommission überlassen, die Entscheidung über den Kostenpunkt aber auf den Ausfall der Hauptsache verstellt worden ist. Die Gründe dieser Entscheidung sind im Wesentlichen die, daß der p. M. und der Pastor L. an den abgeschlossenen Tauschvertrag gebunden seien, bis Herzogl. Landesöconomie = Commission demselben die Bestätigung versagt habe, eine solche nur dieser Behörde selbst, nicht aber dem Localcommissarius zustehende Entscheidung, jedoch zur Zeit der von dem Pastor L. vorgenommenen Besitzstörung noch nicht abgegeben worden und daher, bis solche erfolge, der p. M. in dem gutgläubig erworbenen Besitze des ursprünglichen Pfarrplans gerichtlich zu schützen sei.

Herzogl. Staatsministerium, an welches die Acten unterm 28. März d. J. von dem Herzogl. Amte eingesandt worden, hat darüber den, unterm 28. Mai erstatteten, Bericht der Herzogl. Landesöconomie = Commission erfordert und aus demselben, sowie aus den mit eingesandten Separationsacten ersehen, daß diese Behörde bereits unterm 24. Jan., also vor Erlass des kreisgerichtlichen Erkenntnisses vom 16. Febr., den fraglichen Tauschvertrag nicht bestätigt, sondern vielmehr bestimmt hatte, daß die Pfarre, unter einstweiliger Wiederaufhebung des Tausches im Besitze der ihr ursprünglich angewiesenen Abfindung provisorisch zu schützen sei. Herzogl. Staatsministerium hat hierauf unterm 22. Juli d. J. sowol dem Herzogl. Kreisgerichte als der Herzogl. Landesöconomie = Commission rescribirt, daß, da der kreisgerichtliche Bescheid von einer irrigen Voraussetzung ausgegangen sei, indem bereits vor solchem mittelst Rescripts der Landesöconomie = Commission vom 24. Jan. d. J. eine provisorische Bestimmung über den Theilungsplan getroffen und eben hierdurch nach den von der Herzogl. Kreisgerichte aufgestellten Grundsätzen, welchen zufolge eine solche Bestimmung von den Gerichten nicht würde geändert werden können, ein weiteres gerichtliches Verfahren überflüssig gemacht worden sei, ein Kompetenzconflict nicht vorliege.

Die Parteien sind sodann durch Herzogl. Amt, auf Verfügung Herzogl. Kreisgerichts, von dem Inhalte dieses Rescripts und der erfolgten Actenremission in Kenntniß gesetzt worden

worauf der p. M. unterm 18. Juli gegen den Pastor L. die erwachsenen Processkosten liquidirt hat, gestützt darauf, daß bei nicht vorhandenen Competenzconflicte Herzogl. Amt, nach der processualischen Lage der Sache, über die Imploration, soweit solche nicht inzwischen durch Ueberkunft erledigt worden, insbesondere also wegen der verursachten Processkosten in Gemäßheit des ordinatorischen Bescheides des Kreisgerichts vom 16. Febr. eine Entscheidung abzugeben habe. Herzogl. Amt hat diesem Antrage gemäß den Pastor L. mittelst Bescheides vom 20. desselben M. zur Bezahlung der liquidirten Kosten schuldig erkannt, weil, wenn ein Competenzconflict nicht obwalte, angenommen werden müsse, daß der Bescheid des Kreisgerichts die Rechtskraft beschnitten habe, sonach aber das Amt in der Hauptsache, sowie der Kosten wegen competent erscheine und nun, wenn auch in der Hauptsache wegen des seitdem rechtlich und factisch festgestellten Bestandes der Proceß nicht fortgesetzt werden könne, doch in Beziehung auf die Processkosten nur die actenmäßig zu bejahende Frage in Betracht komme, ob Implorant zur Zeit der erhobenen Imploration sich im jüngsten Besitze befunden und Implorat ihn darin gestört habe?

Auf eine bei Herzogl. Kreisgerichte gleichfalls übergebene Liquidation der dort entstandenen Kosten hat dieses Gericht unterm 25. desselben M. einen Bescheid dahin abgegeben, daß der Kostenpunkt von der Entscheidung in der Hauptsache abhängig, eine solche Entscheidung aber bis dahin nicht, namentlich durch das Ministerialrescript vom 22. Juni, erfolgt und sonach zuvor in erster Instanz zu erwirken sei.

Bei dieser Sachlage hat sich der Pastor L. veranlaßt gefunden, unterm 16. Aug. d. J. bei Herzogl. Staatsministerium die Bitte zu erneuern, daß eine Entscheidung darüber, ob die Imploration des p. M., wegen Schutzes im jüngsten Besitze, zur Competenz der Justiz- oder Administrativbehörde gehöre, von der Herzogl. Ministerialcommission abgegeben werden möge und es ist diese Behörde von dem Herzogl. Staatsministerium unterm 7. d. M. mit der Abgabe solcher Entscheidung beauftragt worden.

Bei dieser letztern kommt es nun auf zwei Fragen an:

1. Ist der Competenzconflict erledigt?

Diese Frage muß verneint werden; denn das Herzogl. Staatsministerium hat in dem Rescripte vom 22. Juni d. J. nicht die Erhebung des Conflictes für unzulässig oder unbegründet erklärt, sondern den Conflict mit der Herzogl. Landesöconomie-Commission nach Lage der Sache als erledigt angenommen. Diese Annahme ist aber nur in der Hauptsache, nicht der Kosten wegen richtig, und wenn daher einer der Interessenten, wiewol er zur Erhebung des Conflictes nicht befugt war, auf Entscheidung dringt, so kann diese nicht versagt werden.

2. Die Sache selbst betreffend, so ist den Gerichten die Befugniß, den bei einer Separation Betheiligten, auf ihren Antrag, den Schutz im Besitze von Grundstücken, welche Gegenstände der Separation bilden, zu gewähren, bis von der Herzogl. Landesöconomie = Commission darüber verfügt worden, durch keine ausdrückliche gesetzliche Bestimmung entzogen und kann daher wenn auch Unzuträglichkeiten aus Besitzstreitigkeiten der vorliegenden Art entstehen können und nach dem Geiste der Bestimmungen der §§. 10 u. 11 des Ges. die Organisation zc. der Landesöconomie = Commission betreffend, der Rechtsweg in Beziehung auf dieselben verschlossen sein sollte, dieser in einer Sache, die an sich Rechtsache ist, nicht ausgeschlossen werden.

Aus diesen Gründen ist wie geschehen entschieden worden.



## Entscheidung Herzogl. Obergerichts vom 8. Febr. 1851.

Auf die von dem Müllermeister H. J. zu G., Klägers, jetzt Appellanten, wider die Gemeinde G., Beklagtin, jetzt Appellatin, wegen Weiderechts, bei Herzogl. Obergerichte eingeführte Berufung wird von dem dritten Senate desselben, nachdem die Parteien sowie die Oberstaatsanwaltschaft mit ihren Vor- und Anträgen gehört sind, auf angestellte Berathung damit für Recht erkannt:

dass das Erkenntniss des Herzogl. Kreisgerichts W. vom 25. Septbr. v. J. damit aufgehoben werde, Kläger mit der erhobenen Klage zur Zeit nicht ab- und zur Ruhe zu verweisen, vielmehr schuldig sei, bei dem Gerichte erster Instanz zu erweisen

entweder

dass seine bei G. belegene Windmühle zu den Anbauerstellen dieses Dorfs gehöre,

oder

dass die Besitzer seiner Windmühle, als solche, 30 Jahre lang vom 1. März 1814 angerechnet oder 10 Jahre lang vor dem 1. Jan. 1808 oder seit unvordenklicher Zeit vor dem 1. Jan. 1808 eine Kuh und ein Schwein auf die Gemeindeweide von G. getrieben haben,

Beklagtin aber in Bezug auf die zweite Alternative nachzuweisen habe

dass der Kläger oder die Vorbesitzer der Windmühle desselben für die Betreibung der Weide mit Vieh ein Weidegeld entrichtet haben,

vorbehaltlich des Gegenbeweises beider Theile, und dass sodann von dem vorigen Richter sowol in der Sache selbst, als der Kosten halber, ferner was Rechts zu erkennen sei.

Die Kosten dieser Instanz werden auf den Ausfall der Sache verstellt und soll den zurückzufendenden Acten eine beglaubigte Abschrift dieses Erkenntnisses beigelegt werden.

**G r ü n d e.** Der Kläger gründet das Theilnahmerecht seiner Mühle, als einer Anbauerstelle von G., an der Gemeindeweide

1. auf die landesherrlichen Verordnungen vom 9. März und 3. Aug. 1780;
2. auf die Erwerbung des Weiderechts durch Verjährung.

ad. 1. Die angezogenen Verordnungen verleihen den bei deren Erlass bereits angelegten Anbauern die Berechtigung der Betreibung der Gemeindeweide mit einer Kuh und einem Schweine, insofern nicht durch rechtsgültige Verträge, oder auf sonst zu Recht beständige Weise das Hütungsrecht anders festgestellt worden.

Es kommt daher lediglich darauf an, ob des Klägers bei G. belegene Windmühle, welche bereits vor dem Jahre 1780 existirt hat, eine in den Gemeindeverband von G. aufgenommene Anbauerstelle sei.

Es lässt sich durchaus nicht annehmen, dass ein jedes in der Nähe eines Dorfes oder auf dessen Feldmark aufgeführtes Gebäude den eigentlichen Anbauerstätten beigezählt werden müsse und es lässt sich letzteres am wenigsten von Mühlen ohne Weiteres behaupten, da deren Anlegung aus ganz andern Rücksichten, als durch die Nothwendigkeit von Anbauern geboten zu sein pflegt. Desshalb muss der Kläger den Beweis übernehmen, dass seine Mühle zu den Anbauerstellen von G. gehöre, ein Beweis, der nicht schon daraus entnommen werden kann, dass der Mühle eine Brandversicherungsnummer gegeben ist, welche sich an die Affecurationsnummern der

Reihestellen von G. anschließt, indem hieraus nur gefolgert werden kann, daß die Mühle in den Gemeindebezirk von G. gelegt sei.

Bei der Einbringung solchen Beweises kann nichts darauf ankommen, wer die Mühle gebaut und unter welchen Bedingungen die Weiterveräußerung des Grundstückes an die spätern Erwerber stattgefunden habe.

ad. 2. Hinsichtlich der Erwerbung des Weiderechts durch Verjährung darf die Bestimmung des §. 7 der Verordnung vom 19. Febr. 1814 No. 35 nicht unbeachtet bleiben, nach welcher die Veränderungen mit unbeweglichen Gütern der Gemeinden erst durch die Genehmigung der Regierungskommission Rechtsgültigkeit erlangen sollen. Wegen eines solchen Veräußerungsverbotes ist seit jener Verordnung zur Erwerbung einer Servitut an Gemeindegrundstücken durch Verjährung die Ausübung der Dienstbarkeit innerhalb eines Zeitraumes von 30 Jahren erforderlich. Für die Zeit der Gültigkeit des Code Napoleon im Herzogthume Braunschweig kommt der Art. 191 jenes Gesetzbuches in Betracht.

Der Erwerb der Hütungsgerechtsame durch Ersitzung muß alsdann ausgeschlossen bleiben, wenn, wie aus der Zahlung eines Weidegeldes ersichtlich sein würde, die Absicht der Besitzer der Mühle des Klägers bei der Betreibung der Gemeindeweide mit Vieh nicht auf Ersitzung eines freien Weiderechts gerichtet war.

Da die Entscheidung dieses Rechtsstreites von der Führung der normirten Beweise abhängt, so sind die Instanzkosten zum Enderkenntniße verstellt.

Durch ein Erkenntniß, Herzogl. Obergerichts vom 12. Juli 1851 in der Civilprocesssache des Anbauers B. zu G. wider die Gemeinde daselbst, wurde in den Entscheidungsgründen ausgesprochen:

„daß der Mangel der amtlichen Confirmation die Gültigkeit des Vertrags, welche die verklagte Gemeinde mit dem Vorbesitzer des Klägers vor der Ausführung seines Neubaus wegen seiner Ausschließung von der Mitbenutzung der Gemeindeweide eingegangen zu sein behauptet hat und der der Gestattung des Anbaues vorangegangen sein soll, nicht aufzuheben vermag, weil dieser Vertrag nicht über ein schon existirendes bauerliches Grundstück oder dessen Gerechtsame eingegangen ist, von der Vorschrift der amtlichen Confirmation also nicht berührt wird.“

NB. Vorstehende Erkenntniße sind den Landesöconomie-Commissarien zur Beachtung der darin ausgesprochenen Grundsätze bei Weidetheilungen abschriftlich communicirt und deßhalb hier aufgenommen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 2. Jan. 1853 an Herzogl. Obergericht.

Wir eröffnen dem Herzogl. Obergerichte auf den Bericht vom 4. Octbr. v. J., das Verhältniß der Herzogl. Amtsgerichte zu der Herzogl. Landesöconomie-Commission betreffend, nachdem Wir die letztgenannte Behörde darüber gehört haben, Folgendes:

Die vormaligen Herzogl. Ämter hatten in ihrer Eigenschaft als Justizbehörden auch die Verwaltung der jurisdictio non contentiosa, das Hypotheken- und das Vormundschafts-

## 96 Landesöconomie = Commission, Rescripte. Landschaft, Landesgrundgesetz.

wesen zu besorgen. Wenn daher der §. 2 des Gesetzes über die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Landesöconomie = Commission vom 20. Decbr. 1834 die Herzogl. Ämter für verpflichtet erklärt, den Anordnungen der Herzogl. Landesöconomie = Commission Folge zu leisten, insofern die Dienstobliegenheiten der Ämter den Geschäftskreis der Landesöconomie-Commission berühren, so geht hieraus hervor, dass insoweit die Ämter auch in der obengedachten Beziehung der Herzogl. Landesöconomie = Commission untergeordnet waren und dass im einzelnen Falle nur die Frage entstehen konnte, ob die Anordnung, um welche es sich handelte, dem Geschäftskreise der Landesöconomie-Commission angehörig erschien, worüber im Allgemeinen die §§. 4 u. 5 des angezogenen Gesetzes Auskunft geben.

Da nun auf die jetzigen Herzogl. Amtsgerichte die Justizverwaltung der vormaligen Herzogl. Ämter im vollen Umfange übergegangen, das Verhältniss der Herzogl. Amtsgerichte zu der Herzogl. Landesöconomie-Commission aber durch die Gesetzgebung — namentlich auch durch §. 22 des Ges. über die Gerichtsverfassung vom 21. Aug. 1849 — nicht neu geregelt, mithin nach den angeführten gesetzlichen Bestimmungen zu beurtheilen ist, so folgt, dass im Fragefalle nur die Untersuchung statthaben könne: ob Herzogl. Landesöconomie-Commission vermöge des ihr angewiesenen Geschäftskreises befugt und verpflichtet war, sich aus dem Hypothekenbuche des Herzogl. Amtsgerichts H. über die auf dem Brinksfirerwesen No. ass. 61 in D. ruhenden Lasten Gewissheit zu verschaffen? Die Bestimmung im ersten Absätze des §. 122 der Ablösungsordnung spricht der Herzogl. Landesöconomie-Commission eine solche Befugniß und Verpflichtung unzweifelhaft zu und es ist daher eben so unzweifelhaft, dass das Herzogl. Amtsgericht H. verpflichtet war, der bezüglichen Anordnung der Herzogl. Landesöconomie = Commission nachzukommen.

Das Verhältniss der Herzogl. Amtsgerichte zu der Herzogl. Cammer kann übrigens für das Verhältniss der Herzogl. Amtsgerichte zu der Herzogl. Landesöconomie = Commission um desswillen nicht maßgebend sein, weil hinsichtlich der Herzogl. Cammer eine besondere gesetzliche Bestimmung, wie solche nach dem Obigen für Herzogl. Landesöconomie = Commission vorhanden ist, nicht erlassen und also auch Herzogl. Cammer, nachdem die Verwaltungsämter aufgehört haben, in keiner Beziehung den Amtsgerichten vorgesetzt gewesen ist.

Herzogl. Obergericht hat dem Vorstehenden gemäß das Herzogl. Amtsgericht H. auf die erhobene Beschwerde zu bescheiden, auch die übrigen Herzogl. Amts- resp. Stadtgerichte mit Anweisung zu versehen.

## Landschaft. Landesgrundgesetz.

**Neues Wahlausschreiben (S. 1) [No. 1] (5. Jan. 1849.)**

Wegen Richtigkeit der Wahlen im 11. ländlichen Wahlbezirk und der Höchstbesteuerten des 9. ländlichen Wahlbezirks wird eine Neuwahl angeordnet. (S. 2) [No. 2] (28 Decbr. 1848/5. Jan. 1849.)

**Verordnung, die fernere Vertagung des Landtags betr. (S. 76) [No. 10] (11. März 1849.)**

Die Versammlung der Abgeordneten wird bis Dinstag den 17. April 1849 vertagt.

**Wahlausschreiben.** (S. 345) [Nro. 39] (13. Octbr. 1849.)

Behuf Ersetzung von fünf ausgeschiedenen Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 347) [Nro 40] (17. Octbr. 1849.)

Behuf Ersetzung eines ausgeschiedenen Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 359) [Nro. 45] (15. Novbr. 1849.)

Behuf Ersetzung eines ausgeschiedenen Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 395) [Nro. 49] (6. Decbr. 1849.)

Wegen Ungültigkeitserklärung einer Wahl wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 409) [Nro. 53] (21. Decbr. 1849.)

Behuf Ersetzung eines ausgeschiedenen Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 411) [Nro. 54] (22. Decbr. 1849.)

Wegen eines Irrthums bei Bezeichnung des Wahlbezirks wird das Wahlausschreiben Nro. 53. zurückgenommen und eine andere Wahl angeordnet.

**Gesetz,** die Abänderung der §§. 104, 109, 110 u. 231 des Landesgrundgesetzes betr. (S. 269 u. 270) [Nro. 19] (19. März/15. April 1850.)

§. 1. Ausdehnung der Bestimmung des §. 104 auf das jetzige Obergericht. §. 2. Bildung des im §. 109 bestimmten gemeinschaftlichen Gerichtshofes. §. 3. Aufhebung der frühern bezüglichlichen Vorschriften.

**Wahlausschreiben.** (S. 477) [Nro. 31] (26. April/1. Mai 1850.)

Behuf Ersetzung eines verstorbenen Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 43) [Nro. 10] (1./12. März 1851.)

Behuf Ersetzung eines ausgeschiedenen Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben.** (S. 225) [Nro. 34] (5./22. Aug. 1851)

Wegen Ausscheidens eines Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Wahlausschreiben** (S. 293) [Nro. 47] (4./7. Novbr. 1851.)

Wegen Ausscheidens eines Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Gesetz** über die Zusammensetzung der Landesversammlung. (S. 295) [Nro. 48] (22./26 Novbr. 1850.)

I. Zahl der Abgeordneten §. 1.

II. Deren Vertheilung.

1. Im Allgemeinen §. 2. 2. Im Besondern. A. Die Städte. a. Wahlbezirke §. 3. Vertheilung der städtischen Abgeordneten §. 4. B. Die Landgemeinden. a. Wahlbezirke §. 5. b. Vertheilung der ländlichen Abgeordneten §. 6. C. Die Höchstbesteuerten. a. Allgemeine Vertheilung §. 7. b. Besondere Vertheilung. 1. Rückfichtlich der Grundsteuer §. 8. 2. Rückfichtlich der Gewerbesteuer §. 9. 3. Rückfichtlich der übrigen Höchstbesteuerten. 4. Die Höchstbesteuerten des Kreises Blankenburg §. 12. D. Die evangelische Kirche.

III. Ort der Wahlen §. 13.

IV. Wählbarkeit §§. 14—16.

V. Annahme der Wahl §. 17.

VI. Erneuerung der Landesversammlung durch neue Wahlen.

Bege's Revert. VII. Th.

1. Regelmäßige neue Wahlen §. 18. 2. Nach einer Auflösung der Landesversammlung §. 19. 3. In einzelnen Fällen §. 20.

VII. Erlöschen des Auftrags der Abgeordneten §. 21.

Zusammensetzung des Ausschusses der Abgeordneten. 1. Zahl seiner Mitglieder §. 22. 2. Wahl derselben §. 23. 3. Zeit der Wahl §. 24. 4. Stellvertreter §. 25. 5. Erneuerung des Ausschusses §. 26. 6. Erlöschen des Auftrags des Ausschusses und der Ausschussmitglieder §. 27. Allgemeine Bestimmungen §§. 28 u. 29.

**Wahlgesetz. (C. 302) [No. 19] (23./27. Novbr. 1851.)**

I. Allgemeine Bestimmungen §§. 1—4.

II. Wahlcollegien

§. 5. Bildung der Wahlcollegien für die Städte. §. 6. Bildung der Wahlcollegien für die Landgemeinden. §. 7. Bildung des Wahlcollegiums für das Amt Thedinghausen. §§. 8—12. Bildung der Wahlcollegien der höchstbesteuerten Grundbesitzer. §. 13. Bildung der Wahlcollegien der höchstbesteuerten Gewerbetreibenden. §. 14. Bestimmung für mehrere Miteigenthümer von Grundstücken oder gewerblichen Geschäften. §. 15. Bildung der Wahlcollegien der der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände. §. 16. Bildung des Wahlcollegiums der Höchstbesteuerten im Kreise Blankenburg. §. 17. Legitimation der Wahlmänner und Erklärung des Amts derselben für ein Ehrenamt. §. 18. Dauer dieses Ehrenamts. §§. 19—21. Wahl der Abgeordneten der evangelischen Kirche.

II. Wahlverfahren 1. Allgemeine Bestimmungen.

§. 22. Hinsichtlich der Wahltermine. §. 23. Form des Wahlacts. §. 24. Erforderliche Zahl der Wahlmänner behuf Vornahme der Wahl. §. 25. Wahl durch absolute Mehrheit der Erschienenen. §. 26. Leitung des Wahlgeschäfts. §. 27. Abstimmung. §. 28. Erklärung und Legitimation des Gewählten. §. 29. Wahlprotocoll.

2. Besondere Bestimmungen. A. Für die Städte.

§. 30. Ort der Wahl. §. 31. Amt des Wahlvorstehers. §. 32. Einsendung der Listen der Wahlmänner an den Wahlvorsteher. B. Für die Landgemeinden. §. 33. Ort der Wahl. §. 34. Amt des Wahlvorstehers. §. 35. Mittheilung der Liste der Wahlmänner an den Wahlvorsteher. C. Für das Amt Thedinghausen. §. 36. Wahlverfahren für die Höchstbesteuerten. §. 37. Ort der Wahl. §. 38. Amt des Wahlvorstehers. §. 39. Mittheilung der Listen der Wahlberechtigten an den Wahlvorsteher. D. Für die höchstbesteuerten Grundbesitzer. a. Im Allgemeinen. §. 40. Aufstellung und Bekanntmachung der Liste. §. 41. Reclamationen dagegen. b. Für die höchstbesteuerten Grundbesitzer erster Classe. §. 42. Ort der Wahl. §. 43. Amt des Wahlvorstehers. §. 44. Mittheilung der Liste an den Wahlvorsteher. c. Für die höchstbesteuerten Grundbesitzer zweiter Classe. §. 45. Ort der Wahl. §. 46. Amt des Wahlvorstehers. §. 47. Mittheilung der Liste der Wahlberechtigten an den Wahlvorsteher. E. Für die höchstbesteuerten Gewerbetreibenden. §. 48. Aufstellung und Bekanntmachung der Liste. §. 49. Reclamationen gegen die Liste. §. 50. Ort der Wahl. §. 51. Amt des Wahlvorstehers. §. 52. Mittheilung der

Listen der Wahlberechtigten an den Wahlvorsteher. F. Für die der Grund- und Gewerbesteuer nicht unterworfenen Berufsstände. §. 53. Aufstellung und Bekanntmachung der Liste. §. 54. Reclamationen gegen diese Liste. §. 55. Ort der Wahl. §. 56. Amt des Wahlvorstehers. §. 57. Mittheilung der Liste der Wahlberechtigten an den Wahlvorsteher. G. Für die Höchstbesteuerten des Kreises Blankenburg. §. 58. Wahlverfahren. §. 59. Ort der Wahl. §. 60. Amt des Wahlvorstehers. §. 61. Mittheilung der Liste der Wahlberechtigten an den Wahlvorsteher. H. Für die evangelische Kirche. §. 62. Ort der Wahl. §. 63. Amt des Wahlvorstehers.

IV. Reclamationen bei den Wahlen §. 64. V. Kosten der Wahlen §. 65. VI. Vorübergehende Bestimmung §. 66.

Formulare A. Legitimation des Wahlmannes.

Formulare B. Legitimation des Abgeordneten.

**Wahlausschreiben.** (S. 323) [Nro. 50] (5./9. Decbr. 1851.)

Auf Grund des §. 22 des Wahlgesetzes vom 23. Novbr. 1851 werden die Wahltermine bestimmt.

**Verordnung, die Zusammenberufung des 7. ordentlichen Landtags betr.** (S. 99) [Nro. 9] (26. Jan./2. Febr. 1852.)

**Wahlausschreiben.** (S. 177) [Nro. 14] (17./24. Febr. 1852)

Anordnung einer Neuwahl wegen Ungültigkeit der vorgenommenen Wahl.

**Landtagsabschied.** (S. 183) [Nro. 17] (23. Febr./11. März 1852.)

Art. 1. Bezeichnung der dem Landtage vorgelegt gewesenen und publicirten Gesetze.

Art. 2. Anführung der festgestellten Normalstats.

Art. 3. Abänderung der bisherigen landschaftlichen Geschäftsordnung.

Art. 4. Staatshaushaltstats und dieserhalb getroffene Vereinbarungen.

Art. 5. Einlösung des Klostergrundes Winningen.

Art. 6. Kosten der Ablösungen und Separationen bei der Cammerverwaltung.

Art. 7. Beauftragung des Ausschusses mit Ausübung der ständischen Rechte bei Veräußerungen von Cammer- und Klostergrund.

Art. 8. Verwilligungen zu Fabrikanlagen zu Harzburg und Schöningen.

Art. 9. Verwilligung zur Erweiterung des Braunkohlenbergbaues im Helmstedter Bergreviere.

Art. 10. Verwilligung zur Instandsetzung von Waldwegen in den Oberforsten Blankenburg, Hasselfelde und Holzminnen.

Art. 11. Amortisation der Landesschulden durch einen Theil des Baarvorrathes Herzogl. Leihhauscasse.

Art. 12. Verwilligungen zu Eisenbahnbauten.

Art. 13. Militairconvention mit Preußen.

Art. 14. Deckung der außerordentlichen Militairausgaben.

Art. 15. Richterneuerung des Gesetzes vom 4. Mai 1848, die Bewilligung von

Darlehen zur Unterstützung des Handels und der Gewerbe betreffend, dagegen Bewilligung von Darlehen an Gemeinden.

Art. 16. Bewilligung zur Anlegung eines zweiten Schienengleises auf der Eisenbahn von Wolfenbüttel nach Oschersleben.

Art. 17. Prüfung und Erledigung der Staatshaushaltsrechnungen de 1837/39, 1840/42, 1843/45 u. 1846/48.

Anhang. Normaletat für Herzogl. Staatsministerium und die Finanzbehörden. Etat der Cassé des Reinertrags des vereinigten Kloster- und Studienfonds auf die Finanzjahre 1849, 1850 u. 1851.

**Wahlausschreiben.** (S. 219) [Nro. 18] (17/22. März 1852.)

Wegen Absterbens eines Abgeordneten wird eine Neuwahl angeordnet.

**Gesetz,** die Abänderung des §. 148 des Landesgrundgesetzes betr. (S. 247) [Nro. 24] (19./28. April 1852.)

Abfassung des Landtagsabschiedes nach dem Schlusse des Landtags.

**Geschäftsordnung** für die Landesversammlung des Herzogthums Braunschweig. (S. 263) [Nro. 26] (19. April/6. Mai 1852.)

Erster Titel. Von den Verhandlungen der Landesversammlung auf den Landtagen.

I. Constituirung und Eröffnung der Landesversammlung.

II. Von den Beamten der Landesversammlung und deren Geschäften §§. 14—23.

III. Von den Commissionen der Landesversammlung §§. 24—32.

IV. Von den Regierungscommissarien §§. 33—35.

V. Ordnungen der Sitzungen §§. 36—41.

VI. Von den Verhandlungen. A. Gegenstände der Verhandlung §§. 42—49. B. Tagesordnung §§. 50—54. C. Redeordnung §§. 55—61. D. Beschlussfassung §§. 62—80.

VII. Schluss des Landtags §§. 81—83.

Zweiter Titel. Von den Verhandlungen auf Convocationstagen §§. 84—88.

Dritter Titel. Von den Verhandlungen des Ausschusses §§. 89—93.

Vierter Titel. Diäten und Reisekosten §§. 94—100.

**Berordnung,** die fernere Vertagung des Landtags betr. (S. 433) [Nro. 39] (15/21. Octbr. 1852)

## Leihhausfachen.

**Gesetz,** verschiedene Abänderungen des Gesetzes vom 7. März 1842 über die Verwaltung der Herzogl. Leihhausanstalt betr. (S. 185) [Nro. 32] (25. Aug./4. Septbr. 1849.)

§. 1. Verzinsung der angeliehenen Capitale. §. 2. Sicherheit. §. 3. Ankauf und Verkauf von Staatspapieren und Eisenbahnactien. §. 4. Schuldverschreibungen und

Depositencheine. §. 5. Das Gesetz soll einen Theil des Landesgrundgesetzes bilden.  
§. 6. Entgegenstehende Bestimmungen werden aufgehoben.

**Gesetz**, über die Festsetzung des Zinsfußes für die bei der Herzogl. Leihhausanstalt zu belegenden und die von derselben auszuleihenden Capitale betr. (S. 21) [Nro. 6.] (23./28. Febr. 1850.)

Nur nach den eintretenden Conjunctionen im Geldverkehre soll der Zinsfuß für Herzogl. Leihhausanstalt festgesetzt werden. Einzelne Ermäßigungen des Zinsfußes können vom Herzogl. Staatsministerium gewährt werden, jedoch darf die Ermäßigung des Zinsfußes höchstens nur 1 Procent betragen. Der §. 2 des Gesetzes vom 7. März 1842 und der zweite Satz im §. 16 dieses Gesetzes, sowie §. 1 des Gesetzes Nro. 32 vom 25. Aug. /4. Septbr. 1849 werden aufgehoben.

## Medicinalpolizei.

### Rescripte.

Resc. Herzogl. Ober-sanitätscollegii vom 1. Aug. 1835 an den Stadtphysikus Dr. F.

Auf den Bericht vom 5. Juli d. J., den von der Getreidehändlerin F. in B. intendirten Verkauf eines zur Vertilgung der Sommersprossen empfohlenen Spiritus betreffend, eröffnen Wir Ihnen zu Ihrer Nachricht und Nachachtung Folgendes:

Eine Bestimmung über den Handel mit solchen Gegenständen, welche öffentlich ausgedoten werden und bei deren Gebrauche eine Einwirkung auf den Gesundheitszustand der Menschen vorausgesetzt werden kann und muß, scheint Uns ebenfalls dringend erforderlich zu sein.

Diese Gegenstände sind entweder direct zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit der Menschen bestimmt, oder sie haben andere Zwecke und können nur nebenher auf den Gesundheitszustand einwirken.

In dem ersten Falle sind sie auch der unmittelbaren Controle des Herzogl. Ober-sanitätscollegii unterworfen und hat dasselbe ex officio dann einzuschreiten, wenn gegen die dessfalls bestehenden Gesetze verstoßen ist. Gegenstände der Art dürfen, ohne ausdrückliche Autorisation des Herzogl. Ober-sanitätscollegii, nicht angepriesen oder zum Verfaufe verstellt werden und die Physici sind mit der speciellen Aufsicht auf den Verkehr mit Medicamenten beauftragt und in dieser Hinsicht Hülfbeamten des Herzogl. Ober-sanitätscollegii.

Anders verhält es sich mit den principaliter zu andern Zwecken bestimmten Gegenständen, welche durch Beimischungen auf den Gesundheitszustand der Consumenten einwirken können. Hierher gehören nicht nur Schönheitswasser, Öle und Pomaden cc., sondern auch die zur Ernährung des Menschen benutzten Consumtibilien.

Den Verkauf und die Benutzung derselben beachtet zunächst die Polizeibehörde, welche mit der Beaufsichtigung des Handels und Verkehrs im Allgemeinen beauftragt ist. Ihr ist der Physikus Hülfbeamter, welcher nicht nur zur Beurtheilung der Gegenstände, insoweit sie auf



die Gesundheit der Menschen einwirken können, von der Polizeibehörde benutzt werden kann, sondern auch berechtigt und verpflichtet ist, seine Bemerkungen derselben mitzutheilen und auf die Ausführung der erforderlichen Maßregeln zu dringen.

Was in Beziehung auf Gegenstände der zweiten Art verfügt werden soll, bestimmt die Polizeibehörde mit dem Physikus, und das Herzogl. Obersanitätscollegium kann nur zur Cognition und Entscheidung aufgefordert werden:

1. wenn die Polizeibehörde und der Physikus über die, in medicinalpolizeilicher Hinsicht zu ergreifenden Maßregeln nicht einig sind und der eine oder der andere Theil auf ein Gutachten und die Entscheidung in höherer Instanz provocirt;

2. wenn die Behörden wegen der zu ergreifenden Maßregeln zweifelhaft sind und die Ansicht des Herzogl. Obersanitätscollegii für erforderlich halten;

3. wenn das Gutachten, worauf die polizeiliche Maßregel sich gründet, von betheiligten Privatpersonen angefochten und auf die Entscheidung des Herzogl. Obersanitätscollegii angetragen wird.

Findet übrigens das Herzogl. Obersanitätscollegium, daß Gegenstände der zweiten Art zum Verlaufe und Verbrauche ausgeboten werden, die schädlich sein können, oder doch vorgängig untersucht sein sollten, so ist zwar auch das Einschreiten des Herzogl. Obersanitätscollegii zulässig und erforderlich, allein nicht unmittelbar, sondern nur auf die Weise, daß die Polizeibehörde oder der Physikus zur Berichterstattung aufgefordert und danach mit einer Anweisung, wie in medicinalpolizeilicher Hinsicht zu verfahren sei, versehen wird.

Nach diesen Grundsätzen haben Sie daher auch bei dem Handel mit solchen Gegenständen bei deren Gebrauche eine Einwirkung auf den Gesundheitszustand der Menschen vorausgesetzt werden kann, von jetzt an zu verfahren.

### Circularschreiben Herzogl. Obersanitätscollegii vom 28. März 1849.

Zur Aufrechterhaltung des Hebammeninstituts ist dringend erforderlich, daß den Hebammen in den Landgemeinden, die zu ihren Dienstgeschäften sich stets bereit halten sollen und häusliche Geschäfte hintenan setzen müssen, die Remuneration thunlichst gesichert werde, auf welche sie, nach der Durchschnittszahl der im Orte vorkommenden Geburten, bei der Übernahme rechnen dürfen.

Diesemgemäß ist auch verfügt, und ein höchstes Rescript vom 24. April 1789 bestimmt, daß den Bewohnern des platten Landes zwar erlaubt bleiben solle, bei der Niederkunft ihrer Frauen, sich einer jeden beeidigten Hebamme zu bedienen, daß jedoch der Hebamme des Orts das Recht verbleiben müsse, das Kind zur Taufe in die Kirche zu tragen und die Geschenke der Gebattern für sich zu empfangen. Die so bestimmte Remuneration war in vielen Fällen ganz ungenügend und gab zu vielfältigen Beschwerden Veranlassung. Das Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 4. Novbr. 1844 modificirte daher in einem zur Erörterung gezogenen Falle die Bestimmung dahin, daß im Falle der Zuziehung fremder Hebammen, sofern die Zuziehung nicht durch Abhaltung und Behinderung der Ortshebamme veranlaßt sei, dieser der geringste Gebührensatz im administrativen Wege zu vermitteln wäre.

Nach dieser Vorschrift sind den Ortshebammen in dem angenommenen Falle 16 Ggr. zugebilligt und mittelst Rescripts vom 11. d. M. sind wir angewiesen, die Herzogl. Ämter und Physici mit den in dem Rescripte vom 4. Novbr. 1844 getroffenen Bestimmungen bekannt zu machen.

## Ministerialcommission.

**Bekanntmachung**, die Erneuerung der Mitglieder der Herzogl. Ministerialcommission betr. (S. 65) [Nro. 7] (19./31 Jan. 1849.)

**Bekanntmachung**, die Erneuerung der Mitglieder der Herzogl. Ministerialcommission betr. (S. 1) [Nro. 1] (8./21. Jan. 1850.)

**Bekanntmachung**, die Erneuerung der Mitglieder der Herzogl. Ministerialcommission betr. (S. 1) [Nro. 1] (4./11. Jan. 1851.)

**Bekanntmachung**, die Erneuerung der Mitglieder der Herzogl. Ministerialcommission betr. (S. 9) [Nro. 2] (8./15. Jan. 1852.)

## Militairwesen.

**Gesetz** über die Errichtung einer Unterofficierwittwen- und Waisen-Versorgungsanstalt. (S. 85) [Nro. 15] (13./19. April 1849.)

- §. 1. Jeder Unterofficier, er sei verheirathet oder nicht, trägt zu der Unterofficier-Wittwencasse bei.
- §. 2. Die Beiträge werden nach 4 Classen entrichtet.
- §. 3. Bestimmung der Classen.
- §. 4. Bei jeder neuen Anstellung wird einmonatiger Gehalt, bei jeder Beförderung der einmonatige Betrag der Gehaltszulage an die Wittwencasse gezahlt.
- §. 5. Der pensionirte Theilnehmer der Wittwencasse zahlt die Hälfte.
- §. 6. Der Betrag wird vom Solde resp. von der Pension innebehalten.
- §. 7. Aufhören der Mitgliedschaft.
- §. 8. Der Ausscheidende erhält die geleisteten Beiträge nicht zurück.
- §. 9. Ein Degradirter vom höhern Grade zum niedern Grade kann Theilnehmer des höhern Grades bleiben.
- §. 10. Nach dem Tode des Theilnehmers sind die Wittwen und die ehelichen oder legitimirten Kinder zu der Pension berechtigt.
- §. 11. Die Pension beträgt das 7fache des Beitrags der Classe, worin der verstorbene Theilnehmer vor seinem Tode oder seiner Pensionirung stand.
- §. 12. Die Wittwe hat ein lebenslängliches Anrecht auf die Pension. Nach dem Tode oder der Wiederverheirathung der Wittwe erhält ein pensionsfähiges Kind die Hälfte, zwei derselben zwei Dritttheile und drei oder mehrere derselben das Ganze der Pension bis zu ihrem vollendeten 20. Lebensjahre. Das Recht der Töchter auf die Pension fällt mit der Verheirathung weg.
- §. 13. Theilung der Pension zwischen den Wittwen und Kindern aus einer frühern Ehe.

- §. 14. Bestimmung der Anfangs- und der Zahlungsraten der Pension.
- §. 15. Erlöschen der Pension.
- §. 16. Bestimmungen im Falle einer Scheidung der Ehe.
- §. 17. Das Recht auf Erhebung der Pension ist unveräußerlich.
- §. 18. Verwaltung der Anstalt und Cassenführung.
- §. 19. Garantie des Instituts durch den Staat.
- §. 20. Vorübergehende Bestimmungen.

**Verordnung**, die nähern Bestimmungen über den einjährigen freiwilligen Dienst im stehenden Truppencorps betr. (S. 153) [Nro. 27] (6./17. Aug. 1849.)

- §. 1. Anmelungsfrist und Annahmetermine.
- §. 2. Bedingungen der Zulassung.
- §. 3. Weiteres Verfahren.
- §. 4. Uniformirung und Equipirung.
- §. 5. Nachherige Stellung der Freiwilligen in der Landwehr.
- §. 6. Bedingungen für die Carriere zum Officier im activen Corps.
- §. 7. Die Bekanntmachung des Commandeurs des Feldcorps vom 6. Febr. 1849 über Annahme Einjährig-Freiwilliger wird aufgehoben.

**Gesetz**, die Ausdehnung der §§. 9—13 des Gesetzes vom 11. Septbr. 1848 auf den übrigen Pferdebedarf der Brigade betr. (S. 525) [Nro. 45] (25./27. Novbr. 1850.)

- §. 1. Die Verpflichtung der Pferdebesitzer zur Abtretung der Pferde für den Landwehr-cavallerie- und Artilleriedienst wird für den Fall des Ausmarsches der Truppen auf den übrigen Bedarf der Brigade ausgedehnt.
- §. 2. Strafe Derer, welche sich dieser Verpflichtung entziehen.
- §. 3. Unentgeltliche Besorgung der Geschäfte der Deputirten.
- §. 4. Eintritt der Wirksamkeit.

**Gesetz** über die Verpflichtung zum Kriegsdienste. (S. 131) [Nro. 30] (21./29. Juli 1851.)

**Titel I.** Von der Verbindlichkeit zum Kriegsdienste.

- 1. Allgemeine Bestimmungen. §. 1. Verpflichtung zum Kriegsdienste. §. 2. Waffenfähige.
- 2. Besondere Bestimmungen. a. Anfang und Dauer der Dienstzeit §§. 3—9. b. Befreiungen §§. 10 u. 11. Landesherrliche Dispensation §. 12. Aufhören der Befreiung §. 13.

**Titel II.** Zusammensetzung, Ergänzung und Verabschiedung der Truppen.

- I. Zusammensetzung des Truppencorps. 1. Des stehenden Truppencorps §§. 14 u. 15.
- 2. Der Landwehr §. 16.
- II. Ergänzung der Truppen 1. durch Freiwillige §. 17. 2. durch Aushebung. a. Zuständige Behörden §. 18. b. Verfahren §§. 19—38.
- III. Verabschiedungen §§. 39—41.

**Titel III.** Bürgerliche Verhältnisse der Militärpflichtigen.

- a. Zulassung zu denselben §. 42. b. Verheirathung §. 43.

**Titel IV.** Vergehen in Beziehung auf die Erfüllung der Militärpflicht.

- A. Der in den Listen Übergangenen. a. Versäumte Anmeldung §. 44. b. Ausbleiben

im Aushebungstermine §. 45. B. Der in die Liste Eingetragenen. a. Ausbleiben im Aushebungstermine §. 46. b. Ausbleiben im Signalisirungstermine §§. 47—49. c. Entfernung nach geschehener Beeidigung §. 50. d. Bestrafung der für ausgetreten Erklärten §§. 51—53. C. Allgemeine Bestimmungen. a. Entschuldigung des Ungehorsams §. 54. b. Mithülfe beim Austreten §. 55. c. Verstümmelung, um sich dem Dienste zu entziehen §. 56. d. Verschärfung der gedrohten Strafe §. 57. e. Competente Gerichte §. 58. f. Verjährungsfristen §. 59.

#### **Titel V. Besondere Bestimmungen.**

A. Für die Landwehr 1. Aufgebots. Allgemeine Dienstverhältnisse der Wehrmänner §. 60. Bürgerliche Verhältnisse der Wehrmänner §. 61—63. Controle und Übungencontrole §. 64. Übungen §§. 65—69. Besondere Verhältnisse der Wehrmänner §§. 70—75. B. Für die Landwehr zweiten Aufgebots §§. 76—77. Schlussbestimmungen §§. 78 u. 79. Transitorische Bestimmungen §§. 80—82.

#### **Gesetz über die Unterstützung der Familien der Landwehrmannschaften im Falle eines Ausmarsches. (S. 231) [Pro. 37] (15./27. Aug. 1851.)**

§§. 1 u. 2. Bezeichnung der zu Unterstützenden. §. 3. Verpflichtung zur Leistung der Unterstützung. §. 4. Betrag der Unterstützung. §. 5. Durch wen und bei welcher Behörde die Anträge auf Unterstützung zu stellen. §. 6. Entscheidung über die Unterstützungsanträge. §. 7. Zahlung und Ausbringung der Unterstützungen. §. 8. Ausgleichung der Unterstützungen nach Maßgabe der Seelenzahl der einzelnen Kreise. §. 9. Eintritt des Anspruchs auf Unterstützung und Feststellung der Zahlung in halbmonatlichen Raten. §. 10. Aufhören der Unterstützung wegen Vergehen. §. 11. Bei eintretender Gefangenschaft. §. 12. Im Falle des Todes im Felde. §. 13. Aushülfe durch die Staatscasse. §. 14. Unterstützung der Wittwen und Kinder im Kriege gebliebener Landwehrofficiere. §. 15. Unterstützung der Familien der Landwehrofficiere im Falle des Ausmarsches.

#### **Berordnung, die Instruction der Medicinalbeamten bei den Militäranshebungen betr. (S. 24) [Pro. 40] (9. Septbr./3. Octbr. 1851.)**

§§. 1—4. Leitende allgemeine Grundsätze. §. 5. Erfordernisse für den Dienst in der Infanterie. §. 6. Erfordernisse für den Dienst in der Cavallerie. §. 7. Erfordernisse für den Dienst in der Fußartillerie. §. 8. Erfordernisse für den Dienst im Jägerbataillon. §. 9. Erfordernisse für den Dienst der Pioniere. §. 10. Für die Einjährig-Freiwilligen, Ärzte, Chirurgen, Thierärzte und Pharmaceuten. §. 11. Allgemeine Erfordernisse für die Einstellung in die bei den Truppen eingestellten Handwerker, die Trainmannschaft, Sanitätsfoldaten und Officiersbedienten. §. 12. Insbesondere für die Duvriersection (Tischler, Schlosser, Schmiede, Büchsenmacher u. Sattler). §. 13. Für die Feldbäcker. §. 14. Die Trainfoldaten. §. 15. Art und Weise der Untersuchung. §. 16. Untersuchung des Körperbaues im Allgemeinen. §§. 17 u. 18. Leitende Merkmale für die allgemeine Untersuchung. §. 19. Besondere äußere Untersuchung. §§. 20 u. 21. Erforschung innerer Krankheiten. §. 22. Anwendungsregel der Instruction. §. 23. Verfahren bei Meinungsverschiedenheit der Commissionsmitglieder. §. 24. Un-

terfächung außer dem Aushebungstermine. §. 25. Überhandnehmen örtlicher Krankheiten und Gebrechen. §. 26. Allgemeine Eintheilung der Krankheiten in Bezug auf Diensttauglichkeit. §. 27. Krankheiten, welche von keiner Truppengattung ausschließen. §. 28. Fehler, welche im Frieden von der Militärpflicht befreien. §. 29. Krankheiten und Fehler, welche die Einstellung bei einer gewissen Waffengattung zulassen. §. 30. Krankheiten und Fehler, welche relative Tauglichkeit bedingen. §. 31. Bei gerechtem Zweifel über die Tauglichkeit ist in der Regel für Untauglichkeit zu entscheiden. §. 32. Krankheiten und Fehler, welche während ihres Bestehens Dienstunfähigkeit bedingen. §. 33. Von dem Eintritt in das Militär bei heilbaren Krankheiten. §. 34. Krankheiten und Fehler, welche völlig und für immer zum Militärdienste untauglich machen. §. 35. Bedingung der Annahme Freiwilliger.

**Verordnung**, die Anmeldungstermine für den einjährig-freiwilligen Dienst im stehenden Truppencorps betr. (S. 281) [Nro. 44] (14./25. Octbr. 1851.)

Der späteste Termin zur Anmeldung zum einjährig-freiwilligen Dienste wird auf den 1. März des Aushebungsjahrs des Militärpflichtigen festgestellt.

**Verordnung**, die Publication des Bundesbeschlusses vom 24. Juni d. J. über den militairischen Gerichtsstand in Sträffachen bei Bundesstruppen, welche in Friedenszeiten zu Bundeszwecken zusammengezogen werden, betr. (S. 415) [Nro. 36] (22. Aug./3. Septbr. 1852.)

(Siehe Artikel „Deutschland.“ S. 28.)

### Rescripte.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 30. Juli 1850 an den Oberstaatsanwalt.

Die Herzogl. Kreisdirection B. hat Uns angezeigt, dass das Herzogl. Stadtgericht B. in Untersuchungssachen wider den Militärpflichtigen G., wegen Nichterfüllung seiner Militärpflicht, den Angeeschuldigten freigesprochen habe, weil derselbe nach Amerika ausgewandert sei und nach den Grundrechten des deutschen Volks die Auswanderung, von Staatswegen überall nicht und mithin auch nicht durch vorgängige Erfüllung der Militärpflicht beschränkt werden könne. Diese Ansicht des Gerichts ist offenbar unrichtig, worüber sich die Landesregierung bereits wiederholt ausgesprochen hat, und veranlassen Wir Sie daher, für die Folge, wenn ähnliche Fälle bei den Gerichten vorkommen sollten, dagegen durch die Staatsanwälte einschreiten zu lassen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 25. März 1851 an den Oberstaatsanwalt.

Ihr Bericht vom 22. Jan. d. J. wegen der Verladungen des Polizeimilitärs behuf der Vernehmung als Auskunftspersonen, ist Uns zugegangen, und eröffnen Wir Ihnen, nachdem Wir auch den Bericht des Commandeurs des Polizeimilitärs, Rittmeisters R., eingelesen haben, dass es hiebei auf die Entscheidung vom 2. Febr. d. J. ankommt.

1. Ob die Bestimmung des Art. 154 der Verordnung die Militairstrafen und Proceffe betreffend, vom 29. Octbr. 1821 noch anwendbar sei, nach welcher Personen des Polzeimilitairs von dem Gerichte ihres Stationsorts als Zeugen zu vernehmen sind?

2. Durch wen die Vorladung erfolgen solle?

ad. 1. Als Gericht des Stationsorts ist das für den Fragefall competente Gericht anzusehen, mithin in den den Kreis- und Schwurgerichten überwiesenen Sachen diese Gerichte für den ganzen Kreis, in den von den Amts- und Stadtgerichten abzurtheilenden Sachen diese für ihren Bezirk. Es ist daher unzweifelhaft, daß diese Gerichte in den zu ihrer Competenz gehörenden Sachen nach dem buchstäblichen Sinne der angezogenen Gesetzesstelle die Personen vom Polzeimilitair, also die Kreisgerichte innerhalb ihres Kreises direct vorladen können.

ad. 2. Es ist angemessen, daß auch in den ad. 1 gedachten Fällen die dem Stationscommandanten untergeordneten Personen durch diesen vorgeladen werden; dagegen ist es thunlichst zu vermeiden, Personen vom Polzeimilitair aus andern Gerichtskreisen vorzuladen, sondern diese sind durch Requisition vernehmen zu lassen. Wo Letzteres aber dem jetzigen Verfahren nach unerlässlich ist, ist die Vorladung durch den Commandeur des Polzeimilitairs ergehen zu lassen.

Sie haben hiernach die Staatsanwälte mit Anweisung zu versehen, und haben Wir das Herzogl. Obergericht von dieser Verfügung zur Nachricht und Anweisung der Herzogl. Kreis-, Amts- und Stadtgerichte, auch den Commandeur des Polzeimilitairs zur Nachachtung und Ertheilung der nöthigen Ordres in Kenntniß gesetzt.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 7. Mai an den Staatsanwalt zu  
Wolfenbüttel

Auf den Bericht vom 6. d. M., die Beschlagnahme des Vermögens ausgetretener Militairpflichtiger anlangend, erwiedere ich Folgendes:

In dem Gesetze vom 21. Juli 1851 No. 30, über die Verpflichtung zum Kriegsdienste, ist bestimmt

1. §. 47. daß die Herzogl. Kreisdirection sich sorgfältig nach dem Vermögen des ausgebliebenen Militairpflichtigen zu erkundigen und dessen sofortige Beschlagnahme durch den betreffenden Staatsanwalt zu veranlassen verpflichtet sei, und

2. §. 53. daß das mit Beschlag belegte Vermögen der Ausgetretenen unter Curatel gestellt werden soll u.

Es sind also im Wesentlichen dieselben Vorschriften gegeben, welche die Str.-Proc.-Ord. §. 175—178 in Bezug auf flüchtige Verbrecher überhaupt enthält, und für das Verfahren hinsichtlich der Beschlagnahme des Vermögens ausgetretener Militairpersonen müssen demnach die angeführten Bestimmungen der Str.-Proc.-Ord. zur Norm dienen.

Hieraus folgt:

1. daß, nachdem von Seiten der Herzogl. Kreisdirection die nöthige Mittheilung dem Staatsanwalte gemacht worden, Letzterer bei dem zuständigen Herzogl. Kreisgerichte auf Ertheilung eines gerichtlichen Erkenntnisses dahin, daß das Vermögen des Ausgetretenen mit Beschlag zu belegen sei, anzufragen, und

2. daß der Staatsanwalt das die Beschlagnahme verfügende Erkenntniß (durch Einrückung in öffentliche Blätter und sonst angemessene Weise) zur Veröffentlichung zu bringen und die Ausführung der Beschlagnahme, wie der gerichtlichen Verfügung in Strassachen (Str.-Pr.-Ord. §. 5) selbstthätig zu besorgen und die zu dem Zwecke erforderlichen Anordnungen zu treffen hat,

von Realisirung der Beschlagnahme im Civilverfahren, namentlich von einem gegen den Ausgetretenen anzustellenden Arrestproceß (Civ.-Proc.-Ord. §. 232 cc.) aber überall nicht die Rede sein kann;

3. daß sodann von dem Staatsanwalte die Bestellung einer Curatel durch das zuständige Herzogl. Amts- und Stadtgericht (Gesetz über die Gerichtsverfassung §. 20) zu veranlassen ist.

Sie wollen diesem gemäß verfahren und erfolgen die eingesandten Acten im Anschluß zurück.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 22. Mai 1852 an Herzogl.

Obergericht.

Den Bericht vom 13. d. M. über den Antrag des Herzogl. Brigadecommandos, wegen Anweisung der Gerichte, demselben von den wider Officiere anhängig gewordenen Civilklagen Anzeige zu machen, ist Uns zugegangen, und wie Wir mit den darin geäußerten Ansichten einverstanden sind, so beauftragen Wir das Herzogl. Obergericht hiemit, sämtliche Gerichte erster Instanz durch Circularverfügung anzuweisen, in allen bei ihnen verhandelten Civilproceßten gegen active Militairpersonen, welche dem Herzogl. Brigadecommando unterworfen sind, eine Abschrift der ersten gerichtlichen Verfügung von Amtswegen an das Herzogl. Brigadecommando einzusenden, auch dem betreffenden Auditeur auf dessen Erfordern die Einsicht der Acten in dem Gerichtslocale zu gestatten.

Höchstes Rescript vom 22. Novbr. 1852 an Herzogl. Brigadecommando.

Wilhelm Herzog cc. Wir eröffnen Unserm Herzogl. Brigadecommando auf den Bericht vom 14. d. M., wegen des gegen den entwichenen, zur geeigneten Verwendung im Kriege notirten Militairpflichtigen J. aus L. einzuleitenden Strafverfahrens, daß, da zufolge eines von Uns unterm 9. Februar d. J. erlassenen Rescripts, die notirten und der Landwehr überwiesenen Militairpflichtigen beeidigt werden, im vorliegenden Falle unzweifelhaft die Militairjurisdiction begründet sei und das Vergehen der Desertion vorliege.

Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 1. März 1849 an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel.

Bei der, den Civilbehörden in dem § 58. des Kriegsbedienstgesetzes zugewiesenen Mitwirkung bei der Prüfung der von Militairpflichtigen gestellten Anträge auf Gestattung ihrer Verheirathung, soll nach einer Anzeige des Commandeurs des Feldcorps in der neuern Zeit eine zu große Willfährigkeit auf die Wünsche der Betheiligten einzugehen, häufig vorgekommen

sein. Um den hieraus entstehenden mancherlei Unzuträglichkeiten für die Zukunft thätigst vorzubeugen, erscheint es nöthig, dass auf eine Beschränkung der Verheirathung derjenigen Personen, welche das 26. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt, mithin ihrer Militärpflicht im activen Corps noch nicht genügt haben, Bedacht genommen werde. Wir veranlassen Herzogl. Kreisdirection daher, für die Folge bei Beurtheilung der erwähnten Anträge von diesem Gesichtspunkte auszugehen und den Localbehörden des dortigen Kreises demgemäß Anweisung zu ertheilen.

## Mühlen.

**Gesetz,** Modification der allgemeinen Mühlenordnung für den Betrieb der Neustadtmühle in Braunschweig betr. (S. 493.) [Nro. 36.] (6./18. Juli 1850.)

§. 1. Befugniss der Verweigerung des besondern Vermahlens des in Quantitäten unter 1 Wispel eingelieferten Getraides und Feststellung des Tauschverkehrs als Regel.

§. 2. Entrichtung der Mahlaccise.

§. 3. Zutritt der Mahlgäste.

§. 4. Reinigung des Getraides.

§. 5. Feststellung eines Gewichtssazes für den Abgang beim Reinigen.

§§. 6. u. 7. Feststellung des Mahllohns.

§. 8. Aufstellung und Bekanntmachung eines Tarifs des Mahllohns.

§. 9. Erhebung der Accise und des Mahllohns.

§. 10. Verpiegen des Getraides und Malzes.

§. 11. Verpflichtung des Mahlgastes zur Abnahme des Mahlwerks.

§. 12. Beschränkte Anwendungen der Bestimmungen der allgemeinen Mühlenordnung.

**Gesetz,** wegen Ergänzung des Gesetzes vom 19. Mai 1840 die Anlegung neuer und die Erweiterung älterer Mahlmühlen betr. (S. 527.) [Nro. 46.] (19. Novbr./3. Decbr. 1850.)

§. 1. Feststellung der Entschädigungsansprüche benachbarter Mühlenbesitzer bei Vermehrung der Productionskraft einer Mühlenanlage. §. 2. Uebergang der auf der alten Mühlenanlage haftenden Reallasten auf die neue Anlage.

## Münzen.

**Bekanntmachung,** den nachträglichen Beitritt der Großherzogl. Oldenburgischen Regierung für das Fürstenthum Birkenfeld, der Herzogl. Anhalt-Deßauischen, der Herzogl. Anhalt-Bernburgischen, der Fürstlich Waldeckischen und der Fürstl. Lippe'schen Regierung zu dem mit der Verordnung vom 20. Sptbr. 1846 publicirten Münzcartel. (S. 183.) [Nro. 31.] (19./27. Aug. 1849.)

## Polizei und Verwaltung.

**Bekanntmachung,** den Beitritt der Freien Stadt Bremen zum Pflasterverbande betr. (S. 77.) [Nro. 11.] (22./29. März 1849.)



**Bekanntmachung**, den Beitritt von Mecklenburg zum Passartenverein betreffend. (S. 105) [Nro. 19] (5./19. Mai 1849.)

**Bekanntmachung**, den Beitritt des Kurfürstenthums Hessen zum Passartenverein betr. (S. 109) [Nro. 21] (17./25. Mai 1849.)

**Gesetz**, die Verlegung des Amtes Thedinghausen an den Kreis Braunschweig betr. (S. 273 u. 274.) [Nro. 21.] (19. März./15. April 1850.)

(Siehe Artikel „Justizverfassung“ S. 57)

**Gesetz** über die Organisation der Landesverwaltungs- Behörden. (S. 443) [Nro. 26] (19. März./25. April 1850.)

§. 1. Verwaltungskreise. §§. 2—4. Geschäftsumfang. §. 5. Personal der Behörde. §. 6. Persönliche Thätigkeit des Kreisdirectors. §. 7. Abhaltung von Speditagen an den Hauptorten des Kreises. §§. 8 u. 9. Hilfsbeamte und Unterbediente. §. 10. Unterordnung des Polizeimilitärs. §. 11. Aushülfliche Mitwirkung der untergeordneten Beamten anderer Behörden des Kreises in Nothfällen. §. 12. Selbstständigkeit der Kreisdirectionen. §§. 13 u. 14. Bei Verfügung über Leistungen von Gemeinde- und Interessentenschaften. §. 15. Bildung der Kreiscommissionen. §. 16. Wirkungsbereich der Kreiscommissionen. §§. 17 u. 18. Befugniß der Kreisdirection zu Strafandrohungen und andern Zwangsmaßregeln. §. 19. Strafe der Widerschlichkeit gegen derartige Anordnungen. §. 20. Aufhebung der mit der Verwaltung bisher beauftragten Herzogl. Ämter und Stadtpolizeibehörden. §. 21. Mitbenutzung der bisherigen Amtlocale. §. 22. Einstweilige Übertragung der Geschäfte der Kirchen- und Schulvisitatoren. §. 23. Aufhebung entgegenstehender Vorschriften.

**Gesetz** über die Polizeiverwaltung in der Stadt Braunschweig. (S. 453) [Nro. 27] (19. März./25. April 1850.)

§. 1. Übertragung der Geschäfte der Orts- und Landespolizei in der Stadt Braunschweig an die dortige Polizeidirection. §. 2. Geschäftsverwaltung derselben. §. 3. Im Falle der Anwendung außergewöhnlicher Anordnungen oder Maßregeln. §§. 4 u. 5. Bei Einführung neuer ortspolizeilicher Einrichtungen, insbesondere wenn dadurch neue Ausgaben oder Leistungen veranlaßt werden. §. 6. Befugniß zur Anwendung von Zwangsmitteln. §. 7. Erlassung allgemeiner Gebote oder Verbote. §§. 8 u. 9. Berathungen mit dem Stadtmagistrate. §. 10. Recurs an Herzogl. Kreisdirection.

**Normaletat** für die Landesverwaltungsbehörden. (S. 461) [Nro. 28] (19. März./25. April 1850.)

**Gesetz**, die Verlegung der Gemeinde Olsburg von dem Bezirke des Herzogl. Amtes Salder an den Bezirk des Herzogl. Amtes Bechelde betr. (S. 485) [Nro. 34] (27. Mai/24. Juni 1850.)

**Gesetz**, die Vereinigung des zum Herzogl. braunschw. Staatsgebiete erworbenen Communiongebiets theils Saline Juliusballe mit der Gemeinde Neustadt Harzburg betr. (S. 520) [Nro. 42] (25. Septbr./5. Octbr. 1850.)

Der erworbene Theil der Saline Juliusballe wird in Beziehung auf Verwaltung dem Kreise Wolfenbüttel beigelegt.

**Bekanntmachung**, des Herzogl. Staatsministeriums, die Reiselegitimation durch Passkarten betr. (S. 5) [Nro. 2] (31. Decbr. 1850/15. Jan. 1851.)

Benennung der Staaten, welche dem Passkartenverein sich angeschlossen haben.

**Bekanntmachung**, des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Regierung des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt zu dem Passkartenverein betr. (S. 33) [Nro 5] (28. Jan./7. Febr. 1851.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Regierung des Fürstenthums Schwarzburg-Sondershausen zu dem Passkartenverein betr. (S. 39) [Nro. 8] (19. Febr./5. März 1851.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt des Kurfürstenthums Hessen und der freien Stadt Lübeck zu dem Passkartenverein betr. (S. 41) [Nro 9] (20 Febr./5. März 1851.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Herzogl. nassauischen Regierung zu dem Passkartenverein betr. (S. 47) [Nro. 12] (7./19. März 1851.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der freien Stadt Frankfurt zu dem Passkartenverein betr. (S. 57) [Nro 14] (10./19. April 1851.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums den Beitritt der Großherzogl. hessischen Regierung zu dem Passkartenverein betr. (S. 59) [Nro. 15] (19. April 1851.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Königl. württembergischen und der Herzogl. nassauischen Regierung zu dem Passkartenverein betr. (S. 63) [Nro. 18] (27. April/9. Mai 1851.)

**Bekanntmachung**, den Beitritt des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz zu dem Passkartenverein betr. (S. 173) [Nro. 32] (23. Juli/5. Aug. 1851.)

**Verordnung**, die Publication des mit den Königl. preussischen u. Regierungen abgeschlossenen Vertrags über Übernahme Auszuweisender betr. (S. 389) [Nro. 55] (17./23. Decbr. 1851.)

§. 1. Verpflichtung zur Übernahme Angehöriger. §. 2. Übernahme von Nichtunterthanen. §. 3. Verpflichtung zur Übernahme von Chefrauen und Wittven. §. 4. Übernahme von ehelichen Kindern. §. 5. Übernahme unehelicher Kinder. §. 6. Übernahme von Heimathlosen. §. 7. Geltendmachung des Anspruchs auf Überweisung. §. 8. Bedingung der Zuführung. §. 9. Ablehnung der Annahme. §. 10. Überweisungsverfahren. §. 11. Kosten der Ausweisung. §. 12. Feststellung einer schiedsrichterlichen Entscheidung. §. 13. Eintritt der Wirksamkeit der Übereinkunft und Aufhebung früherer Vereinbarungen über denselben Gegenstand. §. 14. Recht der Kündigung der Vereinbarung. §. 15. Vorbehalt des Beitritts aller deutschen Bundesstaaten.

**Gesetz**, die Erhaltung der öffentlichen Flüsse und sonstigen Wasserzüge, sowie Veränderungen an denselben betr. (S. 405) [Nro. 57] (19./31. Decbr. 1851.)

- I. Öffentliche Flüſſe. A. Allgemeine Beſtimmungen. §§. 1. u. 2.
- B. Unterhaltung. 1. Umfang der Unterhaltungslaft §. 3. 2. Zur Unterhaltung Verpflichtete §§. 4 u. 5. Beſondere Leiſtungen einzelner Anlieger §§. 6 u. 7. 3. Ausführnde Behörde §. 8. 4. Repartition der Koſten. a. Unter mehreren Gemeinden §. 9. b. In den einzelnen Gemeinden §§. 10 — 12. 5. Beitreibung der Koſten §. 13. 6. Beſondere Beſtimmung §§. 14 u. 15.
- C. Veränderungen. 1. Allgemeine Beſtimmung §. 16. 2. Entwerfung des Planes §. 17. 3. Weitere Verhandlung. a. Mit den theilhaftigen Gemeinden §. 18. b. Mit dritten theilhaftigen Privatperſonen §§. 19 — 21. Beſondere Beſtimmungen in Bezug auf die Vorladungen §. 22. c. Ermittlung der Dritten gebührenden Entſchädigung §§. 23 u. 24. 4. Ausführung. §. 25.
- D. Sicherung des Waſſerabzuges vor Störungen, namentlich durch Stauanlagen. 1. Anzeige der Neubauten von Stauanlagen, Brücken u. ſ. w. §. 26. 2. Wegnahme der überhängenden Bäume, Sträucher u. ſ. w. §. 27. 3. Beachtung der Stauzeiten, Stauziele und zeitigen Öffnung der Schleuſen §. 28. 4. Verpflichtung der Stauwerksbeſitzer bei Fluſſreinigungen §. 29. 5. Setzung von Markpfählen. a. Allgemeine Beſtimmung §. 30. b. Feſtſtellung der Stauhöhe §§. 31 u. 32. c. Vorläufige Feſtſtellung §. 33. d. Einrichtung der Markpfähle §. 34. e. Verfahren §. 35. f. Koſten §. 36. g. Folgen der Feſtſtellung §. 37.
- II. Unterhaltung der Privathäbe und künſtlichen, im Privateigenthume befindlichen, d. h. nicht für den gemeinen Gebrauch beſtimmten Waſſerzüge. 1. Umfang der Unterhaltungslaft §. 38. 2. Zur Unterhaltung Verpflichtete §. 39.
- III. Schlußbeſtimmungen. 1. Aufſichtsrecht der Orts- und Landespolizeibehörden §§. 40 u. 41. 2. Strafbeſtimmungen §§. 42 u. 43. 3. Vorbehalt wegen der Weſer und des Amtes Iſedinghaufen.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Großherzogthadiſchen Regierung zu dem Paſſkartenvereine betr. (S. 73) [Nro. 6] (13./23. Jan. 1852.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Königlich hannöverſchen Regierung zu dem gothaer Vertrage vom 15. Juli v. J. wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Uebernahme der Auszuweiſenden betr. (S. 233) [Nro. 21] (10./17. April 1852.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Fürſtlich lippeſchen Regierung zum Paſſkartenverein betr. (S. 319.) [Nro. 29] (14./21. Mai 1852.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Beitritt der Fürſtlich waldeckſchen Staatsregierung zu dem Paſſkartenvereine betr. (S. 463.) [Nro. 49] (21./31. Decbr. 1852.)

## Rescripte.

Rescr. des Herzogl. Staatsministerii vom 8. Juli 1851 an sämtliche Herzogl. Stadt- und Amtsgerichte.

Es ist von einem der Herzogl. Amtsgerichte in einem Uns erstatteten Berichte der Zweifel erhoben worden: in wie fern die öffentlichen Ankläger einen Anspruch auf die gesetzlichen Denunciantenanteile an den erkannten Strafgeldern machen können? und finden Wir Uns hierdurch veranlaßt, nachdem Wir den gutachtlichen Bericht des Herzogl. Obergerichts eingezogen haben, sämtlichen Herzogl. Kreisgerichten, Stadtgerichten und Amtsgerichten Folgendes zu eröffnen:

Die Begriffe Denunciant und öffentlicher Ankläger sind wesentlich verschieden. Der Denunciant bringt ein Vergehen, bezüglich dessen Urheber, zur Kenntniß des Gerichts, nach dem jetzigen Verfahren vorzugsweise des öffentlichen Anklägers; der öffentliche Ankläger beantragt die Einleitung des Strafverfahrens und hat darüber zu wachen, daß bei demselben die gesetzlichen Vorschriften beobachtet, Schuldlose nicht verfolgt und Schuldige der gebührenden Strafe nicht entzogen werden.

Es ergibt sich hieraus, daß der öffentliche Ankläger nicht als solcher, sondern nur wenn er, wie dies in Folge seiner sonstigen amtlichen Functionen vorkommen kann, als Denunciant auftritt, in welchem Falle er selbstverständlich nicht zugleich als öffentlicher Ankläger fungiren kann, einen Anspruch auf den Denunciantenanteil an Strafgeldern in den gesetzlich vorgesehenen Fällen zu machen befugt ist.

Sämmtliche Herzogl. Kreisgerichte, Stadtgerichte und Amtsgerichte weisen Wir auf die Beachtung dieser Grundsätze hin.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 13. Juli 1850 an die Herzogl. Amtsgerichte Salder, Schöppenstedt, Harzburg.

Die Ausfertigung der Reisepässe und Passkarten in den Landgemeinden gehört gegenwärtig zum Geschäftskreise der Herzogl. Kreisdirectionen. Da jedoch für die Bewohner der von dem Sitze dieser Behörden entfernteren Amtsbezirke eine große Belästigung daraus entstehen würde, wenn sie, um dergleichen Reiscertificate zu erlangen, jedesmal zu einer Reise nach dem Hauptorte des Kreises genöthigt sein sollten, so haben Wir beschlossen, auf den Grund des §. 8. des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden vom 19. März d. J. den bei den Amtsgerichten angestellten Secretairen, oder dem dieselben vertretenden Hülfsbeamten, hiemit den allgemeinen Auftrag zu ertheilen, den Eingefessenen der betreffenden Gemeinden Reisepässe und Passkarten auszufertigen, jedoch mit der Bestimmung, daß dieselben zur Vollziehung an die Kreisdirection einzusenden sind und daß über die Anforderung solcher Reisedocumente von Seiten fremder und unbekannter Personen zuvor an diese Behörde zu berichten ist. Die Amtsgerichtssecretaire, resp. der dieselben vertretende Beamte, haben zugleich die vorschriftsmäßigen Passregister zu führen, die bisher üblichen Gebühren zu erheben und am Schlusse jeden Jahrs

Bege's Repert. VII. Th.

nebst einem Auszuge aus dem Passregister zur Vereinnahmung in die Büreaukostenrechnung der Kreisdirection an diese abzuliefern.

Auch das Visiren der Pässe und Wanderbücher ist von ihnen zu besorgen.

Indem Wir das Herzogl. Amtsgericht von dieser Verfügung in Kenntniß setzen, beauftragen Wir dasselbe, dem bei ihm angestellten Secretair resp. dem vertretenden Beamten hienach die erforderliche Benachrichtigung und Anweisung zu ertheilen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 20. Juli 1850 an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg.

Wir eröffnen der Herzogl. Kreisdirection auf die Anfrage im Berichte vom 15. d. M. die Befugnisse der Herzogl. Kreisdirectionen in Beziehung auf die bisher ausgeübte Mitwirkung bei der Revision der Gerichtsverwaltungs- u. Kostenrechnungen betreffend, daß es in dieser Hinsicht bei den frühern Bestimmungen sein Verbleiben habe.

Schreiben Herzogl. Consistorii vom 10. Juli 1850 an Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel.

Um bei Ausführung der Bestimmung des §. 23. Art. 26 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden vom 19. März 1850. die Mitwirkung der Herren Kreisdirectoren in Kirchen- und Schulangelegenheiten nur insoweit in Anspruch zu nehmen, als es im Interesse dieser Angelegenheiten selbst wesentlich erforderlich erscheinen wird und um den Geschäftsgang thunlichst zu vereinfachen, beabsichtigen Wir, Uns nur dann an die Herren Kreisdirectoren zu wenden, wenn Wir, zur gehörigen Vorbereitung der von Uns abzugebenden Verfügungen, die besondere Mitwirkung derselben in irgend einer Beziehung für nothwendig oder wünschenswerth erachten, alle übrigen Verfügungen aber, namentlich die, bei denen es sich nur um Zufertigung derselben oder Benachrichtigung davon handelt, unmittelbar an die betreffenden Geistlichen selbst zu richten und in Fällen der erstgedachten Art, wo Wir eine Mitwirkung von Seiten der Herren Kreisdirectoren beantragen zu müssen glauben, selbigen jedesmal Unsere eigenen Verwaltungsacten mitzutheilen, um damit zur vollständigen Beurtheilung der Sachlage Gelegenheit zu geben.

Es würde aber, wenn die geehrten Herren mit dieser Verfahrensweise sich einverstanden erklären sollten, zur Erleichterung des Geschäftsganges und zugleich zur Ersparung unnöthiger Kosten wünschenswerth sein, daß von denselben

1. die bisher bei den Herzogl. Ämtern aufbewahrten Verwaltungsacten über Kirchen- und Schulsachen den betreffenden geistlichen Visitatoren, sobald diese der Einsicht derselben bedürften, in jedem einzelnen Falle auf deren Ersuchen hr. m. mitgetheilt und

2. daß die den Herzogl. Kreisdirectionen untergeordneten Amtsvoigte angewiesen würden, alle ihnen von Seiten der geistlichen Visitatoren hr. m. zustellenden Verfügungen derselben den betreffenden Personen zuzustellen und erforderlichen Falls die Zufertigung zu bescheinigen.

Auch in Beziehung auf die durch Schulcommissionen verwalteten Angelegenheiten der städtischen zc. Schulen, werden Wir in allen den Fällen, in welchen Wir eine Mitwirkung der Herzogl. Kreisdirectionen wünschen, besondere Aufforderung dazu an dieselben ergehen lassen, wobei übrigens, wie überhaupt in Kirchen- und Schulsachen sich von selbst versteht, dass den Herzogl. Kreisdirectionen da, wo sie auch ohne specielle Veranlassung von Unserer Seite eine visitatorische resp. commissarische Thätigkeit für nothwendig erachten, die Befugniß resp. Verpflichtung dazu zuständig sei.

Wir ersuchen die Herzogl. Kreisdirection um baldige Äußerung, ob sie hiermit einverstanden und danach das Nähere anzuordnen bereit ist und werden Unsererseits im Falle erfolglicher Bestimmung auch die geistlichen Visitatoren, die Schulcommissionen, die Prediger und Schullehrer hiernach mit der erforderlichen Anweisung versehen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 10. Aug. 1850 an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Von der Herzogl. Polizeidirection hieselbst sind bei Uns die Schwierigkeiten vorgestellt, welche für die Aufnahme hier erkrankter Dienstboten, Gesellen und anderer in ähnlichen Verhältnissen befindlicher Personen aus den Landgemeinden in das Herzogl. Krankenhaus hieselbst dann entstehen würden, wenn die Herzogl. Polizeidirection durch die stattgehabte Aufhebung der Herzogl. Ämter genöthigt werden sollte, sich wegen Einziehung der Cur- und Verpflegungskosten zc. unmittelbar an die Vorsteher der betreffenden Gemeinden zu wenden.

Zur Beseitigung derartiger Schwierigkeiten, welche den wohlthätigen Zweck des Herzogl. Krankenhauses wesentlich beeinträchtigen würden, ist es erforderlich, dass die Herzogl. Kreisdirectionen in der gedachten Beziehung die Functionen der vormaligen Herzogl. Ämter übernehmen, und Wir weisen die Herzogl. Kreisdirectionen daher an, in Fällen der bezeichneten Art nach vorgängiger Aufforderung von Seiten der Herzogl. Polizeidirection hieselbst dieser die nöthige Hülfe zu leisten und den betreffenden Gemeinden die bezüglichlichen Zahlungsauslagen zu machen.

Circularrescript Herzogl. Finanzcollegii vom 13. Aug. 1850 an die Herzogl. Kreiscassen und Herzogl. Steuercasse Lhedinghausen.

Mittelst Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 2. d. M. ist bestimmt worden, dass die Schulgeldreste in den Landgemeinden in der Regel durch die Amtsvoigte beizutreiben seien, dass jedoch ausnahmsweise die Einziehung von dergleichen Resten auch den Executoren übertragen werden könnte und autorisiren Wir Sie daher hierdurch, auf Antrag der Herzogl. Kreisdirectionen die Executoren mit der Beitreibung von Schulgeldresten und andern Landgemeindeabgaben zu beauftragen, insofern und insoweit die Executoren solche Hülfsleistung in genügender Weise neben ihren sonstigen Dienstgeschäften werden übernehmen können.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 28. Aug. 1850 an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Nachdem in Folge der neuen Organisation der Landesverwaltungsbehörden die Landesdirection aufgehoben worden ist, wollen Wir für die Fälle, in denen über bestimmte Gegenstände

ein gerichtliches Gutachten sämmtlicher Herzogl. Kreisdirectionen erforderlich ist, den innezuhaltenden Geschäftsgang bestimmen.

Wir werden bei solchen Gelegenheiten ein Umschreiben an sämmtliche Herzogl. Kreisdirectionen erlassen und solches zuerst der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig zustellen.

Diese hat zunächst ihr Gutachten abzugeben und mit demselben den Umlauf an Herzogl. Kreisdirection Helmstedt zu befördern. Von dort ist die Sache weiter nach Blankenburg, von Blankenburg nach Wolfenbüttel von da nach Gandersheim, dann nach Holzminden, von Holzminden wieder an die hiesige Herzogl. Kreisdirection zu senden, welche den Umlauf mit den dazu erstatteten Gutachten an Uns zurückzureichen hat.

Wir erwarten, daß jede Herzogl. Kreisdirection solche Angelegenheiten möglichst beschleunigen und wenn irgend thunlich, in kürzerer Frist, spätestens aber binnen acht Tagen erledigen und weiter befördern werde, und wollen Wir die Herzogl. Kreisdirection Braunschweig hiermit anweisen, dafür Sorge zu tragen, daß Verzögerungen vermieden werden und der geforderte Bericht zeitig an Uns gelange.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 8. Octbr. 1850 an Herzogl. Kreisdirection Gandersheim.

Wir erwiedern auf den Bericht vom 3. d. M., daß die competenten Behörden für Ertheilung der Erlaubniß zur Anfertigung von Bittschriften gegenwärtig die Herzogl. Kreisdirectionen sind und daß es denselben überlassen bleibt, in Beziehung auf das Bedürfniß des Publicums, sowie auf die Befähigung der Competenten, mit dem betreffenden Amtsgerichte in Communication zu treten.

Rescr. des Herzogl. Staatsministerii vom 23. Octbr. 1850 an Herzogl. Landesöconomie-Commission.

Es sind Zweifel darüber entstanden, auf welche Weise jetzt, nach eingetretener Veränderung in der Gerichtsverfassung und in der Organisation der Landesverwaltungsbehörden mit Vollziehung derjenigen Executionen zu verfahren sei, welche wegen Beitreibung rückständiger Steuern und der denselben gleichgesetzten Abgaben oder wegen Vollstreckung der von der Herzogl. Landesöconomie-Commission oder den Finanzbehörden innerhalb ihres Wirkungskreises erlassenen Anordnungen nöthig werden.

Wir eröffnen desshalb, nachdem Wir über diesen Gegenstand den Bericht des Herzogl. Obergerichts eingezogen haben, der Herzogl. Landesöconomie-Commission Folgendes:

Die Mitwirkung der im Jahre 1814 errichteten Kreisgerichte bei Einziehung der Steuern und ähnlichen Abgaben lag denselben nicht in ihrer Eigenschaft als Gerichte, sondern in der ihnen zugleich beilegelegten Eigenschaft als Verwaltungsbehörden ob. Dies geht aus der Verordnung vom 19. Febr. 1814 hervor, welche in dem §. 4 jene Mitwirkung näher feststellt und, ihrer Überschrift zufolge, gerade die nähern Beziehungen der Kreisgerichte in Hinsicht auf die Polizei- und Verwaltungsgegenstände reguliren soll, und muß desshalb dieser Gesicht-

punkt auch bei den fernern, diesen Gegenstand betreffenden gesetzlichen Bestimmungen namentlich bei der Verordnung vom 21. April 1815, und dem §. 13 der Verordnung vom 26. März 1823, die Einrichtung des Justizwesens betreffend, so wie bei den nähern Vorschriften, welche das Executionsreglement vom 18. August 1814 enthält, vorausgesetzt werden.

Nachdem nun durch den §. 15 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vom 21. Aug. v. J. den jetzigen Amts- und Stadtgerichten die Landesverwaltungsgeschäfte abgenommen und solche durch den §. 2 des Gesetzes vom 19. März d. J. über die Organisation der Landesverwaltungsbehörden, in so fern nicht besondere Bestimmungen darüber getroffen, den Herzogl. Kreisdirectionen zugetheilt sind, kann die Anordnung der gedachten Executionen — wenn solche nicht sofort von der betreffenden Receptur realisirt werden kann — wie dies z. B. in Steuercontraventionsfachen geschieht, nachdem die Rechtskraft der Erkenntnisse bescheinigt ist oder soweit nicht besondere Vorschriften darüber bestehen, wie dies nach dem Commissarium vom 6. Octbr. 1826 hinsichtlich des Stadtmagistrats in B. der Fall ist — jetzt den Herzogl. Kreisdirectionen obliegen.

Es ergibt sich ferner aus dem §. 3 des Gesetzes vom 19. März d. J., nach welchem die Herzogl. Kreisdirectionen verpflichtet sind, den übrigen Verwaltungsbehörden auf deren Requisition bei solchen Geschäften, welche diese nicht selbst oder durch ihre Hülf- und Unterbeamten besorgen können, Hülfe zu leisten, dass es den Herzogl. Kreisdirectionen obliegt, den übrigen Verwaltungsbehörden, wo es sich um Vollziehung der von denselben innerhalb ihres Wirkungskreises getroffenen Anordnungen und der in Folge davon etwa nöthig werdenden Executionen handelt, auf Ersuchen die erforderliche Hülfe zu gewähren.

Zu dem Executionsverfahren gehört aber nicht bloß die Beschlagnahme der behuf des eventuellen Verkaufs zu sichernden Sachen, sondern auch der Verkauf derselben. Ein genügender Grund diesen Verkauf von dem übrigen Executionsverfahren zu trennen, denselben als einen Act der freiwilligen Gerichtsbarkeit anzusehen und mit der Besorgung die Herzogl. Amts- und Stadtgerichte zu beauftragen, ist daher nicht vorhanden; auch würde ein solches Verfahren dem Geiste der neueren Gesetzgebung, welche die Trennung der Justiz von der Verwaltung möglichst streng durchgeführt hat, nicht völlig entsprechen. Es werden daher die den Herzogl. Kreisdirectionen untergebenen Amtsvoigte den Verkauf der den Debenten abgepfändeten Sachen zu besorgen haben.

Nach den Vorschriften des Executionsreglements vom 18. August 1814, beschränkt sich die Execution zunächst auf bewegliche Sachen und es ist im §. 6. daselbst vorgeschrieben, dass in den Fällen, wo die Schuld nur durch den Verkauf oder durch die Verpachtung eines Grundstücks oder durch den Verkauf der Früchte auf dem Halme zu tilgen steht, eine weitere Communication unter den Behörden stattfinden soll. Diese Verfügung schließt jedoch nicht aus, dass nicht auch Verpachtung von Grundstücken, die Beschlagnahme von Früchten auf dem Halme, von Mieth- und Pachtgeldern, von Lohn und anderen Forderungen der Debenten, so wie die Veräußerung der mit Beschlagnahme belegten Halmfrüchte und Einziehung jener Forderungen, in so fern sich hierbei keine Weiterungen ergeben, welche das Anrufen der richterlichen Hülfe und ein processualisches Verfahren nothwendig machen, im Verwaltungswege geschehen könnten.

Sie setzt nur voraus, dass dieser Art der Execution eine nochmalige Erwägung der Nothwendigkeit oder Zweckmäßigkeit derselben durch die betreffende Finanz- oder Verwaltungsbehörde vorausgegangen ist.



Nur der im Wege der Subhastation zu bewirkende Verkauf von Grundstücken läßt sich ohne gerichtliche Concurrenz nicht vornehmen, weil dabei gerichtliche Acte z. B. Edictalladungen, vorkommen, welche von den Verwaltungsbehörden nicht ausgehen können.

Sollte es also in einem besonderen Falle dahin kommen, daß zu der Veräußerung von Grundstücken geschritten werden müßte, so würde dies nur mit gerichtlicher Hülfe geschehen können, welche nach den jetzt bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nur durch einen von der zuständigen Verwaltungsbehörde gestellten besondern Antrag bei dem Gerichte zu erlangen wäre.

Sollte sich das Bedürfniß herausstellen, daß die Mitwirkung der Gerichte bei dem Executionsverfahren und die Formen, in welchen diese Mitwirkung zu erlangen sei, besonders festgestellt werde, worüber Wir, nachdem in dieser Beziehung weitere Erfahrungen gemacht sein werden, fernere Berichte erwarten, so wird diesem Bedürfniße im Wege der Gesetzgebung abgeholfen werden müssen.

Was endlich die Einziehung rückständiger Zinsen und Abtragszahlungen auf Ablösungs- und Modificationscapitale betrifft, so weist das Gesetz vom 6. Novbr. 1840 ausdrücklich denjenigen Behörden, welchen die Führung der Hypothekenbücher obliegt, das Geschäft zu, die Rückstandsverzeichnisse für executorisch zu erklären. Da nun nach §. 20 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung die Amts- und Stadtgerichte die Hypothekensachen zu besorgen haben, so müssen dieselben, und anstatt des Kreisgerichts jetzt das Stadtgericht Braunschweig, auch den durch das gedachte Gesetz ihnen zugewiesenen Geschäften sich ferner unterziehen.

Diesem gemäß ist künftig zu verfahren und die nöthige Anweisung danach zu ertheilen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 26. Septbr. 1851 an sämtliche  
Herzogl. Kreisgerichte.

Von dem Herzogl. Finanzcollegium ist bei Uns über das unregelmäßige und verspätete Eingehen der Gerichtsverwaltungs-kosten-Rechnungen Beschwerde erhoben worden, und wie es die Ordnung des Rechnungswesens erheischt, hierüber gemessene Bestimmungen zu erlassen, so wollen Wir hiermit Folgendes verfügen:

1. Die Gerichtsverwaltungs-kosten-Rechnungen sind von den Gerichten künftig direct an das Herzogl. Finanzcollegium, statt, wie bisher, durch die Herzogl. Kreisdirectionen, einzusenden;
2. für jeden Tag der verspäteten Rechnungseinsendung, d. h. bei den Vierteljahres-rechnungen nach Ablauf von drei Wochen und bei den Heizungskosten-Rechnungen nach Ablauf des 30. Juni jeden Jahrs wird hiermit eine Strafe von 8 Ggr. angedrohet, dergestalt, daß bei den Herzogl. Kreisgerichten der Abzug der verwirkten Strafe vom Gehalte der Vorsitzenden und bei den Herzogl. Amts- und Stadtgerichten vom Gehalte des ersten Beamten ohne Weiteres von dem Herzogl. Finanzcollegium verfügt, dem Bestraften aber vorbehalten wird, das Straf-geld von demjenigen Hülfsbeamten wieder einzuziehen, dem etwa die verspätete Rechnungseinsendung zur Last fällt.

Sämmtliche Herzogl. Kreisgerichte haben sich hiernach zu achten, resp. den betreffenden Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten die nöthige Anweisung zu ertheilen.

Refc. Herzogl. Staatsministerii vom 9. Octbr. 1851 an Herzogl.  
Finanzcollegium.

Wir erwiedern dem Herzogl. Finanzcollegium auf den Bericht vom 26. v. M., die Revision der Ortsarmencassen = Rechnungen betreffend, Folgendes:

Nach §. 157 der Landgemeindeordnung hat allerdings die Revision der von den Herzogl. Kreisdirectionen zu verwaltenden und zu verrechnenden Amtsarmencasse der Amtsrath vorzunehmen und darauf zu achten, dass Einnahme und Ausgabe dieser Casse mit dem von ihm jährlich zu genehmigenden Voranschlage in Übereinstimmung stehe. Aus der fernern Bestimmung, dass, wenn über Feststellung der Staatsverwilligung außerordentlicher Unterstützungen oder bei Revision der Rechnungen Conflict zwischen der Staatsbehörde und dem Amtsrathe entstehen, darüber das Herzogl. Staatsministerium endgültig zu entscheiden hat, ergiebt sich auch, dass die Prüfung dieser Rechnungen in materieller Hinsicht besonders dem Amtsrathe zugewiesen und dabei die Thätigkeit der mit der Überwachung des Rechnungswesens des Staats allgemein beauftragten Behörde im Allgemeinen nicht weiter vorausgesetzt ist. Dadurch ist aber die Revisionsbefugniß des Herzogl. Finanzcollegiums als Oberrechnungsbehörde überall nicht ausgeschlossen. Vielmehr muß demselben, da die Amtsarmencassen = Rechnung von einer Staatsbehörde geführt und durch vom Staate ihr zugewiesenen Mittel unterhalten wird, auch die Amtsarmencasse keineswegs zu einer Gemeindecasse gemacht und als solche nach §. 7 des Gesetzes über die Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung der Aufsicht der Staatsbehörde nicht entnommen ist, das Recht und die Pflicht der Oberaufsicht auch über diese Rechnungsführung zugestanden werden. Diese obere Aufsicht ist aber nur möglich, wenn Herzogl. Finanzcollegium in den Stand gesetzt wird, von der Regelmäßigkeit der Geschäftsführung sich zu überzeugen, und dies kann nur auf die Weise geschehen, dass demselben die Rechnungen zur Prüfung, wenigstens hinsichtlich der formellen Richtigkeit derselben, vorgelegt und damit zugleich die Grundlagen zu den nothwendigen Cassenrecherchen gegeben werden. Hieraus ergiebt sich, dass die Amtsarmencassen = Rechnungen nicht minder als die der Amtswegebesserungs- und Feuerarmencassen dem Herzogl. Finanzcollegium zur schließlichen Revision und Abnahme mitzutheilen sind, und dasselbe hat daher darauf zu halten, dass solches auch fernerhin und zwar dann geschieht, wenn die durch die Amtsräthe vorzunehmende Revision beendet ist.

Refc. Herzogl. Staatsministerii vom 1. Decbr. 1851.

Es sind über das Verfahren bei Ertheilung von Emigrationsconsensen Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten, und Wir haben unterm 21. Octbr. d. J. Veranlassung gehabt, Folgendes an die Herzogl. Kreisdirection Helmstedt zu rescribiren, wovon Wir die übrigen Herzogl. Kreisdirectionen zur Nachricht und Nachachtung in Kenntniß setzen.

Schon in dem Rescripte der Herzogl. Cammer vom 9. Febr. 1830 ist vorgeschrieben, dass Emigrationsconsense nur nach eingeholter höherer Genehmigung ertheilt werden sollen. Diese Vorschrift hat weder durch den §. 23 der Verordnung vom 4. Mai 1840 noch durch die im §. 7 des Gesetzes vom 12. Octbr. 1832 erfolgte Übertragung der bezüglichlichen Geschäfte

der Herzogl. Cammer auf die Herzogl. Kreisdirectionen eine Änderung erlitten und es muß auch noch gegenwärtig danach verfahren werden.

Regulativ wegen Beförderung von Depeschen der Landespolizeibehörden und der Staatsanwaltschaften durch den electrischen Telegraphen, genehmigt durch Rescript Herzogl. Staatsministerii vom 25. Febr. 1852.

#### §. 1.

Die Herzogl. Kreisdirectionen, die Herzogl. Polizeidirection zu Braunschweig und die Staatsanwaltschaften sind befugt, eilige Depeschen durch den diesseitigen electrischen Staatstelegraphen unentgeltlich befördern zu lassen.

#### §. 2.

Dergleichen Depeschen können regelmäßig von Morgens 6 bis Abends 7 Uhr, ausnahmsweise aber auch in den Nachtstunden dann befördert werden, wenn der Telegraph während dieser Zeit zu Eisenbahnzwecken in Thätigkeit ist.

#### §. 3.

Die zu befördernden Depeschen werden der betreffenden Telegraphenstation schriftlich und von der absendenden Behörde unterzeichnet und unterschiegelt übergeben.

#### §. 4.

Die möglichst kurz zu fassenden Depeschen dürfen nur dienstlichen Inhalts sein und nur in eiligen Fällen aufgegeben werden.

#### §. 5.

Die eingehenden Depeschen sind den Adressaten schriftlich unter Couvert sofort nach deren Eingang gegen Empfangsbcheinigung zuzustellen.

#### §. 6.

Bestellgeld für Depeschen, welche am Stationsorte bleiben, wird nicht erhoben; dagegen hat die absendende Behörde die Auslagen für Botenlöhne zc. nach entferntern Orten zu erstatten.

#### §. 7.

Derjenige, an welchen eine Depesche der im §. 1 gedachten Behörden gerichtet ist, kann auf telegraphischem Wege unentgeltlich antworten.

#### §. 8.

Die Eisenbahn- und Postdienst-Depeschen haben in der Beförderung den Vorgang vor den sub. 1 erwähnten Depeschen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 4. Juli 1852 an Herzogl. Kreisdirection Blankenburg.

Wir erwidern auf den Bericht vom 26. v. M., daß das der beanspruchten Bewilligung von Rettungsprämien vorausgehende Verfahren Sache der Landespolizeibehörden, folglich jetzt Sache der Herzogl. Kreisdirectionen ist, weshalb in den Fällen, in welchen eine eidliche Bestärkung der Aussagen erforderlich wird, solche auch vor den Herzogl. Kreisdirectionen vorgenommen

werden kann. Übrigens wird bei einer genauen Beobachtung der Vorschriften der Rescripte vom 17. Juni 1799 und 9. Febr. 1833 der Fall der Beeidigung selten vorkommen können.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 14. Septbr. 1852 an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Da es zur Sicherung des regelmäßigen Eingehens der Rechnungen der Strafanstalten hieselbst und zu Wolfenbüttel, sowie der von den Herzogl. Kreisdirectionen resortirenden Rechnungen, zweckmäßig erscheint, ähnliche Bestimmungen, wie rücksichtlich der Gerichtscassenrechnungen durch das Circularrescript vom 26. Sept. 1851 an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte getroffen worden, zu erlassen, so wollen Wir auf den Antrag des Herzogl. Finanzcollegiums hiemit verfügen, daß für jeden Tag der verspäteten Einsendung der Quartalsrechnungen der Strafanstalten hier und zu Wolfenbüttel, imgleichen der Vierteljahresrechnungen über Büreaufkosten bei den Herzogl. Kreisdirectionen und der von den Herzogl. Kreisdirectionen alljährlich abzulegenden Amtsarmen-, Feuer- und Begebesserungscassen-Rechnungen eine Strafe von 8 Ggr. verwirkt und von dem Herzogl. Finanzcollegium ohne Weiteres, in Betreff der Rechnungen der beiden Strafanstalten, von des Kreisdirectors zu B. Gehalte, wegen der übrigen Rechnungen aber von dem Gehalte der bezüglichen Kreisdirectoren eingezogen werde, mit Vorbehalt des Regresses derselben gegen denjenigen Hüfsbeamten, welcher etwa die Verzögerung veranlaßt haben sollte. Die Rechnungen der Strafanstalten und die Büreaufkosten-Rechnungen der Herzogl. Kreisdirectionen sind nach Ablauf von drei Wochen des nächstfolgenden Quartals spätestens, die Feuerncassen-Rechnungen bis zum Ende des Monats Februar jeden Jahrs und die Armen- und Begebesserungscassen-Rechnungen bis zum 1. Mai des nächstfolgenden Jahrs an das Herzogl. Finanzcollegium einzusenden.

## Posten. Post- und Eisenbahndienst.

Gesetz, die Feststellung eines neuen Portotarifs für Brief- und Fahrpostsendungen betr. (S. 121) [No. 24] (15./24. Juni 1849.)

- I. Abschnitt. Sendungen nach und von dem Königreiche Preußen §. 1.
- II. Abschnitt. Sendungen nach und von dem Königreiche Hannover §. 2.
- III. Abschnitt. Sendung von einer Postanstalt des Herzogthums nach einer andern desselben.
  - I. Tage für Briefe und Schriften §. 3—9.
  - II. Tage für Pakete §. 10—14.
  - III. Tage für Metallgeld §. 15.
- IV. Tage für Papiergeld, courshabende Papiere und sonstige Papiere mit declarirtem Werthe §. 16.
- V. Tage für Metall- und Papiergeld in einer Verpackung. §. 17.
- VI. Tage für Metall- und Papiergeld in gesonderter Verpackung aber zu einer Adresse gehörig §. 18.
- §. 19. Frühere entgegenstehende Bestimmungen werden aufgehoben.

Anlage 1. Preussische Portotage.

Anlage 2. Auszug der Königl. hannöverschen Posttaxordnung.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums über die Zulassung und Prüfung zum Eisenbahn- und Postdienste. (S. 49) [Nro 13] (31. März/12. April 1851.)

§. 1. Bedingungen des Eintritts in den Post- und Eisenbahndienst, insbesondere Vorbildung des Bewerbers. §. 2. Alter und Körperconstitution. §. 3. Besitz der Unterhaltungsmittel in den Vorbereitungsjahren. §. 4. Form und Begründung des Aufnahmeantrags. §. 5. Verfahren wegen der Zulassung. §. 6. Erste Zulassung auf Probe. §. 7. Dauer der Probezeit und Benutzungsart derselben. §. 8. Fernere Ausbildung des zugelassenen Aspiranten. §. 9. Vorbedingungen der Zulassung zur Aspirantenprüfung. §. 10. Prüfungscommission und Prüfungsverfahren. §. 11. Beförderung zum Bahn- und Posteleven. §. 12. Verwendung der Eleven und deren Anstellung.

**Gesetz**, den Postverkehr des Herzogthums mit den übrigen Staaten des deutsch-österreichischen Postvereins betr. (S. 397) [Nro. 56] (24. Decbr. 1851.)

I. Allgemeine Bestimmungen §§. 1—3.

II. Briefpostsendungen §§. 4—11.

III. Fahrpostsendungen §§. 12—19.

IV. Schlussbestimmungen §§. 20—22.

Anlage. Reduction der Silbergroschen und Pfennige auf Gutegroschen und Pfennige.

**Bekanntmachung** Herzogl. Eisenbahn- und Postdirection zu dem Gesetze vom 24. Decbr. 1851 Nro. 56, die Reductionstabelle von Silbergroschen und Pfennigen in Gutegroschen und Pfennige betr. (S. 1) [Nro. 1] (4./12. Jan. 1852.)

Anlage. Reduction der Silbergroschen und Pfennige auf Gutegroschen und Pfennige.

**Verordnung**, die Publication des zu Berlin am 5. Decbr. 1851 abgeschlossenen revidirten Postvereinsvertrages betr. (S. 371) [Nro. 34] (18./30. Juni 1852.)

**Revidirter Postvereinsvertrag** d. d. 5. Decbr. 1851.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 1. Umfang und Zweck des Vereins. Art. 2. Zusammengesetzte Postgebiete. Art. 3. Vorbehalt hinsichtlich der Ausübung von Postregalrechten. Art. 4—6. Sicherung und Beschleunigung des Postverkehrs. Art. 7. Entfernungsmaß. Art. 8. Vereinsgewicht. Art. 9. Münzwährung. §. 10. Abrechnung.

**Briefpost.** I. Briefverkehr. a. Internationale Vereinscorrespondenz.

Art. 11. Gemeinschaftliches Porto. Art. 12. Bedeutung der Bezeichnung „Vereinscorrespondenz.“ Art. 13. Bezug des Porto. Art. 14. Hinwegfallen des Transitporto. Art. 15. Transitgebühr. Art. 16. Vergütung der Transitgebühr. Art. 17. Vereinsbriefportotaxen. Art. 18. Gewicht des einfachen Briefes; Gewichts- und Taxprogression. Art. 19. Beförderung mit der Briefpost. Art. 20. Frankirte Briefe. Art. 21. Unfrankirte Briefe. Art. 22. Kreuzbandsendungen. Art. 23. Waarenproben und Muster. Art. 24. Recommandirte Briefe. Art. 25. Ersahleistung. Art. 26. Bestellung durch Expressen. Art 27—31. Portofreiheiten. Art. 32. Unrichtig geleitete Briefe. Art. 33—35. Unbestellbare Briefe. Art. 36. Aufhebung der nicht vereinbarten Gebühren.

b. Correspondenz mit fremden Ländern Art. 37—40.

## II. Behandlung der Zeitungen.

Art. 41. Allgemeine Bestimmung. Art. 42—52. Vereinsländische Zeitungen, welche im Vereinsgebiete befördert werden. Art. 53. Ausländische und nach dem Auslande bestimmte vereinsländische Zeitungen.

**Fahrpost.** Art. 54. Festsetzung der Entfernungen. Art. 55—57. Auswechslungspunkte. Art. 58 u. 59. Porto für Transitsendungen. Art. 60. Fahrposttarif. Art. 61. Werthdeclaration. Art. 62. Garantie. Art. 63. Nachnahmen. Art. 64. Baare Einzahlung. Art. 65—73. Allgemeine Bestimmungen. Art. 74. Schiedsrichterliche Entscheidung. Art. 75. Ausbildung des Vereins. Art. 76. Ratification und Dauer des Vertrags.

**Privilegien.**

**Privilegium** für den Kupferschmiedemeister Himmel zu Braunschweig auf die ausschließliche Anfertigung des von Carl Falkmann und Johann Dietrich Wilhelm Peters erfundenen Destillations-Rectifications und Entfuselungsapparates. (S. 3) [Nro. 2] (28. Decbr. 1848/5. Jan. 1849.)

**Privilegium** für den Fabrikanten Daniel Schwarz zu Schleusingen auf die von ihm erfundene Vorrichtung zur Bewegung der Schützen an Doppelwebestühlen. (S. 5) [Nro. 3] (30. Decbr. 1848/8. Jan. 1849)

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, die der Freimaurerloge „Wilhelm zu den drei Säulen“ daselbst verliehenen Corporationsrechte betr. (S. 83) [Nro. 14] (3./19. April 1849.)

**Bekanntmachung**, die der Schützengesellschaft zu Helmstedt beigelegten Rechte einer Corporation betr. (S. 107) [Nro. 20] (4./19. Mai 1849.)

**Privilegium** des Gastwirths Stendner zu Braunschweig auf die von demselben erfundene Bettfedern-Reinigungsmaschine. (S. 119) [Nro. 23] (16/24. Juni 1849.)

**Bekanntmachung** die dem Bürger-Hülfscaassenvereine zu Gandersheim beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 145) [Nro. 25] (4./13. Aug. 1849.)

**Bekanntmachung** des dem Obercommissair Rose zu Oschersleben ertheilte Privilegium auf Verkohlung von Braunkohlen betr. (S. 357) [Nro. 44] (14. Novr. 1849.)

**Privilegium** für Friedrich Georg Wief zu Dresden auf ein neues Verfahren beim Gerben des Leders. (S. 23) [Nro. 7] (6./13. März 1850.)

**Privilegium** für den Major Serre auf Magdeburg, wegen neuerfundener Verbesserungen an Backöfen und Feuerungsanlagen. (S. 517) [Nro. 41] (14./22. Aug. 1850.)

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Blankenburg die der Kleinkinder-Bewahranstalt zu Blankenburg beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 523) [Nro 44] (16./31. Octbr. 1850.)

**Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig, das dem Schneidermeister W. Kettler zu Stolzenau ertheilte Patent auf ausschließliche Anwendung der von ihm erfundenen Vorrichtung zum Anmessen von Kleidungsstücken betr. (S. 35) [Nro 10.] (9./20. Febr. 1851.)

- Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Wolfenbüttel, die der Unterstützungscasse und Unterstützungsterbecasse zu Schöppenstedt verliehenen Rechte milder Stiftungen betr. (S. 45) [Nro. 11] (1./19. März 1851.)
- Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Braunschweig, das dem Maschinenbauer Kolden aus Cöln ertheilte Privilegium auf die von ihm erfundene Maschine zum Pressen des Tafelbleies betr. (S. 277) [Nro. 42] (1. Septbr./9. Octbr. 1851.)
- Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Gandersheim, die der Jacobson'schen Waisenanstalt zu Seesen beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 175) [Nro. 13] (7./13. Febr. 1852.)
- Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Diedrichs'schen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 221) [Nro. 19] (17. März/3. April 1852.)
- Privilegium** für den Dampfmühlenbesitzer Joseph Watremer zu Aachen auf die von demselben erfundene Vorrichtung an Dampfkesseln, um dem Explodiren derselben mittelst hörbaren Signalisirens vorzubeugen. (S. 235) [Nro. 22] (2./22. April 1852.)
- Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Gandersheim, die der Jacobson'schen Bürger-Hülfskasse zu Seesen beigelegten Rechte milder Stiftungen betr. (S. 293) [Nro. 27] (28. April/6. Mai 1852.)
- Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Gundram'schen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 369) [Nro. 33] (22./28. Juni 1852.)
- Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die dem Schützenvereine zu Calvörde verliehenen Rechte einer Corporation betr. (S. 431) [Nro. 38] (11./21. Octbr. 1852.)
- Bekanntmachung** der Herzogl. Kreisdirection Helmstedt, die der Schützengesellschaft zu Schöningen verliehenen Corporationsrechte betr. (S. 441) [Nro. 41] (25. Octbr./6. Novbr. 1852.)
- Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Dreißigmark'schen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 447) [Nro. 43] (9./15. Novbr. 1852.)
- Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Müller'schen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 449) [Nro. 44] (24./30. Novbr. 1852.)
- Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Häberlin'schen Stiftung daselbst verliehenen Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 451) [Nro. 45] (24./30. Novbr. 1852.)
- Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Bornholz'schen Stiftung daselbst verliehenen Rechte milder Stiftungen betr. (S. 453) [Nro. 46] (24./30. Novbr. 1852.)

**Privilegium** für den Fabrikanten Schöttler zu Braunschweig auf eine Vorrichtung zum Regeln der Spannung bei Dämpfen (S. 470) [Nro 48] (2. Novbr./17. Decbr. 1852.)

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig, die der Märzen'schen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 465) [Nro. 50] (23./31. Decbr. 1852.)

**Bekanntmachung** des Stadtmagistrats zu Braunschweig die der Ridder'schen Stiftung daselbst beigelegten Rechte einer milden Stiftung betr. (S. 467) [Nro. 51] (24./31. Decbr. 1852.)

## Stempel.

Rescr. Herzogl. Staatsministerii vom 25. Juli 1850.

Der Bericht vom 16. d. M. die Anfrage des Herzogl. Kreisgerichts Gandersheim, wegen des Gebrauches des Stempelpapiers zu den Ausfertigungen gerichtlicher Erkenntnisse und Bescheide in den vor dem 1. d. M. anhängig gewordenen Rechtsachen betreffend, ist uns zugegangen und eröffnen Wir der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection, dass so lange ein Proceß nach dem alten Verfahren verhandelt wird, auch der vorschriftsmäßige Stempel zu adhibiren sei.

Auf die Stempelgebühr bei Contracten, überhaupt auf alle Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit läßt sich die Bestimmung des §. 401 der Civilproceßordnung gar nicht beziehen.

## Steuern.

**Gesetz**, die Vorbereitungen zur Einführung einer Einkommensteuer betreffend. (S. 111.) [Nro. 22.] (4./12. Juni 1849.)

§. 1. Zum Zwecke der Einführung einer Einkommensteuer soll das Einkommen aller Bewohner des Herzogthums einer Abschätzung unterworfen werden. §. 2. Befreiungen. §. 3. Die Feststellung der Steuerpflicht wird vorbehalten. §. 4. Einschätzungsklassen. §. 5. Aufstellung eines Schätzungsausschusses in jeder Stadt- und Landgemeinde. §§. 6 u. 7. Verfahren des Schätzungsausschusses. §. 8. Das Einkommen von steuerpflichtigen im Herzogthume nicht Wohnberechtigten ist um die Hälfte geringer bei der Classification anzunehmen. §. 9. Eintragung des Resultats der Abschätzung in die Steuerliste. §. 10. Reclamationen gegen die Schätzung. §. 11. Reclamationsfristen. §. 12. Einbringung der Listen an Herzogl. Steuercollegium. §. 13. Dem Herzogl. Steuercollegio werden die Anordnungen zur Ausführung des Gesetzes übertragen. §. 14. Verzeichnisse der Personen, deren Einkommen unter 75 Thlr., sind von den Stadtmagistraten und Ämtern bei Herzogl. Steuercollegio einzureichen.

**Gesetz** über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer (S. 139.) [Nro. 33.] (24. August/7. September 1849.)



§. 1. Aufhebung des bisherigen Grundsteuersystems. §. 2. Einführung einer allgemeinen Grundsteuer. §§. 3 u. 4. Gegenstände der Besteuerung. §§. 5 u. 6. Befreiungen. §. 7. Aufhören der Befreiungen. §. 8. Leitende Behörde. §. 9. Allgemeiner Grundsatz der Veranlagung. §. 10. Allgemeine Bestimmungen bei Veranlagung von Ackerland, Gärten, Wiesen und Ängern. §. 11. Besondere Bestimmungen für Ackerland. §. 12. Besondere Bestimmungen für Wiesen. §. 13. Besondere Bestimmungen für Gärten. §. 14. Besondere Bestimmungen für Änger. §§. 15 u. 16. Classeneintheilung und Steuercapital. §. 17. Steuercapital des Hütungsberechtigten auf Wiesen. §. 18. Steuercapital einer theilweise steuerfreien Wiese. §. 19. Vertheilung des Steuercapitals für Hudeberechtigungen auf Wiesen oder Ängern. §. 20. Vertheilung der Steuer unter die weidberechtigten Mitglieder einer Gemeinheit. §. 21. Steuercapital für Teiche. §. 22. Rohertrag der Forsten. §. 23. Steuercapital der Forsten. §. 24. Steuercapital der in Forsten zur Hude Berechtigten. §. 25. Steuercapital für hudebelastete steuerfreie Forsten und für steuerfreie Hudeberechtigungen in steuerpflichtigen Forsten. §. 26. Vertheilung unter verschiedene Hütungsberechtigte. §. 27. Mit Berechtigungen zum Brennholzbedarf belastete Forsten. §. 28. Berechtigungen zum Brennholzbedarf. §. 29. Steuercapital für Steinbrüche, Lehmgruben etc. §. 30. Steuercapital für Wohnhäuser in Städten und Flecken. §. 31. Steuercapital für Wohnhäuser in Landgemeinden. §. 32. Ausnahme. §. 33. Auf den Brennholzbedarf berechnete Wohnhäuser in den Landgemeinden. §. 34. Nebenwohnhäuser. §. 35. Feststellung der Größe der Grundstücke. §. 36. Vorhandene Vermessungen. §. 37. Vorhandene Abschätzungen und Größe der Forstgrundstücke. §. 38. Neue Vermessungen. §§. 39 u. 40. Vorbereitung der Schätzung. §. 41. Bei Separationen vorgenommene Bonitirungen. §. 42. Leitende Behörde für das Abschätzungsgeschäft. §. 43. Abschätzung durch unbetheiligte Sachverständige. §. 44. Verfahren bei Verschiedenheit der Ansichten der Sachverständigen. §. 45. Feststellung des Antheils am Steuercapitale für die zur Wiesenhütung Berechtigten. §. 46. Bestimmung der Antheile verschiedener Koppelhude-Berechtigten. §. 47. Weidberechtigungen im Forste. §. 48. Mit Brennholzberechtigungen belastete Forsten. §. 49. Gemeinschaftliche Forsten. §. 50. Teiche, Steinbrüche, Lehmgruben etc. §. 51. Prüfung der Bonitirung durch den Localcommissarius. §§. 52—55. Erklärung der Feldmarksinteressenten. §. 56. Revision der Abschätzung der Sachverständigen. §. 57. Anderweite Abschätzung. §. 58. Leitende Behörde und Sachverständige bei Abschätzung der Wohnhäuser in den Städten. §. 59. Verfahren bei der Abschätzung. §. 60. Erklärung der Hausbesitzer. §. 61. Entscheidung über Ausstellungen. §. 62. Anderweite Abschätzung auf Antrag des Herzogl. Steuercollegiums. §. 63. Abschätzung der Wohnhäuser in den Landgemeinden. §. 64. Aufstellung neuer Cataster. §. 65. Steuereinheiten. §. 66. Kosten welche der Staatscasse zur Last fallen. §. 67. Kosten welche dem Grundbesitzer zur Last fallen. §. 68. Zerstörung der Substanz oder Verlust der die Steuerpflicht bedingenden Eigenschaft. §. 69. Veränderung der Benutzungsart. §. 70. Ausnahme von der Regel. §. 71. Änderung der Ertragsfähigkeit. §. 72. Veränderung im Werthe der Häuser. §. 73. Übersehene, neu entstandene oder früher be-

freiete Grundstücke. §. 74. Neue Bohnhäuser. §§. 75 u. 76. Neue Veranlagungen wegen unrichtiger Vermessungen. §. 77. Neue Veranlagung in Folge von Separationen. §§. 78 u. 79. Anmeldung unbesteuerter Grundstücke. §. 80. Untrennbarkeit der Steuer vom Grundstücke. §. 81. Zunächst verpflichtete Person. §. 82. Streitiges Eigenthum. §. 83. Solidarische Vertretung. §. 84. Sicherstellung des Fiskus. §. 85. Eintritt der Steuerpflicht eines Grundstücks. §. 86. Eintritt der Veränderungen im Betrage der Grundsteuer. §. 87. Fälligkeitstermin. §. 88. Eintritt der Steuerpflicht des Besitzers. §. 89. Zeitweiser Steuererlass. §§. 90 u. 91. Zurückforderung gezahlter Grundsteuer. §. 92. Einseitige Ermäßigung der Grundsteuer für die Bohnhäuser. §. 93. Einseitige Ermäßigung der Grundsteuer für die übrigen Grundstücke. §§. 94 u. 95. Zeitpunkt der Einführung der neuen Grundsteuer. §. 96. Betrag der Grundsteuer. §. 97. Entschädigung für aufgehobene Steuerbefreiungen.

### Rescripte.

Schreiben des Oberstaatsanwalts vom 28. Septr. 1851 an Herzogl.  
Steuercollegium zu Braunschweig.

Zu Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 8. v. M. bin ich einverstanden, daß die gerichtliche Verfolgung von Defraudanten directer Steuern, namentlich von Gewerbesteuer- und Schaffschagdefraudationen, den bei den Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten ernannten öffentlichen Ankläger und nach Maßgabe des Strafbetrages den bei den Herzogl. Kreisgerichten angestellten Staatsanwälten obliegt (Str.-Pr.-Ord. §. 24. Abs. 1.) indem die §. 24. Abs. 2. der Str.-Pr.-Ord. benannten Steuercontraventionsfachen nur von Contraventionen hinsichtlich indirecter Steuern zu verstehen sind, jedoch der Meinung, daß im gegenwärtigen Falle, welcher eine Schaffschagdefraude betrifft, der Antrag auf weitere Verfolgung der Sache nebst Nachweisung des Strafbetrages von Seiten des Herzogl. Steuercollegiums unter Beifügung der eingereichten Declarationen zc. bei dem Staatsanwalte zu machen sei, (Rescr. Herzogl. Steuerdirection vom 20. April. 1833 in Bege's Repert. Th. 4. S. 248—249.) und hat eigentlich auch nur dieses in meinem an den Staatsanwalt zu Gandersheim unterm 12. Juli d. J. erlassenen Rescripte angedeutet werden sollen.

Ich sende daher die Untersuchungsacten wider A. und S. wegen Schaffschagdefraude zu solchen Zwecken hiebei zurück und werde, dem Wunsche Herzogl. Steuercollegiums entsprechend, sämmtlichen Staatsanwälten Abschrift des gegenwärtigen Schreibens zur Nachricht und Nachachtung zufertigen lassen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 1. Juli 1850 an die Herzogl.  
Kreisdirectionen.

Auf den Bericht Herzogl. Steuercollegiums vom 1. v. M. und die von der Herzogl. Kreisdirectionen durch abgegebene Vota erfolgte Begutachtung wollen Wir über die bei der Verwaltung der directen Steuern zu beobachtende Geschäftsführung Nachfolgendes bestimmen:

## A. In Contributionsfachen

1. Reclamationen sind bei der Ortsbehörde anzubringen und von dieser mit etwa nöthigen Erläuterungen an Herzogl. Steuercollegium einzusenden. Sollte eine weitere Untersuchung nöthig sein, so sind damit die Landesöconomie-Commissarien oder die Amtsvoigte zu beauftragen.

2. Erläuterungen der Differenzen, welche etwa zwischen den Zehntablösungsrecessen und Besitzberichtigungstabellen bestehen, haben die Landesöconomie-Commissarien zu bewirken.

3. Es soll den Stadt- und Amtsgerichten die Anweisung erteilt werden, Herzogl. Steuercollegio vierteljährlich Nachweisungen der eingetretenen Verlassungen von Grundstücken mitzutheilen.

4. Die Amtsvoigte haben ferner halbjährlich Übersichten der vollführten neuen Anbauten an die Herzogl. Kreisdirectionen einzureichen, welche letztere diese Verzeichnisse im December jeden Jahrs dem Herzogl. Staatsministerio übermitteln. Wir werden diese Verzeichnisse sodann dem Herzogl. Steuercollegio zugehen lassen.

5. Über eintretende veränderte Benützung von Grundstücken haben die Ortsbehörden dem Herzogl. Steuercollegio directe Anzeige zu machen; dasselbe kann eine Prüfung des Sachverhältnisses an Ort und Stelle durch die Amtsvoigte vornehmen lassen.

6. In Ansehung der Prüfung, Feststellung und Attestirung der Specialetats und Heberollen in den Landgemeinden ist ebenso zu verfahren, wie solches in den Städten geschieht.

7. Wir halten zwar für zweckmäßig, dass Anträge auf Steuererlasse bei den Gemeindevorstehern eingereicht werden und dass dieselben geeignete Formulare zur Ertheilung der erforderlichen Nachrichten überwiesen erhalten, wie solches vom Herzogl. Steuercollegio vorgeschlagen ist. Es sind jedoch die Anträge mit den erteilten Erläuterungen den Herzogl. Kreisdirectionen einzusenden und von diesen mit ihrer Begutachtung dem Herzogl. Steuercollegio zuzusenden, wobei es den Herzogl. Kreisdirectionen überlassen bleibt, die Amtsvoigte oder andere Hilfsbeamte zu benützen, um genaue und zuverlässige Auskunft über die Verhältnisse der Steuerpflichtigen zu erhalten. Das anliegende Formular soll zur Begutachtung der Gemeindevorsteher benützt werden.

## B. Schaffschafachen (und C. Hirtenviehsteuer).

Die Declarationen des vorhandenen Schafviehes (und die Verzeichnisse des Hirtenviehes in den vormals lüneburgischen Gemeinden) sind zwar der Regel nach von dem Ortsvorsteher an Herzogl. Steuercollegium direct einzusenden. Sollten sich aber dabei für einzelne Gemeinden der Amtsbezirke Schwierigkeiten ergeben, so kann der Amtsvoigt, so lange als erforderlich, mit der Sammlung solcher Nachweisungen und der Einsendung derselben an Herzogl. Steuercollegium beauftragt werden und haben die Herzogl. Kreisdirectionen auf Requisition des Herzogl. Steuercollegiums die Amtsvoigte mit diesem Geschäfte zu beauftragen.

Die bei der Nachzählung der Schafe sich ergebenden Differenzen sind durch die Ortsbehörden und eventuell durch die Amtsvoigte zu erläutern.

## D. Gewerbesteuerfachen.

1. Die Gewerbesteuer-Mutationsetats sind von den Herzogl. Kreisdirectionen ämterweise aufzustellen und dem Herzogl. Steuercollegio mitzutheilen. Die Ortsvorsteher sind anzuweisen, den Herzogl. Kreisdirectionen in den Fällen, da wegen der Niederlegung eines Gewerbes

oder wegen der Betreibung desselben in einem geringern Umfange die vorschriftsmäßige Meldung bei ihnen eingeht, sofort Anzeige zu machen.

2. Erläuterungen, welche in Folge der Revisionen der Stats erforderlich scheinen, werden von den Herzogl. Kreisdirectionen ertheilt.

3. Bei Reclamationen und Erlassanträgen ist wie ad A. 7 vorgeschrieben zu verfahren.

4. Die Ertheilung von Gewerbescheinen für fremde reisende Kaufleute ist auf die Städte zu beschränken und außerdem nur noch in den Flecken Vorsfelde und Calvörde den Bürgermeistern zu übertragen. Dagegen ist in den Ortschaften, woselbst Jahrmärkte abgehalten werden, die Ausfertigung der Interimsgewerbescheine an Marktferanten, von den Ortsvorstehern zu besorgen.

#### E. Personalsteuersachen.

1. Die Haupt- und Personalsteuer-Mutationsetats sind von den Ortsbehörden direct an Herzogl. Steuercollegium einzusenden. Es kann aber auch hier in den vom Herzogl. Steuercollegium für geeignet erachteten Fällen, gleichwie bei B (C) vorgeschrieben worden eine Sammlung der Stats und deren Einsendung durch den Amtsvoigt angeordnet werden.

2. Etwaige Erläuterung ertheilt in der Regel der Amtsvoigt.

3. Reclamationen und Erlassanträge werden auf dem ad A. 7 vorgeschriebenen Wege erledigt.

#### F. Einkommensteuer.

Die Leitung des Abschätzungsverfahrens, welche den Herzogl. Ämtern obgelegen, geht auf die Herzogl. Kreisdirectionen über. Es sind daher auch von den Ausschüssen die Einkommensteuerlisten an die Herzogl. Kreisdirectionen einzureichen und von diesen nebst den Selbstschätzungen und sonstigen Acten an Herzogl. Steuercollegium einzusenden.

G. Die Autorisation zur Betreibung rückständiger Steuern und eventuell zum Verkaufe gepfändeter und in Beschlag genommener Gegenstände ist von den Herzogl. Kreisdirectionen zu ertheilen, welche, falls Gründe zu Erlassungen oder Befristungen vorliegen sollten, darüber mit Herzogl. Steuercollegio zu communiciren haben.

H. Die Depots der Formulare zu den verschiedenen Steuersachen sind den mit den Registraturgeschäften bei den Herzogl. Amtsgerichten beauftragten Beamten zur Aufbewahrung und Abgabe an die Gemeindevorsteher zu übergeben.

Ebenso sind die, die directen Steuern betreffenden Registraturen der vormaligen Herzogl. Ämter ferner unter der Aufsicht der Registratoren oder besoldeten Schreiber der Amtsgerichte in den Localen dieser Gerichte aufzubewahren und den Herzogl. Kreisdirectionen zur Benützung bei den ihnen obliegenden Geschäften zur Verfügung zu stellen. Die Herzogl. Amtsgerichte sind hiernach mit Anweisung versehen.

Wir beauftragen nun die Herzogl. Kreisdirectionen hiernach zu verfahren, und die Amtsvoigte und Gemeindevorsteher mit Anweisung zu versehen. Da es auch rathsam sein möchte, demnächst eine kurze Instruction für diese Beamten zur Erzielung einer größern Einheit im Geschäftsgange zu ertheilen, so haben die Herzogl. Kreisdirectionen, eine solche Instruction zu entwerfen und nach vorgängiger Communication mit Herzogl. Steuercollegio zu erlassen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 23. Decbr. 1850 an die Herzogl. Kreisdirectionen.

Dieses Rescript, zu gleicher Zeit an die Herzogl. Landesöconomie-Commission erlassen, befindet sich auf Seite 116 u. ff. dieses Bandes bereits verzeichnet.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 21. März 1851.

Nach einer Uns von der Fürstl. Schaumburg-Lippeschen Regierung gemachten Mittheilung ist der provisorisch bei dem Herzogl. Obergerichte zu Wolfenbüttel beschäftigte Fürstl. Schaumburg-Lippesche Regierungsrath C. K. von dem Stadtmagistrate daselbst zur Entrichtung der Personalsteuer herangezogen worden. Da nach früher mit den bei dem gemeinschaftlichen Oberappellationsgerichte theilhaftig gewesenem Fürstl. Regierungen getroffenen Verabredungen den auswärtigen Mitgliedern jenes Gerichts die Befreiung von der Personalsteuer ausdrücklich zugestanden ist, so weisen Wir Herzogl. Steuercollegium hiermit an, die von dem genannten Regierungsrathe geforderte Personalsteuer absetzen zu lassen.

Bericht Herzogl. Steuercollegii vom 28. Juli 1851 an Herzogl. Staatsministerium.

In Folge einer Reclamation des Advocat-Anwalts J. zu C. gegen den Personalsteueransatz desselben wurde beantragt:

Zu bestimmen, daß, ungeachtet nach Vorschrift der Verordnung vom 22. März 1822 Reclamationen gegen die Ansätze zu der Personal- und Gewerbesteuer binnen 4 Wochen nach den dem Steuerpflichtigen geschehenen Bekanntmachung des Steuerbetrags bei der Behörde eingereicht nach Ablauf dieser Frist aber nicht mehr zugelassen werden sollen, Reclamationen gegen die Ansätze zu der Personal- und Gewerbesteuer zwar zu jeder Zeit zulässig sein sollen, jedoch, wenn dieselben begründet, die Herabsetzung hinsichtlich der Personalsteuer erst mit dem nächsten, auf die Reclamation folgenden Monate und wegen der Gewerbesteuer mit dem Anfange des auf die Reclamation folgenden Quartals eintrete, auf die Vorzeit und bis zu dem vorangegebenen Zeitpunkte aber unter keinen Umständen Anwendung finden.

Durch Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 7. Aug. 1851 ist darauf verfügt:

2c. 2c. Im Übrigen aber sind Wir damit einverstanden, daß in Ansehung der Reclamationsfrist in Zukunft nach Maßgabe des am Schlusse des Berichts gemachten Vorschlages verfahren werde.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 16. Novbr. 1851.

Dem Vollmeier J. H. in B. wird auf die Vorstellung vom 26. Septbr. d. J., wegen der von seiner Dienstmagd zu entrichtenden Personalsteuer hierdurch die Resolution ertheilt, daß aus dem in der Resolution des Herzogl. Steuercollegii vom 14. Juli d. J. angeführten Grunde und da die gesetzliche Qualität des Ackergrundes nach der Qualität des Dienstherrn, nicht aber

nach der persönlichen Beschäftigung des Gesindes zu bezeichnen, Reclamant aber, der seine fruchttragenden Grundstücke verpachtet und seine wirtschaftlichen Verhältnisse beschränkt hat, nicht als Landbauer, der Wirthschaftsgefinde hält, zu betrachten ist, — auf den Antrag wegen Ermäßigung der Personalsteuer für seine Dienstmagd nicht eingegangen werden könne.

## **Strafproceß.**

**Gesetz**, die Ausführung des §. 8 und des §. 10 der Grundrechte für das deutsche Volk und §§. III Nro. 5 und VII des Einführungsgesetzes für die Grundrechte des deutschen Volks betr. (S. 53) [Nro. 5] (14./20. Jan. 1849.)

§. 1. Begriffsbestimmung der Ergreifung und Verfolgung auf frischer That.

§. 2. Zur Verhaftung auf frischer That berechnigte Beamte.

§. 3. Zur Hausfuchung berechnigte Beamte.

§. 4. Behörden und Beamte, denen das Gesetz ausnahmsweise ohne richterlichen Befehl die Hausfuchung gestattet.

§. 5. Aufhebung aller widerstreitenden gesetzlichen Bestimmungen.

§. 6. Eintritt dieser Bestimmungen in Gesetzeskraft.

**Verordnung**, die Publication der Strafproceßordnung betr. (S. 247) [Nro. 36] (22. Aug./28. Septbr. 1849.)

Die Strafproceßordnung wird bekannt gemacht, jedoch bleiben die Bestimmungen über den Eintritt derselben vorbehalten.

**Strafproceßordnung**. Erster Theil. Allgemeine Bestimmungen. Titel 1. Leitende Grundsätze. §§. 1—10. Titel 2. Von der Zuständigkeit der Gerichte. §§. 11—15. Titel 3. Von Ablehnung der Gerichtspersonen. §§. 16—22. Titel 4. Von der Verfolgung der Vergehen, den dabei thätigen Beamten und ihrem gegenseitigen Verhältnisse. §§. 23—48. Titel 5. Von dem Hauptverfahren. §§. 49—69.

Zweiter Theil. Verfahren vor den Stadt- und Amtsgerichten. §§. 70—81.

Dritter Theil. Verfahren vor den Kreisgerichten. §§. 82—94.

Vierter Theil. Verfahren in den dem Criminalsenate des Obergerichts überwiesenen Sachen. Titel 1. Von der Einleitung des Hauptverfahrens und der Verlegung in den Anklagestand. §§. 90—105. Titel 2. Von der Zusammensetzung des Gerichts der Geschworenen. §§. 106—122. Titel 3. Öffentliches mündliches Hauptverfahren. §§. 123—155.

Fünfter Theil. Titel 1. Allgemeine Bestimmung. §. 156. Titel 2. Von der Nichtigkeitsschwerde gegen Erkenntnisse in Strafsachen. §§. 157—172. Titel 3. Von der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. §§. 173 u. 174. Titel 4. Von dem Verfahren gegen flüchtige Verbrecher. §§. 175—178. Titel 5. Von der Anerkennung der Identität Verurtheilter. §§. 179—181. Titel 6. Von der Vollstreckbarkeit der Straf-erkenntnisse und deren Vollziehung. §§. 182—187. Titel 7. Von der Wiedereinsetzung Verurtheilter in politische und bürgerliche Rechte. §§. 188—191. Titel 8. Von den Kosten. §. 192.

Anhang Sportel- und Gebührenordnung in Strafsachen.

**Gesetz**, die Ergänzung der der Strafproceßordnung vom 22. August 1849 angehängten Sportel- und Gebührenordnung betr. (S. 237) [Nro. 38] (11./20. September. 1851.)

§. 1. Ergänzung des Sportelsatzes in den §. 67. Abf. 3. der Strafproceßordnung bestimmten Fällen. §. 2. Sportelsatz für Erledigung von Requisitionen nicht braunschweigischer Gerichte. §. 3. Stempelgebühr in Straffachen.

**Gesetz**, Änderungen der §§. 2, 7, 11, 106, 111—115, 118 u. 124. und Anlage A. III. der Strafproceßordnung betr. (S. 283) [Nro. 45] (31. Octbr./7. Novbr. 1851.)

§. 1. Ausdehnung der Privatanlage auf leichtere Körperbeschädigungen. §. 2. Ausdehnung der Competenz der Herzogl. Kreisgerichte in Straffachen. §. 3. Anordnung einer nothwendigen Vertheidigung in den im §. 2 bezeichneten Straffällen. §. 4. Abänderung der Bestimmungen über Bildung des Geschwornengerichts. §§. 5, 6 u. 7. Bedingungen für die Geltendmachung von Entschuldigungsgründen behuf Ablehnung des Geschwornenamts. §§. 8 u. 9. Abänderung der Bestimmungen über die Aufstellung der Geschwornenlisten. §. 10. Abänderung der Bestimmungen über die Zeugengebühren in Straffachen. §. 11. Transitorische Bestimmungen.

### Rescripte.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 12. Juli 1850 an Herzogl. Amtsgericht Eschershausen.

Dem Herzogl. Amtsgerichte eröffnen Wir auf die Anfrage in dem Berichte vom 7. d. M. über die Competenz zur Erledigung der Requisitionen ausländischer Gerichte in Straffachen, daß die Schlussbestimmung des §. 5. der Str.-Pr.-Ord. sich auf alle in dessen ersten Absätze aufgeführten gerichtlichen Handlungen bezieht, also auch auf Requisitionen ausländischer Gerichte, und insofern dieselben daher Sachen, welche wie die in Frage stehende, zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehören, betreffen, sind sie auch von diesen zu erledigen.

Der an der vorliegenden Requisition selbst gerügte Mangel der Bezeichnung der Strafe, mit welcher das Vergehen bedrohet ist, kann auch nicht die Ablehnung der Requisition bewirken, sondern nur die Veranlassung werden, die Ergänzung des Mangels zu verlangen und haben Wir übrigens das Königl. hannöversche Ministerium ersucht, dieserhalb eine allgemeine, den hannöverschen Gerichten zu ertheilende Anweisung zu veranlassen.

Ausschreiben des Königl. hannöverschen Justizministeriums vom 5. Aug. 1850 an alle Gerichte des Königreichs.

Nach einer Mittheilung des Herzogl. braunschw. lüneburgischen Staatsministeriums soll nach dem §. 75. der mit dem 1. v. M. für das dortige Herzogthum in Kraft getretenen Strafproceßordnung vom 22. August v. J. die Vorladung eines Angeschuldigten namentlich auch die Bezeichnung des Vergehens und die demselben gesetzlich angedrohte Strafe enthalten und es

kann auch den Requisitionen ausländischer Gerichte wegen Sistirung braunschweigischer Unterthanen in Strafsachen nicht genügt werden, wenn in den Ladungen jene Erfordernisse nicht beobachtet sind.

Die Königl. Gerichte werden daher angewiesen, in allen Fällen, in denen die Vorladung eines braunschwg. Unterthanen als Angeeschuldigter in einer Strafsache erforderlich ist, möge solche durch Unsere Vermittelung oder durch unmittelbare Requisition des betreffenden braunschweig. Gerichts erfolgen, dem Verichte, beziehungsweise Requisitionsschreiben, eine den eben bezeichneten Erfordernissen entsprechende förmliche Vorladung beizufügen.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 31. Juli 1850.

Die Frage, ob die eidliche Erhärtung des objectiven Thatbestandes von Seiten des Beschädigten bei Diebstählen namentlich alsdann unterbleiben könne, wenn verfolgbare Spuren des Thäters nicht vorhanden sind, läßt sich nicht im Allgemeinen entscheiden, sondern ist mit Rücksicht auf die Beschaffenheit des einzelnen Falles zu beurtheilen.

Nach der landesfürstlichen Verordnung vom 4. Mai 1744 und den Rescripten vom 9. März 1737 und vom 28. Decbr. 1738 (Fredericksdorf Prompt. I. S. 291, 296, 327. VIII. Nro. 27. Schneider Repert. II. S. 292, 321) soll zur Vermeidung überflüssiger Eide, wenn ein Dieb den Diebstahl bekennt oder dessen rechtlicher Weise überführt wird und der bestohlene Eigenthümer, daß das Gestohlene ihm zugehöre, versichert, in diesen mit eidlicher Bestärkung nicht gedrungen, sondern es sollen die wieder herbeigeschafften gestohlenen Sachen durch beeidigte Tagatoren geschätzt, in andern Fällen aber die Beschädigten zur eidlichen Erhärtung des Thatbestandes angehalten werden.

Wenngleich nun nicht zu verkennen ist, daß in Gemäßheit der Str.-Proc.-Ord. §§. 58, 77, 90, 134 von eidlicher Erhärtung noch in verschiedenen andern Fällen Abstand genommen werden kann, so wird sie doch nicht unterbleiben dürfen, sofern dadurch ein Nachtheil für die Begründung der Anklage oder für das Hauptverfahren zu besorgen ist (Str.-Proc.-Ord. §. 38) und insbesondere bleibt in dem einzelnen Falle zu erwägen, ob auch ohne den Eid Dessen, welcher einen Diebstahl erlitten zu haben behauptet, genügende Veranlassung zum weitem Verfahren als gegeben anzunehmen sei.

Daß übrigens hinsichtlich der Eidesleistungen mit gehöriger Vorsicht verfahren werden müsse und in Untersuchungssachen wegen geringfügiger Gegenstände oder wenn noch andere Mittel zur Erforschung der Wahrheit vorhanden sind, ohne Noth nicht zum Eide vorgeschritten werden dürfe, ist bereits durch landesherrliches Rescript vom 3. Juli 1818 (Bege's Repert. I. 24 III. 26) in Erinnerung gebracht worden.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 4. Juli 1850 an den Oberstaatsanwalt.

Ihr Bericht vom 2. d. M. über die Vollziehung der Straferkenntnisse ist Uns zugegangen und sind, was die Vollziehung der Freiheitsstrafen an unvermögenden Verurtheilten betrifft, die Gemeinden aufzufordern, binnen drei Tagen nach vollstreckbar gewordenem Erkenntnisse



die erforderliche Bekleidung des Verurtheilten zu beschaffen und wenn dieses nicht erfolgt, ist derselbe ohne Weiteres in die Strafanstalt abzuführen und daselbst, unter Vorbehalt der Wiedererstattung der veranlassenen Kosten, mit der nöthigen Bekleidung zu versehen.

Resc. des Herzogl. Staatsministerii vom 12. Septbr. 1850.

Auf berichtlichen Vortrag des Oberstaatsanwalts erklärt sich Herzogl. Staatsministerium damit einverstanden, dass die Bestimmung des §. 13 des Gesetzes vom 21. Aug. 1849, wonach die Untersuchungsrichter an Entscheidung von Strassachen nicht Theil nehmen sollen, in welchen sie eine Voruntersuchung geführt haben, nur auf die nach der Hauptverhandlung zu fällenden Definitiventscheidungen zu beziehen sei und mithin der Untersuchungsrichter an der Beschlussnahme über die Einleitung des Hauptverfahrens in jedem Falle Theil nehmen könne.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 17. Septbr. 1850.

Bei der mittelst Rescripts vom 15. Juli d. J. angeordneten Führung von Depositenregistern ist vorausgesetzt, dass in einzelnen Untersuchungssachen Gegenstände z. B. Überführungsstücke, gestohlene Sachen und dergleichen aufbewahrt werden müssen, welche sich zur Aufnahme in das eigentliche gerichtliche Depositum und den Depositenkasten nicht eignen.

Die über diese gerichtlichen Depositen bestehenden Vorschriften bleiben ungeändert, so dass mithin Baarschaften, Gegenstände von baarem oder dem gleich zu achtenden Geldwerthe, (Werthpapiere, Pretiosen etc.) wenn sie in die Verwahrung des Staatsanwalts gekommen sein sollten ungesäumt an das gerichtliche Depositum abzuliefern sind. In solchem Falle ist im Register des Staatsanwalts jene Ablieferung mit Bezug auf den von dem Gerichte ausgestellten Depositenschein, und die demnächstige Herausgabe mit Bezug auf das hierüber auszunehmende gerichtliche Protocoll zu bemerken, indem die wegen Auszahlung gerichtlicher Depositen gegebenen Bestimmungen vor wie nach zur Anwendung kommen.

Was aber diejenigen Gegenstände anlangt, welche nicht in das gerichtliche Depositum aufgenommen werden können, so versteht sich von selbst, dass dafür ein zu deren Aufbewahrung passendes Local vorhanden sein oder eingerichtet werden muss, welche Einrichtung unter Rücksprache mit dem Kreisgerichtsdirector nach eines jeden Orts Gelegenheit zu treffen ist. Bei Zurückgabe der lediglich in das Depositenregister der Staatsanwälte eingetragenen Gegenstände wird die Quittung des Empfängers in die letzte Columne regelmäßig genügen. Sollten jedoch in einzelnen Fällen nach der Ansicht des Staatsanwalts irgend Bedenken vorhanden sein, so steht kein Hinderniß entgegen, über die Auslieferung ein gerichtliches Protocoll aufnehmen zu lassen und wird alsdann in der betreffenden Columne des Depositenregisters statt oder neben der nochmaligen Quittung des Empfängers auf dieses Protocoll hingewiesen werden können.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 20. Septbr. 1850.

Es sind Zweifel entstanden,

ob bei denjenigen Verbrechen, hinsichtlich welcher von dem öffentlichen Ankläger nur auf vorgängige Anzeige der Betheiligten (Crim.-Ges.-B. §. 244) die Einleitung eines Straf-

verfahrens beantragt werden darf, (Str.=Pr.=Ord. §§. 1. 23. Abf. 2) die Zurücknahme der Anzeige Seitens der Betheiligten (Crim.=Ges.=B. §. 247) alsdann noch von Wirkung sein kann, wenn von dem Kreisgerichte die Einleitung des Hauptverfahrens verfügt (Str.=Pr.=Ord. §§. 49. 84) oder von dem Anklagesenate des Obergerichts, indem mehrere der im Cr.=Ges.=B. §. 244 benannten Verbrechen zur Aburtheilung des Criminalsenates gehören, die Verurtheilung in den Anklagestand (Str.=Pr.=Ord. §. 99) ausgesprochen worden ist?

und ist durch höchstes Rescript vom 11. d. M. genehmigt, daß die Herren Staatsanwälte von mir mit allgemeiner Anweisung behuf gleichmäßiger Behandlung der Fälle solcher Art, nach den einberichteten Ansichten, versehen werden. Demzufolge eröffne ich den Herren Staatsanwälten hierüber Nachstehendes:

Durch die deutlichen und bestimmten Vorschriften der Str.=Pr.=Ord. §. 49 Abf. 1 u. §. 99 Abf. 2 wird die oben berührte Frage dahin entschieden, daß, abgesehen von den der Privatanklage vorbehaltenen Fällen (Str.=Pr.=Ord. §. 2, §. 49 Abf. 2) der Betheiligte nur bis zu dem Zeitpunkte, daß die Einleitung des Hauptverfahrens wider den Angeeschuldigten oder dessen Verurtheilung in den Anklagestand angeordnet worden, zur Zurücknahme der Anklage befugt erscheint, auf die erhobene und zugelassene öffentliche Anklage aber ihm keine weitere Einwirkung gestattet ist, indem nach der Zeit „das Verfahren durch Erkenntniß beendigt werden muß.“

Ist daher auf den Antrag des öffentlichen Anklägers die Einleitung des Hauptverfahrens wider den Angeklagten oder dessen Verurtheilung in den Anklagestand verfügt, so kann die Einstellung des Strafverfahrens nur durch landesfürstliche Niederschlagung der Untersuchung erfolgen; und versteht sich übrigens von selbst, daß bei erlangter Niederschlagung keine Gerichtsporteln erhoben werden dürfen, weil nach Ausweisung der der Str.=Pr.=Ord. angehängten Sportelordnung die Erhebung von Gerichtsporteln nicht anders zulässig ist, als wenn auf Strafe erkannt worden, und die Ausnahmebestimmung im §. 67 Abf. 3. der Str.=Pr.=Ord. auf dem besondern Grunde, leichtfertigen Privatanklagen (Str.=Pr.=Ord. §. 2) entgegen zu treten, beruht.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 16. Septbr. 1850.

Da von einem der Herzogl. Amtsgerichte der Zweifel aufgeworfen und Uns zur Entscheidung verstellt ist: ob die in der Sportelordnung vom 10. Mai 1835 Nro. II. E. enthaltenen Sportelsätze für Vollziehung erkannter Gefängnißstrafen, nachdem die Str.=Pr.=Ord. vom 22. August v. J. mit der derselben angehängten Sportelordnung in Wirksamkeit getreten sei, ferner erhoben werden können, so eröffnen Wir den sämmtlichen Herzogl. Stadt- und Amtsgerichten, nach eingegangenem gutachtlichen Berichte des Obergerichts, daß, da die neue Sportelordnung in Strafsachen an die Stelle der angezogenen Bestimmungen der ältern Sportelordnung getreten ist, nach Inhalt jener aber die unter Nro. 1—4 bei den verschiedenen Gerichten zu erhebenden Gebühren in Pauschsätzen festgesetzt sind, außer denen keinerlei Art von Gebühren erhoben werden sollen, auch die Sportelsätze unter Nro. II. E der ältern Sportelordnung von den Verurtheilten nicht ferner eingezogen werden können.

Übrigens versteht es sich von selbst, daß es hinsichtlich der baaren Auslagen für die Strafgefangenen als Heizung, Licht &c. bei den bisherigen Bestimmungen zu verbleiben hat.

Resc. Herzogl. Obergerichts vom 2. Decbr. 1850.

In Gemäßheit eines Rescripts Herzogl. Staatsministeriums vom 22. Septbr. d. J. werden die sämmtlichen Herzogl. Kreis-, Stadt- und Amtsgerichte hierdurch angewiesen: in den in Steuer- und Zollcontraventionsfachen abzugebenden Erkenntnissen für den Fall, daß die behuf Einziehung der Geldstrafen von den Steuer- und Zollbehörden zu verfügende Execution erfolglos bleibe, subsidiarisch die Freiheitsstrafe sofort zu verfügen.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 13. Decbr. 1850 an sämmtliche Kreisdirectionen und den Stadtmagistrat zu Braunschweig.

Bei den zu Helmstedt stattgehabten Schwurgerichtssitzungen ist, nach Aburtheilung mehrerer Fälle, die Entdeckung gemacht, daß in die Urlisten der als Geschworene zulässigen Personen, eine Person, die das gesetzliche Alter noch nicht erreicht gehabt, aufgenommen und zum Geschworenen ausgelooet worden, und ist hieraus die formelle Nichtigkeit des bisherigen Verfahrens entstanden.

Um für die Zukunft ähnliche unangenehme Vorfälle zu verhüten, weisen Wir auf den Antrag des Oberstaatsanwalts sämmtliche Herzogl. Kreisdirectionen und den hiesigen Stadtmagistrat hiermit an:

1. In die aufzustellenden Urlisten das Alter der als Geschworenen zulässigen Personen und in Ansehung der Besitzer von Bauergütern zugleich die Affecurationsnummer des Gehöftes resp. von den betreffenden Administrativbehörden aufnehmen zu lassen und aufzunehmen; und

2. wenn im Laufe des Jahrs Geschworene, welche auf die Urliste gebracht sind, (Str.=Pr.=Ord. §. 115) sterben, unfähig oder behindert werden (Str.=Pr.=Ord. §. 107 Nro. 2—5. §. 108 Nro. 1 u. 2 und §. 110) hiervon sofort das betreffende Kreisgericht (Str.=Pr.=Ord. §. 112 Abs. 1) benachrichtigen zu lassen resp. zu benachrichtigen.

Resc. Herzogl. Obergerichts 2. Senates vom 1. Februar 1851.

Dem Herzogl. Kreisgerichte lassen wir in der Anlage die Untersuchungsacten wider den Schuhmachergesellen W. zu B., wegen Störung des Hausfriedens, nebst einer beglaubigten Abschrift der von Seiten der Oberstaatsanwaltschaft erhobenen Beschwerde gegen den vom Herzogl. Kreisgerichte in dieser Untersuchungssache gefaßten Beschluß vom 20. Januar d. J. zugehen und wie Wir diese Beschwerde als in jeder Hinsicht begründet anerkennen müssen, so haben Sie den Untersuchungsrichter dem Antrage gemäß anzuweisen.

Anlage vorstehenden Rescriptsantrag des Oberstaatsanwalts vom 29. Januar 1852.

Dem verehrlichen Anklagesenate überreiche ich anbei die Untersuchungsacten wider den Schuhmachergesellen W. zu B., wegen Störung des Hausfriedens, nebst dem Beschwerde-

berichte des Staatsanwalts zu Braunschweig vom 28. d. M. indem ich mit Beziehung auf §. 36. Abs. 2. der Str.-Pr.-Ord. ganz ergebenst beantrage:

Dem Untersuchungsrichter zu Braunschweig durch das Herzogl. Kreisgericht daselbst die nöthige Anweisung behuf Einleitung der Voruntersuchung wider die benannten W. (Str.-Pr.-Ord. §§. 31. 33.) zu ertheilen.

Es gehören nämlich die Polizeicommissaire zu den Beamten der gerichtlichen Polizei (Ges. die gerichtliche Polizei betr. §§. 2. 4. 18.) und sie sind folglich berechtigt und verpflichtet nicht nur selbst den strafbaren Handlungen nachzuforschen, sondern auch die von Andern gemachten Denunciationen aufzunehmen und hiervon dem betreffenden Staatsanwalte Mittheilung zu machen. (Ges. die gerichtliche Polizei betr. §. 1. Str.-Pr.-Ord. §. 25.)

Die über Anträge wegen Verfolgung solcher Verbrechen, welche, wie Hausfriedensbruch, nur nach vorgängiger Anzeige der Betheiligten untersucht werden, (Cr.-Ges.-B. §. 244.) von den Polizeicommissairen aufgenommenen Protocolle, können mithin des öffentlichen Glaubens um so weniger entbehren (St.-Pr.-Ord. §§. 27 u. 28.) als die Polizeicommissaire ermächtigt sind, auch hinsichtlich der in Rede stehenden Verbrechen die §§. 5 u. 9 des Gesetzes, die gerichtliche Polizei betreffend, bezeichneten Handlungen unter den geeigneten Voraussetzungen vorzunehmen und da §. 23. Abs. 2. der Str.-Pr.-Ord. lediglich vorschreibt, daß derartige Vergehen von dem öffentlichen Ankläger nicht anders verfolgt werden dürfen, als wenn ein solcher Antrag entweder schriftlich in glaubhafter Form oder mündlich bei ihm angebracht worden ist, das von dem Polizeicommissaire T. zu B. am 4. d. M. aufgenommene, dem öffentlichen Ankläger, hier dem Staatsanwalte, überreichte Denunciationsprotocoll aber, einer bei dem Staatsanwalte schriftlich und in glaubhafter Form eingebrachten Anzeige mindestens gleich steht, so kann die geschehene Ablehnung des von dem Staatsanwalte wegen Voruntersuchung gemachten Antrags für gerechtfertigt nicht erachtet werden.

Resc. Herzogl. Obergerichts vom 28. März 1851 an Herzogl. Amtsgericht Lutter am Bge.

Aus den von der Oberstaatsanwaltschaft bei uns eingereichten Acten des Herzogl. Amtsgerichts Lutter am Bge., die Untersuchung wider F. R. zu S., wegen Beleidigung des Revierjägers N. betreffend, haben wir gesehen, daß das Herzogl. Amtsgericht, welches den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1 Thlr. verurtheilte, seiner Entscheidung vom 2. März d. J. den §. 198 des Grim.-Ges.-B. zum Grunde gelegt, gleichwohl bei seinem Verfahren die Bestimmungen des §. 74 der Str.-Pr.-Ord. befolgt hat. Da indeß diese nur bei solchen Vergehen, welche zunächst ausschließlich mit Geldstrafe bedrohet sind, Anwendung finden, in den Fällen des §. 198 aber auf Geld- oder Gefängnißstrafe zu erkennen und dabei die verwirkte Gefängnißstrafe voranzustellen.

Motive zum Grim.-Ges.-B. §. 18.

und in solchen Fällen daher nach dem §. 75 der Str.-Pr.-Ord. zu verfahren ist, so weisen wir das Herzogl. Amtsgericht hiermit an, sich künftig danach zu achten.

Bege's Repert. VII. Th.

## Höchstes Rescript vom 1. Juli 1851 an Herzogl. Obergericht.

Wilhelm Herzog zc. Wir haben den Bericht des Herzogl. Obergerichts vom 25. v. M. die Beschwerde des Obristen B., wegen der dem Hauptmann v. G. von dem Schwurgerichte zu Braunschweig auferlegten Strafe von 20 Thlr., erhalten und eröffnen dem Herzogl. Obergerichte, nach sorgfältiger Ermägung der Sache, Folgendes:

Was zuvörderst die thatsächlichen Verhältnisse betrifft, so ist dem Hauptmann und Flügeladjutanten v. G. durch einen höchsten Befehl Blankenburg als Stationsort angewiesen, er ist durch diesen Befehl daselbst gesetzlich domiciliert (§. 6 der Verordnung vom 4. Mai 1830) und außerdem hat er sich auch wirklich daselbst sammt Familie niedergelassen und die Steuern als Einwohner von Blankenburg entrichtet.

Der Art. 154 der Verordnung über die Militärstrafen und Proceßse schreibt nun aber vor: „Wenn eine Militärperson bei einer Criminaluntersuchung, welche von einem Civilgerichte an dem Stationsorte der Militärperson oder auch an einem andern Orte geführt wird, als Zeuge zu vernehmen ist, so geschieht die Vernehmung durch das ordentliche Gericht des Stationsortes.

Es kann nach den vorausgeschickten thatsächlichen Verhältnissen nicht bezweifelt werden, daß, wenn die Vorschrift des citirten Artikels 154 als noch bestehend angesehen werden muß, den p. v. G. als Zeuge vor das Schwurgericht in Braunschweig nicht geladen werden konnte, sondern durch Requisition des Kreisgerichts Blankenburg zu vernehmen gewesen sein würde.

Es kommt daher darauf an, zu untersuchen,

ob der Art. 154 durch die jetzige Str.-Pr.-Ord. aufgehoben sei?

Diese Frage ist zu verneinen; denn

1. Der §. 30 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung bestimmt ausdrücklich: die über die Militärstrafen und Proceßse bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bleiben unverändert.

Zu diesen gesetzlichen Bestimmungen gehört auch der gedachte Art. 154; er besteht also unverändert fort.

Die Behauptung, daß er stillschweigend durch die Str.-Pr.-Ord. aufgehoben sei, läßt sich, dieser klaren gesetzlichen Vorschrift gegenüber nicht rechtfertigen und zwar um so weniger, als die Str.-Pr.-Ord. gleichzeitig mit der Gerichtsverfassung entworfen, berathen und publicirt ist.

Selbst wenn der Art. 154 absolut unverträglich mit der Str.-Pr.-Ord. wäre, würde sich unter diesen Umständen nicht folgern lassen, daß er aufgehoben sei, sondern die Folge würde nur die sein, daß die gesetzgebende Gewalt einzuschreiten hätte, um den bestehenden Widerspruch zu heben.

2. Eine solche, wie bereits bemerkt worden, rechtlich nicht einmal erhebliche Unverträglichkeit des Art. 154 mit der Str.-Pr.-Ord. läßt sich nicht nachweisen.

An ihren Stationsorten werden sich die Militärpersonen als Zeugen vor den jetzt bestehenden ordentlichen Untersuchungsgerichten, also nach Beschaffenheit der Fälle vor den Amts- oder Stadtgerichten, dem Untersuchungsrichter, dem Kreisgerichte und dem Schwurgerichte stellen müssen, außerhalb ihrer Stationsorte sich zu stellen, sind sie dagegen nicht gehalten und die Folge davon wird sein, daß sie durch Requisition des Gerichts ihres Stationsortes vernommen und die Protocolle über ihre Aussagen in der öffentlichen Hauptverhandlung verlesen werden.

Fälle dieser Art werden überhaupt nicht häufig sein und wenn sie vorkommen, befinden sich die Gerichte in keiner andern Lage als in den durch die Proceßordnung sonst zugelassenen Fällen, in welchen man sich mit der Verlesung der Protocolle begnügt und begnügen muß. Für die Folge der Verhandlung ist es völlig gleichgültig: ob das Impediment für das Erscheinen des Zeugen in einem thatsächlichen Grunde oder in einer gesetzlichen Bestimmung liegt.

3. Endlich würde, wenn nicht der §. 30 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung entgegen stände, sich die Frage aufwerfen lassen: ob der Grund der Vorschrift des Art. 154 ein solcher sei, daß derselbe durch das jetzige Verfahren weggefallen und damit auch diese Bestimmung selbst unwirksam geworden sei? Indess auch diese Frage wird verneinend beantwortet werden müssen.

Sowol in dem Untersuchungsverfahren als in dem jetzigen, wenn auch in diesem mehr, ist es von Wichtigkeit, daß der untersuchende Richter selbst die Zeugen vernimmt, namentlich z. B. bei Confrontationen.

Die Bestimmung des Art. 154 hat daher ihren Ursprung nicht in dem frühern Proceßverfahren, sondern sie ist eine aus dem militairischen Dienstverbände und zum Besten des Dienstes getroffene, um zu verhindern, daß mehr als dringend nothwendig erforderlich, Militairpersonen durch das Ablegen von Zeugnissen ihrem Dienste entzogen werden. Diese Motive bestehen aber jetzt noch ganz eben so, wie sie früher bestanden haben. Wir müssen daher, von welcher Seite Wir auch die Frage über das Fortbestehen des Art. 154 beleuchten, immer zu dem Resultate gelangen, daß derselbe fortbesteht und daß daher die Ladung des p. v. G. vor das Schwurgericht zu Braunschweig nicht zulässig war.

Dagegen sind Wir mit Herzogl. Obergerichte darin einverstanden, daß in der Bestimmung des §. 59 der Str.-Pr.-Ord., daß Zeugen, welche nicht über fünf Meilen von dem Gerichtssitze entfernt sind, vorgeladen werden müssen, nicht umgekehrt die Vorschrift liegt, daß entfernter Wohnende nicht vorgeladen werden können.

Indess wird dieses doch nur geschehen, wenn dazu besondere Gründe vorhanden sind, und es hat nicht zur Erörterung kommen können, ob solche in diesem Falle vorliegen? da das Schwurgericht von der Aufsicht ausgegangen ist, die in der Liste der Zeugen gemachte Angabe, daß der p. v. G. zu Braunschweig sei, sei richtig.

Nach diesen Erörterungen können Wir nicht bezweifeln, daß durch Verfolgung des Rechtsweges die Aufhebung der gegen den p. v. G. erkannten Strafe zu erlangen sein werde. Da nach dem Berichte des Herzogl. Obergerichts dessen Verurtheilung indess mit dadurch herbeigeführt ist, daß derselbe in seiner Eingabe an den Schwurgerichts-Präsidenten sich auf den Art. 154 berufen hat, ohne ausdrücklich zu behaupten, daß er nicht in Braunschweig, sondern allein in Blankenburg stationirt und domicilirt sei, so finden Wir es am angemessensten, zur Vermeidung weiterer processualischer Schritte, die gegen denselben erkannte Strafe niederzuschlagen und haben das diesfahrl Erforderliche an den Oberstaatsanwalt hieneben erlassen.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 9. Octbr. 1850 an den Staatsanwalt zu Wolfenbüttel.

Auf den Bericht vom 4./8. d. M. erwiedere ich, daß der Betrag der von dem Privatankläger, welcher mit seiner Anklage abgewiesen oder davon abgestanden ist, zu erstattenden

Kosten des Verfabrens (Str.-Pr.-Ord. §. 67 Abs. 3) sich nach den gemachten Strafanträgen (Str.-Pr.-Ord. §. 66) richte und sofern Anträge auf ein bestimmtes Strafmaß nicht gemacht worden sind, von dem Gerichte mit Berücksichtigung des thatsächlichen Inhalts der Anklage (Str.-Pr.-Ord. §. 66.) so dass einer von den drei für dasselbe bestehenden Pauschätzen genommen wird, festgestellt werden muss.

**Circularresc. Herzogl. Obergerichts vom 8. Octbr. 1851 an sämtliche Herzogl. Kreisgerichte.**

Durch die Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft ist es bei uns zur Anzeige gekommen, dass von den bei den Herzogl. Kreisgerichten fungirenden Untersuchungsrichtern nicht selten an Orten außerhalb ihres Wohnsitzes und oft mehrere Meilen von diesen entfernt, Termine zur Abhaltung von Verhören oder zur Besorgung anderer Geschäfte angefahrt seien, während solche Geschäfte füglich am Gerichtsorte selbst, oder auch mittelst Beauftragung eines Amtsgerichts zu besorgen gewesen wären. Da auf diese Weise dem Staate erhebliche Kosten veranlasst, die Untersuchungsrichter auch von den am Gerichtsorte selbst zu verrichtenden, oft eiligen und wichtigen Arbeiten abgehalten, auch noch sonstige Übelstände herbeigeführt werden können, denen vorzubeugen ist:

so machen wir durch gegenwärtiges Circularrescript die Herzogl. Kreisgerichte aufmerksam darauf:

dass die Ansetzung von Localterminen nur aus dringenden, in der Sache selbst liegenden Gründen und wenn das Geschäft nicht auf andere Weise ebenso gut erledigt werden könne, gerechtfertigt erscheine und gestattet sei.

Wir beauftragen die Herzogl. Kreisgerichte, den bei den betreffenden Gerichten fungirenden Untersuchungsrichtern den Inhalt dieses Rescripts bekannt zu machen und thunlichst darauf zu achten, dass demselben nachgelebt werde.

**Resc. des Herzogl. Obergerichts vom 13. Octbr. 1851 an das Herzogl. Kreisgericht Helmstedt.**

In einem Bericht vom 3. d. M. hat das Herzogl. Amtsgericht zu Borsfelde unter Einsendung der betreffenden Acten darauf angetragen, die ihm vom Herzogl. Kreisgerichte ertheilte Anweisung, bei allen wegen thätlicher Beleidigung erhobenen Privatauklagen vor dem öffentlich-mündlichen Hauptverfahren einen Sühnetermin anzusetzen und in demselben die Güte unter den Parteien zu versuchen, wieder aufzuheben.

Da uns die Acten, in denen sich Herzogl. Kreisgericht über seine Gründe zu der oben erwähnten Anordnung ausgesprochen hat, vollständig vorliegen, so haben wir eine vorgängige Berichterstattung des Herzogl. Kreisgerichts über diese Angelegenheit nicht für erforderlich erachtet und müssen darüber Folgendes bemerken:

Wenn auch der Nutzen, welchen sich das Herzogl. Kreisgericht von der angeordneten Maßregel verspricht, nicht so zweifelhaft wäre, als derselbe bei genauerer Erwägung der Verhältnisse sein dürfte, so kommt es hauptsächlich darauf an, ob Herzogl. Kreisgericht, sowie irgend

eine Gerichtsbehörde überhaupt, befugt sei, allgemein einen neuen Abschnitt in das gesetzliche Proceßverfahren wie hier geschehen würde, einzuschleiben. —

Der civilrechtliche Charakter bei den Anklagen wegen Injurien, an welchen sich das Herzogl. Kreisgericht halten zu können meint, um Vergleichsversuche als nothwendig, wenigstens zulässig allgemein vorzuschreiben, würde dabei nicht in Betracht kommen können, weil dessen ungeachtet die Regeln des Criminalprocesses angewandt werden sollen. Diese Proceßart kennt aber keinen Sühneversuch, und wenn es auch bei Anklagen wegen Injurien unter Umständen in einzelnen Fällen angemessen erscheinen mag, den Ankläger zur Zurücknahme seiner Anklage zu bewegen, so würde doch eine allgemeine gesetzliche Anordnung solcher Versuche in dem Proceßgesetze enthalten sein müssen, um solchen einen bindenden Charakter zu geben und dieselben ein für alle Mal und für alle vorkommenden Fälle zu einer nothwendigen Maßregel zu machen.

Da es an einer solchen gesetzlichen Vorschrift fehlt, so muß die vom Herzogl. Kreisgerichte gemachte allgemeine Anordnung bedenklich erscheinen, wenigstens können Amtsgerichte nicht verpflichtet werden, solchen allgemeinen Maßregeln Folge zu geben, wesshalb wir das Herzogl. Kreisgericht veranlassen müssen, von derselben zu abstrahiren. Wir haben davon auch das Herzogl. Amtsgericht Borsfelde, dessen Ausführungen in dem Berichte vom 18. Septbr. v. J. wir im Wesentlichen beitreten müssen, bei Rücksendung der Acten in Kenntniß gesetzt.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 17. Octbr. 1851 an den Staatsanwalt zu Braunschweig.

Auf den Bericht vom 16. d. M., in welchem Sie anzeigen, daß das weitere Verfahren in der Untersuchungssache wider den Tischlermeister M. zu B. wegen fahrlässigen Bankerotts von Ihnen eingestellt und die Reponirung der Acten angeordnet, und Verfügung anheim geben, wie §. 45 der Str.-Pr.-Ord. mit den Vorschriften der Verordnung vom 26. März 1823, Art. 15. die Bankerotte betreffend, §§. 7 u. 8 zu vereinigen sei, eröffne ich Ihnen in letzter Hinsicht Nachstehendes:

Die in den §§. 7, 8 u. 17 der gedachten Verordnung enthaltene (durch die §§. 233—236 des Crim.-Gef.-B. nicht aufgehobene) Vorschrift, daß nach beendigter Untersuchung jedesmal über die Strafbarkeit des Bankerotts ein förmliches Erkenntniß abzufassen und in diesem zugleich darüber, ob der Schuldner zu der Rechtswohlthat der Güterabtretung, wenn er darum gebeten habe, vom Gerichte mit zu erkennen sei, ist offenbar processualischer Natur, und sie kann demnach gegenwärtig nur insoweit als das Strafverfahren durch die neueren Proceßgesetze nicht abgeändert worden ist und lediglich in Übereinstimmung mit letzten, zur Anwendung gebracht werden.

Hieraus ergibt sich:

1. daß, wenn wider den insolventen Schuldner die Anklage wegen strafbaren Bankerotts von Seiten der Staatsanwaltschaft erhoben wird, in dem gerichtlichen Endurtheile über das etwaige Gesuch des Schuldners zur Rechtswohlthat der Güterabtretung zugelassen zu werden, mit entschieden werden kann, daß aber

2. wenn nach dem Beschlusse der Staatsanwaltschaft das fernere Untersuchungsverfahren wegen Bankerotts eingestellt wird, dem hiervon in Kenntniß zu setzenden Schuldner überlassen



bleiben muß, rücksichtlich seiner Verstattung zur Güterabtretung, mit Beziehung auf den Einstellungsbeschluss, besondere gerichtliche Entscheidung, vor deren Ertheilung der Staatsanwalt über den vom Schuldner gemachten Antrag zu hören sein wird, zu erwirken, indem es unangemessen, auch der Staatsanwaltschaft überall nicht zuzumuthen sein würde, (Str.-Pr.-Ord. §. 4) eine nach ihrer Ansicht unbegründete Anklage bloß zu dem Zwecke zu erheben, damit das Gericht in die Lage komme, durch ein Erkenntniß über die Strafbarkeit des Bankerotts zugleich die Güterabtretungsfrage, sollte sie nämlich vom Schuldner angeregt worden sein oder angeregt werden, zu erledigen.

Sie wollen hiernach in dem gegenwärtigen und in künftigen ähnlichen Fällen verfahren, wobei ich bemerke, dass der öffentlichen Bekanntmachung des Einstellungsbeschlusses (Verordnung vom 26. März 1823 §. 18) kein Hinderniß entgegensteht und dass inwiefern, nachdem die Entbindung von der Instanz allgemein abgeschafft worden ist (Str.-Pr.-Ord. §. 65) der Einstellungsbeschluss der Staatsanwaltschaft in Betreff der Zulassung des Schuldners zur Rechtswohlthat der Güterabtretung einem freisprechenden Erkenntniß gleich zu achten (§. 17 der allegirten Verordnung) zur Beurtheilung der Gerichte gehört.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 17. Decbr. 1851 an den Staatsanwalt zu Blankenburg.

Auf den Bericht vom 13./17. d. M. eröffne ich Ihnen:

1. Dass wenn in Forst-, Feld- und andern Brogensachen von dem Angeschuldigten die Einrede, zu der in Rede stehenden Handlung vermöge Eigenthums- oder sonstigen dinglichen Rechts berechtigt zu sein, vorgeschützt wird, die Entscheidung über solche Einrede, als über eine Präjudicialfrage den Civilgerichten anheim fällt, mithin das Strafverfahren bis zur Erledigung des Civilpunktes einstweilen ausgesetzt werden muß.

Die Präjudicialfrage mittelst Anstellung der geeigneten petitorischen oder possessorischen Rechtsmittel (actio negatoria, actio confessoria, interdictum uti passidetis etc.) im Civilproceß zur Erledigung zu bringen, muß demjenigen Beteiligten, dem daran gelegen, überlassen bleiben und wenn gleich nicht ausgeschlossen ist, dass von dem Strafrichter eine angemessene Frist zur Einleitung des Civilverfahrens unter dem Präjudize, dass sonst die Behauptung strafrechtlich nicht werde berücksichtigt werden, gesetzt wird, so können doch in dieser Hinsicht bestimmte Vorschriften und im Allgemeinen nicht ertheilt werden, indem es dabei auf die Beschaffenheit des einzelnen Falles ankommt.

2. Dass Feld- und andere Brogen nicht nach dem im Crim.-Ges.-B. (welches übrigens nicht bloß, wie Sie anführen, vorsätzliche, sondern auch unvorsätzliche Beschädigungen — Crim.-Ges.-B. §. 212. — mit Strafe bedrohet) über Eigenthumsbeschädigungen (§. 211.) enthaltenen Bestimmungen, vielmehr nach den bestehenden Polizeigesetzen (Einführungspatent §. III. und Motive Einleitung §. V. S. 144 etc.) zu beurtheilen und zu beahnden sind.

Resc. Herzogl. Obergerichts vom 3. Jan. 1852 an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig.

Es sind bei uns die bei dem Herzogl. Kreisgerichte gegen den Handlungscommis D.

K. aus G. wegen Fälfchung und Unterſchlagung verhandelten Vorunterſuchungsacten von dem Oberſtaatsanwalte mit einer, gegen die Verfügung des Herzogl. Kreisgerichts vom 23. Decbr. v. J. erhobenen Beſchwerde eingereicht, um die erforderliche Weiſung für den Unterſuchungsrichter zu veranlaſſen, die Inſtruction der Sache nach dem Antrage des Staatsanwalts vom 13. v. M. zu erledigen.

Da ein Verbrechen in Frage ſteht, für welches ohne Zweifel die obergerichtliche Zuſtändigkeit begründet iſt, kann eben ſo wenig Zweifel entſtehen, daß in der Vorunterſuchung der Angeſchuldigte vernommen oder wenigſtens zum Verhöre vorgeladen werden muß — Str.-Pr.-Ord. §. 42. — ohne Unterſchied ob im weitem Verlaufe der Sache das in der Str.-Pr.-Ord. §. 101. ſeq. oder nur das daſelbſt §. 175. ſeq. angeordnete Verfahren eintreten wird, denn auch dem Letztern muß ein Antrag und ein Erkenntniß auf Anklage — §§. 98 u. 99. daſ. — vorhergehen und um ſolches zu erwirken, muß die Beſtimmung des §. 42 zuvor befolgt ſein. Der Umſtand, daß der Aufenthaltsort des Angeſchuldigten dem Richter nicht bekannt iſt, imgleichen daß jener ſich der Unterſuchung durch die Flucht entzogen hat, die Wahrſcheinlichkeit, daß derſelbe der Vorladung nicht werde Folge geben, kann ebenfalls nicht zum Grunde dienen, von der Befolgung jener Beſtimmung abzutehen, um ſo weniger als ſich keinesweges mit Gewißheit annehmen läßt, daß ſie erfolglos bleiben werde, von einem Verzicht auf ſelbige von Seiten des Angeſchuldigten aber überall nicht die Rede ſein kann.

Die Str.-Pr.-Ord. §. 40. am E., welche hauptſächlich zu Zweifeln Anlaß gegeben zu haben ſcheint, bezieht ſich unverkennbar nur auf den Fall einer zeitweiligen Abweſenheit des Geladenen (nicht bloß des Angeſchuldigten, ſondern auch der Zeugen und ſonſtigen Auskunftſperſonen, kann alſo für die Art der Bekanntmachung der Vorladung des Angeſchuldigten, wenn dieſer ſich auf die Flucht begeben, nicht allein maßgebend ſein; es iſt deßhalb nach den allgemeinen Regeln des Unterſuchungsproceſſes — Str.-Pr.-Ord. §. 36 — die öffentliche Bekanntmachung der Ladung

Mittermaier, deutſches Strafverfahren Th. I. §. 79 der 3. Auflage erforderlich, ſolche auch nach Lage der Sache unbedenklich.

Herzogl. Kreisgericht hat daher die verhandelten Acten in zwei Heften hierneben zurückzuempfangen und dem Inſtuctionsrichter die nöthige Anweiſung zu ertheilen.

Reſc. des Oberſtaatsanwalts vom 27. Januar 1852 an den Staatsanwalt zu Gandersheim.

Auf den Bericht vom 24. d. M. erwiedere ich Nachſtehendes:

1. Zuſolge der Str.-Pr.-Ord. §. 192. Abſ. 3. und der Sportel- und Gebührenordnung in Straffachen ſollen außer den feſtgeſetzten Pauſchſätzen zwar keine weitere Nebengebühren, wohl aber die Gebühren der Auskunftſperſonen von dem Verurtheilten erhoben und wieder eingezogen werden und da hiebei ein Unterſchied zwiſchen Gebühren der Auskunftſperſonen, welche in der Vorunterſuchung und Gebühren der Auskunftſperſonen, welche im Hauptverfahren vernommen ſind, nicht gemacht, auch nicht zu beſinden iſt, ſo fehlt es an allen Gründen jene Beſtimmung auf die Gebühren der im Hauptverfahren vernommenen Auskunftſperſonen zu beſchränken, ſo

dass mithin die Gebühren der in der Voruntersuchung vernommenen Auskunftspersonen gleichmäßig von dem Verurtheilten zu erheben oder wieder einzuziehen sind.

2. Die Kosten der gerichtlichen Leichenschau und Oeffnung sind, wenn der Tod durch eigenes Verschulden, also auch in dem Falle, wenn er durch Selbstmord herbeigeführt ist, allerdings aus dem Vermögen des Verstorbenen, sofern solches hinreicht, zu entnehmen. Die Verbindlichkeit zu deren Erstattung erscheint als eine auf dem Nachlasse haftende civilrechtliche Schuld, welche weder dadurch, dass das Crim.-Ges.-B. von 1840 den Selbstmord aus der Reihe der Verbrechen gestrichen hat (vergl. Resc. Herzogl. Staatsministeriums vom 9. Juni 1846. Bege's Repert. Th. VI. S. 133) noch durch die lediglich Straffälle betreffenden Vorschriften der Str.-Pr.-Ord. für aufgehoben angesehen werden kann.

Sie haben zu beachten, dass demgemäß verfahren wird, und im entgegengesetzten Falle gerichtliche Anzeige an mich zu machen.

Höchstes Resc. vom 7. Febr. 1852. an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig.

Wilhelm Herzog rc. Auf den Bericht vom 5. d. M. wollen Wir sämtliche Mitglieder des hiesigen Hoftheaters von dem Amte eines Geschworenen hiermit dispensiren, wonach daher Herzogl. Kreisgericht sich zu achten und die Herzogl. Hoftheater-Intendantur auf die wieder beigefügte Vorstellung zu benachrichtigen hat.

Schreiben des Oberstaatsanwalts vom 13. Novbr. 1850 an den Bürgermeister C. zu H.

In Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 6./12. d. M. benachrichtige ich Sie, dass meiner Ansicht nach unter „dem betreffenden Gemeindevorsteher,“ welchem in Abwesenheit des Geladenen die Vorladung zuzustellen ist (Str.-Pr.-Ord. §. 40 Abs. 3) auch der Vorstand der Stadtgemeinde mit zu begreifen sein wird, weil entgegengesetzten Falls das überdies allgemein lautende Gesetz eine wesentliche Lücke haben und bei Vorladungen von Stadtbewohnern noch gesetzlich zu bestimmen sein würde, an welche Behörde in Abwesenheit des Vorzuladenden die Vorladung abzugeben sei. Hiergegen ist die Vorschrift im §. 40 Abs. 3. der Str.-Pr.-Ord. auf eigentliche Vorladungen zu gerichtlichen Verhören und Verhandlungen zu beschränken und da das Erkenntniß über die Verletzung in den Anklagestand und die Anklageschrift eine solche Vorschrift nicht enthalten, so ist aus diesem Grund die Zustellung an den späterhin zur Haft gebrachten Webergesellen S. von mir selbst verfügt worden.

Resc. der Herzogl. gerichtlichen Disciplinarbehörde vom 23. April 1852  
an Herzogl. Kreisgericht Braunschweig.

Die in der Untersuchungssache wider den Schuhmachergesellen A. wegen Betrugs, bei Herzogl. Kreisgerichte ergangenen von dem Oberstaatsanwalte hierher mitgetheilten Acten ergeben

dass das öffentliche Verfahren mit der Beweisaufnahme am 13. März d. J. seinen Anfang genommen hat und weil in diesem Termine vom Verteidiger des Angeeschuldigten bis dahin der Ordnung nicht gemäß zurückgehaltene Beweismittel nachgebracht werden, nach einem Zwischenraume von mehreren Tagen erst am 18. d. M. fortgesetzt und beendet ist.

Da solches dem jetzigen Strafproceß (§§. 92, 131, 153 der Str.-Pr.-Ord.) nicht entsprechen dürfte, sondern dadurch sogar wesentliche Vorschriften über das Verfahren verletzt erscheinen, (§. 158 No. 2) so wollen wir Herzogl. Kreisgericht zur künftigen Berücksichtigung darauf hierdurch aufmerksam machen.

### Resc. des Oberstaatsanwalts vom 16. Juni 1852 an den Staatsanwalt zu Blankenburg.

Nachdem in der Untersuchungssache wider den Landchirurgus H. zu J., wegen medicinischer Puscherei, die vom Angeklagten mit Bezug auf die Bestimmungen im §. 48 der Str.-Pr.-Ord. erhobene Nichtigkeitsbeschwerde, durch Erkenntniß Herzogl. Cassationshofes vom heutigen Tage als unbegründet zurückgewiesen worden ist, eröffne ich Ihnen Folgendes:

Die Str.-Pr.-Ord. enthält §. 45 1. a. die Vorschrift, dass der Staatsanwalt, falls er der Ansicht ist, dass nach beendeter Untersuchung das fernere Verfahren einzustellen sei, in den nicht zur Competenz des Criminalsenates gehörenden Sachen, hiervon dem Oberstaatsanwalt unter Reponirung der Acten Anzeige zu machen hat.

Dass der Staatsanwalt seinen Einstellungsbeschluss gleichzeitig mit der dem Oberstaatsanwalt zu machenden Anzeige dem Angeeschuldigten, einerlei auf welche Weise, eröffnet oder insinuiren lässt, ist weder vorgeschrieben, noch der Natur der Verhältnisse nach statthaft, indem dadurch die Befugnisse des Oberstaatsanwalts, die Angelegenheit an sich zu ziehen oder sonst geeignete Verfügung zu treffen (Gesetz, die Gerichtsverfassung betr. §. 27 Abs. 1. Str.-Pr.-Ord. §. 4 Abs. 1 u. 2) beeinträchtigt, jedenfalls Weiterungen herbeigeführt werden können (Str.-Pr.-Ord. §. 48) und dem Angeklagten lediglich überlassen ist, diejenigen Rechte, welche die Str.-Pr.-Ord. §. 47 ihm in obiger Hinsicht giebt, auszuüben. (vergl. Str.-Pr.-Ord. §§. 7 u. 8.)

Auch ich bin verpflichtet, in allen Fällen, welche vor den Criminalsenat gehören, wenn nach meinem Beschlusse das fernere Verfahren gegen den Angeeschuldigten eingestellt werden soll, hiervon dem Anklagesenate des Obergerichts unter Mittheilung der Acten Anzeige zu machen (Str.-Pr.-Ord. §. 45) und nie ist geschehen noch wird jemals geschehen, dass ich meinen Einstellungsbeschluss zu der nämlichen Zeit dem Angeklagten bekannt gemacht hätte oder überhaupt bekannt machen ließe, weil solcher Gestalt den Befugnissen des Cassationshofes (Str.-Pr.-Ord. §. 4 Abs. 3) vorgegriffen werden könnte.

Selbstverständlich sind die Bestimmungen der Str.-Pr.-Ord., wie aller Gesetze in dem Maße zu erklären und zu handhaben, dass die Functionen und Befugnisse, welche den verschiedenen Beamten und Behörden zustehen, Jedem in dem ihm angewiesenen Wirkungskreise unberührt verbleiben und nebeneinander auszuführen sind.

Sie haben sich hiernach künftig zu achten.

### Resc. des Oberstaatsanwalts vom 30. Juni 1852 an sämtliche Staatsanwälte.

In Bezug auf mein Rescript vom 1. d. M., das Gerichtsrechnungswesen betreffend, eröffne ich den Herren Staatsanwälten zur Nachachtung Folgendes:

1. In allen Sachen, in welchen den Herren Staatsanwälten die Verfügung zur Einziehung der in die Gerichtscassen fließenden Strafen und Kosten obliegt, ist in den Mandaten an die Gerichtsvögte derjenige Cassenbeamte namhaft zu machen, an welchen die Ablieferung der einzuziehenden Gelder geschehen muß, indem allein Letzterer zu deren Annahme und zur Ausstellung der Quittung befugt ist.

2. Wenn die von den Gerichten erkannten Strafen und Kosten von Personen im Bezirke der Herren Staatsanwälte einzuziehen sind, so sind die von Letzteren behuf der Beitreibung an die Gerichtsvögte oder andere Officianten zu erlassenden Mandate mit den Acten dem betreffenden Sportelrechnungsführer mitzutheilen, damit dieser den Vögten zc. die Mandate behändige und in den zurückzuliefernden Acten die Eintragung in's Sportelregister bescheinige.

3. Sind dagegen die fraglichen Gelder von außer den Bezirken der Herren Staatsanwälte wohnenden Personen mittelst Requisition der betreffenden Staatsanwälte einzuziehen, so sind die Requisitionsschreiben mit darunter zu setzender Verfügung:

Dem Sportelrechnungsführer zur Eintragung in's Sportelregister vorzulegen und nachdem die Eintragung bescheinigt worden, an mich zurück,

zustellen zu lassen und ist auch in diesen Fällen den requirirten Behörden derjenige Cassenbeamte zu bezeichnen, an welchen die beizutreibenden Gelder zu senden sein werden.

4. In Fällen, in welchen die Herren Staatsanwälte dergleichen Gelder auf meine Verfügung für Herzogl. Obergericht und den Cassationshof sowie auf Requisition beitreiben zu lassen haben, findet zwar das ad 2 gedachte Verfahren nicht statt, es ist aber alsdann dem Gerichtsvogte aufzugeben, binnen angemessener Frist die Quittung des Cassenbeamten über die wirkliche Ablieferung zu produciren, oder die Inexigibilität nachzuweisen.

### Resc. des Oberstaatsanwalts vom 4. Juli 1852 an den Staatsanwalt zu Braunschweig.

Auf den Bericht vom 28./30. v. M. die Einziehung erkannter Geldstrafen und Untersuchungskosten betreffend, erwidere ich Ihnen Nachstehendes:

1. Die Einziehung der Strafgeelder, welche wegen Zoll- und Steuercontraventionen erkannt worden sind, geschieht auf die in den Specialgesetzen (Zollstrafgesetz von 1841 §. 53 neben dem landesherrlichen Patente vom 20. Novbr. 1845, publicirtes Königl. hannöversches Gesetz vom 7. März 1845 §. 150) bestimmte Weise und sofern den Staatsanwälten die Einziehung der Gerichts- und Stempelgebühren in solchen Contraventionsfachen obliegt, (Zollstrafgesetz von 1841 §. 52) ist das hinsichtlich der Einziehung sonstiger Gerichtskosten stattfindende Verfahren zu beobachten. Von selbst versteht sich, daß die Vollstreckung der unmittelbar erkannten oder subsidiarisch eintretenden Freiheitsstrafen von den Staatsanwälten zu bethätigen ist.

2. in Ansehung der Einziehung von Gewerbesteuer- und Schaffschagstrafen ist das bisherige Verfahren nicht geändert worden. Es sind also Strafen der Art, nach wie vor, den Herzogl. Kreissassen zur Erhebung und Beitreibung zu überweisen und die geschehenen Überweisungen dem Herzogl. Steuercollegium anzuzeigen. Wegen Einziehung der Gerichtskosten in Sachen der bezeichneten Art, findet, da auch diese Kosten in den Gerichtssassen zu vereinnahmen sind, das neuerdings angeordnete Verfahren statt.

3. Die Abzugskosten betreffend, beziehe ich mich auf mein Circularrescript vom 30. v. M. und

4. die Einziehung der erkannten Geldstrafen und Gerichtskosten auf mein Circularrescript vom 30. v. Mts.

Da den Staatsanwälten die Vollstreckung der Straferkenntnisse und die Einziehung der Gerichtskosten zu bewirken obliegt, so kann deren Thätigkeit mit Überweisung der Geldstrafen und Gerichtskosten an den Cassenführer als beendet nicht angesehen werden, vielmehr haben die Staatsanwälte eintretenden Falls das Nöthige wegen Realisirung der Execution, Verkaufs der gepfändeten Mobilien &c. anzuordnen und zu veranlassen und bedarf es dazu einer Autorisation der erkennenden Gerichte, weil diese Autorisation bereits in der Vollstreckbarkeitserklärung enthalten ist, und eine Mitwirkung der Verwaltungsbehörden überall nicht.

Dass die Verordnung vom 21. April 1815 auf die Beitreibung der Rückstände an directen Steuern, Domainen-, Forst- und sonstigen herrschaftlichen Gefällen sich beschränke, ist bereits im Herzogl. Ministerialrescripte vom 12. März 1834 (Bege's Repert. Th. IV. S. 61) angedeutet.

#### Refc. des Oberstaatsanwalts vom 4. Octbr. 1852 an sämmtliche Staatsanwälte

Das Herzogl. Staatsministerium hat mittelst Rescripts vom 27. Septbr. d. J. ausgesprochen, dass auf die Vorführung von Gefangenen aus dem Gefängnisse zum Verhöre die Bestimmung im §. 5 der Str.-Pr.-Ord. nicht anzuwenden und zu jenem Behufe den Staatsanwalt anzugehen nicht erforderlich sei, wovon ich Sie mit der Anweisung, demgemäß das Weitere anzuordnen, hierdurch benachrichtige.

#### Refc. Herzogl. Obergerichts vom 23. Novbr. 1852 an Herzogl. Kreisgericht Blankenburg.

In Gemäßheit eines landesfürstlichen Rescripts vom 6./12. d. M. eröffnen wir dem Herzogl. Kreisgerichte Blankenburg, dass E. Hoheit geruhet haben, die Niederschlagung der gegen den Gastwirth L. zum L. bei H. erkannten Ordnungsstrafe von 20 Thln. zu verfügen, wovon wir nach dem uns ertheilten Auftrage das Herzogl. Kreisgericht zur Bescheidung des p. L. in vorschriftsmäßiger Weise, unter Anschluss der betreffenden Untersuchungsacten in Kenntniss setzen.

Zugleich machen wir in Folge des erwähnten höchsten Rescripts dem Herzogl. Kreisgerichte bemerklich, dass die von demselben bei Vorladungen der in auswärtigen Gerichtsbezirken

wohnhaften Zeugen beobachtete Procedur in mehrfacher Hinsicht der Ordnung und den gesetzlichen Bestimmungen nicht entsprechen.

Da der Richter nicht befugt ist, sich über die außerhalb des ihm anvertrauten Gerichtsbezirks angehörenden Personen eine Gewalt anzumaßen (l. 20 de jurisdic. 2. 1.) so folgt daraus:

1. daß die Vorladungen der fremden Gerichten angehörigen Zeugen nicht von dem requirirenden Richter zu erlassen sind, sondern daß behuf Sistrung das competente Gericht zu ersuchen und von diesem, dem allein ein Gerichtszwang über die vorzuladenden Personen zusteht, die Citation zu erlassen ist. Ferner

2. ergibt sich daraus, daß der Zeuge, welcher der Auflage des ihm vorgesetzten Gerichts keine Folge leistete, wegen seines Ungehorsams nicht dem requirirenden Gerichte verantwortlich ist, sondern daß derselbe auf erfolgte Anzeige desshalb nur von dem competeten requirirten Richter zur Rechenschaft gezogen und nach den für diesen gültigen Gesetzen bestraft werden kann.

Im vorliegenden Falle war daher der p. L. nicht durch das Herzogl. Kreisgericht vorzuladen, sondern in Anwendung der obigen, durch Art. 43 der mit dem Königreiche Preußen abgeschlossenen Übereinkunft vom 9. Decbr. 1841 bestätigten Grundsätze behuf dessen Sistrung ein Ersuchungsschreiben an das betreff. Königl. preuß. Gericht zu erlassen, und falls der p. L. der ihm ertheilten Auflage ungeachtet nicht erschien, so konnte die von demselben nach preussischen Gesetzen verwirkte Strafe auch nur von dem requirirten preuß. Gerichte über ihn verhängt werden.

Herzogl. Kreisgericht dagegen war zur Verhängung einer solchen Strafe wegen Nichterscheinens überall nicht competent.

Es versteht sich von selbst, daß mit dem Falle des Richterscheinens der Fall nicht identisch ist, wenn der Zeuge sich bereits sistirt hat und nach seinem Erscheinen z. B. während des Verhörs, widerspenstig ist oder sonstigen Anordnungen des Gerichts den Gehorsam verweigert. Unter der gedachten Voraussetzung stellt sich das Gericht, gegen dessen Autorität geklagt wird, zum Erlass der statthafter Ordnungsstrafen allerdings als competent dar.

Was jedoch die Vollziehung derartiger Strafen an preuß. Unterthanen betrifft, so wird dieselbe, da nach Art. 38 der cit. Convention in dergleichen Fällen gegenseitige Rechtshülfe nicht erfolgt, nur dann zu bewirken sein, wenn der Verurtheilte sich noch nicht entfernt hat oder später im hiesigen Gebiete betroffen wird oder wenn sich hier behuf Beitreibung erkannter Geldstrafen geeignete Vermögensobjecte vorfinden.

Herzogl. Kreisgericht wird demnach angewiesen, bei vorkommenden Gelegenheiten auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Rechtsgrundsätze die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 2. Decbr. 1852 an sämtliche  
Staatsanwälte.

Den Herren Staatsanwälten theile ich hieneben in Bezug auf mein Circularrescript vom 4. Juli d. J. Abschrift des Schreibens des Herzogl. Finanzcollegiums vom 29. v. M. unter dem Eröffnen mit, daß die vom letztern beantragte, die Vereinfachung des Geschäftsganges bezweckende Einrichtung hinsichtlich der Erhebung der von den Herzogl. Kreisgerichten künftig in

Gewerbsteuer- und Schaffschag-Defraudationsfachen zu erkennenden Strafgeelder für angemessen erachtet, und sonach eine Abänderung der Bestimmung unter No. 2 jenes Circularrescriptes getroffen ist.

Die Herren Staatsanwälte haben daher künftig in den gedachten Strafsachen die erkannten Geldstrafen, statt der Überweisung an die Kreissassen, neben den Gerichtskosten mit einzuziehen und an die Amtssassen, beziehungsweise an die Denuncianten wegen deren Strafantheile abliefern zu lassen und ist deßhalb folgendes Verfahren zu beobachten:

1. Wenn Gewerbsteuer- oder Schaffschag-Defraudationsstrafen erkannt und die Straf-erkenntnisse für vollstreckbar erklärt werden, ist dem Herzogl. Steuercollegium eine Abschrift oder ein Extract des Erkenntnisses unter Angabe des Gewerbes oder Handels wegen deren (in Gewerbsteuerfachen) die Verurtheilung erfolgt ist, zur Anweisung der Kreissassen behuf der Vereinnahmung mitzutheilen;

2. sodann ist Mandat an den Gerichtsvogt wegen Erhebung und Ablieferung

- a. der Gerichtskosten an den gerichtlichen Rechnungsführer,
- b. der in die Staatsassen fließenden Geldstrafen an die Kreissasse und
- c. eventuell des Strafantheils an den Denuncianten

unter Benennung des Rechnungsführers der Kreissasse und des Denuncianten und specieller Angabe der jedem abzuliefernden Summe, zu erlassen; endlich

3. ist das zu erlassende Mandat zur Behändigung an den Gerichtsvogt dem Sportelrechnungsführer des Gerichts zur Eintragung zuzustellen, eine Abschrift oder ein Extract davon aber der betreffenden Kreissasse und dem Denuncianten mitzutheilen, damit diese den Eingang der an sie zu zahlenden Strafantheile überwachen und bei nicht erfolgender Zahlung Anträge bei den Herren Staatsanwälten machen können.

## Trauscheine.

**Gesetz**, die vor Eingehung der Ehe beizubringenden obrigkeitlichen Bescheinigungen betr. (S. 75) [No. 7] (22./31. Jan. 1852.)

§. 1. Nothwendigkeit und Inhalt des polizeilichen Trauscheins. §. 2. Behörden, welche den Trauschein ertheilen und Mitwirkung des Gemeinderaths. §. 3. Allgemeine Bedingungen für Ertheilung des Trauscheins. §. 4. Insbesondere bei zum stehenden Truppencorps oder zur besoldeten Landwehr gehörenden Militärpersonen. §. 5. Bei nicht mehr zum stehenden Truppencorps oder zur besoldeten Landwehr gehörenden Militärpersonen. §. 6. Bei Staatsdienern zweiter Classe und nicht förmlich angestellten öffentlichen Functionairen. §. 7. Verbot der Ertheilung an Nichtlandeseinwohner. §. 8. Recurs wegen Verweigerung des Trauscheins. §. 9. Officiere bedürfen des polizeilichen Trauscheins nicht. §. 10. Stempel und Gebühren. §. 11. Verbot der Trauung ohne Trauschein mit Androhung von Strafe. §. 12. Aufhebung früherer gesetzlicher Bestimmungen

**Instruction** für die Prediger, Rabbiner und Richter hinsichtlich des Verfahrens bei dem Aufgebote und der Trauung von Ausländern zc. (S. 173) [No. 12] (5/13 Febr. 1852.)



**Volkswehr. Bürgerwehr.**

**Gesetz**, das Verbot der Veräußerung der von dem Staate oder einer Gemeinde für den Volkswehrdienst gelieferten Bewaffnungsgegenstände betr. (S. 93) [Nro. 16] (17./25. April 1849.)

Gewehre und andere zum Volkswehrdienste vom Staate oder einer Gemeinde gelieferten Gegenstände sind dem freien Verkehre entzogen.

**Vormundschaften. Curatelen.**

Durch §. 20 des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, sind die Vormundschaftssachen den Stadt- und Amtsgerichten zugewiesen.

Siehe den Artikel „Justizverfassung.“

Das Verfahren bei Anordnung von Curatelen über Großjährige ist durch Titel 3. u. 4. der Civ.-Pr.-Ord. festgestellt.

Siehe den Artikel „Justizverfassung.“

**Gesetz**, die Sporteltage in Vormundschafts- und Curatelsachen betr. (S. 76) [Nro. 23.] (28. Juni/8. Juli 1851.)

§. 1. Bestimmung der Sporteltage in Vormundschafts- und Curatelsachen. §. 2. Beibehaltung der bisherigen Vorschriften über Stempelpflichtigkeit dieser Sachen.

Siehe den Artikel „Sportel- und Gebührentage.“

**Gesetz**, die Abschaffung des Stempelpapiers zu den Gerichtssporteln betreffend. (S. 321.) [Nro. 30.] (12./21. Mai 1852.)

Durch §. 3. dieses Gesetzes wird die im Gesetze vom 28. Juni 1851, die Sporteltage in Vormundschafts- und Curatelsachen betreffend, unter Nro. 1 im Eingange enthaltene Vorschrift aufgehoben.

Siehe den Artikel „Civilproceß.“

**Wechselrecht.**

**Patent**, die Einführung der allgemeinen Wechselordnung für ganz Deutschland und eines Wechselproceßgesetzes betr. (11./19. Jan. 1849.)

§. 1. Wirksamkeit des Wechselproceßgesetzes gleichmäßig mit der Wechselordnung vom 1. Mai 1849 an. §. 2. Der §. 23 der Verordnung vom 26. März 1823, die Bankrotte betreffend und der Art. 168 der Verordnung über Militärstrafen und Proceße vom 26. Mai 1837 bleiben in Gültigkeit. §. 3. Das Retentionsrecht des Commissionairs an Commissionsgütern wegen aus dem Geschäfte entsprungener Forderungen kann auch gegen den Singularsuccessor des Committenten namentlich gegen Concursgläubiger geltend gemacht werden. §. 4. Bei einem auf der braunschweiger Messe zahlbaren Wechsel ist die Erhebung des Protestes Rangels Annahme vor dem Montage in der ersten Messwoche nicht zulässig; der Verfalltag dieser Wechsel ist der Mittwoch der ersten Messwoche.

§. 5. Bei Amortisation abhanden gekommener Wechsel gelten die Verordnungen vom 6. Jan. 1818 und 24. Juni 1827. §. 6. Nach welchen Gesetzen die vor dem 1. Mai 1849 ausgestellten Wechsel zu beurtheilen. §. 7. Das Vorzugsrecht im Concurse steht nur den vor dem 1. Mai 1849 entstandenen Wechselforderungen zu. Prolongation bewirkt die Fortdauer des Vorzugsrechts nicht. §. 8. Die am 1. Mai 1849 anhängigen Wechselprocesse sind in der Lage, worin sie sich befinden, nach dem neuen Wechselprocessgesetze fortzusetzen.

**Allgemeine deutsche Wechselordnung.** (Siehe Wege's Repert. VI. Band S. 144.)

**Gesetz über den Wechselproceß.** (11. Jan. 1849.)

(Dies Gesetz bedarf keines Auszuges, da jetzt die in der Civ.-Pr.-Ord. Titel III. §§. 253—267 enthaltenen Bestimmungen gelten.)

## Wegebau. Wege- und Chausseegeld = Erhebung.

**Gesetz, die Abänderungen und Ergänzungen verschiedener Bestimmungen der Wegeordnung vom 11. Mai 1840 betr.** (S. 21) [Nr. 4] (4./25. Jan. 1851.)

§. 1. Mitwirkung der Gemeindeorgane und Amtsräthe bei der Bestimmung über Aufhebung vorhandener Wege. §. 2. Überweisung der Anordnungen wegen Herstellung und Erhaltung der Communicationswege an die Gemeindebehörden und Feststellung der Befugnisse und Pflichten der Herzogl. Kreisdirectionen. §. 3. Vertretung der Gemeinden bei Verhandlungen mit Fremden über Wegebauasachen. §. 4. Aufstellung eines Plans und Kostenanschlags bei wichtigen Wegebauten. §. 5. Verfahren wegen Herstellung, Erhaltung und Beaufsichtigung der Landstraßen. §. 6. Regelmäßiges Verfahren bei Anordnung der Gemeindewegebauten. §. 7. Allgemeine Feststellung der Verpflichtung zur Herstellung und Erhaltung der Straßen und Wege. §. 8. Behuf Feststellung der Beiträge der Gemeinden und Gemarkungen zu Straßen und Wegen ist das Gutachten der Stadtverordneten beziehungsweise des Amtsraths zu hören. §. 9. Die Befreiung auswärtiger Feldmarksinteressenten von Beiträgen zur Herstellung und Erhaltung der Straßen und Wege in den Dörfern wird aufgehoben. §. 10. Das Beitragsverhältniß bei Feld- und Wannenwegen auch öffentlichen Fußwegen wird von den Stadtverordneten beziehungsweise den Gemeinderäthen festgestellt. §. 11. Der §. 19 der Wegeordnung soll ausgedehnt angewandt werden. §. 12. Feststellung des von jedem Besitzer oder Einwohner zu leistenden Beitrags. §. 13. Nach Feststellung der Landesgrundsteuer soll der Beitrag vom Grundbesitze nach den Steuercapitalen repartirt werden. §. 14. Aufhebung der seit Erlass der Wegeordnung mit größern Grundbesitzern in der Gemeinde geschlossenen Vereinbarungen über Vertheilung der Wegebaulast innerhalb der Gemarkung oder des Gemeindebezirks. §. 15. Anwendung der Bestimmungen des §. 102 der Landgemeindeordnung bei Einziehung rückständiger Beiträge zum Wegebau. §. 16. Beschluß über Naturalleistung oder Verdingung der Fuhrn und Handarbeiten an den Mindestfordernden. §. 17. Einnahmen und Verwaltung der Amtswegebesserungs-Casse. §. 18. Die den bisherigen Ämtern in Wegebauasachen nach §§. 76 u. 77 der Wege-

## 152 Wege- und Chauffeegeld-Erhebung. Wohnortsrecht. Zoll- und Handelsverträge.

ordnung obgelegenen Functionen werden den Gemeindevorständen, die übrigen den Herzogl. Kreisdirectionen überwiesen. §. 19. Alle entgegenstehenden Bestimmungen werden aufgehoben.

**Gesetz** über die Abänderung des Gesetzes vom 8. Mai 1835 Nro. 31, die Chauffeegeld = Erhebung zc. betr. (S. 91) [Nro. 26] (2./12. Juli 1851.)

§. 1. Aufhebung der Befreiung für Wagen mit breiten Radsfelgen.

§. 2. Feststellung des Chauffeegeldsatzes für diese Wagen.

Resc. Herzogl. Baudirection vom 23. Septbr. 1851 an sämtliche Kreisbaumeister.

Nach einem hohen Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums vom 17. d. M. ist der Beschränkung, welche der den Ortschaftenwohnern in pag. 5 pos. 2 des Gesetzes über die Chauffeegeld = Erhebung zc. vom 28. Mai 1835 an den innerhalb ihres Wohnorts belegenen Hebestellen ertheilten Chauffeegeld = Befreiung hinzugefügt worden:

„dabei entscheidet jedoch nur der Wohnort des Reisenden, nicht aber der Wohnort des Fuhrmannes“

die Interpretation zu geben, daß von den Lohnfuhrleuten an den Hebestellen ihres Wohnorts dann Chauffeegeld zu erheben ist, wenn sie mit fremden Reisenden die Barrieren passiren, wozu gegen sie aber dann vom Chauffeegelde frei sein sollen, wenn sie mit fremden Waaren oder Sachen die Hebestellen berühren.

Wir beauftragen Sie daher, die sämmtlichen Chauffee- und Weggeld = Erheber Ihres Kreises hiernach ohne Verzug mit Instruction zu versehen.

### Wohnortsrecht.

**Gesetz**, das Wohnortsrecht der Landeseinwohner in polizeilicher Hinsicht betr. (S. 83.) [Nro. 8.] (23./31. Januar 1852.)

Von der Erwerbung des Wohnortsrechts. §. 1. Im Allgemeinen. §§. 2 u. 3. Durch Geburt. §. 4. Durch Verheirathung. §§. 5—11. Durch ausdrückliche Aufnahme. §§. 12—15. Durch Erlangung einer Anstellung. §. 16. Durch Verfügung der Herzogl. Landesregierung. §. 17. Von dem Verluste des Wohnortsrechts. §. 18. Strafe der eigenmächtigen Aufnahme fremder Personen. §. 19. Gestattung des längern Aufenthaltes Fremder. §. 20. Verweigerte Aufnahme eines Wohnberechtigten. §§. 21 u. 22. Verfahren bei Anträgen auf Aufnahme als Gemeindegenuß. §. 23. Processualisches Verfahren wegen des Wohnortsrechts. §. 24. Von Wohnortsbescheinigung. §. 25. Von Heimathsreversen. §. 26. Bestimmung wegen der Ausländer. §. 27. Aufhebung früherer Gesetze.

### Zoll (indirecte Steuern.) Zollverträge. Handelsverträge.

**Gesetz**, verschiedene Abänderungen des Gesetzes vom 23. April 1853 über die Besteuerung des inländischen Branntweins nach dem Rauminhalte der Maischbottiche betr. (S. 69.) [Nro. 8.] (19. 28. Febr. 1849.)

Zu Übereinstimmung mit den Regierungen des Steuervereins tritt für die demselben angeschlossenen Landestheile eine Erhöhung der Besteuerung des Maisbottichraums ein.  
§. 1. Die bisher von je 24 Quartier des Maisbottichraums erfolgende Steuer soll nun von je 16 Quartier des Maisbottichraums erfolgen.

§. 2. Die Erleichterungen für die kleinern landwirtschaftlichen Brennereien welche in keinem Tage über 800 Quartier zu Brauntwein verarbeiten, werden ausgedehnt.

§. 3. Bestimmungen über die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Brauntwein

§. 4. Eintritt der Wirksamkeit der Bestimmungen dieses Gesetzes.

**Gesetz**, die Aufhebung des Ausnahmезollgesetzes für ungereinigte Soda betr. (S. 73) [Nro. 9] (1./9. März 1849.)

Nach Übereinkunft der Zollvereinsstaaten soll der Zollsatz von ungereinigter, unter 30% eines wasserfreien Natron enthaltender Soda vom 1. Mai 1849 an wegfallen.

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection, die Controle über die Erhebung der Thoraccise von Viehschrot und der Bier- und Brauntweinsteuer in den Städten Braunschweig und Wolfenbüttel bei Einführung von geschrotetem Bier- und Brauntweinmalz in diese Städte betreffend. (S. 323.) [Nro. 37.] (8./28. Septbr. 1849.)

**Gesetz**, die Aufhebung des §. 2 des Gesetzes vom 6. Juli 1848 über die Eingangsverzollung des ausländischen Zuckers und Syrups und die Besteuerung des Rübenzuckers betr. (S. 353.) [Nro. 42.] (25./30. Decbr. 1849.)

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums die Ausführung des Art. 2. der Übereinkunft Anl. 1. des Vertrags vom 16. Decbr. 1845 betr. (S. 355.) [Nro. 43.] (28. Decbr./7. Novbr. 1849.)

Verschiedene Maßregeln insbesondere Verkehrscontrole beauf der Übereinkunft zwischen den Staaten des Zoll- und des Steuervereins zur Unterdrückung des Schleichhandels.

**Gesetz**, die Eingangsverzollung des ausländischen Zuckers und Syrups und die Besteuerung des Rübenzuckers betr. (S. 49) [Nro. 35] (20./27. Juni 1850.)

§. 1. Die Bestimmungen des §. 1 des Gesetzes vom 6. Juli 1848 bleiben auch für den Zeitraum vom 1. Septbr. 1850 bis 1. Septbr. 1853 in Gültigkeit.

§. 2. Bestimmung des Steuerfußes vom inländischen Rübenzucker.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums die anderweite Feststellung der Zollstraße für das Nebenzollamt II. in Wendeburg betr. (S. 521) [Nro. 43] (2./15. Decbr. 1850.)

**Gesetz**, die Herabsetzung des Eingangszolls von Reis und Baumöl betr. (S. 7) [Nro. 20] (10./15. Juni 1851.)

§. 1. Anderweite Feststellung des Eingangszolls von Reis und Baumöl. §. 2. Eintritt der Wirksamkeit dieser Bestimmungen.

**Gesetz** für die dem Steuervereine angeschlossenen Landestheile, die Erhöhung der Eingangsabgabe für Rohzucker zum inländischen Fabrikgebrauch betr. (S. 75) [Nro. 22] (24./27. Juni 1851.)

§. 1. Erhöhung der Eingangsabgabe. §. 2. Eintritt der Wirksamkeit derselben.

**Gesetz** wegen Abänderung des Vereinszolltarifs. (S. 163) [Nro. 31] (25. Juli/5. Aug. 1851.)

Zur ersten Abtheilung des Tarifs. Gegenstände, welche keiner Abgabe unterworfen sind.

Zur zweiten Abtheilung des Tarifs. Gegenstände, welche der Ein- oder Ausfuhrabgabe unterworfen sind.

Zur dritten Abtheilung des Tarifs. Abänderung einzelner Durchgangsabgaben.

Zur fünften Abtheilung des Tarifs. Vervollständigung der allgemeinen Bestimmungen.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums, den Vereinszolltarif betr. (S. 175) [Nro. 33] (30. Juli/22. Aug. 1851.)

**Vereinszolltarif**, enthaltend eine Zusammenstellung der vom 1. Octbr. 1851 an gültigen Bestimmungen.

Erste Abtheilung. Gegenstände, welche gar keiner Abgabe unterworfen sind.

Zweite Abtheilung. Gegenstände, welche bei der Ein- oder Ausfuhr einer Abgabe unterworfen sind.

Dritte Abtheilung. Von den Abgaben, welche zu entrichten sind, wenn Gegenstände zur Durchfuhr angemeldet werden.

Vierte Abtheilung. Bestimmungen wegen der Schifffahrtsabgaben.

Fünfte Abtheilung. Allgemeine Bestimmungen.

**Bekanntmachung**, die Gefällevergütung auf Zucker bei der Ausfuhr in's Ausland betr. (S. 229) [Nro. 36] (15./27. Aug. 1851.)

**Berordnung**, die Publication der zwischen den sämmtlichen Zollvereinsstaaten einerseits und Sardinien andererseits unterm 20. Mai 1851 geschlossenen Additionalconvention zu dem Handels- und Schifffahrtsvertrage vom 23. Juni 1845 betr. (S. 271) [Nro. 41] (22. Septbr./9. Octbr. 1851.)

Additionalconvention. Art. 1. Herabsetzung des Eingangszolls von Reis und Baumöl aus den sardinischen Staaten. Art. 2. Sardinischer Seits werden andere Zollermäßigungen den Staaten des Zollvereins zugestanden. Art. 3. Herstellung einer Eisenbahnlinie. Art. 4. Zeit der Gültigkeit des Vertrags. Art. 5. Ratification.

**Bekanntmachung** des Herzogl. Staatsministeriums die Steuervergütung bei der Ausfuhr von inländischem Branntwein betr. (S. 335) [Nro. 51] (26. Novbr./16. Decbr 1851.)

**Bekanntmachung** der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection die Ermäßigung der Steuervergütung für exportirten Branntwein betr. (S. 387) [Nro. 54] (10./22. Decbr. 1851.)

**Gesetz** über die Aufhebung der Eingangsabgabe von Getreide, Hülsenfrüchten und Mehl (S. 281) [Nro. 16] (2./9. März 1852.)

**Berordnung** die Publication der unterm 18. Febr. d. J. geschlossenen Additionalconvention zu dem von den südlichen Zollvereinsstaaten und Belgien unterm 1. Septbr. 1844 geschlossenen Handels- und Schifffahrtsvertrage betr. (S. 249) [Nro. 25] (18. April/4. Mai 1852)

Additionalconvention. Art. 1. Verlängerung des Vertrages vom 1. Septbr. 1844 — 1. Jan. 1854. Art. 2. Gleichstellung der Flagge des Zollvereins und der Einfuhren aus dem Zollverein in Belgien mit der Flagge Großbritanniens und in dieserhalb mit Großbritannien geschlossenen Vereinbarungen. Art. 3. Gegenvergünstigung für die Flagge von Belgien und die Einfuhr aus Belgien in den Zollverein. Art. 4. Aufhebung der in Belgien bestehenden Verbote der Durchfuhr. Art. 5. Feststellung der Durchgangsabgaben durch Gebietsheile des Zollvereins für Waaren aus Belgien. Art. 6. Ermäßigung der Differential-Zollbegünstigung auf Eisen. Art. 7. Fernere Beobachtung des Art. 34. des Grenzvertrags vom 26. Juni 1816. Art. 8. Weiterführung der Luxemburg-Belgischen Eisenbahn. Art. 9. Vorbehalt einer Kündigungsfrist.

**Regulativ** über die Behandlung auf der Braunschweig-Hannoverschen Eisenbahn aus dem Auslande eingehender, so wie dahin ausgehender Güter und Effecten in Bezug auf das Zollwesen. (S. 299) [Nro. 28] (3./17. Mai 1852.)

#### I. Allgemeine Bestimmungen.

##### 1. Transportmittel.

a. Wie solche beschaffen sein müssen §. 1. b. deren Controlirung §. 2.

2. Stationsplätze und Haltestellen §. 3.

3. Transportzeit §. 4.

4. Abfertigungsstellen §. 5.

5. Abfertigungsstunden §. 6.

6. Amtlicher Verschluss §. 7.

7. Amtliche Begleitung §. 8.

8. Besondere Befugnisse der oberen Zollbeamten §. 9.

#### II. Besondere Vorschriften. A. Eingang vom Auslande.

1. Verladung der Güter §§. 10 u. 11.

2. Ordnung der Wagen §. 12.

3. Vorabfertigung in Peine §. 13.

4. Abfertigung bei dem Grenzzollamte. a. Abschließung des dazu bestimmten Raumes §. 14. b. Weitere Abfertigung 1. in Bechelde §. 15. 2. in Braunschweig. aa. Anmeldung der Ladung §. 16. Revision der Personenwagen und Sonderung der Güterwagen §. 17. c. Abfertigung aa. der Passagiereffecten §. 18. bb. der auf der Eisenbahn weitergehenden Güterwagen §. 19. cc. der zurückgebliebenen Frachtgüter.

5. Abfertigung bei den weitem Abfertigungsstellen.

a. Abschließung des dazu bestimmten Raumes und Sonderung der Güterwagen §. 21.

b. Abfertigung der zurückgebliebenen Frachtgüter §. 22. c. Verschlussverlegung §. 23.

B. Ausgang nach dem Auslande.

1. Gegenstände, welche einem Ausgangszolle unterliegen §. 24.

2. Waaren, deren Ausgang amtlich zu erweisen ist §. 25.

C. Transport im Inlande.

1. Waaren im freien Verkehr §. 26. 2. Übergangssteuerpflichtige Waaren §. 27.

3. Waaren auf welchen ein Zollanspruch lastet.

III. Acciserpflichtige Gegenstände §. 29.

IV. Strafen §. 30.

Anhang. a. Formular eines Ladungsverzeichnisses. b. Ausfahrgesetz.

**Verordnung**, die Publication des unterm 31. Decbr. 1851 zwischen dem Zollvereine und den Niederlanden geschlossenen Handels- und Schiffahrtsvertrages betr. (S. 323) [Nro. 31] (24. Mai/26. Juni 1852.)

**Handels- und Schiffahrtsvertrag** vom 31. Decbr. 1851 zwischen dem Deutschen Zoll- und Handelsvereine einerseits und den Niederlanden andererseits. Art. 1. Allgemeine Gleichstellung der Abgaben von den gegenseitigen Schiffen der Contractanten mit den Abgaben von eigenen Nationalschiffen. Art. 2. Allgemeine Gleichstellung der Abgaben von den Ladungen der gegenseitigen Schiffe mit den auf eigenen Nationalschiffen eingebrachten Ladungen. Art. 3. Gleichstellung der Eingangs- oder Ausgangsabgaben der auf den gegenseitigen Schiffen eingebrachten oder ausgehenden Waaren mit den auf eigenen Nationalschiffen eingebrachten oder ausgehenden Waaren in den beiderseitigen Häfen. Art. 4. Auch die den eigenen Nationalschiffen oder deren Ladungen bewilligten Befreiungen und Begünstigungen sollen den gegenseitigen Schiffen oder deren Ladungen gewährt werden. Art. 5. Auch rücksichtlich des Aufstellens und Ein- oder Ausladens soll den eigenen Nationalschiffen keine Bevorzugung werden, sondern dieselben auf dem Fuße völliger Gleichstellung behandelt werden. Art. 6. Vorschriften bei Löschung nur eines Theils der Ladung. Art. 7. Bergung der Schiffe im Nothfalle. Art. 8. Vorschriften für den Fall der Strandung oder des Schiffbruchs. Art. 9. Gleichstellung bei dem Ankauf der Ladungen. Art. 10. Ausdehnung der Bestimmungen der §§. 1—9 auf die Schiffahrt zur See, sowie auf Flüsse und Wasserstraßen. Art. 11. Vorschriften für die Küstenschiffahrt. Art. 12. Anerkennung der Nationalität der Schiffe. Art. 13. Auslieferung desertirter Matrosen. Art. 14. Specielle Begünstigung der niederländischen Schiffe in einzelnen Beziehungen. Art. 15. Verkehrsvereinfachung für die Schiffahrt zwischen Emmerich und Coblenz. Art. 16. Begünstigung der Schiffahrt des Zollvereins in einzelnen Beziehungen. Art. 17. Herabsetzung von Brücken- und Schleusengeldern. Art. 18. Herabsetzung von Lootsengebühren. Art. 19. Besondere Begünstigung der Schiffe des Zollvereins bei der Durchfahrt durch die Niederlande behuf des Auslaufens vom Rheine in offene See. Art. 20. Vereinfachung für die mit Steinkohlen beladenen Schiffe. Art. 21. Befreiung der gegenseitigen Flußschiffer von der Patent- (Gewerbe-) Steuer und Vorschrift für die Binnenschiffahrt. Art. 22. Vereinfachung der Formalitäten in Zollsachen und Zusage gegenseitiger Bewilligung aller künftig im eigenen Lande bewilligten Befreiungen und Ermäßigungen der Schiffahrtsabgaben. Art. 23. Rectification und Vertiefung des Fahrwassers im Rhein. Art. 24. Völlige und unbeschränkte Freiheit des Verkehrs zwischen den beiderseitigen Unterthanen. Art. 25. Feststellung von Durchgangsabgaben durch einzelne Theile des Zollvereinsgebiets für die von den Niederlanden kommenden oder dahingehenden Waaren. Art. 26. Befreiung von jeder Durchgangsabgabe durch die Niederlande für nach dem Zollvereine gehende oder daher kommende Waaren. Art. 27. Einrichtung

eines Entrepot in Rotterdam für Waaren aus oder nach dem Zollverein. Art. 28. Begünstigung der Producte des niederländischen Fischfangs und der Erzeugnisse der niederländischen Colonieen bei der Einföhrung in den Zollverein. Art. 29. Begünstigung der Erzeugnisse jeder Art des Zollvereins bei der Einföhr in die Niederlande. Art. 30. Begünstigung der Unterthanen des Zollvereins in den Niederlanden. Art. 31. Begünstigung der Schifffahrt des Zollvereins nach den niederländischen Colonieen. Art. 32. Begünstigung der Erzeugnisse des Zollvereins bei der Einföhr in die niederländischen Colonieen. Art. 33. Zusicherung jeder größern Begünstigung in Beziehung auf Handel oder Zölle, welche künftig von einem der Contrahenten einem fremden Staate gewährt werden möchten. Art. 34. Vorbehalt des Beitritts künftiger neuer Glieder des Zollvereins. Art. 35. Dauer des Vertrags. Art. 36. Ratification des Vertrags. Anhang. Tarif über die Erhebung des Rheinzolls für die Strecke von der Lanter bis Emmerich für alle Gegenstände, welche unter der Flagge eines deutschen Rheinuferstaates oder unter niederländischer Flagge transportirt werden.

**Gesetz**, die Modification des Gesetzes vom 2. März 1852 über die Aufhebung der Eingangsabgabe von Getreide, Hülsenfrüchten und Mehl betr. (S. 367) (Nro. 32) (8./16. Juni 1852.)

Die angeordnete Aufhebung der Eingangsabgabe von Getreide, Hülsenfrüchten und Mehl wird auf mehre Artikel ausgedehnt.

**Reglement** für die auf der Weser bei Holzminden anlegenden Schiffe und Klöße. (S. 443) [Nro. 42] (22. Octbr./11. Novbr. 1852.)

§. 1. Bestimmung des Anlege- und Ausladeplatzes für Schiffe mit zollpflichtigen Gegenständen. §. 2. Bestimmung des Anlege- und Ausladeplatzes für Schiffe mit zollfreien Gegenständen. §. 3. Meldung des Schiffers oder Klößers beim Hauptzollamte. §. 4. Verbot des Ankerauslegens an bestimmten Stellen. §. 5. Erlaubniß zum Ausladen. §. 6. Zeit der Ausladungen. §. 7. Sofortige Entfernung der ausgeladenen Gegenstände. §. 8. Revision der Ladung. §. 9. Räumung des Anlegeplatzes. §. 10. Erlaubniß zur Einladung und Anmeldung der einzuladenden Gegenstände. §. 11. Strafandrohung für Übertretung vorstehender Vorschriften. §. 12. Bekanntmachung der vorstehenden Bestimmungen.

### Rescripte.

Resc. des Oberstaatsanwalts vom 9. Juli 1850 an den Staatsanwalt zu Wolfenbüttel.

Auf den Bericht vom 5. d. M., die Vollziehung der von den Herzogl. Kreisgerichte in Steuer- und Zollcontraventionsfachen entweder unmittelbar erkannten oder den zunächst erkannten Geldbußen substituirtcn Freiheitsstrafen betreffend, erwiedere ich, dass, da gegenwärtig die Strafvollziehung (mit Ausnahme der von den Amts- und Stadtgerichten abgegebenen Straf-erkenntnisse, welche von jenen selbst, ohne Mitwirkung der Staatsbehörde zur Vollstreckung gebracht werden) den Staatsanwälten obliegt. (Str.-Pr.-Ord. §. 5 §. 186 Abs. 1.)



Die Bestimmung des §. 186 Abs. 2 der Str.-Pr.-Ord., wonach in Steuer- und Zollcontraventionsfachen die Gerichte für die Vollziehung der Freiheitsstrafen zu sorgen haben, (Zollstrafgesetz vom 21. Decbr. 1841 §§. 53 u. 56.)

Gesetz vom 20. Novbr. 1845, die Eingangs-, Durchgangs- und Ausgangsabgaben betr. §. 157 so zu verstehen sein wird, daß eintretenden Falls die Herzogl. Kreisgerichte den Staatsanwalt auffordern, die wirkliche Vollziehung solcher Freiheitsstrafen bethätigen zu lassen.

Sie wollen sich mit dem Herzogl. Kreisgerichte in diesem Sinne verständigen, eventuell, sofern Einverständniß nicht zu erreichen, weitere gerichtliche Anzeige machen.

### Resc. des Oberstaatsanwalts vom 16. Aug. 1850 an sämtliche Staatsanwälte.

Von der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection ist eine provisorische Instruction für die in Zoll- und Steuercontraventionsfachen fungirenden öffentlichen Ankläger entworfen. Ich füge für jeden der Herren Staatsanwälte ein Exemplar dieser Instruction bei und bemerke zugleich Folgendes:

Wo der öffentliche Ankläger in Strassachen nicht unmittelbar thätig wird, also z. B. bei Vorladungen von Zeugen, Requisitionen zc. bleibt es natürlich bei den im §. 5 der Str.-Pr.-Ord. enthaltenen Bestimmungen, wonach die Ausführung der gerichtlichen Verfügungen der Staatsanwaltschaft gebührt.

Letztere ist ferner befugt und verpflichtet, dem öffentlichen Ankläger in Steuersachen Rath zu ertheilen, wie dies rücksichtlich aller Personen der Fall ist, welche sich in gerichtlichen Angelegenheiten an die Staatsanwaltschaft um Hülfe und Beistand wenden. Es versteht sich jedoch von selbst, daß hierbei nicht an eigentliche Consulentschaft, an ein Parteinehmen gedacht wird, daß vielmehr nur die Meinung sein kann, die Staatsanwaltschaft solle als Wächterin des Gesetzes, also nur in geselliger Weise, bereit sein und nach Kräften sich bemühen, daß bei den gerichtlichen Verhandlungen die geselligen Rechte und Wohlthaten einem Jeden, mithin auch dem öffentlichen Ankläger in Steuersachen, unverkümmert zu Theil werden. Ich hege die Zuversicht, daß die Herren Staatsanwälte diese edelste und zugleich angenehmste Partie ihrer Functionen auch ohne weitere Anregung mit Sorgfalt pflegen, kann mich daher weiterer Erörterungen enthalten und verweise nur auf den Schlusssatz im §. 24 der Str.-Pr.-Ord., sowie auf die Thatsache, daß die Staatsanwaltschaft in Frankreich sich vorzugsweise durch die gehörige Würdigung dieses Punktes ihre hohe Stellung errungen hat.

Provisorische Instruction der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection für die in Zoll- und Steuercontraventionsfachen fungirenden öffentlichen Ankläger.

(Mit Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums ertheilt.)

#### §. 1.

Nach §. 1 der Str.-Pr.-Ord. vom 22. Aug. 1849 soll in Strassachen ein Verfahren nur auf Anstehen eines öffentlichen Anklägers eingeleitet werden, welcher bei den Gerichten die betreffenden Anträge auf Untersuchung und Bestrafung zu stellen hat und zufolge §. 24 der

Str.-Pr.-Ord. sollen in Zoll- und Steuercontraventionsfällen die zu deren Verfolgung gesetzlich ernannten Beamten als öffentliche Ankläger handeln. Die Staatsanwälte haben aber auch in diesen Sachen die Beobachtung der Gesetze zu überwachen und sind berechtigt, deffallige Anträge bei den Gerichten zu stellen.

#### §. 2.

Was die zur Verfolgung von Zoll- und Steuercontraventionen gesetzlich ernannten Beamten betrifft, welche als öffentliche Ankläger aufzutreten haben, so sind als solche die Hauptzollämter anzusehen. Sie haben wie bisher, wenn das administrative Verfahren erfolglos geblieben ist, oder die Sache sofort zum gerichtlichen Verfahren abgegeben werden muss, bei den Gerichten schriftlich die erforderlichen Anträge zu überreichen und diesem das Denunciationsprotocoll beizufügen.

#### §. 3.

Insofern im Laufe des Verfahrens das persönliche Erscheinen des öffentlichen Anklägers erforderlich wird, ist dazu ein Mitglied des Hauptzollamts, in der Regel der Oberzollinspector, zu committiren, indessen kann dazu ausnahmsweise auch ein Hauptamtsassistent, und wenn die Untersuchung nicht am Orte des Hauptamts geführt wird, der betreffende Obergrenzcontrolleur verwandt werden. Ist der letztere aber als Denunciant aufgetreten, so kann er nicht als öffentlicher Ankläger fungiren, es ist alsdann, sowie in etwaigen Behinderungsfällen ein benachbarter Obergrenzcontrolleur mit der Abhaltung des Termins zu beauftragen.

#### §. 4.

In den zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehörenden Sachen ist eine Voruntersuchung unstatthaft. (Str.-Pr.-Ord. §. 33.) Es ist vielmehr den Amts- und Stadtgerichten sogleich der Strafantrag unter Beifügung des Denunciationsprotocolls und Angabe der sonstigen Beweismittel schriftlich zu überreichen oder zu Protocoll vorzutragen. (Str.-Pr.-Ord. §. 72.) Gegen einen die Eröffnung der Untersuchung verweigernden Beschluss der Amts- und Stadtgerichte steht dem Ankläger eine Beschwerde an das Herzogl. Kreisgericht zu. Bei der Entscheidung des letztern hat es sein Bewenden. (Str.-Pr.-Ord. §. 73.)

In dem Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten erfolgt nach §. 74 der Str.-Pr.-Ord. die Verurtheilung des Beschuldigten, ohne dass derselbe zuvor gehört wird, sofort auf den Strafantrag. In dem Erkenntnisse wird jedoch zugleich ein Termin, nicht über acht Tage hinaus angesetzt, in welchem Jener etwaige Einwendungen gegen die erkannte Strafe geltend machen und auf Zurücknahme oder Abänderung des Erkenntnisses antragen kann. Erscheint der Verurtheilte in diesem Termine nicht, so wird das Erkenntniss mit dem Ablaufe des Termins sofort vollstreckbar; erscheint dagegen der Verurtheilte und erklärt, er wolle sich bei dem Erkenntnisse nicht beruhigen, so tritt das in §§. 75 u. 76 der Str.-Pr.-Ord. vorgeschriebene Verfahren ein. Zu diesem Behufe wird der Beschuldigte zu dem nächsten öffentlichen Gerichtstage vorgeladen und soll die Ladung enthalten: eine Angabe des Vergehens, der demselben gesetzlich angedrohten Strafe und die Verwarnung, dass, wenn der Beschuldigte nicht erscheine, dennoch gegen ihn werde verfahren und erkannt werden. Zugleich erfolgt die Benachrichtigung des Anklägers und die Ladung der Auskunftspersonen, auch steht dem Beschuldigten und dem Ankläger das Recht zu, nicht nur Zeugen am Gerichtstage mitzubringen, sondern auch die Vorladung amtseingesessener Auskunftspersonen zeitig vorher bei dem Gerichte zu beantragen. Erscheint der Beschuldigte, so wird er

nach Vorlesung der etwa aufgenommenen Protocolle durch den Secretair und nach Anhörung des öffentlichen Anklägers vernommen und, wenn er geständig ist, zur Abgabe des Erkenntnisses, falls er leugnet oder eine Erklärung verweigert, zur Beweisaufnahme geschritten, worauf sogleich das Urtheil erfolgt.

Eine Beerdigung der Auskunftspersonen ist nur erforderlich, wenn solche der Beschuldigte, der Ankläger oder der Beschädigte verlangen. (Str.-Pr.-Ord. §. 77.)

Erscheint der Beschuldigte nicht, so wird mit der Beweisaufnahme und dem Erkenntnisse im Ungehorsam gegen ihn verfahren und das Erkenntniß in öffentlicher Sitzung verkündet. (Str.-Pr.-Ord. §. 78.)

Erscheint der Ankläger nicht, so wird der Beschuldigte freigesprochen (Str.-Pr.-Ord. §. 79.) Es ist daher nothwendig, daß dieser Termin von Seiten des Hauptzollamts beschiedt werde; dagegen ist die Anwesenheit des Anklägers in dem im §. 76 gedachten Termine nicht unbedingt erforderlich, indess aus dem Grunde zweckmäßig, weil dadurch unnöthige Schreibereien vermieden werden und weil, wenn der Angeklagte nicht erscheint, der Ankläger sogleich den Antrag stellen kann, das Erkenntniß für vollstreckbar zu erklären. Derjenige Beamte, welcher mit der Vertretung des Hauptzollamts beauftragt ist, ist dem Gerichte sofort bei Übersendung der Anklage zu bezeichnen und zugleich der Antrag zu stellen, daß die Vorladungen zu den Terminen resp. die Benachrichtigung von denselben an diesen ergehen möge. Die Denuncianten sind in dem im §. 74 erwähnten Terminen nicht, wol aber in den im §. 75 und folgenden bezeichneten Terminen zu stellen.

Aus besondern Gründen, welche dem Richter darzulegen sind und worüber dieser entscheidet, kann der öffentliche Ankläger auch nach der Abgabe eines Contumacialerkenntnisses §. 79. die nochmalige Ansetzung eines Termins, jedoch spätestens bis zur nächsten öffentlichen Sitzung beantragen. (Str.-Pr.-Ord. §. 80.)

### §. 5.

Das Verfahren bei den zur Competenz der Kreisgerichte gehörenden Untersuchungen wird sich nach dem Ermessen des Hauptzollamts, nach der Eigenthümlichkeit der Sache modificiren müssen. Ist nämlich die begangene Zolldefraude in jeder Beziehung zu übersehen, insbesondere ist über das Thatsächliche des Vergehens, sowie rücksichtlich des Thäters kein Zweifel vorhanden, welcher erst noch der Aufklärung bedarf, wie solches in der Regel der Fall sein wird, wenn der Angeklagte bei der verbrecherischen Handlung betroffen ist, oder ist der Angeschuldigte seiner Handlung geständig und bestreitet nur das Strafbare derselben, so hat das Hauptzollamt mit der Einreichung der Anklage, unter Angabe der vorzuladenden Auskunftspersonen und Beifügung der Überführungsstücke, bei dem Gerichte sofort den Antrag auf Ansetzung eines öffentlichen Termins zum mündlichen Hauptverfahren zu verbinden.

### §. 6.

Ist dagegen die Sache in der Lage, daß weder das Denunciationsprotocoll, noch weitere von den Zoll- und Steuerbehörden angestellte Nachforschungen, namentlich auch nicht das administrative Vorverfahren den Thatbestand genügend klar gemacht haben, oder ist in Betreff des Thäters oder seiner etwaigen Gehülfen noch eine Ungewissheit vorhanden, so wird dem öffentlichen Hauptverfahren erst noch eine gerichtliche Voruntersuchung vorangehen müssen.

Die Str.-Pr.-Ord. bestimmt über diese Folgendes:

§. 34. Die gerichtliche Voruntersuchung beschränkt sich zwar lediglich auf die verbrecherische That, hinsichtlich deren sie beantragt ist, umfaßt diese jedoch, ohne daß es eines neuen Antrags bedarf, in allen wesentlichen Beziehungen und rücksichtlich aller Theilnehmer.

§. 35. Der Zweck der gerichtlichen Voruntersuchung ist allein der, das Dasein und die Art des Verbrechens, die Person des Thäters oder die für oder gegen den Verdächtigen sprechenden Anzeigen so weit zu erforschen und festzustellen, als dies zur Begründung der Anklage und Vorbereitung des Hauptverfahrens erforderlich ist.

Zu diesem Zwecke ist bei dem Untersuchungsrichter zuvörderst der Antrag auf Einleitung der Voruntersuchung zu stellen und demselben zu diesem Behufe das Erforderliche aus den ergangenen hauptamtlichen Acten mitzutheilen, auch sind ihm diejenigen Personen zu bezeichnen, durch deren Vernehmung eine weitere Aufklärung der Sache herbeigeführt werden kann. Zugleich ist dem Staatsanwalte von den gestellten Anträgen auf Voruntersuchung eine kurze Anzeige zu machen, damit dieser eine Übersicht der gesammten Voruntersuchungen erhält und etwaige Anträge der Zoll- und Steuerbehörden auf Förderung der Untersuchung berücksichtigen und unterstützen kann.

#### §. 7.

Der öffentliche Ankläger ist nach §. 44 der Str.=Pr.=Ord. befugt, gerichtlichen Untersuchungs-handlungen, welche in seinen Geschäftskreis gehören, beizuwohnen, mit dem Untersuchungsrichter unmittelbar in Verbindung zu treten, Anträge und Mittheilungen zur Beförderung der Untersuchung an ihn zu richten und die zu seinem Geschäftskreise gehörenden Gerichtsacten einzusehen. Diese Befugnisse stehen auch dem Hauptzollamte, resp. den dasselbe vertretenden Beamten zu und ist dabei vornehmlich darauf zu sehen, daß die Untersuchung thunlichst gefördert wird. Das Specieellere in dieser Beziehung muß dem Ermessen des Hauptzollamts überlassen bleiben.

#### §. 8.

Nach beendigter Untersuchung theilt der Untersuchungsrichter dem Hauptzollamte die Acten mit. Ist dieses

1. der Ansicht, daß das fernere Verfahren einzustellen sei, so reponirt es die Acten und macht hiervon dem Staatsanwalte Anzeige. Dies wird in der Regel der Fall sein, wenn nach den stattgehabten Ermittlungen ein Zollvergehen nicht vorliegt, oder der Thäter nicht hat ausgemittelt werden können. In zweifelhaften Fällen ist die Entscheidung der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection einzuholen.

2. Ist die Sache fortzusetzen nach der Ansicht des Hauptzollamts, so hat dasselbe binnen 3 Tagen, nachdem ihm die Acten vom Untersuchungsrichter vorgelegt sind, die förmliche Anklage einzureichen.

3. Hält das Hauptzollamt dafür, daß zur Vervollständigung der Untersuchung noch bestimmte anzugebende Handlungen vorgenommen werden sollen, so hat es den erforderlichen Antrag binnen 3 Tagen bei dem Untersuchungsrichter zu stellen und nach vervollständigter Untersuchung den gesetzlichen Bestimmungen gemäß zu verfahren. (Str.=Pr.=Ord. §. 45.)

#### §. 9.

Die eigentliche Anklage, mag eine gerichtliche Voruntersuchung vorangegangen sein oder nicht, muß die genaue Bezeichnung der Person des Angeklagten, eine Darstellung der ihm zur

Last gelegten That, sowie der erheblichen Nebenumstände, mit Bezugnahme auf das zur Anwendung zu bringende Strafgesetz, die Angabe der Beweismittel, insbesondere Namen, Stand und Wohnort der Zeugen enthalten. (Str.-Pr.-Ord. §. 83.) Diese Anklage ist von dem Hauptzollamte aufzustellen und mit dem Strafantrage bei dem betreffenden Kreisgerichte einzureichen. Zugleich ist dem letztern derjenige Zoll- oder Steuerbeamte namhaft zu machen, welcher im Auftrage des Hauptzollamts als öffentlicher Ankläger fungiren wird und ist derselbe zugleich sachgemäß zu instruiren. Auch hier ist bei dem Gerichte darauf anzutragen, daß die Vorladungen zu den Terminen an den mit der Vertretung des Hauptzollamts beauftragten Beamten unmittelbar ergehen.

Findet das Gericht nach erhobener Anklage, daß die Sache in einzelnen Punkten noch der Erläuterung bedarf, so wird es dieselbe beauftragt die Vervollständigung an den mit der Vertretung des Hauptzollamts beauftragten Beamten zurückgeben, worauf die verlangte Vervollständigung zu beschaffen ist. Gegen eine solche Entscheidung des Kreisgerichts findet eine Beschwerde an den Anklagesenat des Obergerichts statt.

Spricht das Gericht dagegen seine Incompetenz durch ein Erkenntniß aus, oder erkennt es, daß kein Grund zur Anklage vorliege, resp. verwirft es die Anklage in angebrachtem Maße so steht dem Hauptzollamte die Berufung an den Cassationshof zu. In allen diesen Fällen ist zwar die Einlegung ungesäumt vorzunehmen, jedoch vor weiteren Schritten die Entscheidung der Herzogl. Zoll- und Steuerdirection einzuholen. (Str.-Pr.-Ord. §. 84.)

Sobald übrigens dem Angeklagten der Beschluß des Hauptzollamts oder des Kreisgerichts, daß ein ferneres Verfahren nicht stattfindet, eröffnet oder insinuiert ist, kann die Untersuchung nur wenn neue Beweismittel aufgefunden sind, wieder aufgenommen werden. (Str.-Pr.-Ord. §. 48.)

#### §. 10.

Zu dem für das öffentliche Hauptverfahren angesetzten Termine, zu welchem der Angeeschuldigte unter der Verwarnung, daß im Falle seines Ausbleibens nach gerichtlichem Ermessen mit der Untersuchung und Entscheidung verfahren werde, vorgeladen wird, hat der als öffentlicher Ankläger fungirende Beamte zu erscheinen und zugleich die Denuncianten zu stellen, damit diese sowohl dem Gerichte die erforderliche Auskunft geben, als auch von dem Angeeschuldigten seinerseits befragt werden können. Eine Bemerkung darüber, daß sie ohne besondere Vorladung in dem Termine gestellt werden würden, ist der Anklage beizufügen.

#### §. 11.

Nach eröffneter Sitzung wird die Anklage und der Beschluß über die Eröffnung der Untersuchung verlesen, der Angeeschuldigte vernommen und sodann zur Beweisaufnahme geschritten. Ist der Angeklagte geständig, so kann die letztere nach dem Ermessen des Gerichts unterbleiben. (Str.-Pr.-Ord. §. 90.) Bei der Vernehmung der Zeugen u. s. w. ist der als öffentlicher Ankläger fungirende Steuerbeamte, gleichwie der Angeeschuldigte befugt, sachdienliche Frage mit Bewilligung des Gerichtsvorstandes an dieselben zu richten. (Str.-Pr.-Ord. §. 55.) Sodann stellt der Erstere seine Anträge über die That und Rechtsfrage und die Strafe. Der Angeklagte und dessen Verteidiger antworten. Der öffentliche Ankläger hat das Recht der Erwiderung und der Angeklagte und Verteidiger haben das letzte Wort. (Str.-Pr.-Ord. §. 91.)

In schwierigen Fällen, insbesondere wo es sich um die Rechtsfrage handelt, wird es erforderlich sein, daß der betreffende Zoll- oder Steuerbeamte bei dem Staatsanwalte, welcher den öffentlichen Sitzungen beizuwohnen hat, sich Rath's erholt. Er hat sich zu dem Ende entweder vor der Verhandlung oder während der Sitzung mit demselben zu vernehmen und dessen Anweisungen nachzukommen.

## §. 12.

Nachdem das Gericht über den Thatbestand des in Frage stehenden Vergehens ein Urtheil abgegeben hat, wird der als Ankläger fungirende Beamte, sowie der Angeklagte und dessen Vertheidiger mit ihren etwaigen Bemerkungen über den Rechtspunkt nochmals gehört. (Str.-Pr.-Ord. §. 92.) Von dem darauf abgegebenen Urtheile hat der das Hauptzollamt vertretende Beamte demselben sogleich Anzeige zu machen.

## §. 13.

Das der Zoll- und Steuerverwaltung gegen gerichtliche Erkenntnisse bisher zugestandene Rechtsmittel der Appellation fällt weg. Dagegen tritt in den Fällen:

1. wenn wesentliche Mängel in Bezug auf die Personen der Parteien oder der Zusammensetzung des Gerichts oder dessen Competenz vorliegen;
2. wenn wesentliche Vorschriften über das Verfahren nicht beobachtet sind und
3. wenn bei der Urtheilsfällung ein Strafgesetz verletzt ist

die Nichtigkeitsbeschwerde bei dem Cassationshofe ein.

In Betreff derselben kommen die Vorschriften im §§. 157—172 der Str.-Pr.-Ord. zur Anwendung und wird hier nur hervorgehoben, daß solche sowol dem Angeklagten als dem öffentlichen Ankläger, dem letztern jedoch nur in den unter 1 u. 2 erwähnten Fällen, zusteht.

Zu der deßfallßigen öffentlichen Verhandlung ist gleichfalls von dem Hauptzollamte in gleicher Weise wie zu dem Hauptverfahren ein Beamter abzuordnen. Dasselbe gilt auch, wenn Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt wird, nach Maßgabe der Vorschriften in den §§. 173 u. 174 der Str.-Pr.-Ord.

## §. 14.

In Betreff des Verfahrens gegen flüchtige Verbrecher, der Anerkennung der Identität Verurtheilter, sowie der Vollstreckbarkeit der Straferkenntnisse und deren Vollziehung wird auf die §§. 175—187 der Str.-Pr.-Ord. Bezug genommen.

Resc. gerichtlicher Disciplinarbehörde vom 21. Septbr. 1852 an Herzogl. Kreisgericht Wolfenbüttele.

In der Anklagesache des Herzogl. Hauptzollamts hieselbst, wider H. zu K., wegen Salzdefraude mit thätlicher Widerseßlichkeit verbunden, ist von dem Herzogl. Hauptzollamte bei Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft beschwerend zur Anzeige gebracht, daß, obwol der Angeklagte nicht im Stande gewesen; dafür, daß er sich zum Zwecke der Untersuchung jederzeit fiktiren und der zu erkennenden Strafe genügen werde, die erforderliche Sicherheit zu stellen, Herzogl. Kreisgericht den wiederholten Anträgen ungeachtet, die Verhaftung dieses Angeschuldigten nicht verfügt habe:

weil die gegen den Angeklagten beantragte Strafe keine bedeutende sei, auch der Angeklagte zufolge der zwischen der Königl. hannöverschen und der Herzogl. braunschw. Regierung bestehenden Convention sistirt und von dem betreffenden Königl. hannöverschen Gerichte die gegen den Angeschuldigten etwa zu erkennenden Strafe werde vollzogen werden.

In Beziehung auf diese den mit dem Königreiche Hannover bestehenden Verträgen im Allgemeinen widersprechende Verfügung ist unter Mittheilung der obgedachten Beschwerden von der Herzogl. Oberstaatsanwaltschaft der Antrag gestellt, das Herzogl. Kreisgericht mit Bezugnahme auf die betreffenden Gesetze anzuweisen, demgemäß künftig zu verfahren. -

In Erwägung nun, daß

1. nach dem §. 1 der Convention mit dem Königreiche Hannover über die wechselseitige Auslieferung der Verbrecher zc. betreffend, diese Convention sich nur auf wirkliche Verbrecher mit Ausschlusse namentlich der Accise- und Contrebande-Verbrecher beschränkt,

dem

2. die Übereinkunft vom 16. Octbr. 1845 (Verordnungssammlung S. 203) namentlich in den §§. 6 u. 7 entspricht

damit ferner

3. die betreffenden Rescripte des Herzogl. Staatsministeriums

a. vom 2. April 1830. (Bege's Repert. Band II. S. 59.)

b. vom 29. März 1834. (Bege's Repert. Band IV. S. 44.)

sowie

4. a. das Gesetz vom Jahre 1841. (S. 228) namentlich §. 28.

b. das Circularrescript des Herzogl. Oberlandesgerichts vom 10. März 1844 §. 1 (Verordnungssammlung von 1844 S. 56.)

im Einklange stehen, etwaige Ausnahmen aber besondere gesetzliche Bestimmungen erfordern —  
confr. Erklärung zc. vom 2. Aug. 1828 §§. 5 u. 6. (Verord.-Samml. von 1828 S. 123.)  
werden Sie hierdurch angewiesen, in künftig vorkommenden Fällen den vorgedachten gesetzlichen Bestimmungen gemäß zu verfahren.

Resc. Herzogl. Staatsministerii vom 10. Jan. 1851. an Herzogl.  
Zoll- und Steuercollegium.

Wir erwidern auf den Bericht vom 9. Novbr. v. J., das Verfahren bei Ertheilung von Concessionen zum Salzhandel in den Landgemeinden betreffend, nachdem Wir darüber das Gutachten der Herzogl. Kreisdirectionen eingezogen haben, Folgendes:

Es erscheint angemessen, daß, dem Vorschlage gemäß, die Concessionirungsgesuche bei den Ortsbehörden eingereicht und von dieser mit gutachtlichem Berichte an Herzogl. Zoll- und Steuerdirection eingesandt werden. Da aber nach der Verordnung vom 4. Mai 1850, das Wohnortsrecht betreffend, mit der Erlangung einer Gewerbsconcession die Vermuthung für den gleichzeitigen Erwerb des Wohnortsrechts verbunden ist, so halten Wir zur Vermeidung von Inconvenienzen für erforderlich, daß der Bericht der Ortsbehörden auch die Frage beantwortet

ob der Bittsteller an dem Orte, an welchem er den Salzhandel zu betreiben beabsichtigt, wohnberechtigt sei, und dass eine Concession nur alsdann ertheilt wird, wenn die Beantwortung bejahend ausfällt. Wenn sich übrigens hinsichtlich der Gewährung des Antrages oder hinsichtlich der Richtigkeit der von den Ortsbehörden eingerichteten Thatsachen Zweifel für Herzogl. Zoll- und Steuerdirection ergeben sollten, so ist das Gutachten der betreffenden Herzogl. Kreisdirection einzubolen. Herzogl. Zoll- und Steuerdirection hat wegen der Einreichung der Anträge bei den Ortsbehörden und der diesen zugewiesenen Berichterstattung eine Bekanntmachung zu erlassen.

---





# Chronologisches Verzeichniss

der

Rescripte, Instructionen, Bekanntmachungen u.

1. Aug. 1835 Rescr. <i>S.</i>	5. Aug. Ausschr. d. K.	31. Jan. <i>N. S. St.-M.</i>	63
D.-S.-G. 101	baum. Jun.-M. 62. 132	31. Jan. <i>N. S. Conf.</i>	82
27. Novbr. 1848 Entscheid.	10. Aug. <i>N. S. St.-M.</i> 115	1. Febr. <i>N. S. D.-Ger.</i>	136
d. <i>S. Minist.-Com.</i> 91	13. Aug. <i>G.-M. S. Fin.-G.</i> 115	8. Febr. Entscheid. <i>S.</i>	
<b>1849.</b>	16. Aug. <i>N. d. D.-St.-M.</i> 158	D.-Ger. . . . .	94
1. März Rescr. <i>S. St.-M.</i> 108	27. Aug. <i>N. S. St.-M.</i> 61	22. Febr. Ver d. D.-St.-	
28. März Circ.-Schr. <i>S.</i>	28. Aug. <i>N. S. St.-M.</i> 49 115	M. . . . .	40
D.-San.-Coll. 102	2. Sept. <i>N. S. St.-M.</i> 61	28. Febr. <i>N. S. St.-M.</i>	9
20. Aug. <i>N. S. St.-M.</i> 55	12. Sept. <i>N. S. St.-M.</i> 134	11. März <i>N. d. D. St.-M.</i>	21
18. Dec. <i>N. S. D. d.</i>	16. Sept. <i>N. S. St.-M.</i> 135	19. März <i>N. S. D.-G.</i>	39
Forst. und Jagden. 35	17. Sept. <i>N. d. D.-St.-M.</i> 134	21. März <i>N. S. St.-M.</i>	130
<b>1850.</b>	20. Sept. <i>N. d. D.-St.-M.</i> 134	25. März <i>N. S. St.-M.</i>	106
12. Jan. Höchstes Rescr. 71	27. Sept. <i>N. S. St.-M.</i> 14. 69	28. März <i>N. S. D.-G.</i>	137
15. Febr. <i>N. S. St.-M.</i> 5	8. Oct. <i>N. S. St.-M.</i> 116	3. April <i>N. d. D.-St.-M.</i>	21
16. Febr. <i>N. S. Confist.</i> 71	9. Oct. <i>N. d. D.-St.-M.</i> 139	12. Apr. Ver. d. D.-St.-M.	15
28. Juni <i>N. S. St.-M.</i> 60	14. Oct. <i>N. S. D.-Ger.</i> 14	16. Apr. <i>N. S. St.-M.</i>	15
29. Juni <i>N. S. St.-M.</i> 68	23. Oct. <i>N. S. St.-M.</i> 116	20. Apr. <i>N. S. St.-M.</i>	72
1. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 127	4. Nov. <i>N. S. St.-M.</i> 62	23. Apr. <i>N. d. gerichtl.</i>	
4. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 133	13. Nov. Schr. d. D.-St.-M. 144	Disc.-Beh. . . . .	144
9. Juli <i>N. d. D.-St.-M.</i> 157	15. Nov. <i>N. S. St.-M.</i> 49	26. Apr. <i>N. S. St.-M.</i>	22
10. Juli Schr. <i>S. Conf.</i> 114	2. Dec. <i>N. S. D.-Ger.</i> 136	7. Mai <i>N. d. D.-St.-M.</i>	107
12. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 132	10. Dec. <i>N. S. St.-M.</i> 82	10. Mai <i>N. S. St.-M.</i>	40
13. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 113	13. Dec. Höchst. <i>N.</i> 62	1. Juli Höchst. <i>N.</i>	138
20. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 61	13. Dec. <i>N. S. St.-M.</i> 63. 136	8. Juli <i>N. S. St.-M.</i>	113
— — — — — 114	<b>1851.</b>	10. Juli <i>N. d. D.-St.-M.</i>	16
25. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 8	10. Jan. <i>N. S. St.-M.</i> 164	12. Juli Entscheid. <i>S. D.-G.</i>	95
— — — — — 125	17. Jan. <i>N. S. St.-M.</i> 36	28. Juli Ver. <i>S. St.-G.</i>	130
28. Juli <i>N. d. D.-St.-M.</i> 8	22. Jan. <i>N. S. St.-M.</i> 69	7. Aug. <i>N. S. St.-M.</i>	130
30. Juli <i>N. S. St.-M.</i> 106	27. Jan. <i>N. S. D.-Ger.</i> 38	20. Aug. <i>N. des D.-</i>	
31. Juli <i>N. d. D.-St.-M.</i> 133	29. Jan. Antr. des D.-	St.-M. . . . .	18
	St.-M. 136	21. Aug. Ausschr. <i>S. Conf.</i>	73
		22. Aug. <i>N. S. St.-M.</i>	82

23. Septemb. Mese. $\Phi$ .	
Baudir. . . . .	152
26. Sept. R. $\Phi$ . St.=M.	118
28. Sept. Schr. d. D.=St.=	
Ann. . . . .	127
1. Oct. Ber. d. D.=St.=M.	33
2. Oct. R. d. D.=St.=M.	22
4. Oct. R. $\Phi$ . St.=M.	33
7. Oct. R. $\Phi$ . St.=M.	10
8 Oct. Circ.=R. $\Phi$ . D.=G.	140
9. Oct. R. $\Phi$ . St.=M.	119
13. Oct. R. $\Phi$ . D.=Ger.	140
17. Oct. R. d. D.=St.=M.	141
29. Oct. R. $\Phi$ . St.=M.	64
2. Nov. R. $\Phi$ . St.=M.	55
14. Nov. R. $\Phi$ . St.=M.	6
16. Nov. R. $\Phi$ . St.=M.	130
26. Nov. R. $\Phi$ . Confist.	75
29. Nov. R. $\Phi$ . Confist.	83
29. Nov. R. $\Phi$ . St.=M.	50
1. Dec. R. $\Phi$ . St.=M.	119
8. Dec. Schr. $\Phi$ . St.=M.	64
17. Dec. R. d. D.=St.=M.	142
23. Dec. R. $\Phi$ . St.=M.	65
29. Dec. R. $\Phi$ . St.=M.	83

## 1852.

3. Jan. R. $\Phi$ . St.=M.	19
3. Jan. R. $\Phi$ . D.=G.	142
20. Jan. R. d. D.=St.=M.	67
27. Jan. R. d. D.=St.=M.	143
7. Febr. Höchst. Mese.	144
9. Febr. R. $\Phi$ . St.=M.	51
17. Febr. Schr. d. D.=	
St.=M. . . . .	16
25. Febr. R. d. D.=St.=M.	22
25. Febr. Regulativ $\Phi$ .	
St.=M. . . . .	120
1. April Ber. d. D.=	
St.=M. . . . .	17
6. April R. $\Phi$ . St.=M.	16
1. Mai Höchstes Mese.	68
7. Mai R. d. D.=St.=M.	23
22. Mai R. $\Phi$ . St.=M.	108
25. Mai R. $\Phi$ . D.=G.	67
16. Juni R. d. D.=St.=M.	145
30. Juni Auschr. $\Phi$ . Conf.	83
30. Juni R. d. D.=St.=M.	146
4. Juli R. $\Phi$ . St.=M.	120
4. Juli R. d. D.=St.=M.	146

7. Juli Anweisung $\Phi$ .	
Gefenb.= u. Poßdir.	29
9. Juli R. $\Phi$ . St.=M.	86
11. Juli R. $\Phi$ . Confist.	86
27. Juli R. d. D.=St.=M.	24
12. Aug. R. $\Phi$ . St.=M.	87
16. Aug. R. d. D. St. M.	24
17. Aug. R. d. D.=St.=M.	25
6. Sept. R. $\Phi$ . St.=M.	87
14. Sept. R. $\Phi$ . St.=M.	121
16. Sept. R. $\Phi$ . St.=M.	87
21. Sept. R. d. gerichtl.	
Disciplin.= Behörde.	163
26. Sept. R. $\Phi$ . St.=M.	88
4. Oct. R. d. D. St. M.	147
15. Oct. R. $\Phi$ . St.=M.	35
22. Nov. Höchstes Mese.	108
23. Nov. R. $\Phi$ . D.=G.	147
24. Nov. R. d. D.=St.=M.	25
26. Nov. R. $\Phi$ . St.=M.	52
30. Nov. R. $\Phi$ . St.=M.	89
2. Dec. R. d. D.=St.=M.	148
31. Dec. R. $\Phi$ . St.=M.	27
2. Jan. 1853 R. $\Phi$ . St.=	
M.	95

# R e g i s t e r .

---

## A.

- Abgeordnete zur Landesversammlung S. 97.  
 Ablösungen 5.  
 Administration der Jagdungen 33.  
 Advocaten 55.  
 Advocatenammer 57.  
 Advocatenordnung 57. 60.  
 Advocatorische Praxis 57.  
 Aerzte beim Militair 105.  
 Altaristen 83.  
 Amtsarmencassen 48. 119.  
 Amtsgefängnisse 8.  
 Amtsgerichte 13. 56. 60. 137.  
 Amtsgerichtssecrtaire 61.  
 Amtshandelsbücher 39.  
 Amtsräthe 48. 49.  
 Amtstracht 57. 60.  
 Amtswegebefferungscassen 151.  
 Anastasiantisches Gesetz 43.  
 Anbauerweisen 27. 94. 95.  
 Angeekuldigte 142.  
 Ankläger, öffentliche 20. 61. 62.  
 Anmeldestermin für den einjährig-freiwilligen  
     Dienst 106.  
 Anwälte 12. 14. 57. 59.  
 Anzeige von Jagdfreveln 35.  
 Anzeige, Zurücknahme derselben 134.  
 Anzeigen, Braunschweigische 60.  
 Appellationskassengericht, dessen Aufhebung 59.  
 Arbeits- und Besserungsanstalt 7. 8. 9. 10.  
 Arbeitsbuch 54.  
 Arbeitsverträge zwischen Meistern und Gefellen 54.  
 Arbeitszeit der Handwerksgefallen 54.  
 Armendeputation 45.  
 Armencassen 6. 37.  
 Armenpflege 45. 47.  
 Arrestproceß 13.  
 Artistisches Eigenthum 11. 12.  
 Abungskosten 17. 147.  
 Aufgebot der Ausländer 149.  
 Auflassung, gerichtliche 37.  
 Aufläufe, Pflicht des Schadenersages derselben  
     19. 45. 47.  
 Aufsichtsbehörden über Beamte der gerichtlichen  
     Polizei 20.  
 Autorenrecht 12.  
 Auseinandersehungsnachweis des Gemeinde- und  
     Gemeinheitsvermögens 52.  
 Ausgaben der Kirchen 85.  
 Ausgetretene Militairpflichtige 105.  
 Aushebungstermin der Militairpflichtigen 105.  
 Auslagen des Gerichts 14.  
 Ausländer, deren Aufnahme in die Gilden 52.  
 Auspfändung 13.  
 Ausschuss der Landesabgeordneten 98.  
 Auswanderung Militairpflichtiger 106.  
 Außereuresehung des Papiergeldes 7.  
 Auszuweisende 28. 111. 112.  
 Autorisation, beauf Entwässer. der Grundstücke 90.

## B.

- Baden, Beitritt zum Passkartenverein 112.  
 Backöfen 123.  
 Bahnpolizei 30.  
 Bankscheine 7.  
 Banke's Repert. Th. VII.  
 Banferrotte 141.  
 Baptisten 88.  
 Baudirection 30.  
 Bauerhöfe, Brandversicherung derselben 11.

Baugüter 36.  
 Baubolzbedarf = Ablösung 5.  
 Baubolzberedtigte 36.  
 Baumöl 153.  
 Beamte, Befugnisse zu Verhaftungen und Haus-  
 suchungen. 19.  
 Beamte der gerichtlichen Polizei 19.  
 Beamte der Landesversammlung 100.  
 Beerdigung der Staatsdiener 19. 38.  
 Begräbnisplätze 82.  
 Bekleidung unvernünftiger Sträflinge 134.  
 Belgien, Handels- und Schiffahrtsvertrag 154.  
 Berechnung in Holzablösungssachen 5.  
 Berufungen 13.  
 Beschlagnahme 20.  
 Beschuldigte, Vernehmung derselben 142.  
 Besitzstörung 91.  
 Besserungsanstalt 7. 8. 9. 10.  
 Bettfedern, Reinigungsmaschine 123.  
 Bevollmächtigung der Anwälte 14.  
 Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtniß 13.  
 Bittschriften, Anfertigung derselben 116.  
 Blankenburg, Kleinkinderbewahranstalt 123.

Calvörde, Schützenverein 124.  
 Cammerdirectorium, dessen Aufhebung 30.  
 Cassationshof 13. 56. 60.  
 Cassenquittungen 30.  
 Cavallerie 105.  
 Caussegeelderhebung 151. 152.  
 Chirurgen beim Militär 105.  
 Civilproceß, Civilproceßordnung 12.  
 Civilstaatsdienst 18.  
 Collegialisches Verfahren im Stadtgerichte  
 Braunschweig 57.  
 Commissionen der Landesversammlung 100.  
 Communalfteuer 45.  
 Communions-Parzellen, Ablösungen 5.  
 Competenz der Gerichte 56. 59. 131. 132.

Dämpfe, Regelung der Spannung 125.  
 Dampfessel 124.  
 Darlehn für Handel und Gewerbe 99.  
 Denunciantenanteile 113.  
 Denunciationsprotocolle 137.  
 Depeschen, telegraphische der Landespolizeibehörden 120.

Planer Montag 54.  
 Bodenburg, Gerichtstage daselbst 62.  
 Bodenwerdersches Stadtfeld 49.  
 Bornholtsche Stiftung 124.  
 Brackenstedter Mühle 39.  
 Brandschäden 11.  
 Brandversicherung 11.  
 Brauntwein, Versteuerung desselben 152. 154.  
 Braunkohlen 123.  
 Braunschweig, Stadtgericht 57.  
 Bremen, Beitritt zum Passkartenverein 109.  
 Brennholzabgaben 32.  
 Brennholzbedarf-Ablösung 5.  
 Brennholzrenten 5.  
 Bücherverbote 11. 12.  
 Bürger = Hilfskassenverein zu Gandersheim  
 123.  
 Bürgerpflicht zur Unterstützung der Beamten  
 der gerichtlichen Polizei 20.  
 Bürgerrecht 43.  
 Bürgerwehren 49. 150.  
 Bundeschiedsgericht 28.  
 Bundestruppen, Gerichtsstand derselben 28.

## C.

Competenzstreitigkeiten, Gerichtshof zur Ent-  
 scheidung derselben 59.  
 Concursverfahren 13.  
 Confirmation der Verträge 37.  
 Contracte über dingliche Rechte 37.  
 Contentionen, polizeiliche der Kinder 22.  
 Contributionsfachen 128.  
 Controle der Landwehr 105.  
 Convocationstage der Landesabgeordneten-  
 Versammlung 100.  
 Corporationen 45. 48.  
 Corrigenden, jugendliche 10.  
 Criminaltabellen 21.  
 Curatelen 150.  
 Curatoren, Veruntreuungen derselben 21.

## D.

Deposita in Untersuchungssachen 134.  
 Destillationsapparat 123.  
 Detentionsdauer in der Besserungsanstalt 7.  
 Diäten der Landesabgeordneten 100.  
 Diäten der Verwaltungsbeamten 18.  
 Diäten und Reisefkosten in Civilproceßsachen 14.  
 Diederichs'sche Stiftung 124.

Diensteid 19.  
 Dingliche Rechte an Grundstücken 36.  
 Direction der Bergwerke 30.  
 Direction der Domainen 30.  
 Direction der Forsten und Jagden 30.  
 Disciplinarbehörde 31. 56.  
 Discipl.-Gewalt über Gemeindebeamte 43. 45. 48.

Discipl.-Gewalt über Notare 57.  
 Disciplinarverfahren gegen Beamte der gerichtlichen Polizei 20.  
 Dispensation von kirchlichen Vorschriften 89.  
 Dohnenstellen 32.  
 Doppelwebestühle 123.  
 Dreißigmark'sche Stiftung 124.

## G.

Edictalproceß 13.  
 Edition der Urkunden 15.  
 Ehrenamt der Gemeinderäthe 46.  
 Ehrenbürgerrecht 43.  
 Eid, Erbieten zu einem falschen 24.  
 Eidliche Erhaltung des objectiven Thatbestandes 133.  
 Eigenthum der Schulhäuser 83.  
 Einkommensteuer 125. 129.  
 Einquartierungslast 45.  
 Einrede der Vorausklagung 43.  
 Einspruch der Verwaltungsbehörden 60.  
 Einstellung des Verfahrens in Straffachen 146.

Eisenbahn- und Postverwaltung 30.  
 Eisenbahnactien, Ankauf und Verkauf derselben bei Herzogl. Leibhause 100.  
 Eisenbahn-Fahrpersonal 29.  
 Eisenbahnpolizei 30.  
 Emigrationsconsense 119.  
 Entwässerung der Grundstücke 89.  
 Erbzuligungszeit 54.  
 Etat der Kloster-Meinertragscasse 31. 100.  
 Etat des Staatshaushalts 30. 31. 100.  
 Eventualbelebte 26.  
 Examinationscommission 56. 58.  
 Executivproceß 13.

## F.

Fabrikanlagen zu Harzburg und Schöningen 99.  
 Familienfideicommiss 26.  
 Feldbäcker 105.  
 Feueranlagen 123.  
 Fideicommissnachfolger 26.  
 Finanzen 30.  
 Finanzcollegium 30.  
 Finanzgesetz 30. 31.  
 Finanzverwaltung 30.  
 Fischdiebstahl 32.  
 Fischereiproducte, gefrorene 31.  
 Flüsse, öffentliche 111.  
 Glachsroten 32.  
 Forderungen des Schuldners, deren Beschlagnahme 13.  
 Forderungsrecht 43.  
 Formulare zu Steuerfachen 129.

Forstbeamte, Anzeige der Forstrevue durch dieselben 35.  
 Forststrafarbeit der Soldaten im activen Dienst 35.  
 Forstvergeben, Gefängnißstrafen deßhalb 33.  
 Forstwesen 31.  
 Frankfurt, Beitritt zum Passartenverein 111.  
 Frauenputz und Frauenkleider 52.  
 Freiheitsstrafen wegen Zoll- und Steuerconventionen 136. 137.  
 Freimaurerloge 123.  
 Freiwillige Gerichtsbarkeit 36. 37.  
 Freiwilliger Dienst, einjähriger 101.  
 Fremde, Auslieferung derselben an auswärtige Gerichte 61.  
 Fregatillerie 105.

## G.

Gandersheim, Bürgerhülfscaffenverein 123.  
 Garnisonschule 82.  
 Gatterwästermohnen am Stammberge 49.  
 Gebühren der Auskunftspersonen 11.  
 Gebührentage in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit 37.

Gefängnißstrafen 7. 33.  
 Gefangene, unvernünftig, deren Verpflegung 133.  
 Verführung derselben vor die Gerichte 117.  
 Gefangenen-Anstalten 7.  
 Gehalte, deren Beschlagnahme 12.  
 Geldentschädigungen für Preussenthaten 32.

- Geldforderungen, Beitreibung derselben 13.  
 Geldstrafen 20. 23. 146.  
 Gemarungen 48.  
 Gemeindeabgaben 45. 47.  
 Gemeindeämter 43. 44. 46.  
 Gemeinden, Schadenerschuldung bei Aufläufen 19.  
 Gemeindebegräbnisplätze 82.  
 Gemeindebezirk 46.  
 Gemeindeglieder 45. 47.  
 Gemeindegewerben 43. 46.  
 Gemeinde-Grundstücke und Gerechtsame 49.  
 Gemeindeproceß 49.  
 Gemeinderath 46. 82.  
 Gemeinderrechnung 47.  
 Gemeindegeldner 47. 48.  
 Gemeindegeld 48.  
 Gemeindegewerbe 46.  
 Gemeindegewerbe 47.  
 Gemeindegewerbe 47. 49.  
 Gemeindegewerbe 45. 47.  
 Gemeindegewerbe 43.  
 Gerben 123.  
 Gerichte, Zuständigkeit derselben 12. 56. 59. 131. 132.  
 Gerichtliche Polizei 19.  
 Gerichtsbeamte, deren Titulatur 62.  
 Classengehalte derselben 63.  
 Gerichtsferien 60.  
 Gerichtsgebühren 14. 37. 59.  
 Gerichts-Hülfs- und Unterbeamte 18.  
 Gerichtspersonen, deren Ablehnung 12. 131.  
 Gerichtsschreiber 57.  
 Gerichtsstand, militärischer der Bundestruppen in Strafsachen 106.  
 Gerichte, Zuständigkeit derselben 55. 56. 57.  
 Gerichtsverwaltungsstellenrechnung 114. 118.  
 Gerichtsvoigte 18.  
 Geschäftsordnung der Landesversammlung 100.  
 Geschworenengericht 131.  
 Gesellenprobenstück 53.  
 Gesellenvertrag 54.  
 Gesinde, Personalsteuer desselben 131.  
 Getreide, Aufhebung der Eingangszahlung 154. 157.  
 Gewerbe, deren Abrechnung 32.  
 Gewerbeordnung, Güterordnung 52.  
 Gewerbeberath 54.  
 Gewerbesteuererranden 127.  
 Gewerbesteuerreclamationen 130.  
 Gewerbesteuerfachen 128.  
 Gewerbesteuerstrafen, deren Einziehung 147. 148.  
 Gildebezirke 52.  
 Gildedeputierte 53.  
 Gildediener 53.  
 Gildeliste 53.  
 Gildemitglieder 52. 53.  
 Gildestatuten 52.  
 Gildesammlung 53.  
 Gildenvorsteher 53.  
 Gnadenruhegehalte, Aufhebung derselben 18.  
 Grenzcommission 30.  
 Grenzfachen 30.  
 Grundsteuer 125. 126.  
 Grundstücke, deren Entwässerung 89.  
 Grundstücke und Grundgerechtsame 36.  
 Güter, unbewegliche, Hülfsvollstreckung in dieselben 13.  
 Güterabtretung in Panzeretten 141.  
 Grundarmliche Stiftung 124.  
 Haberlin'sche Stiftung 124.  
 Handel mit Gewerkerzeugnissen 52.  
 Handelsgericht 58.  
 Handlung, Zwang zur Leistung oder Unterlassung 13.  
 Handwerker im Militär 105.  
 Handwerksgehilfen 54.  
 Handwerksmeisterbrände 54.  
 Harzburg, Fabrikanlage daselbst 99.  
 Hausbesitzer, Vorauszahlung desselben 43.  
 Hausfuchung, 19. 20. 131.  
 Hebammen 102.  
 Hegezeit 33.  
 Heimatlose 111.  
 Helmstedt, Schützengesellschaft daselbst 123.  
 Herbergen der Handwerker 54.  
 Hesse, Großherzogthum, Beitritt zum Passkartenverein 111.  
 Hesse, Kurfürstenthum, Beitritt zum Passkartenverein 110.  
 Hesse mit Hunden in fremden Jagdrevieren 32.  
 Hoftheater, Dispensation der Mitglieder vom Geschworenengericht 144.

S.

- Holzjünden, Reglement wegen Auflegung der Hülsenfrüchte, Aufhebung der Eingangsabgabe  
Schiffe und Klöße. 157.  
Hunde, Hegen derselben in Jagdrevieren 32.

## J.

- Jacobson'sche Waisenanstalt 124.  
Jagdaussieber 31.  
Jagd- oder Fischereiprodukte, gefrorene 31.  
Jagdfrevel 31. 33. 35.  
Jagdinteressenschaften 33.  
Jagdmarkung 33.  
Jagdpolizeivergehen 32.  
Jagdreht 33.  
Jagdreviere 33.  
Jagdscheine 33.  
Jagdschug 31. 33.  
Jagdverbot für Prediger und Schullehrer 83.  
Jagdverpachtung 33.  
Jagdweisen 31.  
Jufanteriedienst 105.  
Injurienfachen, Eühnerverfuch in denselben 140.  
Irthum, wefentlicher bei Ablösungsverträgen  
6.  
Inftruction für die Commiffion zur Prüfung  
der Candidaten der Rechte 58.  
Inftruction für die öffentlichen Ankläger in  
Zoll- und Steuercontraventionsfachen 158.  
Jufins-Halle 58.  
Jufizverfaffung 55.

## K.

- Kaufgeriht, deffen Aufhebung 59.  
Kinder, ftrafbare Handlungen derselben 20. 22.  
Kirche, Aufreizung gegen dieselbe 20.  
Kirchen- und Schulvifitatoren 110. 114.  
Kirchengewalt 76.  
Kirchenrechnungen 73. 84.  
Kirchenprebiforen 83.  
Kleidungsftücke, Anmessen derselben 123.  
Krähenbütte 32.  
Krankenheilkosten eines Lehrlings 53.  
Krankenhaus zu Braunschweig 114.  
Krankencasse der Handwerker 54.  
Kreiscommiffionen 110.  
Kreisdirectionen 8. 9. 110. 114. 115.  
Kreidgefängnisse 8.  
Kreisgerichte 13. 56.  
Kriegsdienst 104.  
Kündigungsfrist der Handwerksgefellen 54.  
Kunden, Abpenftigmachen derselben 54.

## L.

- Ladungen in Straffachen 62.  
Landesabgeordnete 97. 100.  
Landesculturgefeggebung 89.  
Landesgrundgefeg 97. 100.  
Landesöconomie-Commiffion 26. 43. 91.  
Landespolizei 43.  
Landesverfammlung 97. 100.  
Landesverwaltungsbehörden 110.  
Landgemeindeordnung 46.  
Landschaft 96.  
Landwehr 105.  
Leder 123.  
Lehn 26.  
Lehnsherr 26.  
Lehnstämme 26.  
Lehnverband 26.  
Lebzinsfen 26.  
Lehnbrief 54.  
Lehrlinge 53.  
Lehrvertrag 53.  
Lehrzeit 53.  
Leibhausanftalt 100.  
Leibhauscapitale 100. 101.  
Leibhauscaffen 7.  
Leibhauscommiffion 30.  
Leibhausfachen 30. 100.  
Lebhenfcreichen 32.  
Lebholzberechtigung 5.  
Lex anastafiana 43.  
Lirpe, Beitritt zum Paffartenverein 112.  
Literarifches Eigenthum 11. 12.  
Lübeck, Beitritt zum Paffartenverein 111.



## M.

Märzen'sche Stiftung 125.  
 Manifestationseid 13.  
 Markgenossen 43. 46.  
 Marktwaaren 54.  
 Mecklenburg-Schwerin, Beitritt zum Passkarten-  
 verein 110.  
 Mecklenburg-Strelitz, Beitritt zum Passkarten-  
 verein 111.  
 Medicinalbeamte, Instruction derselben behuf  
 der Militäranhebung 105.  
 Medicinalpolizei 101.  
 Medicinische Puscherei 12. 23.  
 Mehl, Aufhebung des Eingangszolls 154.  
 157.  
 Meister, Meisterrecht 54.  
 Meisterbrief 54.  
 Meisterbuch 54.  
 Meisterr Wittwen 53.  
 Messwaaren 54.

Militair, Aufforderung an dasselbe zur Wider-  
 setzlichkeit 20.  
 Militairausgaben 99.  
 Militairanhebung 101. 105.  
 Militairconvention mit Preußen 99.  
 Militairdienst der Freiwilligen 104.  
 Militairjurisdiction 108.  
 Militairpersonen 82. 138.  
 Militairpflicht, Vergehen in Beziehung auf  
 Erfüllung derselben 101. 105.  
 Militairpflichtige 10. 101. 108.  
 Militairstrafen und Proceß 56.  
 Militairweisen 103.  
 Minderjährige 5. 40.  
 Ministerialcommission 103.  
 Mobilien, deren Auspändung 13.  
 Mühlen 109.  
 Müller'sche Stiftung 124.  
 Münzen 109.

## N.

Nassau, Beitritt zum Passkartenverein 111.  
 Neustadtmühle in Braunschweig 109.  
 Nichtigkeitsbeschwerde in Strafsachen 131.  
 Niederlande, Handels- und Schifffahrtsvertrag  
 156.  
 Normaletat für die Verwaltungsbehörden 100.  
 110.

Normalgehälter der Gerichts-Hülfs- und Unter-  
 beamten 18.  
 Normalgehälter der Richter und Staatsanwälte  
 55. 56.  
 Notare 55. 57.  
 Notariatspraxis, die dazu berecht. Personen 57.  
 Nugholzbedarf, Ablös. der Berechtig. darauf 5.

## O.

Obergericht 13. 55. 56.  
 Obergerichtsadvocaten 57.  
 Obergerichtsmitglieder 57.  
 Oberstaatsanwalt 57.  
 Oelsburg 57.  
 Officiere 108.

Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Post-  
 verwaltung 30.  
 Organisation der Landesverwaltungsbehörden  
 110.  
 Ortsvorsteher 49.  
 Overriersection im Militair 105.

## P.

Papiergeld 7.  
 Passanten, Reiselegitimation durch dieselben  
 111. 113.  
 Passkartenverein mit Bremen 109. mit Mecklen-  
 burg 110. mit dem Kurfürstenthum Hessen  
 110. mit Schwarzburg-Rudolstadt 111. mit  
 Schwarzburg-Sondershausen 111. mit  
 Lübeck 111. mit Nassau 111. mit Frank-  
 furt 111. mit dem Großherzogthum Hessen  
 111. mit Würtemberg 111. mit Mecklen-

burg Strelitz 111. mit Baden 112. mit  
 Lippe-Deinold 112. mit Waldeck 112.  
 Pensionen der Unterofficierswittwen 103.  
 Pensionsbestimmungen für die Staatsdiener 18.  
 Personensteuerfachen 129.  
 Personalarrest 17.  
 Pensionistenverrechnung der Lippe'schen Oberge-  
 richtsräthe 130.  
 Pflanzmännchenrechnungen 73.  
 Pferdebedarf für das Militair 104.

- Polizei, gerichtliche 19. auf den Eisenbahnen 30.  
 Polizei und Verwaltung 109.  
 Polizeibeamte 20.  
 Polizeicommissaire 137.  
 Polizeiconventionen der Kinder 22.  
 Polizeidirection in Braunschweig 8. 110.  
 Polizeimilitair, gerichtliche Vorladung und Vernehmung desselben 107.  
 Polizeiverwaltung in den Städten 44. 46. 110.  
 Portotarif 121.  
 Portotaxe, preussische 121.  
 Postelern 122.  
 Posten. Post- und Eisenbahndienst 121.  
 Posttaxen 121.  
 Posttaxordnung, hannoversche 121.  
 Postverkehr mit dem deutsch-österreichischen Postverein 122.  
 Postverwaltung 30.  
 Prediger, Verbot der Jagdausübung 83.  
 Privatauktionen 132. 139.  
 Privatbäche 112.  
 Privatvereinbarung über Ablösungen 5.  
 Privilegien 123.  
 Probezeit der Lehrlinge 53. der Gesellen 54.  
 Probezeit im Postdienst 122.  
 Provocationsproceß 13.  
 Prüfung der in die Zahl der Candidaten der Rechte Aufzunehmenden 58.  
 Prüfung der Candidaten der Advocatur, des Notariats, der Staatsanwaltschaft und des Richteramts 58.  
 Prüfung zum Eintritt in höhere jurist. Ämter 58.  
 Prüfung für den Post- und Eisenbahndienst 122.  
 Prüfungscemmission für Candidaten der Rechte 56.  
 Publication der Gesetze durch die Anzeigen 60.

## D.

Zuittungen öffentlicher Cassen 30.

## R.

- Rechnungen der Strafanstalten 121.  
 Rechtsandidaten, deren Prüfung 56. 58.  
 Rechtsbülfe in bürgerlichen Streitsachen, Ueberkunft desshalb mit dem Großherzogthum Baden 14.  
 Rechtsvertheidigung Abwesender durch die Staatsanwälte 16.  
 Redeordnung in der Landesversammlung 100.  
 Regierungscommissarien bei der Landesversammlung 100.  
 Reichsgefeggebung 27.  
 Reichstagswahlen 28.  
 Reis, Herabsehung des Eingangszolls 153.  
 Reiskosten der Landesabgeordneten 100.  
 Reiselegitimation durch Passarten 111.  
 Reisepässe 113.  
 Repräsentanten der Kirchen 83.  
 Requisitionen auswärtiger Gerichte 14.  
 Requisitionen in Strasssachen 122.  
 Rettungsprämien 120.  
 Richter, deren Amtstracht 57.  
 Riddersche Stiftung 125.  
 Rohrzucker, Erhöhung der Eingangsaabgabe 153.  
 Rübenzucker, Besteuerung desselben 153.  
 Rückfallstrafen, besondere 22.  
 Ruhebehalte 18.

## S.

- Sachen 13.  
 Saline Julius = Halle 58.  
 Salzhandel 164.  
 Sanitätsfeldaten 105.  
 Sardinien 154.  
 Schaffsahdefrände 127. 147. 148.  
 Schaffsahsachen 128.  
 Schleichhandel 153.  
 Schöningen 99. 124.  
 Schützengesellschaft zu Helmstedt 123.  
 Schützengesellschaft zu Schöningen 124.  
 Schulangelegenheiten 45. 47.  
 Schulgeldbefreiungen für Soldatenkinder 82.  
 Schulgeldressie 115.  
 Schulhäuser 83.  
 Schullehrer 83.  
 Schwarzburg-Rudelsstadt 111.  
 Schwarzburg-Sondershausen 111.  
 Seesen, Jacobson'sche Waisenanstalt 121.  
 Separationen 43.  
 Servituten 91.  
 Silbergruben, Reductionstabelle 122.  
 Soda 153.  
 Soldaten 35.

Specialseparation 43.  
 Sportel- und Gehührentage 14. 37. 131. 132.  
 150.  
 Staatsanwälte 8. 12. 15. 16. 57.  
 Staatsbeamte 15.  
 Staatsbehörde 45.  
 Staatsdiener 18. 19.  
 Staatshaushaltsetat 30. 31.  
 Staatsministerium, Diäten der Mitglieder des-  
 selben 18.  
 Staatspapiere 100.  
 Stadtbeamte 43.  
 Stadtbezirke 43.  
 Stadtgemeinden 43.  
 Stadtgerichte 13. 56. 57.  
 Stadtgerichtsschreiber 60. 61.  
 Stadtcassirechnung 45.  
 Stadtmagistrat 43.  
 Stadtrichter 57.  
 Stadtvermögen 45.

Stadtrath 43.  
 Städte, deren Rechte 43.  
 Städteordnung 43.  
 Städtische Polizei 43.  
 Stammberg 49.  
 Statuten 20. 43.  
 Stauanlagen 112.  
 Stempelpapier 11. 37. 49. 125. 150.  
 Steuercontraventionen 136. 146. 157. 158.  
 Steuerlisten zu Gemeindeabgaben 47.  
 Steuern 116. 117. 125. 128. 129.  
 Stiftungen 45. 48.  
 Strafanstalten 121.  
 Strafbestimmung für Bettelrei, Vagabondiren  
 etc. 7.  
 Straferkenntnisse 18. 21.  
 Strafgefangene 6.  
 Strafproceß 131.  
 Sübnerversuch in Injurienfachen 140.  
 Symp 153.

## T.

Tafelblei 124.  
 Tagesordnung der Landesversammlung 100.  
 Trainmannschaften 105.  
 Thatbestand 133.  
 Trausheim 149.  
 Traunung 149.

## Truppen 104.

## U.

Uebungen der Landwehr 105.  
 Unterofficiers-Wittwen und Waisen 103.  
 Unterscheidungszeichen der Bankcheine 7.  
 Unterstüg. der Famil. der Landwehrmannsch. 105.

## V.

Verbrecherische Handlungen der Kinder 20.  
 Vereinszolltarif 153.  
 Verfahren wegen Aufnahme in die Besserungs-  
 anstalt 8.  
 Vergehen gegen ortspolizeiliche Statuten etc. 20.  
 Verhaftung 19. 20.  
 Verheirathung der Handwerksgefallen 54. 104.  
 108.  
 Verjährung der Verbrechen 24.  
 Verkaufstaxe 5.  
 Verpachtung der Gemeindegüter 49.

Untersuchungsgefangene 8.  
 Untersuchungskosten 143. 146.  
 Untersuchungsrichter 134. 140.  
 Urkunden 13. 15. 44.

Verpachtung der Jagdungen 33.  
 Verträge über dingliche Rechte 36.  
 Verwaltung der Gefangenen- und Besserungs-  
 anstalten 7.  
 Verwaltungsbeamte, deren Diäten 18.  
 Vermutungen der Curatoren und Verminder  
 21.  
 Vogelheerde 32.  
 Vogelnester 32.  
 Volkshaus, Wahl der Abgeordneten 28.  
 Volkswehr 150.

Willmachtsformulare 14.

Willstreckbarkeit der Erkenntn. in Strafsach. 131.

Willstreckungsverfahren 13.

Willziehung der Straferkenntnisse 21.

Verladung in Strafsachen 62. 144.

Vormundschaften 150.

## 26.

Waarenausstellung 54.

Wachtelgang 32.

Wählbarkeit 97.

Waffendienst, beauf. des Gemeindefchuzes 48.

Waffenfabrik 104.

Waffengebrauch gegen Jagdfrevl. u. Wildddiebe 31.

Wablact 98.

Wahlcollegium 98.

Wahlen 46. 48. 59. 60. 98.

Wahlgeschäft 98.

Wahlgesetz 98.

Wahlmänner 98.

Wahlorte 97.

Waldeck 112.

Wanderbücher 54.

Wandercasse 54.

Wanderfahst 54.

Wied. sei, Amortisation derselben 151.

Wied. sei 15. 17.

Wied. sei 150.

Wied. sei 13.

Wied. sei 150.

Wied. sei 150.

Wied. sei 37.

Wied. sei 151.

Wied. sei der Anbauer 94.

Wied. sei bei Forst- und Jagdfreveln 33. 34.

Wied. sei 157.

Wied. sei des Verfahrens 13.

Wied. sei Verurtheiler 131.

Wied. sei 32.

Wied. sei 31. 35.

Wied. sei 32.

Wied. sei 33.

Wied. sei 103.

Wied. sei 152.

Wied. sei 142.

Wied. sei 111.

## 3.

Zeitung 123.

Zeugen, ausländische 148.

Zeugnisse 15.

Zinsfuß für Leibhanscapitalien 101.

Zoll 152.

Zollcontraventionen 136. 157. 158.

Zollerhebung von auf der Eisenbahn transpor-  
tirten Gütern 155.

Zollstrafen 146.

Zollstraße 153.

Zucker 153. 154.

Zuchtungsrecht des Lehrmeisters 53.

Zuständigkeit der Gerichte 56. 59. 131. 132.

Zwangsabtretungen 90.

Zwangsmitel, polizeiliche 43.